

"Eine schwerere Niederlage als die, welche die Revolutionspartei - oder besser die Revolutionsparteien - auf dem Kontinent an allen Punkten der Kampflinie erlitten, ist kaum vorstellbar. ... Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen. Und die wahrscheinlich nur sehr kurze Ruhepause, die uns zwischen dem Schluß des ersten und dem Anfang des zweiten Aktes der Bewegung vergönnt ist, gibt uns zum Glück die Zeit für ein sehr notwendiges Stück Arbeit: für die Untersuchung der Ursachen, die unweigerlich sowohl zu der letzten Erhebung wie zu ihrem Mißlingen führten..."

Friedrich Engels (28.11.1820-5.8.1895) als Emigrant in London nach der Niederlage der Revolution von 1948/49, in der "New-York Daily Tribune" vom 25.10.1851 (MEW, Bd. 8, S. 5 u. 6)



Nr. 24, Dezember 1995

Klassen u. Klassentheorie (I)

Klassen und Klassentheorie heute:

Neubert - **Macht und Klassen/Kergoat - Klassenkampf/Dähne - Umbruch in Ostdeutschland**

Und: Seppmann - **Zu Haugs Wörterbuch**
Förster - **Deutsche Aufklärungsphilosophie**
Silver - **Westliche Imperialismusdebatte**
Bleiber - **Kritik am "Nationalnihilismus"**
Wehr - **Lage der SPD**
Hüttner - **Die Autonomen**

Aus der Marx-Engels AG:

Gutiérrez - **Marx-Engels-Differenzen?/Griese - Marx/Engels und die Naturwissenschaften/**
Fornet-Betancourt - **Positivismus und Marxismus in Lateinamerika**

Berichte - Zuschriften - Rezensionen

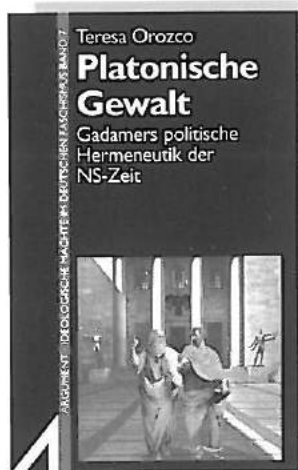
Es heißt, mit der Postmoderne seien alle Sicherheiten über Bord gegangen und alle Prinzipien, nach denen im Westen gelebt wurde, in die Krise geraten



Argument-Sonderband Neue Folge 239
272 Seiten, 29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF

Bauman untersucht die philosophischen, soziologischen und politischen Wurzeln der Postmoderne, diskutiert die Rolle der Intellektuellen in einer Welt schwindender Selbstverständlichkeiten und analysiert den Zusammenbruch der kommunistischen Staaten als die endgültige Niederlage der modernen Ambitionen, eine perfekte Gesellschaft zu schaffen. Nicht nur der Kommunismus, auch der Liberalismus hat im Osten verloren, der nun vor der Aufgabe steht, Demokratie und Marktwirtschaft in einem postmodernen Zeitalter neu zu erfinden.

Daß es einen »Fall Heidegger«, aber keinen »Fall Gadamer« gab, liegt auch an dem, was man den »Fall Bundesrepublik« nennen könnte



Argument-Sonderband Neue Folge 240
300 Seiten, 29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF

Gadamer scheint über jeden Verdacht nazistischer Kompromittierung erhaben: als politisch Unbescholtener 1945 von den Sowjets zum Rektor der Universität Leipzig ernannt, wird er 50 Jahre später von der FAZ als »erfolgreichster Philosoph der Bundesrepublik« gefeiert. Doch sein Wirken in der NS-Zeit erweist sich als ein Mitwirken. Politik zwischen die Zeilen verweisend, vermochte Gadamer vor wie nach 1945 zu wirken.

 **Argument**
Hamburg, Berlin

Im guten Buchhandel und schriftlich, telefonisch oder per Fax bei Argument-Vertrieb,
Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel.: 030 611 41 82, Fax: 030 611 42 70

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
6. Jahrgang
Heft 24 (Dezember 1995)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Bricks
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heining
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

Klassen und Klassentheorie heute (I)

- Harald Neubert*
7 **Zur Macht- und Klassenproblematik in Theorie und Politik**
- Jacques Kergoat*
19 **Bemerkungen zum Klassenkampf**
- Eberhard Dähne*
30 **Momente des Umbruchs - Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland**
-
- Werner Seppmann*
42 **Renaissance des Marx'schen Denkens?**
Vorläufige Anmerkungen zum "Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus"
- Wolfgang Förster*
55 **Lessing - Herder - Hölderlin**
Zur historischen Leistung der deutschen Aufklärungsphilosophie
- Malcolm Sylver*
65 **Für eine zeitgemäße Imperialismustheorie**
Die westliche Debatte
- Helmut Bleiber*
78 **Ein Kunstprodukt der Moderne?**
Anmerkungen zur nationalen Frage
-

Linke Politikansätze in Deutschland (II)

- Andreas Wehr*
90 **Auf dem Weg zu einer Partei neuen Typus?**
Zur Lage der SPD
- Bernd Hüttner*
100 **Die Autonomen**
Stand - Bewegung - Differenzen - Aussichten linksradikaler Politik

Marx und Engels

Beiträge der AG Marx-Engels-Forschung

- Begoña Gutiérrez de Diétsch*
106 **Marx und Engels und ihre Differenzen**
Bericht und Anmerkungen zur Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung am 10./11. Juni 1995 in Frankfurt am Main zum Thema "'Marx/Engels' oder 'Engels und Marx?'"
- Anneliese Griese*
119 **Naturwissenschaften bei Friedrich Engels und Karl Marx**
Gemeinsamkeiten und Differenzen
- Raúl Fornet-Betancourt*
127 **Positivismus und Marxismus in Lateinamerika**
-

Berichte

- André Leisewitz/Reinhard Schweicher/Diethard Behrens*
134 **Marx International**
"Congrès Marx International" der Zeitschrift "Actuel Marx" am 27.-30.9.1995 in Paris
- Anhang:**
- 139 **Die Selbstkritik des Marxismus muß bis auf Marx zurückgehen**
Auszüge eines "Le Monde"-Gesprächs mit Jacques Bidet
- Stefan Bollinger*
143 **"... in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen" - Engels als Revolutionär und als Reformier?**
Internationale wissenschaftliche Konferenz der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, "Friedrich Engels - revolutionärer Denker - Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus" am 29.9.-1.10.1995
- André Leisewitz*
147 **"Engels fragt, wir antworten - wir antworten, Engels fragt"**
Wissenschaftliche Tagung von Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung am 21.10.1995 in Frankfurt/M.
-

Diskussion, Kritik, Zuschriften

- Günter Frech*
154 **Wie weiter mit der Arbeitszeitverkürzung? - oder warum die Sonne der "35" nur noch hinter dunklen Wolken lacht**
-
- 159 **Buchbesprechungen, Annotationen**
Soziale Milieus (Dieter Boris)
DDR als Klassengesellschaft (Sebastian Herkommer)
Hitler-Biographie (Werner Röhr)
Oradour (Reinhard Schweicher)

Deutsche Bank (Ernst Lüdemann)
 Zu Horkheimer/Adornos kritischer Theorie (Jonas Dörge-Weidemann)
 Die Mißhandlung der Kreativität (Christoph Scheuplein)
 Kein Grund zu Korrekturen? (Harald Wessel)
 Umweltforschung und Umweltgeschichte (Bernd Hüttner)
 Prag 1968 aus demokratisch-sozialistischer Retro- und Perspektive heute (Heinz Jung)
 Wende-Analysen (Heinz Jung)
 Bucheingänge

| | |
|-----|-------------------------------|
| 4 | Impressum |
| 29 | Vorschau |
| 200 | Autorinnen und Autoren |

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf, ms.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.1995

Dieser Z-Ausgabe ist eine Beilage des VSA Verlages beigelegt. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Editorial

Mit dieser Ausgabe wird der 6. Jahrgang von Z abgeschlossen. Für Rückblicke ist es vielleicht noch zu früh; trotzdem glauben wir, daß ein nach Stichworten erschlossenes Inhaltsverzeichnis für die Nutzung der nun vorliegenden 24 Hefte mit gut 5000 Seiten dienlich sein könnte. Wir werden uns bemühen, ein solches Gesamtverzeichnis einem der nächsten Hefte beizulegen.

Die vorliegende Ausgabe behandelt als Schwerpunkt ein Thema, das auch für die nachfolgenden Hefte 1996 bestimmend sein wird: Klassen, Klassenkampf und Klassentheorie heute. Mit der Renaissance der sozialen Frage, der Zunahme von Massenarmut und Verelendungsprozessen auch in den kapitalistischen Metropolen wird über die Thematisierung der "neuen Unterklassen" im offiziellen Diskurs auch die Klassendiskussion wieder salonfähig. Der geistige Salto rückwärts von der Klasse zum Volk von 1989ff. hat die Szene also nicht auf Dauer bestimmt - zu offenkundig sind die sozialen Antagonismen und auch die wenig erfreulichen Konsequenzen eines solchen geistigen Rückfalls. Wo ethnischem, rassistischem, religiös-fundamentalistischem u.ä. Denken der Boden bereitet wird, folgt der politische Umschlag in Barbarei stehenden Fußes. Und was die Linke betrifft, so hatte ein solcher Regreß, der den Verzicht auf die Gestaltung und Umwälzung gesellschaftlicher Gesamtzusammenhänge einschließt, gravierende Folgen. Daß dies zunehmend verstanden wird, zeigt der beginnende Rekurs auf die Klassenproblematik in einer ganzen Reihe von linken Zeitschriften und Publikationen.

Was die marxistische Tradition betrifft, so gehört die Klassentheorie zu ihren unverzichtbaren Bestandteilen - und zwar aller Richtungen und Strömungen. Das Neudurchdenken der Klassentheorie ist also nicht nur Orientierungsdiskussion, sondern auch Element marxistischer Identitätsbestimmung. Z wäre überfordert, würde angestrebt, eine fix und fertige, den heutigen Verhältnissen adäquate Klassenkonzeption zu präsentieren. Uns kann es nur darum gehen, die im marxistischen Spektrum gegenwärtig vorhandenen Ansichten vorzustellen und zu konfrontieren, um damit eine Übersicht über den Stand von Problemsicht und Diskussion zu ermöglichen.

Wir eröffnen im vorliegenden Heft die Klassendiskussion mit drei Beiträgen. Etwa zwanzig Zusagen für weitere Beiträge in den folgenden Heften liegen vor. Und es wäre erfreulich, wenn dabei unter aktiver Beteiligung unserer Leserinnen und Leser aus dem Nebeneinander von Positionen ein wechselseitiger Bezug, also eine Diskussion werden könnte. Die Aufforderung zur Diskussionsbeteiligung ist also mehr als Pflichtübung. Harald Neubert thematisiert den Komplex von Klassen und Macht nicht zuletzt auf dem Hintergrund einseitiger und entstellender Lesarten der Vergangenheit. Jacques Kergoat untersucht die historische, theoretische und ak-

tuelle Relevanz des Klassenkampfverständnisses, wobei er sich gegen einen Klassenreduktionismus wendet, der alle sozialen Konflikte auf den Klassenantagonismus bezieht. Eberhard Dähne stellt - unter Auswertung von Studien des Ost-Berliner isda-Instituts - eine konkretere Ebene der Klassen- und Sozialstrukturuntersuchung vor, auf der die konkrete Lebenssituation und die Befindlichkeit der Menschen in der Ex-DDR zum Ausdruck kommen. Gerade dieser Komplex konkreter Klassenuntersuchung wird weiter zu verfolgen sein.

Unter der Rubrik "weitere Beiträge" werden wie üblich wieder unterschiedliche Themen abgehandelt. Werner Seppmann legt eine erste kritische Rezension der ersten beiden Bände des von W.F. Haug herausgegebenen "Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus" vor. Wolfgang Förster bringt uns in seinem Beitrag die Leistungen der deutschen Aufklärungsphilosophie in Erinnerung. Ein Text über das Verhältnis von Aufklärung und Marxismus wird demnächst folgen. Malcolm Sylver arbeitet Grundzüge der Imperialismustheorie in der linken westlichen Diskussion heraus. Helmut Bleiber setzt sich kritisch und pointiert mit Positionen in der zeitgenössischen deutschen Linken zu Nation und Nationalem auseinander, die er als "nationalnihilistisch" versteht. Er greift damit ein Thema auf, daß auch für Z noch lange nicht "abgehakt" werden kann.

Die Reihe "Linke Politikansätze in Deutschland" wird mit Texten zur SPD (Andreas Wehr) und zu den Autonomen (Bernd Hüttner) fortgesetzt. Aus der diesjährigen Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung veröffentlichen wir im Anschluß an einen kritischen Bericht und Kommentar zur Tagung von Begona Gutiérrez zwei dort gehaltene Vorträge: Anneliese Griese zu den naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels und Raúl Forner-Betancourt über die Wechselwirkungen von Positivismus und Marxismus in Lateinamerika.

Aufmerksam zu machen ist auf die Rubrik "Berichte", in deren Beiträgen sich vor allem die Aktivitäten zum "Engels-Jahr" niedergeschlagen haben. Die Zuschrift von Günter Frech lenkt die Aufmerksamkeit auf die Situation der Gewerkschaften. Im Rezensionsblock wird auch dem Schwerpunktthema Rechnung getragen. Die weitere Planung von Z kann der im Heft veröffentlichten Vorschau entnommen werden.

Wir möchten schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Beiträge der Internationalisierungs-Tagung von IMSF e.V., Z und AG Kapitalismusforschung vom November d. J. im Frühjahr in der Publikationsreihe des IMSF erscheinen werden, zeitgleich mit einer Publikation von Erst Lüdemann, "Statistik der Weltwirtschaft".

Blicke uns zum Schluß des Editorials, den Lesern, Freunden, Förderern, Trägern, Autorinnen und Autoren von Z einen solidarischen Gruß zum Jahreswechsel zu übermitteln.

Harald Neubert

Zur Macht- und Klassenproblematik in Theorie und Politik

I.

Analog und zugleich ergänzend zu dem Satz aus dem Kommunistischen Manifest über die (schriftlich überlieferte) Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen kann man sagen, daß die Geschichte, vor allem die politische, zugleich auch eine Geschichte von Machtkämpfen ist. Wohl alle, die definieren, was Politik ist, bringen diese tatsächlich mit der Macht und der entsprechenden Funktion des Staates in Verbindung. Dies ist keine spezifisch marxistische Erkenntnis.

In der Politik wird Macht benutzt, um Interessen wahrzunehmen, Besitzstände zu verteidigen, Ambitionen zu verwirklichen, Ziele durchzusetzen. Um dies mit Erfolg tun zu können, ist es erforderlich, eine diesen Zwecken gemäße Macht zu besitzen oder zu erwerben. Das ganze hat aber nur Sinn, wenn es in der Gesellschaft bzw. im Staatswesen unterschiedliche oder gar gegensätzliche Interessen gibt, die diesen Zwecken im Wege stehen, wenn es Menschengruppen gibt, die von der Macht de facto ausgeschlossen sind. Wenn auch nicht ausschließlich, so resultieren unterschiedliche Interessen doch in erster Linie aus der Klassenspaltung der Gesellschaft, aus der klassenbedingt ungerechten Verteilung des Eigentums. Macht verlöre ihren Sinn, sie wäre ein Anachronismus, wenn alle Menschen einer Gesellschaft, eines Staatswesens gleichermaßen an der Macht beteiligt wären und gleiche bzw. übereinstimmende Interessen hätten, wenn alle Menschen gleichermaßen über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen könnten, wenn sie alle vernunftgemäß und widerspruchslos ihre individuellen bzw. Gruppeninteressen einem anerkannten Gemeinwohl der Gesamtgesellschaft unterordnen würden. In diesem Fall könnte die Utopie des Anarchismus Realität werden, nämlich eine Gesellschaft ohne Staat und Macht zu etablieren. Heute und in absehbarer Zukunft ist die Menschheit aber sehr weit von einem solchen Idealzustand entfernt. Denn es ist ebensowenig eine spezifisch marxistische Erkenntnis, daß die existierende kapitalistische Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist. Und für die Realisierung von Zukunftsentwürfen, die auf ihre Überwindung gerichtet sind, fehlen in der Gegenwart die notwendigen Bedingungen und Chancen.

Somit wäre es eine Illusion, wollte man darauf orientieren, heutzutage Politik in machtfreien Räumen oder ohne Berücksichtigung bestehender Klassen-, Kräfte-, Machtverhältnisse betreiben zu wollen. Bei manchen linken Kräften, bemerkenswerter Weise auch besonders wiederum nach

dem Scheitern des Sozialismus, gibt es gelegentlich dennoch eine solche Illusion, bei konservativen und rechten Kräften gab es sie niemals. Daß im gescheiterten Sozialismus der "Machtfrage" äußerste Priorität zukam, entsprach deren Platz auch in der bisherigen Geschichte, so auch in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Unterschiede sind nur in der Struktur, in der Legitimierung und der Handhabung der Macht auszumachen. Unter diesem Aspekt ist es mehr als fragwürdig, den gescheiterten Sozialismus pejorativ als Staatssozialismus zu bezeichnen, sofern man damit nicht nur ausdrücken will, daß die Gesellschaft "verstaatlicht" war, also daß kein relevanter Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft gemacht wurde. Es wäre aber völlig realitätsfremd und falsch, wenn man damit suggerieren wollte, ein Weg in eine sozialistische Gesellschaft und die Gestaltung sowie Regulierung einer solchen Gesellschaft wäre ohne Staat oder staatsähnliche zentrale Institutionen realisierbar.

II.

Generell läßt sich feststellen: Sobald die Frage nach dem Wesen und den Funktionen der Macht und dem Ursprung der ihr zugrunde liegenden Interessendivergenzen beantwortet wird, werden unterschiedliche Auffassungen sichtbar, wobei auch das marxistische Verständnis hierüber keineswegs einheitlich ist. Marx selbst hat im Unterschied zur Struktur und Funktionsweise der Ökonomie nichts Vergleichbares zum politischen System der bourgeois Gesellschaft, vom System der Machtausübung ganz zu schweigen, hinterlassen, so daß seine diesbezüglichen Äußerungen von seinen Anhängern und Nachfolgern sehr unterschiedlich interpretiert wurden und werden. Kontroversen brachen schon seit den 90er Jahren des 19. Jh. im sogenannten Revisionismusstreit, namentlich zwischen Eduard Bernstein und Karl Kautsky, auf. Bei allen Verdiensten um das Marxsche Erbe war es gerade Kautsky, der dessen Dogmatisierung Vorschub leistete. Besonders orthodoxe marxistisch-leninistische Interpretationen und eine entsprechende Praxis haben sodann wesentlich mit beigetragen, daß dem Marxismus und kommunistischer Politik immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, Politik würde auf Klassenkampf, Macht auf die Herrschaft einer Klasse über eine andere, der Staat auf ein bloßes Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse, die Funktionalität der Macht nur auf den Staat, Interessen würden nur auf Klasseninteressen reduziert und die Macht würde grundsätzlich demokratischer Legitimation und Kontrolle entzogen. Derartige Vereinfachungen waren verhängnisvoll; sie haben sich selbst ad absurdum geführt, die Prüfung der Geschichte nicht bestanden und mit dazu beigetragen, daß das bisherige Sozialismusprojekt scheiterte. Diese Vereinfachungen haben aber leider auch bewirkt, daß richtige, historisch bewiesene marxistische Erkenntnisse nunmehr selbst von Sozialisten über Bord geworfen werden.

Wer von marxistischem Standpunkt als Wissenschaftler Licht in die politische Geschichte bringen und wer sozialistische Politik betreiben will, muß die Barriere der Vereinfachungen, Dogmatisierungen, Vulgarisierungen marxistischer Positionen durchbrechen und das ganze komplizierte Geflecht von Vermittlungsgliedern zwischen Gesellschaft, Klassen, Interessen, Macht, Staat usw. aufspüren und in Rechnung stellen. Zu diesen Vermittlungsgliedern gehören in ihrer Veränderlich- und Veränderbarkeit das Verhältnis von Ökonomie und Politik, die sozialen und Klassenstrukturen sowie -widersprüche einer Gesellschaft, die Beschaffenheit des politischen Systems, die verfassungsmäßigen Grundlagen eines Staates, die Interessenunterschiede und -konflikte innerhalb einer jeden Klasse, Machtstreben und Machtbesessenheit als eine menschliche Eigenschaft an sich, die Wechselwirkungen zwischen sozialer Situation, Politik geistiger Manipulation, Sozialpsychologie und Massenbewußtsein, die Überlagerung von Antagonismus, gegenseitiger Abhängigkeit, Kampf und Kooperation in den Klassenbeziehungen u. v. m.

Ohne Zweifel bedarf es hierzu theoretischer Grundlagen, und meines Erachtens ist ein marxistisches theoretisches Verständnis noch immer hierfür das geeignetste, sofern man es eben von Vereinfachungen, Dogmatisierungen und von Reduktionismus befreit. Doch muß zugleich betont werden: Fragen nach der Rolle und dem Wesen der Macht, nach dem Charakter von Interessenkonflikten, nach den vielschichtigen Beziehungen zwischen den Klassen usw. lassen sich nicht aus Theorien oder gar Ideologien heraus beantworten, sondern aus den gesellschaftlichen Realitäten der Geschichte und Gegenwart. Theorien können als Verallgemeinerung nur das wiedergeben, was in der historischen Realität nachweisbar und überprüfbar ist, sofern es sich nicht um Programmkonzepte handelt. Dies ist eine Binsenweisheit, die so niemand bestreiten dürfte. Dennoch gehört es zu einer jahrzehntelangen und noch immer anzutreffenden pseudomarxistischen Praxis, im Meinungsstreit entsprechende Antworten primär in der Theorie zu suchen und mit ihnen - sozusagen axiomatisch - die Wirklichkeit erklären zu wollen. Es wurde und wird allzu häufig mißachtet, was Friedrich Engels schon 1847 kundtat: Der Kommunismus sei keine Doktrin, sondern eine Bewegung, er gehe nicht von Prinzipien, sondern von Tatsachen aus, er habe keine Philosophie, sondern die tatsächlichen Resultate der bisherigen Geschichte zur Voraussetzung.¹ Zu erwähnen ist auch eine fortbestehende Vorliebe bzw. Scheu, Begriffe ungeachtet ihres Realitätsbezugs zu gebrauchen bzw. zu meiden, weil sie in der theoretischen und ideologischen Tradition und Auseinandersetzung einen bestimmten - positiven bzw. negativen - Stellenwert besitzen, wie das mit dem Begriff des Klassenkampfes z. B. der Fall ist.

¹ Die Kommunisten und Karl Heinen. Zweiter Artikel. In: K. Marx/Fr. Engels: Ausgewählte Werke in 6 Bdn. Bd. I, Berlin 1974, S. 328.

III.

Wie artikuliert sich Macht in der Gesellschaft? Wohl eine der ersten und noch immer existenten Formen der Macht ist jene, die mit dem Geschlechterverhältnis verbunden ist und sich auf den Familien- und Stammesverband sowie auf Generationsunterschiede erstreckt. Macht zeigt sich seit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen sodann vor allem in Gestalt ökonomischer Macht, in Gestalt der Macht derer, die über Besitz und Eigentum verfügen. Im Kapitalismus wird sie durch das Kapitalverhältnis, den Kapital-Arbeit-Widerspruch reproduziert. Gemeint sind die "auf die Gesamtgesellschaft ausgeübten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die von der Produktion ausgehen".² Ausdrucksformen sind Ausbeutung, Konkurrenz, ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, Expansionsstreben. Die ökonomischen Machtverhältnisse bilden die Grundlage politischer Macht. Auf diesen Zusammenhang hatte schon Karl Marx hingewiesen: "Der Arbeiter selbst produziert daher die beherrschende und ausbeutende Macht" durch seine lebensnotwendige Arbeit.³ Das heißt, daß sich das Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis in einer kapitalistischen Gesellschaft vor allem ökonomisch herausbildet und reproduziert. In einem Brief von 1872 schrieb Friedrich Engels in bezug auf die Machtverhältnisse im Kapitalismus über Bakunin, daß dieser fälschlicherweise "nicht das Kapital, d. h. den durch die gesellschaftliche Entwicklung entstandenen Klassengegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern für das zu beseitigende Übel ansieht, sondern den Staat...".⁴ Engels betonte hingegen, daß es kapitalistische Verhältnisse nicht deshalb gäbe, weil eine Herrschaft der Bourgeoisie existiere, sondern umgekehrt.

Die politischen Machtverhältnisse umfassen die Existenz und Rolle der politisch herrschenden, staatstragenden Klasse, deren Parteien und den Staat mit seinem Gewaltmonopol. Einen besonderen Platz nimmt hierbei die Regierungsfunktion ein, die überwiegend nur von Teilen der ökonomischen und politischen Oberklasse ausgeübt wird, was verbunden ist mit Fragmentierungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Oberklasse, mit Opposition und "Gegenkräften", und die in konkreten, veränderlichen Kräfteverhältnissen Ausdruck findet. Das bedeutet, daß Macht sehr häufig angewandt wird auch von einer Fraktion gegen andere Fraktionen derselben Klasse. Es handele sich bei den tatsächlich Regierenden, so das kritische Fazit eines Sachkenners, um die "Macht winziger Eliten", die die "wichtigsten Entscheidungen" treffen. Diese Eliten bestünden aus Politi-

² Oskar Negt: Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Machtpolitischer Kampfplatz zweier 'Ökonomien'. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/95, S. 8.

³ Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1. In: MEW, Bd. 23, S. 596.

⁴ MEW, Bd. 33, S. 388 f.

kern, die gewählt würden, weil sie in der Regel entweder "sehr reich" seien oder "sich verkaufen" müßten.⁵

Zu den Formen von Macht gehört - heute mehr denn je - die geistig-ideologische, kulturelle und moralische Dominanz, das Vermögen bestimmter Kräfte, über Bildungs- und Kultureinrichtungen, Medien, Kirche und gesellschaftliche Organisationen die öffentliche Meinung und Wahlergebnisse herrschaftsgemäß zu manipulieren. Ökonomische wie politische Macht manifestiert sich in internationalen Kräfteverhältnissen, Vormachtstellungen, militärischen Erpressungen, Kriegen.

IV.

Differenziert ist das Wechselverhältnis von Staat und Macht zu sehen. Der Staat hat ohne Zweifel eine exklusive Stellung in der Hierarchie der Machtartikulation. Doch auch aus linker Sicht sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: Die genannten Ausdrucksformen von Macht verdeutlichen, daß Machtausübung in der Gesellschaft nicht nur Sache des Staates ist, sondern daß sie uns in nicht wenigen nicht- bzw. außerstaatlichen Formen begegnet. Sowohl entsprechende Auffassungen von Marx und Engels wie die in das moderne marxistische Denken von Antonio Gramsci eingeführte Unterscheidung von politischer und ziviler Gesellschaft sowie von Herrschaft und Hegemonie machen deutlich, daß beträchtliche, wesentliche Wurzeln und Fundamente von Macht in der Zivilgesellschaft angesiedelt sind. Zum anderen übt auch der moderne Staat nicht nur Machtfunktionen aus, sondern nimmt - in unterschiedlicher, zuweilen für Herrschaftszwecke deformierter und heute zunehmend angefochtener Weise - zugleich Funktionen des Gemeinwesens und Gemeinwohls wahr. Dies sind in der Regel die verfassungsmäßige Gewährleistung von Menschenrechten, die Jurisdiktion mit einem gewissen Rechtsschutz für alle Bürger, das Verkehr- und Kommunikationswesen, der Gesundheitsschutz, das Sozialwesen, das Bildungswesen, kommunale Belange u. ä. Der Staat habe, so Engels, auch "die Verrichtung der gemeinsamen Geschäfte, die aus der Natur aller Gemeinwesen hervorgehen", als Aufgabe.⁶ Es handelt sich um Bereiche, die traditionell außerhalb der Kriterien von Kapitalverwertung und Effizienz standen bzw. stehen oder wenigstens staatlich subventioniert wurden bzw. werden, nunmehr aber vermittels Privatisierungen und der Verabschiedung "von allen Gemeinwohlvorstellungen"⁷ diesen ebenfalls schrittweise unterworfen werden.

⁵ Yehezkel Dror, Mitglied des Club of Rome und Autor des Buches "Ist die Erde noch regierbar?" in einem Gespräch über die Unfähigkeit der Regierenden. In: Neues Deutschland, 29./30. Juli 1995, S. 9.

⁶ Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW, Bd. 25, S. 397 u. S. 389.

⁷ Negt, a.a.O., S. 5.

In ihrem Verhältnis zueinander sind Klassen- und Machtkämpfe nicht von einander zu trennen, doch waren und sind nicht alle Machtkämpfe zugleich Klassenkämpfe (zwischen unterschiedlichen Klassen). Denn die jeweils existierenden Klassen- und Herrschafts- bzw. Machtverhältnisse bringen Machtkämpfe nicht nur zwischen Klassen, sondern noch viel häufiger zwischen verschiedenen Völkern und Staaten mit Herrschaftsformen gleichen Klassencharakters sowie zwischen verschiedenen Interessengruppen und Fraktionen innerhalb der jeweils herrschenden Klasse bzw. Elite eines Landes hervor. Eine besondere Zuspitzung fand dies im Konflikt zwischen den Kräften des Faschismus und denen der bürgerliche Demokratie, wobei, das muß betont werden, der Faschismus in erster Linie eine besonders brutale Form von Klassenherrschaft war, sich vor allem gegen die Arbeiterbewegung, also die politische Repräsentanz der Arbeiterklasse, richtete. Zuweilen spielen in der Gegenwart Machtkämpfe bzw. Auseinandersetzungen um Machtwechsel zwischen unterschiedlichen Kräften, die sich unterschiedslos zu ein und demselben Herrschaftssystem bekennen, sogar eine viel größere und spektakulärere Rolle als Klassenkämpfe im engeren Sinne des Wortes, d. h. zwischen Kräften einer herrschenden und Kräften einer beherrschten Klasse, zumal in unseren Tagen in den modernen bürgerlich-demokratischen Ordnungen der entwickelten Industrieländer die sozialen und erst recht die politischen Konturen zwischen den Klassen fließend sind und sich zum Teil, allerdings mehr im Selbstverständnis der Betroffenen als in der Realität, aufheben. Nicht selten wird heute in den bürgerlichen Demokratien die Macht von jenen mehrheitlich gestützt, die von ihr ausgeschlossen sind bzw. gegen die sie gerichtet ist. Das "Volk" legitimiert durch sein Wahlverhalten, durch die Unterstützung dieser oder jener Regierungspartei mehrheitlich zwar die Machtverhältnisse; die Macht geht von ihm jedoch nicht aus.

Es ist durchaus nicht so, daß in der Gegenwart Klassengegensätze und -konflikte keine Rolle mehr spielen würden. Ganz im Gegenteil. Die Klassenkonflikte und -kämpfe, deren geschichtliche Realität für die aufkommende Arbeiterbewegung den Bezug für eine historische Rechtfertigung darstellten, waren und sind andererseits nicht in allen Fällen Machtkämpfe in dem Sinne, daß sie die Eroberung der politischen Macht und somit einen Machtwechsel zum Ziel hatten und haben, wie das für die sich revolutionär verstehende sozialistische Arbeiterbewegung galt. Vielfach betreffen und betreffen Klassenauseinandersetzungen die "Machtfrage" nur insofern, als sie besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen wegen, größerer sozialer und politischer Rechte wegen, der Durchsetzung bestimmter Forderungen und Interessen wegen im Rahmen bestehender Herrschafts- bzw. Machtverhältnisse auf deren Einschränkung abzielten bzw. abzielten. Dies hatte schon Karl Marx festgestellt.

Ein Novum in theoretischer und strategischer Hinsicht stellte für die Kommunisten eine Feststellung Georgi Dimitroffs auf dem VII. Kongreß der Komintern 1935 dar, als er die bemerkenswerte Schlußfolgerung for-

mulierte, daß in Anbetracht des Faschismus und der Kriegsgefahr es den Kommunisten durchaus nicht gleichgültig sei, "welches politische Regime in einem Lande besteht: eine bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie ... oder eine bürgerliche Diktatur in ihrer offenen faschistischen Form. Als Anhänger der Sowjetdemokratie werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampf erobert hat, und entschlossen für deren Erweiterung kämpfen." Und deshalb hätten "die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret für den heutigen Tag zu wählen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus".⁸ Zuvor herrschte in der Komintern, vornehmlich in der KPD, die Auffassung vor, Faschismus sei zur bürgerlichen Herrschaft an sich geworden, zu der es nunmehr nur eine Alternative geben könnte, nämlich die Diktatur des Proletariats, so daß bürgerliche Demokratie nicht für verteidigungswürdig gehalten wurde.

V.

Was heute die Austragung tatsächlich vorhandener Klassenkonflikte zwischen Kapital und Arbeit anbelangt, so ist dabei nicht zu übersehen, daß in ihnen häufig die provozierende, organisatorische, auf "Lösungen" drängende und "Lösungen" oktroyierende Initiative von denen ausgeht, die über die ökonomische und politische Macht in der Gesellschaft verfügen, weniger von denen, die die Benachteiligten, die Opfer dieser Konflikte sind. Ihre Rolle hat nicht selten reaktiven oder gar defensiven Charakter. Es darf nicht übersehen werden, in welcher Weise existentielle Zwänge - Sicherung eines Arbeitsplatzes, Marktmechanismen u. a. - die Arbeitenden disziplinieren und einer mehr oder weniger freiwilligen Anpassung ausliefern.

Ohne Zweifel sind Platz, Funktion und Wirkung von Klassenkonflikten und -auseinandersetzungen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften jederzeit konkret zu bestimmen. Aus der realen Lage läßt sich folgendes Bild ermitteln: Es werden rigoros und unverhohlen vermittels ökonomischer und politischer Instrumentarien Kapitalinteressen durchgesetzt, wofür man durchaus den Begriff des Klassenkampfes von oben gebrauchen kann. Hierbei hängen die Kapitalinteressen aber nicht in erster Linie vom Wollen oder Nichtwollen des Kapitalisten bzw. der Kapitalisten als Klasse ab, sie sind also nicht in erster Linie subjektiv bedingt, sondern sie wirken vordergründig als systembedingte produktions- und marktwirtschaftliche Zwänge, die sich objektiv aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals ergeben und alle sozialen Komponenten des kapitalistischen

⁸ VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen. Frankfurt a.M. 1971, S. 255.

Reproduktionsprozesses, eben auch die Arbeiterklasse, einbeziehen. Nur in diesem Rahmen existieren, solange Kapitalismus besteht, Möglichkeiten der Planung und Steuerung dieser Prozesse und - im Zuge von Kämpfen bzw. erkämpften Kompromissen - der Verteidigung von Gemeinwohlerfordernissen sowie der Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Arbeiter.

VI.

Was nun die Arbeiterklasse anbelangt, die lange Zeit im marxistischen Verständnis als das potentielle revolutionäre Subjekt zur Überwindung des Kapitalismus galt, so befindet sich diese schon längere Zeit hinsichtlich ihrer sozialen Situation, des Maßes ihrer Integration in das bestehende Reproduktionssystem, ihrer Interessenlage, ihrer politischen Orientiertheit usw. in einem Prozeß der Fragmentierung und Differenzierung, so daß sie diese Rolle gar nicht ausüben in der Lage wäre, ganz abgesehen davon, daß ihre Kraft für die Lösung der über den Klassenkonflikt weit hinausreichenden anstehenden gesellschaftlichen und Menschheitsprobleme überhaupt nicht ausreichen würde. Sie ist also ökonomisch, sozial und politisch, besonders in bezug auf ihre Interessen äußerst differenziert, zersplittert und demnach - trotz beträchtlicher Marginalisierungen, einer fortgesetzten Proletarisierung und gleichzeitigen Homogenisierung⁹ - kein von übergreifenden gemeinsamen Interessen und Zielen getragenes einheitliches politisches Subjekt. Ihren Kampf gegen das Kapital führt sie nach Berufszweigen und vorrangig mit dem Ziel, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in der gegebenen gesellschaftlichen Ordnung durchzusetzen. Von einem zur Einheit strebenden oder tendierenden revolutionären "Klassenkampfsubjekt", das den Kapitalismus zu überwinden gewillt und in der Lage wäre, kann keine Rede sein. Übrigens sind die negativ Betroffenen der sich ausprägenden Zwei-Drittel-Gesellschaft nicht mehr nur Arbeiter, so daß das Potential von Unzufriedenheit und Protest, ganz gleich, wie dies sich äußert, klassenübergreifend ist.

Kennzeichnend für diese Entwicklung sind die sozialen Gegebenheiten der beiden großen kommunistischen Parteien im kapitalistischen Europa - der IKP und der FKK -, wie sie bereits in den 70er Jahren, den Jahren ihres größten Einflusses, festzustellen waren. Als militante, auf die Überwindung des Kapitalismus und auf Sozialismus orientierte Parteien besaßen sie in ihrer Mitgliedschaft einen Arbeiteranteil - Arbeiter nach ihrem eigenen Verständnis - von etwa 30 bis 40 Prozent. Gemessen an der Gesamtzahl der Arbeiterschaft waren dies in Italien etwa zwei Prozent, in Frankreich weniger als ein Prozent.¹⁰ Wenngleich von allen sozialen

⁹ Vgl. Karl Heinz Roth: Auf dem Glatteis des neuen Zeitalters. Die Krise, das Proletariat und die Linke. In: Vorwärts (Zürich), Nr. 50-51/52 vom 16. u. 23. Dezember 1994.

¹⁰ Anzumerken ist, daß einerseits damals die Struktur der kommunistischen Wähler etwas günstiger gewesen sein dürfte, daß andererseits heute, nach dem rapiden Einflußverlust

Gruppen die Arbeiter am stärksten in beiden Parteien repräsentiert waren, bedeutet dies dennoch, daß mehr als die Hälfte der eingeschriebenen Kommunisten, die die Programmziele der Parteien unterstützten, anderen sozialen Gruppen angehörten - der Intelligenz, der Bauernschaft, der Schicht der Gewerbetreibenden, ja dem kapitalistischen Unternehmertum -, was durchaus nicht als negativ zu werten ist.

Eine zum Sozialismus drängende historische Mission der Arbeiterklasse ist nicht (mehr) denkbar. Die heute zu lösenden Probleme rufen ohne Zweifel auch Klassenkampf von unten hervor, ihre Lösung ist aber nicht auf den Kampf einer Klasse reduzierbar. So sehr auch der Klassenkonflikt objektiv die Überwindung des Kapitalismus erforderlich macht, wird die Alternative, so auch ein künftiger Sozialismus, nicht bzw. nicht mehr auf die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse, also nicht mehr allein auf die Überwindung des Arbeit-Kapital-Widerspruchs reduzierbar sein. Zu lösen sind zivilisatorische Menschheitsprobleme, die, wenngleich vom Kapitalismus erzeugt bzw. reproduziert, zugleich von der Lebensweise mehr oder weniger aller Menschen, aller sozialen Gruppen und Klassen in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten, auch der im Ausbeutungsverhältnis stehenden, vertieft werden, die also die Existenzgrundlagen der modernen bürgerlichen Gesellschaften und zugleich die der ganzen Menschheit gefährden.

VII.

Wer also für sozialen Fortschritt im Interesse der Zukunftssicherung der Menschheit wie auch für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus eintritt, und zwar ganz gleich, auf welchem Wege, auf "revolutionärem" oder "evolutionär-reformatorischem", kann das nur programmieren auf der Grundlage eines demokratischen und pluralen Mehrheitswillen, für den die "Arbeiterklasse", wie immer man sie heute definiert, nicht ausreicht, und er darf den Übergang infolgedessen nicht als Ergebnis des Kampfes "Klasse gegen Klasse" und schon gar nicht als Ergebnis der Aktion einer Minderheit gegen den Mehrheitswillen verstehen.

Mit anderen Worten: Das Eintreten für Fortschritt und Sozialismus ist also auf die Überwindung von Widersprüchen und Problemen sowie auf die Durchsetzung von Zielen gerichtet, die klassenübergreifend sind. Deshalb kann, wie bereits gesagt, dieses programmatische Ziel und dieser Kampf kein klassenmäßig einheitliches Subjekt haben. Dennoch ist die Durchsetzung von Fortschritt im oben beschriebenen Sinne, von Sozialismus ganz zu schweigen, ohne die Komponente der Klassenseinsetzung nicht denkbar. Der "Klassencharakter" im Kampf um Fortschritt ist meines Erachtens heute nicht daran zu messen, ob eine Klasse (die Arbeiterklasse)

und Wandlungsprozeß dieser Parteien, der Arbeiteranteil offenbar noch geringer geworden sein dürfte.

als politisches Subjekt in Erscheinung tritt oder nicht. Es geht vielmehr darum, daß sich dieser Kampf klassenmäßig unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte unweigerlich - zwecks Einschränkung und schließlich Überwindung - gegen die Funktionsmechanismen einer Gesellschaft richtet, die der Logik der Kapitalverwertung, der Konkurrenz und maximalen Profiterwirtschaftung, der Ausbeutung von Mensch und Natur untergeordnet sind, sowie gegen jene sozialen und politischen Kräfte, die diese Kapitalinteressen durchsetzen und verteidigen.

Der klassenmäßige Aspekt von sozialem Fortschritt und Sozialismus besteht also nicht darin, daß die Interessen nur einer Klasse durchgesetzt oder gar zum Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung gemacht werden, sondern daß in erster Linie gesamtgesellschaftliche und Menschheitsinteressen wahrgenommen und durchgesetzt werden müssen. In diesem Sinne ist Fortschritt jedoch nicht realisierbar ohne die Beeinträchtigung und Zurückdrängung kapitalistischer Klasseninteressen, die eben diesem Zweck im Wege stehen.

Zu bedenken ist hierbei, daß im nationalstaatlichen Rahmen heute in Anbetracht der Internationalisierungs- und Integrationsprozesse weder die Verwertungsbedingungen des Kapitals gesichert noch Sozialkompromisse (z. B. ein "Gesellschaftsvertrag", was immer man darunter versteht), geschweige denn tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen durchgesetzt werden können. Es bedarf einer internationalen Dimension von Problemlösungen, von Alternativprogrammen, von Subjekten zu deren Verwirklichung. Linke Kräfte im allgemeinen, sozialistische im besonderen sind in der Gegenwart jedoch weit davon entfernt, in hierfür erforderlicher Weise aktionsfähig zu sein.

VIII.

Welche "machtpolitischen" Möglichkeiten besitzt heute eine linke, eine sozialistische Opposition in der bürgerlichen Gesellschaft? Eine realistische und politikwirksame Antwort verlangt zunächst, den Auffassungen jener zu widersprechen, die behaupten, bestimmte realpolitische Optionen würden sich grundsätzlich ausschließen, also unvereinbar sein: so z. B. die perspektivische Orientierung auf Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus einerseits und eine konstruktive Programmatik und Politik auf dem Boden und im Rahmen der kapitalistischen Ordnung andererseits; ebenso das Eintreten für die als notwendig erachtete Überwindung des Kapitalismus einerseits und das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zum Rechtsstaat andererseits. Die erste dieser angeblichen Ausschließlichkeiten entspringt einer fundamentalistisch-linksradikalen Position, die zweite einer rechten, konservativen; und beide laufen de facto darauf hinaus, die kapitalistische Ordnung mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung gleichzusetzen sowie Kräfte und Parteien, die den Kapitalismus für überwindenswert halten und dafür eintreten, als verfas-

sungsfeindlich zu deklarieren. Zwei Dinge muß man auseinanderhalten: Das Grundgesetz verpflichtet zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, keineswegs jedoch zur Anerkennung des Kapitalismus. Es sei in diesem Zusammenhang z. B. auch an das Ahlener Wirtschaftsprogramm der heute regierenden CDU vom Februar 1947 mit seiner Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erinnert, die damals niemand mit dem zwei Jahre später angenommenen Grundgesetz in Widerspruch brachte.

Folgende Bereiche dürften für deutsche linke, für deutsche sozialistische Kräfte und Parteien (im Einklang mit der Verfassung) derzeit relevant, folgende Optionen möglich sein:

- Opposition im Sinne einer "Gegenmacht", also Schaffung von demokratischen Gegenmachtpositionen, die die Machtbefugnisse der Regierenden und Herrschenden einschränken. Das bedeutet, auf die Verfassungswirklichkeit Einfluß zu nehmen, die Rechte, Einflußmöglichkeiten usw. der von der Machtausübung ausgeschlossenen zu gewährleisten und zu erweitern, also politische Kräfteverhältnisse demokratisch zu verändern, eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft zu bewirken.

- Parlamentarische und außerparlamentarische Kontrolle der real ausgeübten Macht, der Regierungspolitik usw. zu verwirklichen.

- Eventuelle Beteiligung in Exekutivorganen der Macht auf kommunaler, Kreis- und Landesebene im Sinne eines Spagats zwischen Macht und Gegenmacht, einer Kombination von Machtbeteiligung und Opposition. Die hierzu gegenwärtig in der PDS geführte Debatte ist gelegentlich doktrinär. Ein Entweder-Oder darf nicht in jedem Falle konstruiert werden. Aufgrund ganz unterschiedlicher Situationen, Bedingungen und Kräftekonstellationen läßt sich kein Verhaltensschema vorgeben. Zu beachten ist, daß sich Wähler auf die Dauer nicht für eine Partei entscheiden, die nur Opposition betreibt und das ihr durch Wahlen gegebene Mandat nicht wahrzunehmen bereit ist; daß der Staat - wie erwähnt - nicht nur Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse ist, sondern zugleich - auch im Kapitalismus - mehr oder weniger gesamtgesellschaftliche Funktionen wahrnimmt, so daß deren Ausweitung eine durchaus sinnvolle Aufgabe linker und sozialistischer Kräfte ist. Der Einwand, Reformen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes und zu mehr Demokratie könnten zugleich auch das kapitalistische System stabilisieren, mag begründet sein. Worin bestehen denn aber Ziel und Inhalt sozialistischer Politik? In der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Möglichkeiten breiter demokratischer Betätigung oder in der Destabilisierung des Systems? Die hintergründige, wohl noch immer bei manchen Linken schwelende Hoffnung, je schlechter die soziale Lage ist, desto besser sei es für revolutionäre Veränderungen, hat sich in der Geschichte nicht oder nicht erwartungsgemäß erfüllt. Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß die Verschärfung sozialer Probleme, wachsende

Armut, Dauerarbeitslosigkeit und soziale Marginalisierungen, daß der Verfall der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, chaotische Zustände, ökologischer Kollaps, das Versagen der herrschenden Eliten, Entmündigung, Manipulation und Verdummung des Volkes usw. Protestbewegungen und sogar revolutionäre Aktionen hervorrufen können, doch kann es nicht Sache sozialistischer Politik sein, absichtlich derartige Destabilisierungen zu fördern und hierauf von vorn herein politische Optionen zu gründen. Es darf kein Zweifel darin bestehen, daß es um die Veränderung und Überwindung geht, nicht um die Destabilisierung des Kapitalismus, denn deren Auswirkungen hätten in erster Linie jene zu tragen, deren Lebensqualität zu verbessern gerade Ziel sozialistischer Politik sein muß. Zu bedenken ist auch, daß eine Destabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung rechte, ja faschistische Kräfte auf den Plan ruft und autoritäre, fortschrittsfeindliche Lösungen begünstigt.

- Zurückdrängung der sich ausbreitenden Kapitallogik in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen wie Kultur und Bildung, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr, Erholungswesen, Kinder-, Jugend- und Familienförderung, Wohnungspolitik usw., die eben im gesamtgesellschaftlichen Interesse, im Interesse des Gemeinwohls liegen und bisher zum Teil vom Staat verantwortet wurden. Das Herauslösen dieser Bereiche aus der staatlichen Kompetenz, ihre Privatisierung also, muß von den Linken bekämpft werden, die auf diese Weise eben gerade sich zum Fürsprecher staatlicher Pflichten und Verantwortungen machen.

- Stellung- und Einflußnahme in Bezug auf die internationale Macht- und Hegemonialpolitik der BRD, gegen die Militarisierung der Außenpolitik, gegen NATO-Einsätze out of area, gegen eine neue Blockspaltung Europas usw.

- Suche und Unterstützung hinsichtlich internationaler Gegenmachtpositionen, um Zwänge gegen die Kapitaldominanz zwecks Durchsetzung einer neuen politischen und Weltwirtschaftsordnung im Interesse der Völker, der Ökologie, des sozialen Fortschritts in globalem Maßstab. Diese Aufgabe beginnt bereits im Verhältnis zur Europäischen Union im Sinne ihrer Demokratisierung, Entbürokratisierung, Kontrollierbarkeit usw.

Einschränkung und letztlich Überwindung der Kapitallogik auf demokratischem Wege setzen auf alle Fälle ein verändertes Kräfteverhältnis, eine aktionsfähige Mehrheit voraus. Ohne Machtbefugnisse neuer demokratischer Mehrheiten, was die Veränderung bestehender ökonomischer und politischer Machtkonstellationen auf demokratischen Wege voraussetzt, sind antikapitalistischer Fortschritt und demokratischer Sozialismus nicht denkbar.

Jacques Kergoat

Bemerkungen zum Klassenkampf¹

Man hat mir vorgeschlagen, hier in eine Reflexion über den Klassenkampf einzuführen, über das, was er in einem Jahrhundert hervorgebracht hat, und über den Stellenwert, den wir seinem Begriff heute geben; gewiß eine sehr banale Aufgabe, aber eine Banalität, die ich als etwas bedrückend empfunden habe.

Vielleicht sollte man mit der Frage beginnen, welchen Platz Marx selbst dem Klassenkampf eingeräumt hat. Man kennt den Satz des Kommunistischen Manifests: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Es scheint so für Marx erwiesen zu sein, daß der Klassenkampf der Motor der Geschichte ist.

Diese Behauptung ist bisweilen bestritten worden. Manche vertreten die Auffassung, daß für Marx die Entwicklung der Produktivkräfte der Motor der Geschichte ist. Sie stützen diese Auffassung auf verschiedene Auszüge aus dem Marxschen Werk. Das vermutlich triftigste Zitat ist das aus dem Vorwort von 1859 zu "Zur Kritik der politischen Ökonomie": "Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ... Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein."

Wenn man eine Entscheidung zwischen diesen beiden Interpretationen treffen muß, würde ich für meinen Teil sagen, daß ich glaube, daß im Marxschen Denken der Klassenkampf die Geschichte macht, aber daß er sie unter historisch bestimmten Bedingungen macht, Bedingungen, die vor allem durch die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt sind.

Ich glaube, daß dies das Marxsche Denken ist, und ich glaube, daß diese Herangehensweise, selbst in der lapidaren Form, wie sie in dem Zitat aus dem "Kommunistischen Manifest" präsentiert wird, uns am besten dazu dienen kann, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Geschichte unserer Gesellschaften zu denken. Es ist eine Herangehensweise, die diese manchmal zu lineare Sichtweise vermeidet, die uns in bestimmten die Entwicklung der Produktivkräfte betreffenden Formulierungen zu schaffen macht.

Wir sind offensichtlich mit einer Art von Degradierung der Reflexion über den Klassenkampf konfrontiert. Es gibt viele Gründe dafür.

¹ Geringfügig um einige historische Passagen gekürzter Beitrag zu dem von der Zeitschrift Marx Actuel vom 27.-30. September 1995 an der Universität Paris-X-Nanterre veranstalteten Congrès Marx International, Übersetzung: Reinhard Schweicher

Der erste besteht vermutlich darin, daß der Zweifel an der Möglichkeit, die Welt zu transformieren und das Leben zu verändern, für manche eine Zurückweisung der Debatten über den Klassenkampf zur Folge hatte. Marx schrieb seine eigene Originalität nachdrücklich nicht dem Verdienst zu, "die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben", sondern dem Nachweis, daß der Klassenkampf notwendig zu einer "Aufhebung aller Klassen und zu einer *klassenlosen Gesellschaft*" führt (Brief an Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852).

Der zweite rührt zweifellos von der Frage nach der Existenz der gesellschaftlichen Klassen selbst und insbesondere nach der Existenz der Arbeiterklasse her.

Der dritte ist darin zu sehen, daß die gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse von Grund auf das Interesse an Kollektivbildungen zu Gunsten dessen verändert haben, was dem Bereich des Individuellen angehört. Hinzu kommt der verständliche Wunsch mancher Marxisten, sich von nun an der Frage nach dem Status der Subjektivität in der Gesellschaftsgeschichte zuzuwenden.

Der vierte verweist auf die Begeisterung für all die Theorien des Konsenses, vor allem in den Betrieben, den Willen, ein Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln, Unternehmenskultur etc. Man könnte denken, daß das nichts Neues ist. Aber der 1985 zelebrierte Unternehmensgeist, der Gedanke seiner Unteilbarkeit, der an die Franzosen gerichtete Appell, die "Vorurteile" über die Unternehmen aufzugeben, kommt nicht etwa von Seiten eines Mitglieds des CNPF (Nationalrat des Französischen Unternehmertums), sondern von dem damals amtierenden sozialistischen Premierminister Laurent Fabius, mit der Schlußfolgerung, "die industrielle Zurückhaltung" zu überwinden. Es ist nicht schwer zu verstehen, was mit dieser Art Vorurteilsfreiheit gemeint ist: Es gelte von nun an, die Welt der Arbeit stärker von der Seite des Managements her anzugehen und für einige Zeit von den Kämpfen und Konflikten abzulassen.

Für meinen Teil möchte ich mich also bemühen, die Bedeutung der Klassenkämpfe dieses Jahrhunderts an den säkularen Wendepunkten wie im Alltagsleben herauszustellen; ich möchte versuchen, in einem zweiten Abschnitt nach dem gesellschaftlichen Stellenwert zu fragen, den der Klassenkampf heute einnimmt, und in einem dritten Teil eine Reflexion über die möglichen Artikulationen verschiedener Herrschaftsverhältnisse anzustellen.

Ein Jahrhundert von Klassenkämpfen

Im Klassenkampf gibt es Kampf. Und selbst wenn die Marxisten das manchmal vergessen haben - siehe die sehr beschränkte Zahl von Arbeitern, die sich damit befassen, wie die Armee des Kapitals lebt, kämpft und

sich organisiert -, dieser Kampf konfrontiert sehr wohl reale Gegner, an erster Stelle die Arbeiterklasse und die kapitalistische Bourgeoisie. Und diese Kämpfe, in denen Klassen sich gegenüber treten, enden bald mit dem Sieg des einen, bald mit dem des anderen Gegners; sie können auch - und das ist sogar oft der Fall - durch für einen der Akteure mehr oder weniger günstige Kompromisse enden. Die Ergebnisse der Kämpfe hängen in der Tat von dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen ab.

Die Geschichte des Klassenkampfes ist nicht die Geschichte der Siege der Arbeiterklasse. Sie ist die Geschichte ihrer Siege, ihrer Niederlagen und ihrer Kompromisse. Die Marxsche Tendenz, nicht nur eine lineare Sicht des Klassenkampfes zu präsentieren (verbunden mit dem Bewußtsein, daß die kapitalistischen Widersprüche sich nur verschärfen könnten), sondern auch und vor allem sich in den Bezugsrahmen der bevorstehenden Vollen- dung des Klassenkampfes durch den Sieg der Arbeiterklasse zu stellen, hat wahrscheinlich einen Anwendungsmodus des Klassenkampfbegriffs nach sich gezogen hat, der durch zwei Konsequenzen gekennzeichnet ist.

Die erste bestand darin, nur die "großen Etappen" des Klassenkampfes herauszustellen. Seine Permanenz und seine alltäglichen Aspekte blieben damit eher im Dunkeln.

Die zweite bestand darin, in diesen "großen Etappen" nur das herauszustellen, was die anfängliche Prognose großer Erfolge der Arbeiterklasse bestätigte, die als Siege analysiert werden konnten, auf Kosten nicht nur der Analyse der Niederlagen, sondern vor allem der der Kompromisse. (...)

Es ist vielleicht nach allem nichts so banal wie der Hinweis darauf, daß der Klassenkampf weitgehend dazu beigetragen hat, die Bedingungen zu modifizieren, unter denen sich die Ausbeutung der Arbeitskraft vollzieht. So sind die Betriebe bzw. das Unternehmen in der letzten Zeit als konsensueller Raum beschrieben worden, in dem sich, dank des unvorhergesehenen Zusammentreffens zwischen der Dynamik moderner Technologien und dem Auftreten einer für partizipatives Management begeisterten Generation betrieblicher Leitungskräfte, Partizipation und Innovation frei entfalten können. Ich möchte nicht mehr zu diesem Punkt sagen. Aber es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß der Klassenkampf die Arbeitsbedingungen verändern kann und daß er nicht zu der einzigen Alternative verdammt ist, entweder dem Ausbeutungssystem zu unterliegen oder das Lohnverhältnis abzuschaffen.

Ich möchte gleichermaßen darauf hinweisen, daß der Klassenkampf auch außerhalb des ökonomischen Feldes realen Einfluß hatte. Ich möchte dafür plädieren, daß er einen weitgehenden Anteil an der Gestaltung des modernen Staates hatte, den man heute wahrscheinlich nicht mehr wie Marx im 18. *Brumaire* als "fürchterliche(n) Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft" (MEW 8, 196), beschreiben könnte. Über seine Forderungen in Sachen sozialer Protektion, über die Schlacht um Nationalisie-

rungen, über sein Begehren, eine bestimmte Zahl von Problemen aus der unmittelbaren Konfrontation von Lohnabhängigen und Unternehmern herauszuziehen, um ihnen direkt ihren Platz in der Sphäre des Politischen zuzuweisen, hat der Klassenkampf die Funktionsweise des Staates grundlegend modifiziert. Vielleicht sind wir nach allem in bestimmten Fällen mit dem konfrontiert, was Henri Lefebvre eine "staatliche Produktionsweise" nannte. Aus alledem ist offensichtlich kein Staat "über den Klassen" hervorgegangen. Ebensowenig hat sich der Staat seiner repressiven Funktionen entledigt. Aber quer durch die dem Keynesianischen Staat, dem Sozialstaat, zugestanden und manchmal von etwas naiven Hoffnungen begleiteten Umverteilungsbefugnisse hindurch hat sich ein neuer Kampfraum eröffnet.

Räumliche Ausweitung von Kämpfen, ich sage es noch einmal, bedeutet nicht, daß die Arbeiterklasse von einem Sieg zum anderen treibt. Es empfiehlt sich also, hier eine Domäne aufzuzeigen, in der der Klassenkampf seine Wirkungen hat, wo aber im Grunde die herrschenden sozialen Klassen ihre Überlegenheit behalten haben. Ich will von der Schule sprechen. Man kann von einer Kontinuität der Reformen sprechen und oft seine Anerkennung ausdrücken: Offensichtlich haben sie in den meisten Fällen die Bildungsbarrieren beseitigt, den allgemeinen Zugang zur Sekundarstufe ermöglicht und die Berechtigung dafür geschaffen, sich auf das Ziel von "80 Prozent einer Altersklasse mit Reifeprüfung" zu berufen. Man kann sogar ohne Schwierigkeiten Statistiken produzieren, die zeigen, daß immer mehr Arbeiterkinder am schulischen Aufstieg teilhaben. Aber das Resultat bleibt: Es sind die herrschenden Klassen, die sich über das Schulsystem reproduzieren, und es sind grundsätzlich diese, die von dem Bildungsvorteil profitieren, um dafür zu sorgen, daß die Gesellschaft sich als ungleiche, hierarchische und kapitalistische Gesellschaft reproduziert. Ein Arbeiterkind hat heute immer noch neunmal weniger Chancen, an die Universität zu gelangen, als ein Kind höherer Leitungskader oder freiberuflich Tätiger. Gewiß, trotz all der Rücknahmen ihrer Neutralität hat der Klassenkampf unzweifelhaft die Schulinstitution durchzogen, und sei es nur über den Kampf der überwiegenden Mehrheit der Lehrer, die ihre Aufgabe offensichtlich nicht in der Reproduktion einer Gesellschaft der Ungleichheit sehen. Gleichermaßen schlagen die Wogen des Klassenkampfes von außen gegen die Festungsmauern des Schulsystems. Aber wenn die Unterklassen diesen Kampf geführt haben, haben sie das sehr respektvoll getan; als ob diejenigen, die legitimerweise die stärksten Forderungen an das Schulsystem richten müßten, sich angesichts der Institution schlecht gerüstet, auf unbekanntem Terrain, wenig mit ihm vertraut, ja sogar nicht legitimiert fühlten. Vielleicht müßte man hier auch nach der Art und Weise fragen, wie die Lehrgewerkschaft, um ihre Einheit zu garantieren, sich seit einem halben Jahrhundert hat abseits der großen Arbeiterkonföderationen errichten müssen. Kurz, da von mir eine Bilanz über ein Jahrhundert der Klassenkämpfe verlangt wurde, müssen wir sagen, daß dieser Kampf um

die Schule, wenn wir ihn seit Jules Ferry, d.h. seit mehr als einem Jahrhundert datieren, von entscheidender Bedeutung ist; und wir haben ihn nicht gewonnen.

Trotzdem hat sich etwas verändert. Es ist etwas länger als ein Jahrhundert her, daß der herrschende Diskurs die soziale Ungleichheit im Zugang zur schulischen Bildung legitimierte, während ihre Verurteilung heute außer Frage steht. Und im Namen dieses augenscheinlichen Konsenses ist es sicher, daß der Klassenkampf noch manche Rechnung mit der Schulinstitution in aller Legitimität wird zu begleichen haben.

Das Paradigma Klassenkampf

Nach diesen wenigen Anhaltspunkten zu der Frage, wie der Klassenkampf unser Jahrhundert geprägt hat, bleibt mir die Aufgabe zu präzisieren, daß mir der anfangs zitierte Satz des "Kommunistischen Manifests" - die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen - etwas zu unangreifbar und, um es offen zu sagen, zu ungenau zu sein scheint.

Wir kennen heute die Geschichte vieler gesellschaftlicher Organisationsformen, wie z.B. Banden oder Stämme, die sich durch komplexe Beziehungen, durch bestimmte Einrichtungen, durch Konflikte, durch verordnete Prinzipien entwickelt haben, und zwar ohne Verbindung mit dem Klassenkampf, ganz einfach mangels Existenz gesellschaftlicher Klassen. Verwandtschaftsstrukturen und Heiratsverbindungen sind untersucht worden, die über das, was man dann Familie genannt hat, Generationenverhältnisse hervorbrachten, die die Entwicklung der Gesellschaft vorantrieben, lange vor der Erscheinung der Klassengesellschaften. Desgleichen treten die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen, soweit sie sich als Beziehungen von Herrschaft der ersteren über die letzteren strukturiert haben, als eine sehr lebensfähige soziale Struktur in Gesellschaften in Erscheinung, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht kannten. Die bewaffneten Zusammenstöße, die Kriege, sogar kriegerische Blutbäder zwischen primitiven Gemeinschaften rühren ebensowenig vom Klassenkampf her.

Als die kapitalistische Gesellschaft sich herausbildete, entstand nicht eine neue Gesellschaft aus dem Nichts, eine jungfräuliche Gesellschaftsformation, die von all den bereits in Schichtungen verfestigten Herrschaftsformen unberührt gewesen wäre, die sich im Schoß der menschlichen Gattung in den vorangehenden Jahrhunderten herausgebildet hatten. Es ist also nicht der Klassenkampf, aus dem heute alle durch das gesellschaftliche Sein der Menschen geschaffenen Beziehungsnetze hervorgehen, weder die gesamten Widersprüche, noch die gesamten Konflikte, noch die gesamten Herrschaftsformen. Und die Liste der Herrschaftsformen, deren Matrix man vergeblich auf Seiten des Klassenkampfes suchen würde, ist schließlich lang.

Den Verhältnissen zwischen den Geschlechtern und den Generationen ließen sich die Verhältnisse zwischen Nationen, das heißt die Frage des Nationalismus, die Verhältnisse von Herrschaft, Furcht und Verachtung, die der Rassismus initiiert, das Stadt-Land-Verhältnis (oder genauer das von Stadt- und Landbewohnern) etc. hinzufügen. Das Verhältnis Mensch - Natur wirft demgegenüber meiner Ansicht nach andere Fragen auf.

Die Klassengesellschaften haben die Gesamtheit der Differenzen geerbt, die ihre gesellschaftliche Form schon in den klassenlosen Gesellschaften erhalten haben. Sie haben die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Clans oder Stämmen, zwischen Sippen und Völkern ebenso geerbt, wie ein oft von Knappheit, den Zufällen von Naturkatastrophen, dem Kampf ums Überleben gezeichnetes Naturverhältnis. All diese Differenzierungen überlagern, schichten und verhärten sich, bleiben also präsent.

Aber sie sind gleichermaßen unmittelbar mit der Erscheinung der gesellschaftlichen Klassen, mit dem Klassenkampf und mit den Staaten konfrontiert. Sie werden in ein komplexes Ensemble neuer gesellschaftlicher Bindungskräfte umgearbeitet, eingeknetet und integriert: In diesem Sinne haben sie alle etwas mit dem Klassenkampf zu tun. Aber dieser hat sie nicht um sich herum und nur nach seiner eigenen Logik angeordnet, er hat sie nicht seiner eigenen Kohärenz unterworfen, noch weniger hat er ihnen eine neue Geburt verliehen, er hat sie nicht produziert.

Diese Herangehensweise macht offensichtlich jede Problematik trügerisch, die den Klassenkampf unter Mißachtung dieses paradigmatischen Gesichtspunkts konzipieren und behaupten würde, daß a) seine Aufhebung hinreichend wäre, um die Aufhebung aller anderen Konflikt- und Herrschaftsformen nach sich zu ziehen, und daß b) es vergeblich wäre zu versuchen, auf die anderen Herrschaftsformen einzuwirken, sofern sie in letzter Instanz nur im und durch den Sieg der Arbeiterklasse oder, in jedem Fall, die Intensivierung des Klassenkampfes einer Lösung zuzuführen wären.

Die Behauptung a) würde unweigerlich zu dem Gedanken führen, es genüge, das Privateigentum an den Produktionsmitteln (als Schlüssel der Ausbeutungsverhältnisse) abzuschaffen, damit die anderen Herrschaftsformen gewissermaßen von selbst verschwinden oder zumindest verkümmern. Man weiß, was aus dieser Überzeugung geworden ist.

Die Behauptung b) führt zur Unterordnung der Kämpfe gegen die anderen Herrschaftsformen unter den Klassenkampf und zum Klassenkampf in seiner reduziertesten Version. Das ist übrigens eine alte Geschichte der Arbeiterbewegung und ihres Zusammentreffens mit dem Marxismus, wenn man sich an die "drei Antis" Jules Guesdes erinnert - der Antimilitarismus, der Antikolonialismus und der Antirassismus -, die er als ebenso viele agitatorische Diversionen präsentierte, die den Proletariern vor die Nase gehalten würden, um sie von dem einzigen "Anti", das gelte, dem Antikapitalismus, abzulenken. Die Konsequenzen der letzteren Behauptung ge-

hen darin noch weiter: Sie haben oft dazu geführt, daß man die Kämpfe gegen die anderen Herrschaftsformen zu etwas Okkultem macht und sie in Verruf bringt, weil sie letzten Endes die Einheit der Arbeiterklasse bedroht hätten.

Nach dieser Reflexion denke ich, daß die in der politischen und militanten Betätigung verfestigte Trennung zwischen dem, was dem öffentlichen Bereich und dem, was dem Privaten angehört - eine Trennung, die von der Frauenbewegung am Ende der siebziger Jahre denunziert wurde -, zu einem Teil in dieser paradigmatischen Sichtweise des Klassenkampfes ihren Ursprung hat. Ich glaube nicht, daß wir mit dieser Sichtweise und ihren Konsequenzen Schluß gemacht haben. ... Ich bin jedenfalls überzeugt, daß wir für die Art und Weise zahlen müssen und noch weiter zahlen werden, in der man die Kämpfe der Frauen gering geachtet, isoliert, marginalisiert hat, da sie als bedrohlich für die Einheit der Arbeiterklasse und damit für die Zukunft des Klassenkampfes empfunden wurden. Man könnte dasselbe zu den Kämpfen der Arbeiterimmigranten sagen, und von dieser Seite her hat die Geschichte uns schon eine erste Rechnung präsentiert: In diesem Land nennt sie sich Front National.

Ich möchte hinzufügen, daß ich gewiß Marx nicht untreu bin, wenn ich in dieser Weise die Frage des Klassenkampfes neu stelle. Jedermann weiß, daß Marx nach der Formulierung des "Kommunistischen Manifests" zu nuancierteren Formulierungen gelangt ist. 1879 schreibt er, daß "die Klassenkämpfe die Haupttriebkraft der Geschichte sind", und im selben Jahr präzisiert er in einem Brief an Bebel²: "Wir haben den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte hervorgehoben."

"Haupttriebkraft" oder "nächste treibende Macht", die Formulierungen sind hier also nuancierter. Aber ich möchte hinzufügen, daß ich nicht mehr sicher bin, ob die Hauptfrage, die uns heute unser Verhältnis zum Marxismus stellt, die nach der Treue oder Untreue ist.

Herrschaftsverhältnisse: Wie artikulieren sie sich?

Wir weisen also die gewohnte Erklärung zurück, die aus dem Ensemble dieser Herrschaftsverhältnisse in jeder Gesellschaft den bloßen Reflex des Ausbeutungsverhältnisses macht. Aber muß man deswegen die umgekehrte Sichtweise einnehmen, die aus dem Ausbeutungsverhältnis im Produktionsbereich den bloßen Reflex eines allgemeinen Prozesses von "Herrschaft" macht, die in der gesamten Gesellschaft präsent und wirksam ist?

² Es handelt sich hier um den sogenannten "Zirkularbrief" von Marx und Engels an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Bracke u.a. vom 17./18. September 1879, wo es in vollem Wortlaut heißt: "Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Revolution hervorgehoben" (MEW 34, 407) - Anm. des Übers.

Verstehen wir uns: Wir verweisen nicht die Herrschaft in die Sphäre des Politischen und die Ausbeutung in die Sphäre des Ökonomischen: Wir nehmen den entgegengesetzten Standpunkt ein, um dem Klassenkampf seine volle Bedeutung zu geben, und zwar bis zu den hier einbegriffenen Staatsformen, die er erzeugt, und bis zu den Formveränderungen, in denen die Existenzweise des Staats ihrerseits auf den Klassenkampf zurückwirkt. Wir nehmen ebenso wenig eine bloß "rechnerische" Sichtweise der Ausbeutung ein, die sich auf den Mehrwert zentriert und die Bedingungen seiner Auspressung vernachlässigt und die Frage der Herrschaft als eine dem Ausbeutungsverhältnis äußere stellen würde. Wir denken im Gegensatz dazu, daß Zwänge, Gewalt und andere Formen von Herrschaft dem kapitalistischen Arbeitsprozeß inhärent sind. Aber aus der Tatsache, daß Herrschaft und Ausbeutung eng miteinander verbunden sind, ist nicht die Konzeption der Ausbeutung als einfache Deklination allgemeiner Herrschaftsphänomene abzuleiten, die in der Gesellschaft wirksam sind. Denn nichts rechtfertigt die Annahme, daß es solch ein "allgemeines" Phänomen gibt. Ganz im Gegenteil, es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Ursprünge unterschiedlicher Herrschaftsformen nicht aufeinander reduzierbar sind, ob es nun um die Sphäre der Produktion und Arbeitsteilung, um die Lebenssphäre, um Tauschverhältnisse und begrenzte Räume oder um die Sphäre der Reproduktion, Fortpflanzung und familialen Einrichtungen geht. Kurz, vielmehr als um jeden Preis eine gemeinsame Matrix zu suchen, sei es die des Ausbeutungs- oder die des Herrschaftsverhältnisses, könnte sich die Verständigung auf Termini von Interaktion empfehlen; in dem Bewußtsein, daß dies nicht bedeutet, obligatorisch alle Herrschaftsverhältnisse auf dieselbe Ebene zu stellen. Die Klassenverhältnisse "machen Geschichte". Ebenso einleuchtend ist es zu sagen: Die Geschlechterverhältnisse "machen Geschichte". Was die anderen Herrschaftsverhältnisse betrifft, so ist die Antwort vielleicht nuancierter, oder auch zögernder.

Das neue Phänomen des 19. Jahrhunderts ist die Art und Weise, in der der Kapitalismus die Organisation der Produktivkräfte beschleunigt, ist die Art und Weise, wie sich der Klassenkampf von nun an in die Verhältnisse zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln eingliedert, ist auch die Art und Weise, in der der moderne Staat als Garant des Fortbestands und der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Erscheinung tritt. (...)

Nachdem ich eine Reihe von Widersprüchen aufgezeigt habe, die m.E. nicht aus dem Klassenkampf hervorgingen, möchte ich noch darauf hinweisen, daß es auch zu gefährlichen Spaltungs- und Abkoppelungsprozessen kommen kann. So geht es mit Theorieansätzen zum Begriff der "Ausschließung", die man manchmal zu hören bekommt. Man sagt, daß man nicht von Ausschließung reden kann bei Männern und Frauen, die niemals in die gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse eingegliedert waren, die also nicht aus einem System verdrängt wurden, geschweige denn ein anderes System aufzubauen fähig sind. Und man spielt dabei auf die immer längeren

Schleusen an, die Jugendliche, bevor sie eine Beschäftigung finden, durchlaufen müssen. Man sagt, daß man nicht von Ausschließung reden kann, als ob es eine Norm gäbe, nach der man im Abseits gehalten würde, während die Normalarbeit von Tag zu Tag ihren Sinn und ihre Realität verliere. Man sagt schließlich, daß man die Entscheidung treffen müsse, die Ausgeschlossenen als eine dauerhafte Kategorie zu betrachten, die sich zum großen Teil aus tatsächlich "unverwendbaren" Männern und Frauen zusammensetze, deren Qualifikationen oder, noch besser, deren Kompetenz nicht geeignet sei, daß sie auf absehbare Zeit eine Beschäftigung in der modernen Industrie, in der Verwaltung oder in den Dienstleistungsbereichen finden werden. Das würde zur Dissoziation oder gar Opposition zweier Fraktionen der Arbeiterklasse führen: diejenigen, die vorläufig beschäftigt, und diejenigen, die vorläufig aus dem Lohnsystem ausgeschlossen sind.

Die Ausschließung aus dem Arbeitsprozeß ist kein Phänomen, das aus irgendeiner Fatalität, aus irgendwelcher "natürlichen" Entwicklung unserer Gesellschaft heraus auftauchen würde. Sie ist das reine Produkt der Art und Weise, in der es dem modernen Management gelungen ist, die Modalitäten einer Kontrolle der Arbeitsproduktivität fest in der Hand zu behalten. Sie ist das reine Produkt der Art und Weise, in der man die permanente Fortbildung als eine Modalität "permanenter Selektion" funktionieren läßt, die zum Ausschluß der älteren Arbeitskräfte führt. Er ist das reine Produkt der Art und Weise, in der man die Qualifikationsanforderungen bei der Einstellung von Arbeitskräften nicht als Anforderung an die Besetzung von Stellen, sondern als eine Form der Antizipation der Qualifikationen funktionieren läßt, die dem Unternehmen künftig nützlich sein könnten, eine Praxis, die hunderttausende von Jugendlichen aus der Arbeitswelt ausschließt. Sie ist in einem weiteren Sinne das Produkt der Mechanismen prekärer Arbeitsverhältnisse, die von Tag zu Tag den Anteil derer vergrößern, die heute noch dem Beschäftigungssystem angehören und morgen schon die Heerschar der Ausgeschlossenen weiter anschwellen lassen werden. Kurz, sie ist das Produkt der Bedingungen, unter denen sich heute die Auspressung des Mehrwerts vollzieht, und in diesem Sinne ist sie keineswegs vom Klassenkampf abgekoppelt.

Der Klassenkampf bleibt also der große Eckpfeiler (für die Theorie) und der Haupthebel (für das Handeln). Aber unter welchen Bedingungen?

Unter der Bedingung, daß der Klassenkampf nicht auf dem Dachboden für den Bedarf nach ewigen Werten abgestellt wird, die in regelmäßigen Abständen einfach abzustauben wären, sondern im Gegenteil, daß auch er in dem historischen Kontext betrachtet wird, in dem er agiert.

Unter der Bedingung, daß die Tatsache ins Blickfeld gerückt wird, daß der Klassenkampf von der "Einknetung" und "Durchdringung" der anderen Herrschaftsformen seinerseits nicht unberührt bleibt, sondern daß auch er

selbst modifiziert, transformiert und seinerseits von den Widersprüchen, die von anderen Variablen ausgehen, durchdrungen wird.

Aber eben auch unter der Bedingung, daß die anderen Herrschaftsformen nicht einfach aus dem Klassenkampf "geklont" sind. Es ist in der Tat ziemlich verbreitet, auf der Autonomie dieser oder jener Herrschaftsform gegenüber dem Klassenkampf zu insistieren, in der Weise, daß man diese Herrschaftsformen nach dem Muster des Klassenkampfes denkt und annimmt, daß sie dieselben Mechanismen reproduzieren, daß sie, wenn auch in einem separaten Universum, in irgendeiner Art wie der Klassenkampf funktionieren.

Unter diesem Gesichtspunkt habe ich zum Beispiel Vorbehalte gegenüber dem Konzept "Volk-Klasse" ("peuple-classe"), das vor allem zum Thema der Frage nach dem Judentum vorgebracht wird. Ich habe das Gefühl, daß es, wird diese Frage in strengem Sinne historisch betrachtet - und damit wäre zweifellos auf die Epoche der Kreuzzüge zurückzugehen -, bisher nicht möglich war, die Entwicklung einer Fragestellung zu erfassen, in der sich überdies vieles miteinander vermischte: die ethnischen Gegebenheiten, die religiösen, die daraus hervorgegangenen kulturellen Charakteristiken, die Attribute einer Quasi-Nation und die ideologischen Kapazitäten des großen Kapitals, den Rassismus als Alibi für seine expansionistischen Projekte zu benutzen, und ganz sicher auch die in den verschiedenen Perioden mehr oder weniger durchsetzungsfähige "funktionelle Spezialisierung" dieser Frage. Es scheint mir, daß man das Problem nicht nur von der letztgenannten Dimension her stellen kann. Ich denke, die Feststellung ist vernünftig, daß die durch den Holocaust, dann durch die Gründung des Staates Israel geschaffene Situation es notwendig macht, die Frage nach dem, was jüdisch ist, von mehreren Dimensionen her und mit zweifellos vielen Nuancierungen anzugehen.

Vorbehalte habe ich auch gegenüber einem Konzept wie dem der "Geschlechterherrschaft" ("sexage"). Ich will nicht in die hier möglichen Debatten über die Produktionsweise der Hausarbeit einsteigen. Aber es scheint unstrittig zu sein, daß es das mit diesem Begriff bezeichnete maskuline Herrschaftsverhältnis gibt, als Ausbeutungs- wie als Zwangsverhältnis. Aber aus einer solchen Feststellung folgt nicht notwendig die Definition der Frauen als eine gesellschaftliche Klasse, auf die die Marxschen Bestimmungen der gesellschaftlichen Klasse anzuwenden wären. Dies gilt selbst dann, wenn man die Parallele zur Knechtschaft und zur Sklaverei zieht und daran erinnert, daß sie nicht nur die Ausbeutung der Arbeitskraft einschließt, sondern auch die physische Aneignung des Körpers. Es bleibt dann immer noch zu fragen, ob die Aneignung des Körpers der Frau durch den Mann, so wie sie heute funktioniert, nicht vielfältige Kausalitäten ins Spiel bringt und prinzipiell all diese Kausalitäten in dem begrifflichen Rahmen der Produktionsverhältnisse zu erfassen sind.

Ich möchte mit einer Bemerkung zu den Globalisierungsprozessen und zur Kapitalbewegung schließen. Es wird meiner Ansicht nach immer sichtbarer, daß die Bewegung der Selbstverwertung des Kapitals in seinem Drang, den Fortbestand seiner Herrschaft zu sichern, heute ein, wie es schon Marx angekündigt hatte, sich von Tag zu Tag erweiterndes Feld bedroht: ganz sicher die Produktion, aber auch die Reproduktion, Kommunikation, das Ökosystem, ganz zu schweigen von den Zerstörungs- und Selbstzerstörungskapazitäten, die die Perfektionierung der Atomwaffe hervorbringt. Und das erhöht die Einsätze auf der Ebene, die die Alternative "Sozialismus oder Barbarei" zu einer universellen macht. ... Die Widersprüche, von denen die Kapitalbewegung heute durchdrungen wird, können schon morgen einen unerwarteten Aufruhr produzieren. Wenn es zu einer Alternative auf dieser Ebene der gesamten menschlichen Gattung kommen wird, so wird - in dem Bewußtsein, daß diese Widersprüche die Klassen selbst durchdringen - die Arbeit an ihr von der Gesamtheit der Herrschaftsverhältnisse ausgehen und damit die Gesamtheit der Unterdrückten ergreifen müssen.

Vorschau

Z - Nr. 25

erscheint Anfang März 1996
mit dem Schwerpunktthema

Klassen und Klassentheorie heute (II)

mit Beiträgen zu: Die Linke und die Klassen; Klassen: Totalität und Subjektivität; Klassen und Formationstheorie; Trendbericht Klassendiskussion der 80er und 90er Jahre; Klassenanalyse der Restauration in der SU; Ostdeutschland als neue Klassengesellschaft; Klassen in der PDS-Programmdebatte; Revolutionäre Bewegung - revolutionäre Erziehung u.a.

sowie zu: Kapitalismus in Asien; Systemkrise; Eigentumsfrage; Engels und die Frühgeschichte; Marx und die "Weibergemeinschaft"; Kritik der Kosumkritik; Herrschende Klasse und Dekadenz; Trafo-Debatte und Wertbewußtsein; Dialektik Hegels u.a.

und: Linke Politikansätze in Deutschland (III): Die linken Grünen sowie: Berichte, Kritik und Zuschriften, Buchbesprechungen

Momente des Umbruchs - Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland

Nicht erst nach dem Ostberliner Wahlergebnis vom 22. Oktober 1995 - 36,3% für die PDS - fragen westdeutsche Kommentatoren und Politiker, warum die Stimmung in den Neuen Bundesländern so miserabel ist. Dabei ist unübersehbar, daß sich unter der Nomenklatura im Westen Unsicherheit, Sorge und Gereiztheit ausbreiten. Bei den Klügeren unter ihnen dämmert die Einsicht, daß ein selbsttragender Aufschwung in Ostdeutschland noch lange auf sich warten lassen wird und daß das gegenwärtige Transfervolumen schon auf mittlere Sicht nicht aufrechterhalten werden kann.

Debatten über die Entwicklung in den fünf neuen Ländern könnten konstruktiver und sachkundiger geführt werden, wenn die Streitenden zur Kenntnis nehmen würden, wie sich die Veränderungen in der Vergesellschaftung, sozialen Strukturierung, in Lebenslagen und -stilen, in Alltagskulturen und Werten in der ehemaligen DDR objektiv vollziehen und subjektiv im Bewußtsein der Betroffenen widerspiegeln. Material dafür bieten die Arbeiten eines Instituts, das sich mit diesen Fragen seit seiner Gründung befaßt.

Aus Untersuchungen des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. (isda), Berlin¹

Das im April 1990 entstandene Institut verfügt über einen reichen Fundus von Forschungsunterlagen und Daten aus der Geschichte der DDR-Soziologie und finanziert sich über zeit- und projektgebundene Mittel. Themen der Arbeiten sind unter anderem die Entwicklung der Sozialstruktur, Probleme des Arbeitmarktes und der Lebenshaltung, politische Soziologie und Wahlanalysen. Forschungen zu agrarsoziologischen und Frauenthematen sind weitere Schwerpunkte.

Das zentrale Institutsprojekt "Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland" konzentriert sich auf die Analyse und Dokumentation von sozialen Veränderungen in der ehemaligen DDR. Der Hauptteil des dafür zur Verfügung stehenden empirischen Materials stammt aus repräsentativen Erhebungen mittels standardisierter Interviews. Erhebungszeitpunkte waren: Mai 1990, Oktober 1990, Oktober 1991 und Juni 1993. Neben Artikeln und Einzelstudien wurden die Ergebnisse von 1990 und 1991 in einer

¹ isda *Institut für Sozialdatenanalyse e.V., Rhinstraße 53, 10315 Berlin, Tel./Fax 030/ 54 555 06.

zusammenfassenden Studie, "Momente des Umbruchs", vorgelegt.² Über ausgewählte Ergebnisse dieser Studie, an der 13 AutorInnen beteiligt waren, wird im folgenden berichtet.

Vorweg sei angemerkt, daß es nicht möglich ist, die Ergebnisse dieser "dichten" Untersuchung auch nur annähernd vorzustellen. Es wimmelt von durchaus sinnvoll definierten "Typen", "Potentialen" und "Komplexvariablen", die aus den erhobenen Daten zusammengefügt und mit diesen wieder in Beziehung gesetzt werden.

Trotz des scheinbar kurzen und weit zurückliegenden Erhebungszeitraums der Daten - Mai 1990 bis Oktober 1991 - ergibt sich ein relativ geschlossenes und nachvollziehbares Bild von den Veränderungen und Brüchen der ehemaligen DDR-Gesellschaft nach der "Vereinigung", das bis in die Gegenwart nachgezeichnet werden kann.

Kritisch ist aus der Sicht des Verfassers anzumerken: Bei vielen Befunden - ob es um die Einstellung zur Erwerbsarbeit oder um die Lesegewohnheiten und vieles andere geht, wäre es sinnvoll gewesen, die ostdeutschen mit entsprechenden westdeutschen Befunden in Beziehung zu setzen, weil dadurch die DDR-Spezifika deutlicher oder überhaupt erst feststellbar geworden wären. Die Vermittlung zwischen den einzelnen Kapiteln und AutorInnen ist teilweise ungenügend. Grafiken, an für die Argumentation wichtigen Stellen, sollten mit Zahlenangaben dargestellt werden. Die kritischen Einwände gewogen gegen den Inhalt der Studie: Es lohnt sich, das Buch mit reichem Gewinn durchzuackern.

In der Einleitung (Dietmar Wittich, Ursula Schröter), die teilweise zusammenfaßt und den Interpretationsansatz skizziert, wird festgestellt, daß es nach den erhobenen Befunden keinen Hinweis auf eine "verbreitete Sehnsucht zurück zur DDR-Gesellschaft gibt." Diese Gesellschaft ließe sich nicht "post festum als eine ausschließlich negativ definierte Gesellschaft fassen: Als Nicht-Demokratie, als Nicht-Marktwirtschaft, als Nicht-Rechtsstaat, als Nicht-Zivilgesellschaft. Die DDR-Gesellschaft war nicht das, was sie nicht war. Sie war eine reale, von ihren BewohnerInnen ungeliebte oder geliebte, eine kritisierte und weithin akzeptierte soziale und politische Realität. Wie die BRD war sie eine Folge des vom nationalsozialistischen deutschen Reich verlorenen Krieges und verdankte ihre Entstehung und ihre besondere Entwicklung der von den Alliierten initiierten Nachkriegsordnung" (S. 10).

Die Veränderungen der DDR-Gesellschaft seit der Wende könnten mit Begriffen wie Transformation und Adaption nicht hinreichend charakterisiert werden. "Der gegenwärtige Stand des Projektes legt die 'Umbruchthese' nahe; es entsteht eben eine völlig andere Sozialstruktur" (S.11).

² Dietmar Wittich, Hg., Momente des Umbruchs, Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, edition sigma, rainer bohn verlag, Berlin 1994.

Herausgearbeitet werden im ersten Kapitel "Sozialstrukturelle Veränderungen - Verläufe und Konturen" (Dietmar Wittich) fünf Brüche in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft:

Erstens: ein dramatischer Rückgang der Beschäftigung;

Zweitens: dieser Rückgang erfolgt "entlang der Geschlechterlinie. Die Frauen in Ostdeutschland befinden sich auf dem Weg in eine andere Sozialstruktur (Männergesellschaft), mit einem höheren Anteil an Dauerarbeitslosen, mit geringeren Anteilen an produzierenden und intelligenzintensiven Tätigkeiten" (S. 30).

Drittens: "Zusammenbruch der Wirtschaftsbereichsstruktur";

Viertens: Abbau der DDR-typischen Überbauinstitutionen; "Teile dieser Überbau-Institutionen (Sicherheits- und militärische Apparate, 'Verwaltungswasserkopf', aufgeblähte Personalbestände auch in Kultur und Wissenschaft) trugen durchaus parasitären Charakter, sie 'verdankten' ihre Existenz vor allem einer gigantischen zentralistischen Umverteilung zuungunsten der produzierenden Bereiche (und damit letztlich der Lebensfähigkeit der DDR-Wirtschaft), die zugleich gegenüber den sozialen Gruppen in diesen produzierenden Bereichen sozial ungerecht war" (S. 34f).

Fünftens: Selektion von Niedrigqualifizierten und die Entwertung erworbener Qualifikationen.

Zur Einschätzung regionaler Differenzierungen werden die siedlungsstrukturellen Regionentypen des Raumordnungsberichts verwandt, wobei sich zeigt, daß die Stichprobe die Verteilung der Haushalte auf diese Typen sehr gut widerspiegelt. Alle Regionentypen haben zwischen dem Oktober 1990 und 1991 deutliche Wanderungsverluste der Altersgruppe 18-29 Jahre. Hier existiert auch weiterhin ein Migrationspotential. Besonders betroffen vom Arbeitsplatzabbau, ohne das aktuell oder perspektivisch Ersatzarbeitsplätze vorhanden sind, waren die ländlichen Regionen.

Der Abschnitt über die Generationenstruktur (Frank Richter) zeigt die über 45jährigen als die HauptverliererInnen des Vereinigungsprozesses. In einer neueren isda-Studie wird dieser Problematik weiter nachgegangen.³

Für die DDR charakteristisch sind Daten über die 23-29jährigen. Sie hatten 1991 zu über 90% ihre Berufsausbildung abgeschlossen (ca. ein Drittel mit Fach- und Hochschulabschlüssen); drei Viertel von ihnen waren verheiratet oder lebten in Lebensgemeinschaften; ein Viertel hat ein Kind, ein Drittel zwei Kinder, ein Fünftel sind Alleinerziehende, nur knapp ein Viertel hat (noch) keine Kinder.

³ Rainer Ferchland, Zur sozialen Situation der 'Jungen Alten' im Land Berlin und in den neuen Bundesländern 1993/1994, isda Studie Nr. 27, Berlin 1995.

Die Daten der alten Bundesländer (ABL) weichen in jederlei Beziehung davon ab. Z.B. liegt hier das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Erstgeburt zwischen 27 und 28 Jahren.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit "Lebenslagen, Lebenschancen, soziales Wohlbefinden von Individuen, Haushalten und Familien" (Jörg Müller). Die Entwicklung führte weder zu einer allgemeinen Anhebung des Lebensniveaus, noch zu einem verbreiteten sozialen Niedergang. "Die Gesamtheit der Soziallagen läßt sich nicht einfach unter 'Gewinn' oder 'Verlust' saldieren" (S. 64). Zu einzelnen Dimensionen der Lebenslage in Stichpunkten:

Arbeit: Dramatischer Rückgang der Beschäftigung, der freilich im Oktober 1991 noch nicht abgeschlossen war. Im Mai 1990 waren noch mehr als Drei Viertel der Erwachsenen erwerbstätig, im Oktober 1991 traf das nur noch auf jeden zweiten zu. Von denen, die zu diesem Zeitpunkt noch erwerbstätig waren, hatten 56% einmal, 7% zweimal und lediglich 37% den Arbeitsplatz nicht gewechselt, was als Beleg für das hohe Maß an Anpassungsbereitschaft gelten kann. Für 35% der Wechsler war der Wechsel mit einem sozialen Abstieg verbunden. Das Qualifikationsprofil der Arbeitsplätze hat sich in Richtung einer Nivellierung auf mittlere körperliche und intellektuelle Ansprüche verändert (von 48% auf 61%). Die Teilzeitbeschäftigung von Frauen ging deutlich zurück. Der Anteil der PendlerInnen, die mehr als eine Stunde zu ihrem Arbeitsplatz unterwegs waren, hat sich trotz der zunehmenden Motorisierung verdoppelt.

Die Entwicklung der *Nominaleinkommen* ist insgesamt positiv mit einer deutlichen Tendenz zur Polarisierung. "Unten" befinden sich vor allem diejenigen, die ohne Arbeit sind, oder zu ungünstigen Bedingungen in die Rente sortiert wurden. Im Hinblick auf die *Realeinkommen* sind die unteren Gruppen deutlich schlechter als früher gestellt, weil Mieten, Energie, Nahrungsmittel, öffentliche Tarife, Kinderbekleidung nach der Währungsreform deutlich teurer geworden sind. Bereits 1991 betrug für 18% aller Haushalte die Kaltmiete mehr als 15% des Haushaltsnettoeinkommens.

Im Bereich *Wohnen* hatten sich zwischen den Erhebungszeitpunkten noch keine großen Veränderungen vollzogen. Die Hälfte der Befragten war zufrieden, ein Viertel eher zufrieden als unzufrieden mit der Wohnung, 20% bekundeten Umzugsabsichten.

Die *Haushaltsgröße* betrug 1991 2,8 Personen, lag also über der bereits bei der Volkszählung 1987 in den ABL ermittelten Größe von 2,3 Personen. Das hängt unter anderem mit dem geringen Anteil an Ein-Personen-Haushalten in den NBL (1991: 18%) im Vergleich zu den ABL (1987: 35%) zusammen.

Die skizzierten Daten, die sich in der Regel auf befragte Personen bezogen, werden im Fortgang mit Familien- und Haushaltstypen in Beziehung gesetzt (Oskar Vogel und Holger Duday). Die Umschichtung der Sozialla-

gen geht quer durch alle Familientypen. In nahezu allen Typen vollzieht sich die Differenzierung in wohlhabende und weniger wohlhabende. Aber es kristallisieren sich auch jene Familientypen heraus, in denen sich Problemgruppen konzentrieren: vor allem Familien mit mehreren Kindern sowie Familien, in denen mehrere Erwachsenengenerationen zusammenleben. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für die Haushaltstypen, wobei sich "Verlierer" und "Gewinner" auch in den Verhaltensmerkmalen unterscheiden.

Wilfried Barthel und Erna Schüttauf untersuchen im dritten Kapitel Momente der "Alltagskultur und Lebensqualität im deutschen Einigungsprozeß". Barthel hat die Daten außerdem in einer Vorabveröffentlichung zusammengestellt und interpretiert.⁴ Verständlicherweise rangierte der Handel mit großem Abstand unter den verbessert eingeschätzten Lebensbedingungen auf Platz 1, die Dienstleistungen auf Platz 2. 42% der Befragten hatten sich zwischen 1990 und 1991 ein Auto angeschafft. Konsumtive und materielle Ansprüche wurden in der DDR relativ gering bewertet, was unter anderem mit der vorhandenen sozialen Grundsicherung zusammenhängt. "Soziale Sicherheit durch die Garantie eines Arbeitsplatzes galt im Mai 1990 wie Oktober 1990 bei Männern wie Frauen für insgesamt 94% als unverzichtbar. 85% hielten für wichtig, sich in beruflicher Arbeit verwirklichen zu können. Eine gute Atmosphäre unter Arbeitskollegen wurde von 96% hoch bewertet. ... Arbeit galt DDR-Bürgern als eine wichtige Erfahrungs- und Erlebniswelt" (S. 125). Bis Oktober 1991 zeichnete sich aber bereits eine "alltagskulturelle Anpassung an marktwirtschaftliche Verhältnisse" ab.

Den "Wandel im alltäglichen Kulturverhalten" fassen die AutorInnen wie folgt zusammen: "Obwohl generell wesentliche Präferenzen im Kulturverhalten des Alltags zunächst erhalten bleiben, sind insgesamt die Anteile jener Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Freizeit ästhetisch-künstlerische Bedürfnisse realisieren, spürbar kleiner geworden" (S. 142). Verändert haben sich auch die kommunikativen Beziehungen: Trotz zunehmender Konfliktlagen bleiben Familie und Freunde "Hort der Solidarität und Geborgenheit." Klima und Beziehungen im öffentlichen Bereich sind widersprüchlich. Teilweise verbessert (Handel, Dienste); konfliktgeladen die Beziehungen zu Ämtern und Institutionen. "Schließlich wird als dritte Tendenz von der Mehrheit der Menschen im Arbeitsbereich ein Bruch erlebt, der als deutliche Verschlechterung kommunikativer Beziehungen signalisiert wird" (S. 147). Das Kapitel schließt mit einer Anmerkung zu den Kulturstilen (Marina Kirk, Dietmar Wittich).

Evylin Fischer befaßt sich im vierten und fünften Kapitel mit "Werte, Wertstrukturen und Verhaltensstypen" sowie mit "Politische Meinungen

⁴ Wilfried Barthel, Alltagskultur und Lebensqualität. Zum Wandel kultureller Lebensformen in Ostdeutschland, isda-Studie, Berlin 1993.

und politisches Verhalten in den gesellschaftlichen Umbrüchen". "Wenn ein gesellschaftlicher Verband mit seiner materiellen Basis zusammenbricht und dabei zugleich die durch ihn determinierten individuellen Beziehungen ge- oder gar zerstört werden, und wenn den betroffenen Menschen gleichzeitig neue, bereits in sich strukturierte, kaum Gestaltungsspielräume zulassende Gesellschaftsverhältnisse übergestülpt werden, dann sind auf der individuellen Ebene enorme und tiefgreifende Bewältigungsleistungen erforderlich" (S. 155).

Die geringsten Veränderungen gab es bei der Familienorientierung. Der Wert "Selbstverwirklichung" gewinnt enorm an Bedeutung. Zwischen Mai '90 und Oktober '91 steigt die starke Zustimmung ("sehr wichtig") von 19% auf 43%. Umgekehrt die "Solidarität", die von 20% starker Zustimmung auf 11% fällt. Das "öffentliche Eintreten für die eigene politische Überzeugung" hielten noch im Oktober '90 21% der Befragten für "sehr wichtig", im Oktober '91 waren es nur noch 9%. "Das widerspiegelt zum einen die neuen Möglichkeiten, impliziert andererseits die Erkenntnis, zwar alles sagen, aber relativ wenig verändern zu können" (S. 157).

Im Hinblick auf die Entwicklung der Verhaltenstypen formuliert die Autorin: "Die Ostdeutschen sind auf dem Rückzug aus der Gesellschaft in die Privatsphäre" (S.162), was sich im Oktober '91 in folgenden Daten niederschlägt: "Mit 66% wird inaktives, gleichgültiges Verhalten zum dominierenden Verhaltenstyp der Ostdeutschen. Ihr Interesse im Hinblick auf die Gestaltung der Gesellschaft setzen nur 6% in adäquates Verhalten um, weitere 17% orientieren sich auf individuelles Zurechtkommen" (S. 163). Die Auswertung der Erhebung von 1993 dürfte interessant werden.

Im Oktober 1991 bejahte noch eine Mehrheit der Ostdeutschen im großen und ganzen die politische Entwicklung in Deutschland. Für "Ja" und "mehr Ja als Nein" votierten 64,3% der Frauen, 70,6% der Männer. Das hat sich bis 1993 verändert (vgl. die spätere Tabelle zum 6. Kapitel). Erwartungsgemäß gilt: "Je sicherer die Position auf dem Arbeitsmarkt, desto größer die Bejahung der Entwicklung" (S. 173). So sehen gut 21% der Arbeitslosen überwiegend Nachteile durch den Fall der Mauer.

Durch die damaligen Ereignisse angestoßen, wurde im Oktober 1991 auch die Frage gestellt: "Wie ist Ihre Meinung zu Ausländern in Deutschland?" Mit "das trifft meine Meinung voll" und "überwiegend" antworteten auf folgende Fragen (S. 177):

| | |
|---|------|
| Alle sollen gleichbehandelt werden | 84% |
| Deutschland kann die Ausländer verkraften | 48% |
| In Deutschland leben zu viele Ausländer | 44% |
| Ausländer nehmen Wohn-/Arbeitsplätze weg | 29% |
| Gegen Ausländer muß man etwas tun | 13%. |

Die Autorin arbeitet heraus, daß die 13%, die meinen, "gegen Ausländer muß man etwas tun", eine Grauzone von Opportunismus als Resonanzboden vorfinden: "In der Gruppe von 84%, die sich insgesamt für die Gleichbehandlung ausgesprochen hat, sind 33% eingeschlossen, die gleichzeitig der Meinung waren, daß in Deutschland zu viele Ausländer leben, und immerhin 20% vertraten gleichzeitig die Position, daß Ausländer den Deutschen Wohnungen und Arbeitsplätze wegnähmen. ... Die Gefahr der Manipulierbarkeit (und eines latenten Opportunismus) zeigt sich besonders deutlich in dem Fakt, daß sich immerhin 8% gleichzeitig für Gleichstellung und für Aktionen gegen Ausländer aussprechen" (S. 178). Die weitere Analyse dieses Phänomens in der Vorlage ist theoretisch und empirisch fundiert und deckt sich in ihren Ergebnissen mit entsprechenden Untersuchungen in Westdeutschland. Ausländerfeindlichkeit ist ein gesamtdeutsches Phänomen.

Ein Blick zurück... "DDR-Sozialismus in der Retrospektive" ergibt das folgende Bild, das wir hier unkommentiert dokumentieren. *Meinungen zum Sozialismus 1991* (S. 184): Nennungen "das trifft meine Meinung voll" und "überwiegend"

| | |
|----------------------------------|------|
| Von vornherein ein Irrtum | 50% |
| Gute Idee, schlecht verwirklicht | 83% |
| Es war nicht alles schlecht | 91% |
| Wichtig für Opposition | 41% |
| Er kommt besser wieder | 21%. |

Das Kapitel schließt mit Daten und Überlegungen zum "Politischen Handeln". Erwartungsgemäß haben sich zwischen 1990 und 1991 immer mehr Menschen aus der aktiven politischen Betätigung zurückgezogen. Als nicht in der Freizeit aktiv bezeichneten sich im Mai '90 66%, im Oktober '91 85% der Befragten. "Es greift die Erkenntnis um sich, von einem diktatorischen Staatsgefüge in ein zwar demokratisch konstruiertes, jedoch dem einzelnen gegenüber über starke Machtmechanismen verfügendes neues System geraten zu sein" (S. 187).

Das sechste Kapitel handelt zur "Sozialen Lage und Befindlichkeit der Frauen in Ostdeutschland" (Ursula Schröter), die im erwerbsfähigen Alter 1988 zu 91% (!) berufstätig oder in der Ausbildung waren. "Die individuellen Lebenspläne der Frauen basierten langfristig auf der mit der Berufstätigkeit verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit vom Partner, auf dem Vorhandensein von Kinderbetreuungseinrichtungen, auf einer Gesetzgebung, die die Ehe nicht als Versorgungseinrichtung betrachtete. Um so härter trifft die Frauen die Verdrängung aus dem Berufsleben und ihre Dequalifizierung. "Unter dem Eindruck erzwungener Arbeitslosigkeit wird vielen bewußt: Es ging nicht nur um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Mutterrolle und Hausarbeit. Es ging auch und aus jetziger Sicht vor allem um den Zusammenhang, daß eine berufstätige Frau die Fragen ihrer Kinder besser beantworten konnte. Weil sie von ihren Arbeitskollegen kritisch

beurteilt wurde, konnte sie auch zu Hause angemessen auf Kritik reagieren. Weil ihre berufliche Arbeit anerkannt wurde, konnte sie auch zu Hause selbstbewußt mitreden. Weibliche Berufstätigkeit schuf also nicht nur Probleme und Zeitnot, sondern auch Achtung und Harmonie" (S. 195). Das gilt selbstverständlich nicht nur für die neuen Bundesländer. Wie in Westdeutschland verfügen auch die erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland über niedrigere Nettoeinkommen als die Männer, was sich auch in geringerem Eigentum an materiellen Gütern widerspiegelt.

Aus allen diesen Gründen beurteilen die Frauen die gesellschaftliche Situation skeptischer als die Männer. Sie sahen sich 1991 in geringerem Maße als Mitgestalterinnen des Vereinigungsprozesses (10% : 14%) und fühlten sich noch eher als Ex-DDR-Bürgerinnen: Jede dritte Frau, aber nur jeder vierte Mann. Sie machen sich mehr Sorgen als die Männer um ihre berufliche Entwicklung und Umschulung, aber auch um Kriminalität und Drogensucht. Mehr als ein Viertel stimmte der Vorgabe "Die Ausländer nehmen den Deutschen Wohnungen und Arbeitsplätze weg" zu.

"Frauen auf dem Land" (Gerlinde Förster) hatten bereits im Oktober 1991 schlechtere Erwerbschancen als die Männer und die Frauen in der Stadt, obwohl der rasante Abbau von Arbeitsplätzen erst zum Teil vollzogen war. Sie waren häufig teilzeitbeschäftigt, formal geringer qualifiziert und ihre Doppelbelastung war besonders ausgeprägt. 50% der Haushalte hatten sich nach der Währungsunion ein Auto angeschafft. Wahrscheinlich aus Ersparnissen, weil die Einkommenseinbußen durch den Wegfall von Einnahmen aus der Hauswirtschaft beträchtlich waren. "Handel, Dienstleistungen und Freizeitmöglichkeiten haben sich nach Meinung der Landfrauen am stärksten verschlechtert" (S. 208). In vielen Dörfern wurden die Konsumläden und Poststellen geschlossen und die gesellschaftlichen Funktionen, die die LPG's ja auch ausübten, mußten aus Kostengründen aufgegeben werden.

Ursula Schröter ist der Problematik unter Einbeziehung der Daten aus der 93'er Erhebung weiter nachgegangen.⁵ Dieser Studie ist die folgende Aufstellung (S. 27) entnommen. Sie zeigt, daß die mehrheitliche Akzeptanz des Vereinigungsprozesses bei den Frauen, die noch 1991 vorhanden war, 1993 nicht mehr besteht. Auf die Frage "Ich bin im großen und ganzen für die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland" antworteten mit "Ja" und mit "Mehr Ja als Nein" :

| | | | |
|--------------|------|----------------|---------------------|
| - im Mai | 1990 | 78% der Frauen | und 81% der Männer, |
| - im Oktober | 1990 | 73% der Frauen | und 79% der Männer, |
| - im Oktober | 1991 | 64% der Frauen | und 71% der Männer, |
| - im Mai | 1993 | 39% der Frauen | und 51% der Männer. |

⁵ Ursula Schröter, Ostdeutsche Frauen - Heute und Gestern. eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen Anfang der neunziger Jahre, isda-Studie Nr. 15, Berlin 1994.

In den kurzen Schlußbemerkungen (Uwe Ehrholt) wird noch einmal bekräftigt, daß es sich bei den Veränderungen in Ostdeutschland um einen Umbruch handelt, in dem "destruktive Momente dominieren und konstruktive Ansätze kaum erkennbar sind. Ihre Bedeutung scheint uns nur angemessen reflektiert, wenn zur Kenntnis genommen wird, daß es sich für die Menschen in Ostdeutschland um massenhafte Brüche ihrer individuellen Biografie handelt" (S. 215). "Trotzdem scheint uns die Frage, ob die deutsche Einheit gescheitert ist, falsch gestellt. Zu den Voraussetzungen gehört, daß es gelungen ist, den realsozialistischen Großversuch mit seinen Verkrustungen, Demokratiedefiziten und Entwicklungsschwächen zu beenden" (S. 216). Der daran anknüpfende "Großversuch" einer umstandslosen und schnellen Überstülpung der bundesdeutschen Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung "ist zumindest in eine Krise geraten. Die Wirkungen dieser Krise bleiben, je länger sie andauert, desto weniger auf Ostdeutschland beschränkt" (ebenda).

Die Studie schließt mit einem Verweis auf die Daten der Erhebung von 1993, die die Entwicklungslinien und Brüche der vorliegenden Studie bestätigen, wobei die Akzeptanz der Entwicklung durch die ostdeutsche Bevölkerung deutlich abgenommen habe. Da die 93'er Daten nicht vorlagen, fügen wir abschließend einige Bemerkungen zu Momenten der gegenwärtigen Situation in den neuen Ländern bei.

Streiflichter vom Herbst 1995 - fünf Jahre nach der Annektion der DDR

"Du guckst aus dem Fenster und siehst einen Verkehrsunfall. Zwei gleich schwer Verletzte liegen auf der Straße: Eine Weiße und ein Schwarzer. Wem hilfst Du zuerst?" fragt eine junge Kollegin auf einem DGB-Seminar in den neuen Bundesländern. Die Antwort: "Dem Schwarzen, der Weiße könnte ein Wessi sein."

Im September dieses Jahres gab es in den NBL eine statistisch sichtbare Reservearmee von 1,9 Millionen Menschen (vgl. die Tabelle), an der die registrierten Arbeitslosen einen Anteil von 54% hatten. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind Frauen. Nicht erfaßt ist der stille Teil der Reservearmee: Frauen, die aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden oder keinen Zugang zu ihm finden, Jüngere, die sich in den "Warteschleifen" der beruflichen Erstausbildung befinden, Ältere, die mit 58 aus der Statistik verschwinden oder mit 60 Jahren vorzeitig auf die Rente verwiesen wurden.

Die Probleme der jungen 16 bis 19jährigen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren in diesem Jahr besonders groß. Sie werden im nächsten Jahr noch größer. Der zahlenmäßige Umfang dieser Altersgruppe nimmt bis zum Jahr 1998 noch um 8% zu, geht danach langsam zurück und erreicht erst 2004 wieder das Niveau von 1995. Diese Zahlen für Thüringen dürften ähnlich für alle neuen Bundesländer gelten. Die Mädchen sind stärker als die Jungen von der Misere betroffen. Bereits 1992 ergab sich

aus der Berufsberatungsstatistik, daß "nur rund die Hälfte der beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerberinnen in eine betriebliche Lehrstelle einmündeten (Männer 63%). Mehr Mädchen als Jungen nahmen ersatzweise eine außerbetriebliche Berufsausbildung auf (17%:13%) und wesentlich höher ist der Anteil junger Frauen, die weiter zur Schule gingen (17%:9%)." Schlechter waren auch die Übernahmekancen: "Nur 18% der Mädchen gegenüber 31% der Jungen glaubten ziemlich sicher, daß der Betrieb sie nach der Ausbildung übernehmen wird" (Berufsbildungsbericht 1994, S. 119).

Arbeitsmarktdaten der Neuen Bundesländer - September 1995

| | |
|-----------------------------|------------|
| 1. registrierte Arbeitslose | 1.033.000 |
| AL-Quote | 14,7% |
| Frauenanteil a.d. AL | 64% |
| 2. KurzarbeiterInnen 1) | 33.000 |
| 3. Vollzeit FuU | 231.000 |
| 4. AB - Maßnahmen | 190.000 |
| 5. LKZ nach 249h AFG | 111.000 |
| 6. Vorruhestand | 8.000 |
| 7. Alterübergangsgeld | 300.000 |
| SUMME 1 - 7 | 1.906.000. |

1) Vollzeitäquivalent; Quelle: IAB - Werkstattbericht Nr. 1.10/15.10.1995

Ein Blick in das "Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1994", das Daten für 1993 enthält, zeigt, daß die ostdeutschen Kommunen aus eigener Kraft nicht überlebensfähig sind und am Zuweisungstropf hängen. Die Gemeinden der BRD mit mehr als 20.000 Einwohnern hatten 1993 Einnahmen pro EinwohnerIn

Im Verwaltungshaushalt

- Alte Bundesländer 3.559.- DM/E
- Neue Bundesländer 2.647.- DM/E (74% der ABL).

Davon waren Steuern (Netto)

- Alte Bundesländer 1.564.- DM/E
- Neue Bundesländer 396.- DM/E (25% der ABL)

Die mißliche Situation vieler Menschen in den Neuen Bundesländern besteht trotz des öffentlichen Finanztransfers von West nach Ost, der sich allein von 1991 bis 1994 auf fast 700 Milliarden DM belief (Memorandum '95, S. 161). Dabei sind die horrenden Steuerausfälle noch nicht berücksichtigt, die sich durch die günstigen, zum Teil spekulativen Abschreibungsmöglichkeiten ergaben.

Trotz dieser Transfers und der vielen sonstigen Segnungen - z.B. endlich ohne "Tempo 100" fahren zu dürfen - und ermutigenden Reden zeigen die Ostdeutschen nur wenig Dankbarkeit. "Weder die Ausstrahlungskraft der Demokratie noch die der sozialen Marktwirtschaft, noch die des Christentums hat bisher ausgereicht, die Ostdeutschen für sich zu gewinnen. Was das Christentum betrifft, sind die Ostdeutschen seit 1990 eher noch weiter davon abgerückt. 'Wie wichtig ist Gott in ihrem Leben?' lautete eine Frage 1990 und 1995. Die Angaben wurden erbeten anhand einer Skala von 0 ('völlig unwichtig') bis 10 ('sehr wichtig'). 1990 entschieden sich 61 Prozent für Werte zwischen 0 und 4, 1995 waren es 73 Prozent. Im August 1995 wünschten sich 79 Prozent der ostdeutschen Befragten, daß die Jungendweihe aus der DDR-Zeit beibehalten wird" stellt die Altmeisterin der Umfrageforschung, Frau Elisabeth Noelle-Neumann, bedauernd fest. Schockierend auch: "Der Sozialismus sei eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde, denken 67 Prozent der Ostdeutschen, nur 17 Prozent widersprechen."

Besorgnis löst bei Frau Noelle-Neumann aus, daß nicht bemerkt wird, "in wieviel Bereichen schon heute Ostdeutschland auf Westdeutschland abgefärbt hat" und wie sich die "Gewichte zwischen den zwei großen antagonistischen Werten Freiheit und Gleichheit seit 1990 in Ost- und Westdeutschland zu immer stärkerem Übergewicht, stärkerem Vorrang der Gleichheit verschieben."

Rund 1.000 Jahre nach dem Beginn der sogenannten Ostkolonisation steht in der gleichen Region erneut die Bekehrung von verstockten Heiden an, denen die Werte der abendländischen Kultur - diesmal ohne Feuer und Schwert (?) - nahezubringen sind: "Gibt es irgendeine Chance zur Einsicht, daß auf den finanziellen Transfer von West nach Ost ein geistiger Transfer folgen muß?"⁶

⁶ Alle Zitate nach: "Das demokratischen Defizit. Zum fünften Jahrestag der deutschen Einheit", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1995.

Neues Deutschland

Haben Sie Lust auf...

Widersprüche
statt Werbesprüche?

Argumente
statt Arroganz?

Opposition
statt Ohnmacht?

Dann testen Sie uns.

Neues Deutschland Die Linke unter den Großen

Wir sind politisch links und pluralistisch. Bei uns finden Sie unabhängige Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, auf 16 Seiten täglich.

Ein umfangreicher Meinungsbeitrag reflektiert politische Debatte und Streitkultur. Ratgeberseiten helfen, die praktischen Seiten des Lebens zu bewältigen.

Wollen Sie eine andere, neue Sicht auf alte Probleme kennenlernen? Informationen über das, was andere gern verschweigen?

Probe-Abonnement

Bitte liefern Sie mir 3 Wochen lang für 10,00 DM die Tageszeitung "Neues Deutschland" zum Kennenlernen. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei.

Das Probeabo wandelt sich automatisch in ein reguläres Abonnement um, wenn ich es nicht vor Ablauf der zweiten Testwoche schriftlich kündige (monatlicher Abopreis 28,90 DM in den neuen Bundesländern und Berlin; 37,40 DM in den alten Bundesländern).

Name, Vorname

PLZ, Wohnort

Straße, Hausnummer

Datum, Unterschrift

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich zu widerrufen.

Datum, Unterschrift

Bitte den Coupon einsenden an:

Neues Deutschland, Abt. Marketing, Alt Stralau 1 - 2, 10245 Berlin

Renaissance des Marxschen Denkens?

Vorläufige Anmerkungen zum "Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus"

Marxistisches Denken ist in die Defensive geraten. Nach dem schmählichen Ende des sozialistischen Lagers gilt für den "Zeitgeist" auch das Denken in Marxschen Kategorien als erledigt. Für "die vom Weltlauf verwirrten Geister" (Althusser) ist es alles andere als sicher, ob der Marxismus noch Leitfaden für ein Emanzipationsprojekt sein kann, und ob er angesichts seiner historischen Verstrickung noch eine überzeugende theoretische Instanz repräsentiert. In dieser Zeit der Umbrüche und Verunsicherungen ist die Herausgabe eines "Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus"¹ von eindrucksvoller Dimension (im folgenden als "Wörterbuch B" bezeichnet), ein begrüßenswertes Vorhaben - aber auch ein Risiko. Ein Kompendium, von dem mindestens ein Dutzend Bände geplant sind und in dem über 1.200 Begriffe aus dem Umfeld marxistischer Theorietradition bearbeitet werden sollen, trägt eine hohe Verantwortung, wenn es mehr als historische Bestandsaufnahme und philologische Fleißarbeit sein will. Es trägt die Beweislast für etwas, was man früher vielleicht als die "Lebendigkeit des Marxismus" bezeichnet hätte und was heute als seine "Interpretationskompetenz" angesichts vieler alter Probleme und einer nicht geringeren Zahl undeutlicher neuer Entwicklungstrends charakterisiert werden könnte.

Entstanden ist das "Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus" durch das inhaltliche Scheitern eines Vorgängerprojektes. Die in den 80er Jahren veröffentlichte (erweiterte) deutsche Fassung des von G. Labica 1982 in Paris herausgegebenen "Kritischen Wörterbuchs des Marxismus"² (im folgenden als "Wörterbuch A" bezeichnet) wurde ihrem selbstgesetzten Anspruch, die in der Vergangenheit dominanten dogmatischen Überlagerungen des Marxismus zu entlarven und die Vielfalt der Theorieentwicklung der letzten hundert Jahre zu dokumentieren, nicht gerecht. Statt wie angekündigt, die Marxismus-Diskussion in ihren wichtigsten Varianten, Schulformen und Interpretationslinien zu dokumentieren, wurden die Leserinnen und Leser weitgehend mit der restriktiven Marxismus-Interpretation einer einzigen Schule konfrontiert.

¹ W. F. Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg und Berlin 1994ff. Im folgenden wird aus dem vorliegenden Bänden 1 und 2 (Stichworte "Abbau des Staates" bis "Dummheit in der Musik") durch Band- und Spaltenangaben im Text zitiert.

² G. Labica/W.F. Haug (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 8 Bde, Westberlin und Hamburg 1983 - 1989.

Theoretischer Bezugspunkt des "Wörterbuchs A" war die strukturalistisch inspirierte Marxismus-Diskussion in der Nachfolge Althusser's, charakterisiert durch ein objektivistisches Grundverständnis des gesellschaftlichen Geschehens und die Eliminierung eines Handlungssubjektes aus der philosophischen Reflexion.

Die zutage getretenen theoretischen Inkonsistenzen, interpretatorischen Fragwürdigkeiten und nicht seltenen philologischen Willkürakte - die das Vorwort zum "Wörterbuch B" als "französischen Akzent dieses Werkes" verharmlost - sollten zunächst durch Supplementbände "kompensiert" werden. Da jedoch die korrigierenden Interventionen quantitativ jeden sinnvollen Rahmen gesprengt hätten, reifte der Plan eines eigenständigen Nachfolgeprojektes.

Das "Wörterbuch B" wird daran zu messen sein, wie gründlich es die Einseitigkeiten und Verzerrungen seines Vorgängers vermeiden kann - aber auch, ob es in der Lage ist, den Marxismus als gegenwartsanalytische Kraft zu präsentieren, als Theorie, die ihre Zeit in Gedanken zu fassen fähig und mit der "wirklichen positiven Erkenntnis der Welt" verschmolzen (Engels) ist. Für die aktuellen Problemkonstellationen können von einem solchen Theorie-Projekt sicherlich keine fertigen Antworten erwartet werden. Seinen "Gebrauchswert" muß das Wörterbuch aber dadurch beweisen, daß es Orientierungshilfen für die Analyse aktueller sozio-kultureller Entwicklungen und der theoretischen Kontroversen darüber anbietet.

Schon die ersten beiden Bände des "Wörterbuchs B" sind so umfangreich, theoretisch vielschichtig, von Autoren sehr unterschiedlicher Ausgangsposition verfaßt, daß eine interpretatorische Eindimensionalität, wie sie das Vorläuferprojekt prägte, schwerlich entstehen konnte. Dennoch ist bei der Explikation vieler zentraler Begriffe der Marxschen Theorie eine (dem Verfahren im "Wörterbuch A" verwandte) "historisierende" Grundtendenz offensichtlich: Die Interpretationslinien werden in den einzelnen Stichworten nur selten bis in die Gegenwart fortgesetzt. Es ist gerade der im Vorwort angekündigte "praxiskritische und erfahrungsbezogene" Akzent, den die Leserinnen und Leser oft vergeblich suchen werden. Die Vorgehensweise ist in zu vielen Fällen theoretisch-immanent und zu wenig auch auf sich aufdrängende aktuelle Problemkonstellationen bezogen. Weil darüber hinaus in vielen Fällen die subjektiven Reaktionsformen auf die objektiven Strukturbewegungen ausgeklammert bleiben, werden die vorhandenen Anknüpfungspunkte für eine emanzipatorische Praxis nur selten deutlich.³

An zwei Beispielen soll diese Tendenz des Wörterbuchs illustriert werden.

³ Es ist jedenfalls kein Zufall, wenn "Aufklärung" im Wörterbuch auf ein philosophisches, und mehr noch philosophiehistorisches Problem reduziert und nicht entwickelt wird, weshalb "Marx und Engels sich als Erben der Aufklärung" (721) verstanden haben, und nicht deutlich wird, wie elementar bei ihnen theoretische und praktische Vernunft verbunden sind.

- "Arbeitslosigkeit" wird nur als ökonomisches Strukturproblem präsentiert. Auf die Wörterbuch-Ausführungen trifft weitgehend zu, was schon über die Behandlung der Arbeitslosigkeit im "Wörterbuch A" festgestellt werden mußte: "Über eine Skizze ihrer ökonomischen Ursachen geht der Artikel nicht hinaus und präsentiert dem Leser die Arbeitslosigkeit als ausschließlich ökonomisches Strukturproblem. Weder auf die destruktiven Konsequenzen für die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen, noch auf die Verformung des Gesellschaftsbewußtseins und die möglichen irrationalen politischen Reaktionsweisen (die 'Reservearmee' als Rekrutierungsbasis für rechtsextreme Bewegungen!), wird auch nur mit einer Andeutung eingegangen."⁴

Erst in dem lesenswerten Doppelstichwort "Angst/Furcht" wird indirekt deutlich, welche emotionalen und habituellen Konsequenzen aus der Arbeitslosigkeit als einer Form struktureller Gewalt resultieren. Jedoch wird der Zusammenhang nicht systematisch herausgearbeitet und auch im Rahmen des Arbeitslosigkeits-Artikels nicht auf das ergänzende Stichwort verwiesen, und umgekehrt. Das Stichwort "Angst/Furcht" ist insgesamt aber selbst wiederum so stark ideengeschichtlich akzentuiert, daß "vergessen" wird zu betonen, in welcher nachdrücklicher Weise Angst, Furcht und Sorge das theoretische und alltägliche Bewußtsein in der kapitalistischen Gesellschaft prägen.

- Auch beim Stichwort "Arbeiterklasse" könnten wir uns auf die Reproduktion der Kritik am "Wörterbuch A" beschränken; Durch das ausbreitete Material kann der Leser sich zwar ein Urteil über die Brauchbarkeit dieses Begriffs im Kontext historischer Analysen bilden; ein Hinweis darauf, ob Marx noch eine verlässliche Gewährsperson bei der Analyse der modernen Arbeiterklasse ist, wird aber nicht gegeben. Anhand der gewährten Informationen kann nicht einmal sicher gesagt werden, ob es sie überhaupt noch gibt, oder was der These von ihrer "Verbürgerlichung" entgegenzusetzen wäre.⁵ In historischer Perspektive sind die Ausführungen umfassend und informativ, aber schon bei der Behandlung der "Subjektwerdung" der Klasse wird der Artikel gelinde gesagt wortkarg. Das Problem des sozialen Bewußtseins und der habituellen Ausprägung der Arbeiterklasse (von der Problematik des Klassenbewußtseins ganz zu schweigen!) taucht an keiner Stelle auf!

Kontraproduktiv ist auch die Ausklammerung der wirkungsträchtigen Diskussionen über die Systemintegration der Arbeiterklasse und über den Charakter der psycho-sozialen Manipulationsmechanismen im entwickel-

⁴ W. Seppmann, *Subjekt und System. Zur Kritik des Strukturmarxismus*, Lüneburg 1993, S. 117.

⁵ In diesem Zusammenhang ist auch die Frage interessant, weshalb das Stichwort "Arbeiter" fehlt, zumal das Wörterbuch ein entsprechendes über "Angestellte" (mit wichtigen Hinweisen auf die "subjektive" Seite der Angestelltenexistenz und des mehrfach gebrochenen Vermittlungsverhältnisses von "Sein" und "Bewußtsein!") enthält.

ten Kapitalismus, die in den 60er und 70er Jahren geführt wurden (daß es Hinweise darauf im Stichwort "Antagonismus" gibt, kann den Mangel an dieser Stelle nicht beheben). Das Problem wird nur knapp angedeutet und mit der geistreichen Bemerkung abgehakt: "Auch diese Frage bewegt die Gemüter seit langem." (I/461) Folgerichtig vermittelt auch die Literaturliste weder eine Vorstellung von den aktuellen Problemkonstellationen, noch von den theoretischen Kontroversen über eine der Zentralkategorien des marxistischen Gesellschaftsverständnisses. Daß nicht eine der zahlreichen Veröffentlichungen des IMSF zur realen Lage des westdeutschen Proletariats Erwähnung gefunden hat, versteht sich dann fast schon von selbst.

An etlichen Stellen des Wörterbuchs wird, sei es bedingt durch theoretische Inkonsistenzen oder nicht offengelegte interpretatorische Vorentscheidungen, nur ein reduzierter "Marx" präsentiert. Das insgesamt solide Stichwort "Arbeit" beginnt zwar mit dem Hinweis, daß "für den historischen Materialismus ... Arbeit die aktive und dynamische Grundlage menschlicher Entwicklung" ist (I/401), doch werden die grundlagentheoretischen Implikationen dieser Einsicht nicht weiter reflektiert: Der Mensch "produziert" in Gestalt seiner Lebensverhältnisse und der "Kultur" nicht nur eine äußere Hülle, sondern legt durch die Arbeit die Grundlagen seiner Vergesellschaftung. "Die Arbeit ist das gestaltende Feuer", sagt Marx, und unterstreicht damit die konstitutive Rolle des menschlichen Handelns bei der "Erzeugung" der sozialen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten, die eine qualitativ neue Existenzform gegenüber der Natur darstellen. Das "Wörterbuch B" nimmt sich die "Freiheit", diesen ganzen Komplex der Erzeugung und Reproduktion der Gesellschaft durch das Arbeitshandeln der Menschen auszuklammern. Die von Marx hervorgehobene Qualität der Arbeit als "Modellform" menschlichen Handelns, weil sie bewußt und zielgerichtet ist, und woraus sich entscheidende konzeptionelle Konsequenzen für das Verständnis der "Selbsterzeugung des Menschen" ergeben, bleiben in diesem Zusammenhang ebenfalls unerwähnt. Interpretationsversuche in diese Richtung werden als nachhegelianische Systemkonstruktionen stigmatisiert. (I/418f.)

Unterentwickelt bleibt sowohl an dieser Stelle als auch innerhalb des Stichworts "Doppelcharakter der Arbeit" der für die Begründung des Marx'schen Emanzipationsprojektes elementare Gesichtspunkt, daß Arbeit nicht vollständig in der Entfremdung aufgeht, sondern auch unter den Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses "als Verausgabung von Lebenskraft ... [als] die persönliche Tätigkeit des Arbeiters" begriffen werden muß.

Die Liste der Mitarbeiter des "Wörterbuchs B" deckt, wenn auch nicht "alle an Marx anschließenden Richtungen" (Vorwort I/I), so doch einen großen Teil davon ab. Aber dieser formale Eindruck entspricht nicht den tatsächlichen theoretischen und weltanschaulichen Kräfteverhältnissen. Viele der zentralen Stichworte sind von Autoren verfaßt, die Affinitäten zur inhaltli-

chen Ausrichtung des "Wörterbuchs A" deutlich werden lassen.⁶ An vielen Stellen schiebt sich auch im "Wörterbuch B" eine anti-hegelianische Marxismus-Interpretation⁷ in den Vordergrund, die dem Paradigmenwechsel der Marxschen Theorie nicht gerecht wird, und bei der streckenweise sowohl der Materialismus als auch die Dialektik unterbelichtet bleiben. Oft sind es nur Nuancen und fast unmerkliche Gewichtsverlagerungen, die aber weitreichende theoretische Folgen haben. Typisch ist die Vorgehensweise in dem ambitionierten Stichwort "Aufhebung": Die spekulativen Elemente Hegelscher Dialektik werden logizistisch gewendet, ihre Funktion im idealistischen Systemdenken verabsolutiert, so daß ihre realdialektische Substanz, ihr "rationaler Kern", wie Marx sagt, aus dem Blick gerät. Während realiter die Marxsche Kritik der affirmativen Funktionalisierung der Aufhebungskategorie (Hegel benutzt sie zur Legitimierung bestehender Staatsmacht) die materialistische Aufhebung dieser Denkfigur vorbereitet, suggeriert das Wörterbuch ihre Auflösung in eine "Metasprache, ... die wie ein Enzym [fungiert], das entbehrlich wird, sobald die Assimilation gelungen ist. Bei der fertigen Darstellung im Kapital verschwindet sie bis auf kleine Reste." (I/698) Konsequenz zu Ende gedacht, löst sich Dialektik in Empirismus und Objektivismus auf.

Mit gleicher Tendenz ist ein anderes zentrales Stichwort konzipiert: "Dialektik" soll vorrangig als Methode zur "Darstellung von Forschungsergebnissen" (II/665) verstanden werden. Weil Marx auf diese Sichtweise so ohne weiteres nicht festzulegen ist, er immer wieder Dialektik als Bewegungsform der Realität selbst begreift, gleichzeitig aber auch den Zusammenhang der objektiven Bewegungsgesetze und ihre subjektiven Reproduktionsversuche thematisiert ("das Ideelle [ist] nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle", heißt es programmatisch im "Kapital") zieht er sich den Zorn des Autors zu und bekommt folgenden strengen Verweis: "Das verunklart mehr, als es klärt, weil alles, was über den Kopf als Umsetzungsinstanz hinausgeht - Arbeit, Tätigkeit, Praxis - ... ausgeblendet bleibt. Streng genommen unterscheidet sich diese Formel weder vom Sensualismus Feuerbachs oder vom mechanischen Materialismus eines Hobbes, noch gar vom Kritizismus Kants." (II/664) Dieser Eindruck ist richtig! - aber nur, weil vorher alle differenzierenden und problemorientierten Hinweise (als Ausdruck der idealistischen Verfallenheit des "jungen Marx") stigmatisiert und die der Marxschen Wissenschaft zugrunde liegende konkrete Dialektik auf eine "operative" (II/665)

⁶ Nicht verwunderlich ist es deshalb, daß z.B. das Stichwort "anschauernder Materialismus" keinen Hinweis auf seine Restituierung in der strukturalistischen Marxismusinterpretation enthält. Vgl. die bedeutende, aber von der marxistischen Theoriediskussion fast vollständig ignorierte Studie von W. Kaminski, Zur Dialektik von Substanz und Subjekt bei Hegel und Marx, Frankfurt/M. 1976.

⁷ Es geht bei diesen Interpretationsfragen natürlich nicht primär um Hegel, sondern um die Grundlagen einer historischen Dialektik und den Gegensatz zum mechanischen Materialismus (gleich welcher Gestalt).

Dimension verkleinert und alle dieser Interpretation widerstreitenden Hinweise ausgeklammert wurden.

Übrigens kommt das Stichwort auf die emphatisch reklamierten Gesichtspunkte "Arbeit, Tätigkeit, Praxis" nicht zurück! Solche Erfahrungen müssen die Leserinnen und Leser des Wörterbuchs immer wieder machen: Es wird zwar (wenn es um die Prinzipien eines kritischen Marxismus geht) oft der Mund gespitzt, selten aber gepfiffen. Diese "Entsorgung" der historisch-materialistischen Dialektik funktioniert im Wörterbuch so unproblematisch, weil konsequent die Systematik der Marxschen Dialektik-Auffassung ausgeblendet und die allermeisten Äußerungen von Marx und Engels zur Dialektik als Methode unterschlagen bzw. als "identitätsphilosophische Spekulation" (II/666) inkriminiert werden.

Der "sparsame" Umgang mit Textbelegen von Marx ergibt sich aus der Natur der Sache: In ihnen wird zu deutlich ihr Verständnis der Dialektik als objektive Bewegungsform und Denkmethode thematisiert. Wenn aber die Kenntnisnahme zentraler Texte unvermeidlich ist, herrscht angesichts der eingeschlagenen Interpretationslinie argumentative Not, die zu (sehr zurückhaltend ausgedrückt!) "eigenartigen" Lösungsversuchen führt. Wenn im "Anti-Dühring" Engels es als einen "totalen Mangel an Einsicht in die Natur der Dialektik [bezeichnet], wenn Herr Dühring sie für ein Instrument des bloßen Beweises hält", ist es schon kurios, wenn das Wörterbuch erklärt: "Engels scheint den Status der Dialektik hier auf eine nachträgliche Interpretation wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beschränken." (II/667)

Es ist offensichtlich, daß es keinesfalls genügt, Materialismus und Dialektik zu postulieren (fürwahr, "der Geist ist willig ..."), sondern es unverzichtbar ist, sie als methodische Prinzipien zur Geltung zu bringen. Nur durch einen konkreten Begriff des Vermittlungsverhältnisses von "Materiellem" und "Ideellem" kann das Marxismus-Denken als materialistisches Projekt realisiert werden. Diese wechselseitige Bedingtheit (mit den weltverändernden Subjekten als Dreh- und Angelpunkt) wird mit der Betonung einer (nachträglichen) Einwirkung des Bewußtseins auf den objektiven Strukturkomplex ebenso verfehlt, wie durch die angeblich "nicht-ökonomistische Analyse des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik" (186) - die wahrlich nötig wäre! -, in der apriori beide Bereiche getrennt, und eine Seite über die andere "erhaben" (Marx) erscheint.

Aber auf genau dieses frühmaterialistische Verständnis der Bewußtseinsproblematik läuft die Problemexplikation im Wörterbuch hinaus. Zwar wird im Stichwort "Bewußtsein" einleitend mit Marx hervorgehoben, daß Bewußtsein "zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen" ist. Doch wird postwendend Bewußtsein auf eine Reflexionsform über einen Prozeß reduziert, ohne einen Gedanken darauf zu verschwenden, daß Denken für Marx Reflexions- und Antizipationsmoment dieses Prozesses ist, bewußtseinsgeleitetes Handeln den sozialen Prozeß also erst "konstituiert" (Marx spricht von der

Geschichte als vom Menschen "gemachte"). Statt sich auf diese zentrale Frage des Marxschen Gesellschaftsverständnisses einzulassen, beschränken sich die Ausführungen auf die Kritik der Bewußtseinsphilosophie und die ideologiekritische Linie der Marxschen Bewußtseinstheorie. Es findet sich auch kein Wort darüber, wie aus der materiellen Gebundenheit des Denkens Zielvorstellungen und Handlungsintentionen entstehen, wie also von Marx der Zusammenhang von Denken und praktischer Veränderung konkret thematisiert wird. Eine knappe Andeutung der Problematik findet sich zwar im weitgehend psychologisch orientierten Stichwort "Denken", aber nur zum Zweck, Marxens Hinweis auf den teleologischen Charakter der Arbeitsakte ("Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister von der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut", heißt es im "Kapital") als kantianisches Relikt zu "entlarven" und dieses Bild als Beispiel der ausschließlich "zweckrationalen" Struktur arbeitvermittelter Denkprozesse zu klassifizieren. (II/582) Was das Wörterbuch an diesen Stellen präsentiert, ist noch nicht einmal der halbe Marx!

Nicht nur bei diesen aufgeführten Stichworten wird von grundlegenden Elementen des Marxschen Denkens, besonders von seinem dezidierten Verständnis der Subjekt-Objekt-Dialektik abstrahiert: "Wie die Gesellschaft den Menschen als Menschen produziert, ist sie durch ihn produziert." (Marx) Im "Wörterbuch B" dominiert zwar kein abstrakter Objektivismus mehr, jedoch gelingt es vielen Stichwortdarstellungen nicht, das umfassende Marxsche Weltverständnis zu dokumentieren. Der Reduktionismus drückt sich in der theoretischen Unfähigkeit aus, die Gebundenheit der Menschen an die von ihnen "produzierten" gesellschaftlichen Verhältnisse als Voraussetzung der historischen Veränderung auf den Begriff zu bringen, Abhängigkeit und Selbstveränderung als verschiedene Momente eines einheitlichen Prozesses zu begreifen.⁸

Nicht selten wird, wenn sich die Stichworte den Problemen der subjektiven Motivationsstrukturen und individuellen Handlungsspielräume zuwenden, diese Fragestellung als "Ergänzung" des Marxschen Gesellschaftsverständnisses präsentiert, also negiert, daß die von Marx benutzten Begriffe immer schon diese Sichtweise implizieren und somit "gleichzeitig Begriffe für ökonomische Verhältnisse und Individualitätsbegriffe sind".⁹ Fraglich ist, ob eine solche Vorgehensweise Ausdruck für eine "progressive Frageverschiebung" oder ein Akt der "rettenden Kritik ist", von dem der Herausgeber gesprochen hat.

Wenn eine theoretische Vorstellung vom handelnden Menschen ebenso wenig wie ein Verständnis für die auf ihn bezogene Dialektik von Erfah-

⁸ Vgl. u.a. G. Lukács, Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, 2 Bde, Darmstadt und Neuwied 1984f. und G. Stiehler, Dialektik und Gesellschaft, Berlin/DDR 1981.

⁹ L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Berlin/DDR 1971, S. 126.

rung und Aufklärung existiert¹⁰ und der "subjektive Faktor" nicht als integraler Bestandteil der sozialen Strukturpolitik begriffen wird, entwickeln sich konzeptionelle Paradoxien, die bereitwillig dem historischen Materialismus in die Schuhe geschoben werden: "Zwischen Szientismus und Naturalismus legt das Marxsche Vorgehen auf diese Weise einen Determinismus nahe, der nicht mehr nur historisch ist und die Frage aufwirft, wo das Bewußtsein und die revolutionäre Tätigkeit ihren Platz haben." (I/312)

Bei einigen Stichwort-Ausführungen ist nicht nur deren Einseitigkeit und Unvollständigkeit, sondern nicht minder deren (durch stillschweigende Textselektion "fundierter") Ausschließlichkeitsanspruch und die demonstrierte Ignoranz gegenüber anderen Lesarten kritikwürdig. Ein Beispiel für einen manipulativen Umgang mit der Marxschen Theorie und ihrer Rezeptionsgeschichte sind die Ausführungen zum Stichwort "Anthropologie". Das Problem wird auf eine knappe (und inhaltlich dürftige) Darstellung der Marxschen Kritik idealistischer Wesensmetaphysik beschränkt und die Frage nach dem Menschen als bloßer Reflex der Warengesellschaft interpretiert. Angesichts der zahlreichen anthropologischen Aussagen bei Marx aus der Defensive argumentierend, wird auch vor theoretischen Paradoxien nicht zurückgeschreckt: Hinweise auf die empirische Selbstverpflichtung seiner Theorie sollen die Nichtexistenz anthropologischer Theorieelemente (die ja "notwendigerweise" die Empirie überschreiten und eine "Zusammenfassung vieler Bestimmungen" [Marx] darstellen) "beweisen" - was nicht nur für diesen thematischen Zusammenhang, sondern für das marxistische Theorieverständnis in seiner Gesamtheit, die Illegitimität von Abstraktionen und dialektischen Denkfiguren bedeuten würde!

Nach objektivistischen Zwischenbemerkungen zur Geschichtsphilosophie wird die Ethnologie als das eigentliche Artikulationsfeld der Anthropologie-Problematik bei Marx und Engels interpretiert. Diese "Akzentuierungen", die demonstrierte Ignoranz gegenüber dem internationalen Diskussionsstand und den inhaltlichen Verschlingungen der Anthropologie-Problematik¹¹ schlagen einer ganzen marxistischen Traditionslinie ins Gesicht. Folgerichtig wird in der Bibliographie die marxistische Anthropologie-Diskussion nicht mit einem einzigen Titel (!) dokumentiert.

Durch solche Formen der "Theoriearbeit" werden nicht progressiv intendierte Denkerfahrungen vermittelt, sondern wird an der Bestätigung und Neubegründung von Mythen gearbeitet, die das Marxsche Emanzipationsprogramm konterkarieren. Bei Verzicht auf die anthropologische Reflexion kann sich keine konkrete Utopie, keine Perspektive für emanzipato-

¹⁰ Viele der Wörterbuch-Autoren halten es in dieser Frage mit Althusser, der die Auffassung einer realhistorischen Subjekt-Objekt-Vermittlung nur als "Dialektik des Idealismus" (L. Althusser, Brief an den Autor vom 14. 3. 1977) begreifen wollte.

¹¹ Vgl. W. Seppmann, Normativität und Gesellschaftskritik. Anmerkungen zum Anthropologie-Komplex, in Z 18, 1994.

rische Veränderung entwickeln. Denn ohne die Berücksichtigung des normativen Gehalts seiner Theorieelemente - so hat Arbeit bei Marx "immer auch eine anthropologische oder anthropogenetische Dimension" (I/407) - geht die kritisch-revolutionäre Substanz des Marxismus verloren. Ohne einen fundierten Begriff vom Menschen, seinen Bedürfnissen, Entfaltungsansprüchen und Entwicklungspotentialen wäre Marx immer nur "ein immanenter Kritiker des Kapitalismus"¹² geblieben. Denn ohne die Thematisierung der Anthropologie-Frage, gibt es kein vernünftiges Fundament für die Kapitalismus-Kritik und keinen Bezugspunkt zur Entlarvung der durch die Wertvergesellschaftung verursachte Fremdbestimmung und Fragmentarisierung des Menschen.

In zu vielen Fällen ist der "Blick in die labyrinthische 'Bibliothek' marxistischen Wissens" (Vorwort I/III) zu oberflächlich und selektiv ausgefallen und dient nicht selten nur dazu, die eigene (eingeschränkte) Sicht auf die Dinge zu belegen, nicht aber um die "Geschichte zu entfesseln" (Vorwort I/IV). Diese Defizite können der Ausdruck von Nachlässigkeit sein, wenn aber das umfangreiche Literatur-Verzeichnis, das der distanzlosen Hofberichterstattung über die "Althusser-Schule" beigelegt ist, nicht einen einzigen Titel enthält, der sich kritisch mit der strukturmarxistischen Marx-Interpretation und der subjektivistischen "Wende" Althusser's¹³ beschäftigt, oder wenn im Stichwort "Arbeit" ein Hinweis auf das zukunftsweisende Arbeits-Kapitel in Georg Lukács "Ontologie des gesellschaftlichen Seins" fehlt, handelt es aber sich um eine systematische Desinformation der Leser!

Gegenüber den angezeigten "philosophischen" Verselbstständigungen, sind "Interpretationsvarianten", die jede Sensibilität über den erreichten marxistischen Diskussionsstand vermissen lassen, ein anderes Extrem: Der Artikel "Ausbeutung" (der auch noch andere sachliche Fehler enthält¹⁴) bringt es fertig, den theoretischen Implikationen der Globalisierung und tendenziellen Verlagerung des Ausbeutungsprozesses mit dem "fragwürdigen"

¹² A. Heller, Theorie der Bedürfnisse bei Marx, Hamburg 1976, S. 41.

¹³ Zum Aspekt der "Ergänzung" des strukturmarxistischen Objektivismus durch subjektivistische Interpretationsmuster und Althusser's explizite Entfernung vom Marxismus vgl. W. Seppmann, Exkurs über die philosophische Feldherrenmentalität. Zur Kritik der strukturmarxistischen Ideologie, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik, H. III, 1994. In seiner (wenn auch aus anderen als den von der Apologie hervorgehobenen Gründen) eindrucksvollen Autobiographie (L. Althusser, Die Zukunft hat Zeit. Die Tatsachen, Frankfurt/M. 1993) heißt es lapidar: "Ich habe nie ... geglaubt, daß der Marxismus der unüberschreitbare Horizont unserer Zeit ist" (S. 203). Dort findet sich ebenfalls Althusser's Eingeständnis, daß seine Denkweise "durchaus nicht die von Marx war." (S. 253) Wahrlich eine wenig solide Grundlage, um Althusser's Interpretationsansatz (der das "Primat der Praxis vor jeglichem Bewußtsein" [257] setzt, und von dem er zuguterletzt auch noch selbst sagt, daß er "nur endlos einige wenige spärliche Themen wiederkaut, die sich an drei Fingern einer Hand abzählen lassen [S. 185]) im Wörterbuch immer wieder unreflektiert als Referenz für eine "zeitgemäße" Marxinterpretation herangezogen zu werden!

¹⁴ So fußt die bürgerliche Gesellschaft als ökonomische Formation nicht "auf der Französischen Revolution" (736), wie der Autor meint!

Hinweis aus dem Weg zu gehen, daß sich ja sowieso "der überwiegende Teil des Warenverkehrs im internationalen Handel zwischen den entwickelten Ländern abspielt." (I/741) In die Lebenswirklichkeit übersetzt, besagt diese fulminante Logik: Je geringer die Preise für Güter aus den "unterentwickelten Ländern" sind, um so geringer der monetär gemessene Warentransfer, deshalb um so geringer der Ausbeutungsgrad!

Sicher wird in anderen Stichworten noch sachgerecht auf die Problematik eingegangen, aber es ist ein prinzipieller Mangel, wenn nicht schon im kategorialen Kontext über dieses elementare Gegenwartsprinzip geredet wird (zumal bei Marx die Antizipation der Globalisierung der Ausbeutung funktionales Theorieelement ist). Zwar wird im (theoretisch präzise konzipierten) Doppelstichwort "Armut/Reichtum" auf die Elendsproduktion in "kapitalistischen Entwicklungsländern" (I/614) hingewiesen, dafür fehlt aber wiederum jeder Hinweis auf die Armut als manifeste und sich ausbreitende Realität im aktuellen Kapitalismus, oder gar die Auswirkung dieses Prozesses auf die Mentalitätsformen und Verhaltensdispositionen der betroffenen Menschen.

Die Betonung des Kritikwürdigen am Wörterbuch soll nicht verdecken, daß es im erfreulichen Umfang Beiträge enthält, die der Vielschichtigkeit der Marx'schen Argumentations- und Theoriestruktur gerecht werden, einen verlässlichen Überblick über den marxistischen Diskussionsstand vermitteln und ein repräsentatives Literaturverzeichnis anbieten. Erwähnt sei das Stichwort "Arbeiterkultur", das die Schwierigkeit des Verhältnisses von objektiver Klassenlage, klassenspezifischen Verhaltensweisen und Mentalitätsformen problematisiert. Sehr instruktiv sind auch die historischen Ergänzungen im nachfolgenden Stichwort "Arbeiterkulturbewegung". Eindrucksvoll sind die Ausführungen zur "Arbeitszeit". Das Stichwort arbeitet heraus, daß die ökonomischen Kategorien bei Marx immer schon einen Begriff vom handelnden Menschen implizieren und von (wenn auch oft vermittelter) politischer Relevanz sind: "Marx versammelt in seinen Ausführungen zur Arbeitszeit wichtige Theoriestücke über Herrschaft durch Zeitverfügung und Formen politischer Auseinandersetzung um die Kontrolle und Gestaltung von Zeit." (I/582) Die Liste positiver Beispiele ließe sich fortsetzen.

Einen berechtigterweise hervorgehobenen Stellenwert besitzt im "Wörterbuch B" Gramsci's Denken, doch wird dessen fragmentarisches Lebenswerk häufig als beliebiger Gedankensteinbruch benutzt und als Referenz für Sichtweisen mißbraucht, die seinem intellektuellen Selbstverständnis entgegengesetzt sind. Im Wörterbuch ist diese theoretische Regression mehrfach durch das Verständnis der "Zivilgesellschaft" als quasi basisdemokratischer Entfaltungsraum jenseits des gesellschaftlichen Machtgefüges oder neben ihm dokumentiert. Gramsci meint das Gegenteil: lautlose Herrschaftsreproduktion durch Weltanschauung und Tradition. Doch weil die kulturellen Bereiche einen Doppelcharakter besitzen, herrschaftsbe-

setzt sind und gleichzeitig den allgemeinen Lebensinteressen der Menschen dienen, existieren Freiräume für selbstbestimmtes Handeln und für die Herausbildung alternativer Orientierungen und Lebensformen, die mit den hegemonialen Mächten in Wettstreit treten und unter historisch günstigen Bedingungen sich zu einer Gegenmacht formieren können.

Die Ansprüche des Herausgebers an das "Wörterbuch B" sind bescheidener als beim Vorgängerprojekt formuliert und die philologische Selbstverpflichtung ist trotz aller (wohl unvermeidlichen) Akzentuierungen, Interpretationspräferenzen etc. (über die aber diskutiert werden muß!) auch weitgehend eingelöst worden. Die Manipulationen und grobe Entstellungen, die das "Wörterbuch A" fast durchgängig prägen¹⁵, sind zumindest hinsichtlich der Klassiker-Texte seltener auszumachen. Jedoch auch im "Wörterbuch B" gibt es noch an zu vielen Stellen argumentative Kurzschlüsse und theoretische Verengungen, die der Marxschen Theoriekultur unangemessen sind.

"Der überwölbende Sinn ist nicht gegeben", heißt es mit positivem Akzent im Vorwort (I/IV). Aber darin liegt auch das eigentliche Problem des Wörterbuchs. Auch jenseits dogmatischer Einheitsmythologien und legitimatorischer Systemfixierungen ist die inhaltliche Vermitteltheit seiner Theorieelemente das Lebenselixier des Marxschen Denkens. Gramsci hat in diesem Sinne von der "Einheit der konstitutiven Elemente des Marxismus" gesprochen.¹⁶ Ohne Berücksichtigung des systematischen Status einer Aussage und des Abstraktionsgrades eines Theorieelementes, aber auch durch die Vernachlässigung des normativen Kontextes gehen viele Interpretationen in die Irre und repräsentieren keinesfalls, wie es im Vorwort mit Bezug auf Benjamin so schön heißt, die Arche Noah der rettenden Kritik.

Es ist Zweifel angebracht, ob für ein marxistisch intendiertes Nachschlagewerk die Gestaltungsprinzipien eines bürgerlichen "Historischen Wörterbuchs der Philosophie" angemessen sind und ob ein in marxistischer Perspektive verfaßtes Begriffslexikon, wie der Herausgeber meint, "mit dem Hammer" philosophieren kann, "indem es die Gedankenkreise in Einzelbegriffe fragmentiert". (Vorwort I/IV) Daß es bei den Anordnungs- und Gestaltungsprinzipien nicht um formale Fragen geht, wird deutlich, wenn im gleichem Atemzug die Zerstörung der "Einheitsmythen des Subjekts und des Sinnes" [ebd.] antizipiert werden. Es gibt Hinweise und Tendenzen im Wörterbuch, die befürchten lassen, daß dieser Satz so gemeint ist, wie er geschrieben steht: Die marxistische Theoriebildung soll dem zerrissenen Gegenwartsbewußtsein angepaßt werden. Theoretische Kohärenz wird als störend empfunden, weshalb die Marxsche Weltanschauung solange "bearbeitet" werden soll ("Dekonstruktion" heißt ein solches Verfahren im

¹⁵ Vgl.: W. Seppmann, *Subjekt und System*, a.a.O., S. 53ff.

¹⁶ A. Gramsci, *Philosophie und Praxis*, Frankfurt/M. 1967, S. 195.

modephilosophischen Jargon), bis es den herrschenden intellektuellen Konventionen entspricht und dieses Denken sich fragmentarisch, unsystematisch und heterogen präsentiert.

Die vom Herausgeber in seinem Vorwort angekündigte "offene Werkstatt" der Theoriearbeit hat jedenfalls so breite Türen, daß zentrale Elemente des herrschenden Legitimationsdenkens ungehindert und unreflektiert Einlaß finden können. Ein Beispiel ist die Reproduktion des Alltagsmythos von der Permanenz ("Ende der Geschichte") der herrschenden Zustände, durch das explizierte Verständnis von "Macht als unausweichliche und unabschaffbare Dimension sozialer Beziehungen". (I/558). Beruhigend, daß wenigstens an anderer Stelle des Wörterbuchs eindringlich vom marxistischen Selbstverständnis des historischen und somit veränderbaren Charakter der Herrschaft gesprochen wird: "Marxismus entsteht als Aufklärung mit der Besonderheit, daß sie als Projekt der Emanzipation, der von der Herrschaft und den herrschenden Verhältnissen Bedrängten praktisch wird, 'mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist' [Marx]". (I/279)

Mit den aktuellen Artikulationsformen des herrschenden Bewußtseins setzt sich das "Wörterbuch B" nur peripher auseinander, obwohl (oder gerade vielleicht auch weil) die Inhalte der intellektuellen Legitimationssysteme auch so manchen marxistisch intendierten Diskurs akzentuieren. Zwischen den alltagsvirulenten Ohnmachtsvorstellungen und den "alternativen" Konzepten einer Universalität der Herrschaft, der realkapitalistischen Bedrängung der Subjekte und den Hypostasierungen "subjektloser" Entwicklungsmodelle liegen die Parallelen und der ideologische Effekt auf der Hand: Die kategorialen Reflexionsformen reproduzieren den verdinglichten Schein der Warengesellschaft von der "Naturwüchsigkeit" und Unüberwindbarkeit der Herrschaft, der sich nur durch die Analyse der konkreten Sozialbeziehungen auflösen ließe.

Der weitgehende Verzicht auf die Auseinandersetzung mit bürgerlicher Ideologie, den im entwickelten Kapitalismus herrschenden Sichtweisen und Interpretationsmustern, sowie die Vernachlässigung der permanent notwendigen Analyse der herrschaftstechnologischen Funktion intellektueller Produktionen, wird vom Herausgeber durch die Unübersichtlichkeit und Unabgeschlossenheit gegenwärtigen Wissens legitimiert, zumal, wie er betont, die Übergänge zwischen dem marxistischen Denken "und dem 'bürgerlichen' Wissen ... immer offen gewesen [sein], auch wenn sie von beiden Seiten oft inkognito passiert worden sind." (Vorwort I/II) Selbst wenn das Beziehungsverhältnis der klassenspezifischen Wissensformen so simpel wäre wie dargestellt, müßte beständig über das Verhältnis zwischen beiden reflektiert, über die inhaltlichen Implikationen des wechselseitigen Einflusses nachgedacht werden - weil anders die "ideologische Schicht ...,"

die uns niederdrückt"¹⁷, nicht durchbrochen werden kann, aber auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie ein elementares Kapitel der marxistischen Theoriegeschichte darstellt.

Der Verzicht auf solche intellektuelle Sorgfalt wird teuer erkauft. So reicht beispielsweise die Selbstetikettierung einer Auffassung als "feministisch" aus, um unbedacht und unkommentiert auch dann in das Wörterbuch Einlaß zu finden, wenn deren emanzipatorischer Sinn mehr als fraglich ist. So heißt es an einer Stelle: "Feministinnen [haben] am Machtbegriff den produktiven, gesellschaftsbildenden Charakter pointiert. Sie argumentieren gegen das vorherrschende Verständnis von Macht als Herrschaft und versuchen, andere Bedeutungen des Begriffs hervorzuheben. Macht als Energie, Fähigkeit, Kompetenz. Nancy Hartsock hat solche alternativen Theoretisierungen des Machtkonzepts mit der Tendenz zusammengebracht, dem Problem auszuweichen, daß eingreifendes, gesellschaftsveränderndes Handeln Menschen verletzen kann." (I/558) Die noch nicht ideologisch korrumpierten Leserinnen und Leser werden ihren Augen und Sinnen nicht trauen! Aber allen Ernstes: Diese Sätze stehen in einer Zeit, in der der Imperialismus den Menschen ganzer Weltregionen faktisch das Existenzrecht abspricht, die "Gesetze des Weltmarktes" jährlich das Leben von Millionen Menschen auslöschen und auch in den Metropolen die ökologische und sozio-kulturelle Katastrophenentwicklung scheinbar unaufhaltsam voranschreitet, in einem Kompendium mit dem Titel "Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus"!

In den zentralen Theorieabhandlungen der beiden ersten Bände ist das Wörterbuch leider kein verlässlicher Leitfaden für ein unverzerrtes Verständnis des Marx'schen Denkens. Sorgfältiger und sachgerechter, deshalb überzeugender sind viele Darstellungen ökonomischer und historischer Sachverhalte, die Ausführungen vieler "abgeleiteter" Stichworte zu politischen und kulturellen Fragestellungen ausgefallen (erwähnt seien stellvertretend "Bourgeoisie" und "Demokratie/Diktatur des Proletariats"). Über viele Seiten besitzt das Wörterbuch deshalb einen mehr oder weniger befriedigenden Gebrauchswert. Jedoch hat mit der "Renaissance von Marx", wie ein begeisterter, aber leider unkritischer Rezensent meinte, das Wörterbuch für sich genommen noch nichts zu tun. Auch in seiner widersprüchlichen Präsentationsform kann es sicherlich wertvolle Dienste leisten, doch ist noch nicht so ohne weiteres ersichtlich, wie es "gegen falsche Sicherheiten und scheinbar festgefügte Denkgebäude" (Vorwort I/IV) immunisieren soll. Erst die kritische und umfassende Auseinandersetzung mit dem Wörterbuch könnte die Basis eines entfettersierten Denkens und Beginn der Aneignung der emanzipatorischen Potentiale der Marx'schen Theorie sein!

¹⁷ L. Althusser, a.a.O.; S. 257.

Wolfgang Förster

Lessing - Herder - Hölderlin

Zur historischen Leistung der deutschen Aufklärungsphilosophie

Eine unentbehrliche Komponente bei der Suche nach progressiven Alternativen zu den gesellschaftlichen Krisenprozessen der Gegenwart, im Ringen um die Lösung der fundamentalen Lebensfragen der Menschheit, um gesellschaftlichen Fortschritt, gegen den drohenden Rückfall der Menschheit in barbarische Existenzformen, um die Zurückdrängung und Überwindung des kapitalistischen Profitstrebens ist das progressive philosophische Erbe der Vergangenheit. In diesem kommt der Philosophie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts ein besonderer Stellenwert zu. Das Aufklärungsdenken entstand im Widerstreit zweier Zeitalter: Während in der ökonomischen Basis noch die feudale Abhängigkeit verteidigt wurde, begann der Überbau die künftige und sogar die übernächste Gesellschaftsordnung gedanklich vorwegzunehmen. Die Leistung des Aufklärungsdenkens ist ein wichtiges Korrektiv zu den Niedergangsprozessen in den vorherrschenden Strömungen des heutigen bürgerlichen philosophischen Denkens, der sich in ihnen findenden Apologie überlebter gesellschaftlicher Existenzformen, der in ihnen vollzogenen Rücknahme der Errungenschaften des klassischen bürgerlichen philosophischen Denkens, ihres positivistischen Erkenntnisverzichts und ihrer mystifizierenden Geschichtsdeutung.

Die Leistung der Aufklärungsphilosophie muß freilich in ihrer tatsächlichen Dimension erfaßt werden, frei von Verkürzungen, in denen Aufklärungsprozesse allein als bloße Reformalternativen zur bestehenden ständischen Gesellschaft gesehen und in ihrer sozialen Aussage abgeschwächt werden, vielmehr unter Einschluß ihres gesellschaftlichen Hintergrunds, in ihrer Vielschichtigkeit und Tiefe und ihrer Intention, Wegbereiterin höherer gesellschaftlicher Existenzformen zu sein. Walter Markov bemerkte 1954: "... der Beitrag der Aufklärung endet und mündet nicht in der sozialen und politischen Tugendlehre Robespierres. Er ist sowohl breiter als auch tiefer ... Und eben deshalb, weil die Bourgeoisie, die stets nur nach einer Seite, der Feudalität gegenüber, fortschrittlich sein kann, nicht fähig ist, sich des Fortschritts als eines unteilbaren Ganzen zu bemächtigen, kann sie nicht verhindern, daß er früher und später, nach mancherlei Um- und Irrwegen, eine andere Klassenbasis findet."¹ Die Philosophie der Aufklärung ist eine integrale Komponente im progressiven geistigen Entwicklungsprozeß der Menschheit. Der vorliegende Beitrag sucht die Leistung

¹ W. Markov, Grenzen des Jakobinerstaats, in: Aufklärung - Geschichte - Revolution. Studien zur Philosophie der Aufklärung (II), hrsg. v. M. Buhr/W. Förster, Berlin 1986, S. 406ff.

der deutschen Aufklärungsphilosophie exemplarisch am Beispiel einiger ihrer Hauptrepräsentanten in ihrer historischen Aktualität zu skizzieren.

Die Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts in der Reifephase des Emanzipationskampfes des Bürgertums war Ausdruck ihres politischen, ökonomischen und geistigen Machtanspruchs und ihrer Opposition zu den historisch überlebten feudalistischen Strukturen, Verhältnissen und Institutionen. Eine auf empirische Naturerkenntnis orientierte antispekulative, von Erkenntnisoptimismus geprägte und historisch orientierte Denkweise, die auf die Erschließung der Totalität der Wirklichkeit abzielt, die Einheit von Natur und Geschichte und deren innere Dynamik akzentuiert, die rationelle Nutzung der Naturkräfte im Dienste des Menschen in den Mittelpunkt stellt, die Ideen der Humanität, der Größe und Würde des Menschen, des Strebens nach menschlichem Glück, die Überzeugung vom Fortschritt der menschlichen Zivilisation, waren grundlegende Bestandteile des aufklärerischen Denkens. Die in der Natur begründete Gleichheit der Individuen und die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte bilden Wesensmerkmale der Aufklärung.

Die Strömungen der Philosophie der Aufklärung differieren von einer nur zaghaften Kritik an der Ständeordnung, der Ablehnung des Machtanspruchs des Klerus und der Offenbarungsreligion bis zu einer vernichtenden Kritik am Feudalsystem, der Proklamierung der Volkssouveränität und der offenen Artikulation materialistischer und atheistischer Ideen. In ihrem Namen erfolgte die schonungslose Kritik aller äußeren Autoritäten, der herrschenden Religions-, Natur- und Gesellschaftsauffassungen sowie der bestehenden Staatsordnung, die sämtlich als unvernünftig galten. Die Aufklärer begriffen ihr eigenes Zeitalter als Epoche des allmählichen Vorwärtsdrängens der Vernunft und der Bewegung zu immer größerer Vollkommenheit.

In den Besonderheiten der deutschen Aufklärungsphilosophie spiegeln sich entschiedene Opposition gegen den Feudalabsolutismus zum einen, die historische Rückständigkeit der politischen und ökonomischen Verhältnisse in Deutschland und die verzögerte und deformierte Entwicklung seines Bürgertums zum anderen. Die deutsche Aufklärung besitzt einen genuinen bürgerlichen Charakter. Bei ihr kann von einem wesentlichen höfischen Einfluß nicht die Rede sein. Werner Krauss hebt die adelsfeindliche Gesinnung, den sozialen Purismus und das hohe Selbstbewußtsein als bestimmende Wesenszüge der deutschen Aufklärung hervor. Er verweist darauf, daß seit Mitte der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts in der deutschen Aufklärung eine Stimmung um sich greift, die man nicht anders denn als "Revolutionsbereitschaft" bezeichnen kann: "Die Erwartung einer totalen Wende verknüpft sich mit dem deutschen Schicksal, dessen unerträglich gespannte Widersprüche zu einer Krise ohnegleichen zu

drängen scheinen."² Fehlende Ausbildung der bürgerlichen Lebensverhältnisse verband sich in der deutschen Aufklärungsphilosophie mit z.T. weitreichenden sozialen Erwartungshaltungen. Diese äußerten sich in ihr im "Übersteigen" des unmittelbaren gesellschaftlichen Erfahrungshorizonts, in der Konzipierung eines geschichtlichen Perspektivbewußtseins, wenn dieses auch in bestimmter Weise in sich unklar bleibt, in Gesellschaftsauffassungen, die auf die Überwindung des Antagonismus aller bisherigen Klassengesellschaft abzielen. Diese Entschiedenheit der sozialtheoretischen Aussagen der entwickeltsten Formen der deutschen Aufklärungsphilosophie hat seine Voraussetzungen in der gedanklichen Konsequenz des religions- und sozialkritischen Denkens der nachreformatorischen deutschen Philosophie, im besonderen der Ideologie der radikalen Sektenopposition mehrerer Jahrhunderte, der mit ihr verbundenen mystischen und pantheistischen Denkströme.

In Gottfried Arnolds "Kirchen- und Ketzerhistorie" tritt gegenüber der bisher vorherrschenden bloßen Verneinung äußerer Zeremonien und der kirchlichen Praxis sowie des Rückzugs auf die Innerlichkeit eine aggressive Frontstellung gegen die gesamte bisherige Religion und ihre Institutionen. Die Verfolgten aller Zeiten bilden nach Arnold die Träger der "wahren Kirche", die Verkörperin des wirklichen Christus. Die nachfolgende Entwicklung führt über Johann Conrad Dippel und die Wertheimer Bibelübersetzung zu Johann Christian Edelmann, der den Übergang von der Sektenopposition zur bürgerlichen Aufklärung vollzieht. Nach Dippel schließt die innere Wiedergeburt, die zu Gott und zur eigenen Vollkommenheit führt, die Abschaffung der Standesunterschiede, der weltlichen Obrigkeit und der Mauer-Kirche ein. Dippels Religions- und Sozialkritik führt zur Propagierung der klassenlosen, auf Gemeineigentum beruhenden Gesellschaft. Für Edelmann, der den spinozistischen Pantheismus aufnimmt, ist das Diesseits die einzige, jedoch noch mit religiösen Chiffren versehene Wirklichkeit. Edelmann hält die ursprüngliche Gleichheit der Menschen für einen grundlegenden Zug künftiger Gesellschaftsgestaltung. In der kommenden Gesellschaft gibt es weder Sklaven noch Herren, nur freie und juristisch gleichberechtigte Menschen. Aus der Befolgung und Erweckung des natürlichen Gewissens ergibt sich die wahre Harmonie der Menschen, ihre künftige Solidarität und Glückseligkeit. Diese Traditionslinie der radikalen Gesellschaftskritik mündet in Konzeptionen, wie sie bei Gotthold Ephraim Lessing und Johann Gottfried Herder formuliert werden und zu deren wesentlichsten Elementen der Gedanke einer Harmonie von Individuum und Gesellschaft, die Setzung des Menschen als Selbstzweck, die Annahme einer repressionsfreien Gesellschaft, gehören. Die weltanschauliche Grundposition, von der aus die geistigen Stützpfeiler der Feudalgesellschaft unterhöhlt werden, ist dabei der Pantheismus.

² W. Krauss, Über die Konstellation der deutschen Aufklärung, ebenda, S. 66.

Gotthold Ephraim Lessing

Die Konsequenzen der kritischen Aufhebung der Religion sind bei G.E. Lessing voll entwickelt. Pantheistische Gesamtanschauung der Wirklichkeit, durch Gedankenelemente Leibniz' umgeformter spinozistischer Determinismus und die Idee der Vervollkommnung des Menschengeschlechts sind konstitutive Voraussetzungen Lessingschen Denkens. Religion faßt Lessing als historische Form der Entwicklung des menschlichen Bewußtseins und als gesellschaftliches Erziehungsprinzip. Sie ist für Lessing bloßes Mittel des universellen Bildungs- und Erziehungsplanes der Menschheit, der zu wachsender Humanität führt, nur niedere Stufe des philosophisch-rationalen Bewußtseins. Der positive Gehalt der Religion ist die in ihrem Verlauf sich herauskristallisierende Sittlichkeit. Die von Lessing vorgenommene Relativierung des Wahrheitsgehalts der Religion ist Artikulation von Toleranz. Diese öffnet den Weg für den Abbau geistiger und politischer Gegensätze zwischen den Individuen, die der ständisch-feudalen Welt das Gepräge gaben, für die Gleichberechtigung aller Völker, für die Respektierung des einzelnen Individuums. Die Konzipierung einer künftigen Zeit der Vollendung des Menschengeschlechts ist Artikulation der Zukunftsgewißheit der bürgerlichen Klasse gegen die Erfahrung der feudalen Ständegesellschaft. Fazit der "Erziehung des Menschengeschlechts" ist die Perspektive einer vernünftig-moralischen Autonomie der Menschheit als gesetzmäßiges Resultat ihrer Entwicklung. Lessings letzter Gottesbegriff zielt auf ein moralisches Handlungsbewußtsein, das der dritten, der emanzipierten Stufe des Menschengeschlechts, der Stufe vernünftiger und sachlich begründeter Selbstbestimmung, adäquat ist. Lessings Erziehungsschrift begründet theoretisch-philosophisch ein geschichtliches Perspektivbewußtsein, historischen Optimismus, freilich entgegen Lessings unmittelbarer gesellschaftlicher Erfahrung. Dem "Ein und Alles" Lessings korrespondiert, wie Wolfgang Heise feststellt, eine die Trennungen der Ungleichheit und Herrschaft überwindende Gemeinschaft mündiger Individuen, die sich selbst regieren. Dem dritten Evangelium entspricht keine neue Religion und kein neuer Gott. "An die Stelle der Tat Gottes tritt der Menschengattung Tun, an die Stelle der Erlösung die zukünftige Gestaltung des Diesseits, der Menschenwelt, an die Stelle der chiliastischen Erwartung aber der gesetzmäßige Prozeß, in dem der Menschen Tun und Erkennen sich entwickeln und ihre Kräfte sich entfalten."³

Behandelte die "Erziehung des Menschengeschlechts" die moralisch-geistige Bildung der Menschheit in ihrem stadialen Fortschreiten, so beinhaltet die zur gleichen Zeit entstandene Schrift "Ernst und Falk" die Verwirklichung der Glückseligkeit des einzelnen Individuums. Die Gespräche zwischen Ernst und Falk haben die Bestimmung der notwendigen gesell-

³ W. Heise, Die Wirklichkeit des Möglichen. Dichtung und Ästhetik in Deutschland 1750-1850, Berlin und Weimar 1990, S. 183.

schaftlichen Übel zum Gegenstand, die aus der Struktur und Funktion der bürgerlichen Gesellschaft resultieren, sowie die Möglichkeiten, diesen Übeln zu begegnen. Für Lessing ist - im Unterschied zu Kant - das Glück und die freie Entwicklung des einzelnen Bedingung des Glücks und der freien Entwicklung aller. Lessing entwirft den Gedanken "von einer nicht institutionalisierten Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft als Träger einer - in der Konsequenz - gesellschaftsverändernden Moral, die Alternative zur politischen Sphäre und ihrer Logik der Macht ist".⁴

Nach Lessing trennt die bürgerliche Gesellschaft die Menschen in verschiedene Völker und Religionen, befestigt Klüfte zwischen ihnen und setzt diese Trennung ins Unendliche fort. Auch die Gleichheit des Eigentums in einem Staat kann die Entgegensetzungen zwischen den Menschen auf Dauer nicht beseitigen, da die Menschen dieses unterschiedlich nutzen würden. Sie reproduziert vielmehr aufs neue soziale Unterschiede. Für Lessing ist die bürgerliche Gesellschaft nicht der letzte "Zweck der Natur". Das radikal eudämonistische Humanitätsideal, das er in den Gesprächen "Ernst und Falk" formuliert, tangiert eine nichtantagonistische Gesellschaft, in der alle Staatlichkeit ebenso wie Standesunterschiede und Privateigentum ausgeschaltet sind, da diese mit der menschlichen Glückseligkeit als dem eigentlichen Zweck menschlicher Existenz unverträglich sind. Nach Lessing sind die Menschen nicht für die Staaten, sondern die Staaten für die Menschen da. Die unsichtbare Vorhut jener erneuerten Gesellschaft bildet die Freimaurerei, die eine Art Gegengesellschaft zur bestehenden, auf Unterschieden und sozialen Gegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese "unsichtbare Kirche" ist Korrelat der bürgerlichen Gesellschaft, innergesellschaftliche Gegenbewegung, Korrektiv, das auf die Vereinigung der Menschen angesichts der vorhandenen gesellschaftlichen Trennung abzielt, letztlich Ferment einer historischen Höherentwicklung, das die bürgerliche Ordnung transzendiert und eine neue gesellschaftliche Lebensform begründet. Die von Lessing anvisierte Aufhebung der gesellschaftlichen Trennungen bedeutet "Aufhebung von Herrschafts- und Knechtschaftsbeziehungen (...), Aufhebung der selbständigen Staatsmacht durch das Sich-Selbst-Regieren der Individuen", womit "auch die äußere Abgrenzung gegenüber den Herrschaftsobjekten anderer Staaten entfallen müßte", Beseitigung der "repressive(n) Unterordnung unter ein verselbständigtes Allgemeines, ein 'Abstraktum' Staat und Vaterland und damit unter eine ihm fremde Gewalt"⁵ sowie gleiche Geltung der Religionen.

Lessings Intention ist nicht die eines idealen bürgerlich-kapitalistischen Staats, seine Vorstellungen gehen über jede Gesellschaft der Klassentrennungen hinaus. Im Hintergrund steht die Gemeinschaftsutopie aus der Ge-

⁴ Ebenda, S. 220.

⁵ Ebenda, S. 228f.

schichte der christlichen Sektenopposition. Lessing faßt den emanzipatorischen Anspruch des Individuums im Gegensatz zur spätfeudalen Gesellschaft und auch zur noch nicht eigentlich herausgebildeten bürgerlichen als Suche nach alternativen zwischenmenschlichen Beziehungen, als alternatives Postulat jenseits beider sozialer Ordnungen, als abstrakte Antizipation einer Zukunftsgesellschaft, freilich ohne jegliche ökonomische Begründungsmöglichkeit. Die Unentwickeltheit der bürgerlichen Lebensverhältnisse in Deutschland artikuliert sich in gedanklichen Möglichkeiten der abstrakten Konzipierung einer repressionsfreien Ordnung, in äußerst spekulativen Formen der Suche nach einem Gesellschaftsmodell jenseits aller Beziehungen des Klassenantagonismus, staatlicher Bindungen, der Existenz selbständiger Gewalten. Lessing setzt eine ideale Gemeinschaft freier Individuen, die nur durch Natur und Vernunft regiert wird, voraus. Seine bedingungslose Ablehnung einer von Unterdrückung und sozialen Antagonismen beherrschten Welt mündet in eine Utopie, die freilich Wahrheit insofern enthält, als in ihr die geschichtliche Notwendigkeit der Ablösung der von sozialen Gegensätzen beherrschten Gesellschaft ausgesprochen ist. Lessings Traum birgt geschichtliche Einsicht.

Johann Gottfried Herder

Weltanschauung und Geschichtsphilosophie Johann Gottfried Herders weisen eine zu Lessings Position verwandte, doch unterschiedene Position auf. Herder verbindet Pantheismus, historischen Sensualismus und Analyse des geschichtlichen Prozesses. Gegen Kants transzendentalen Idealismus betont er die objektive Einheit der Natur, akzentuiert er den entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang von Natur und Geschichte. Von Leibniz und Lessing angeregt, ist Individualität und Geschichte einbeziehendes spinozistisches Denken artikuliert. Auch die menschliche Individualität, eingeschlossen das Vernunftvermögen, ist historisches Produkt, Resultat natürlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Die "Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit" interpretieren die Weltgeschichte als einen widerspruchsvollen Aufstiegsprozeß des Menschengeschlechts. Sie exponieren die historische Spezifik der Völker und Nationen, die Einheit des weltgeschichtlichen Prozesses in der Vielfalt seiner Gestaltungsformen. Der auf Entfaltung bürgerlicher Eigentümerbeziehungen orientierten Richtung der französischen Aufklärung setzt Herder als Alternative zu Feudalismus und frühem Kapitalismus ein entschiedenes bürgerlich-demokratisches Perspektivbewußtsein entgegen. Herders Geschichtsphilosophie birgt innerhalb des Denkens des aufsteigenden Bürgertums die umfassendste, weitreichendste und gedanklich tiefste Konzeption der Humanität. Letztere ist nach Herder naturgesetzlich verankert und integrale Komponente des vielschichtigen und widersprüchlichen Entwicklungsprozesses der Menschheit. Humanität gründet für Herder im Glücksanspruch des einzelnen Individuums und seinem Vermögen auf volle Ausbildung

seiner Kräfte, in seinem Recht auf Genuß seiner Existenz. Herder betrachtet - gegen Kant - die menschliche Individualität in ihrem Eigenwert, als Selbstzweck, im Blickpunkt der Fähigkeit zur Selbstgestaltung ihrer Geschichte unter den jeweiligen konkreten historischen Umständen. Humanität in der Geschichte erweist sich als Fortschritt der Kraftentwicklung des Menschen und seiner Fähigkeitsentfaltung.

Herder akzentuiert die direkten personalen Beziehungen, die Beziehungen der Geselligkeit, Freundschaft und Solidarität als Konstitutionselemente der Humanität. Artikulation des Glücksanspruchs des Individuums, Ablehnung des Egoismus und Kollektivitätsaspekt finden auf der gesellschaftlich-geschichtlichen Ebene ihre Entsprechung in der Orientierung auf die Völker als geschichtsbestimmende Kräfte, im Betonen des Rechts der Völker auf Selbstgestaltung ihrer Geschichte, auf Selbstbestimmung, in der Ablehnung nationaler und kolonialer Unterdrückung, in der Kritik an der kulturzerstörenden Wirkung des frühen Kapitalismus, die auch ihren Niederschlag in seiner Gegnerschaft zum Europazentrismus findet. In Kontrast zu feudalen Knechtschaftsbeziehungen, zur repressiven, die freie Betätigung der Individuen fesselnden bürokratisch-absolutistischen Staatsmaschinerie und zum frühen Kapitalismus enthält Herders Geschichtsphilosophie als innere Konsequenz, freilich nicht in expliziter Form, die Konzeption eines demokratischen Gemeinwesens.

Herder steht in der Tradition des sozialen Egalitarismus. Er plädiert für frei tätige, ihre subjektiven Potenzen in demokratischen Beziehungen voll verwirklichende Individuen, die nicht fremden Zwangsgewalten subordiniert sind, nicht wie Herren und Knechte einander gegenüberstehen, deren Leben nicht in eine persönliche und eine öffentliche Sphäre geteilt ist. Argumentationslinien, die sich auf Naturzustände der menschlichen Gesellschaft beziehen, dienen vor allem der Begründung einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung. Modellhaft erscheinen Herder frühgeschichtliche Gesellschaftszustände, in denen die Beziehungen der Individuen die Gestalt ursprünglicher familiärer Harmonie hatten. Die patriarchalische Frühzeit, die antiken Republiken, die Bürgerfreiheit in den mittelalterlichen Städten bilden für Herder historische Orientierungspunkte demokratischer Gemeinschaftsbeziehungen.

Die demokratische Geschichtsauffassung Herders schließt ein, daß es für ihn keine geschichtslosen oder geschichtslos gewordenen Völker gibt. In jedem steckt das Potential der Erneuerung und Gestaltung der Geschichte. Das Demokratiekonzept Herders geht von den Bedürfnissen der Völker, ihrem realen Lebensprozeß aus und zielt nicht auf die Etablierung spezieller politischer Institutionen. In Herders Überlegungen verbinden sich die Aufnahme der Intentionen der internationalen bürgerlichen Aufklärungsbewegung mit Inspirationen reformistischen Denkens, des sozialkritischen Gedankenguts der Renaissance, des westeuropäischen Humanismus und der plebejisch-kleinbürgerlichen Ideologie der Sektenopposition.

Friedrich Hölderlin

Innerhalb der deutschen Klassik hat Friedrich Hölderlin am entschiedensten Positionen des Reifestadiums der deutschen Aufklärungsphilosophie weitergeführt. Philosophische Anknüpfungs- und Bezugspunkte des Hölderlinschen Denkens sind neben der Tradition der antikirchlichen Sektenupposition und der Lehre von der "unsichtbaren Kirche", der Auffassung des schwäbischen Pietismus vom "goldenen Zeitalter", die spinozistische Ethik, Herders Konzeption von der geschichtlichen Erneuerung, "Verjüngung" der Menschheit, Rousseaus Lehre von der Volkssouveränität, neben Ideen Kants und Fichtes Schillers Kultur- und Entfremdungskritik. Die Distanz zu Feudalismus und Kapitalismus, die Kritik an der deutschen Philisterwelt, am bloß mechanischen Leben der Gegenwart, an den negativen gedanklichen Alternativen, die die geschichtliche Realität und ihre Schranken visionär weit übersteigen. In Hölderlins weltanschaulicher Konzeption werden Widersprüche, Spannungen, unerfüllte Hoffnungen, Dissonanzen seiner Zeit in äußerstem Maße manifest. Hölderlins weltanschauliche Vision mündet in die Überzeugung von der Notwendigkeit der Aufhebung aller sozialen Antagonismen. Sie übersteigt die Grenzen der Möglichkeiten der sozialpolitischen Kämpfe seiner Epoche und entbindet einen Traum höchster menschlicher Erfüllung, frei von allen Herrschaftsstrukturen.

Gerade in Hölderlins Utopismus, der mit ihm verbundenen Illusionen drängt geschichtliche Wahrheit zur Sprache. Hölderlins pantheistische Konzeption der "göttlichen" Natur entspricht im individuellen Subjekt der "Gott in uns". In dieser Formel manifestiert sich der Anspruch des Individuums, der zugleich die Gestalt überindividueller Macht und Kraft gewinnt. Hölderlins Utopie zielt auf die Harmonie von Mensch und Natur, auf eine nichtentfremdete Menschheit. Die Traditionslinie der Formel "Gott in uns" entstammt der vorchristlichen Antike, wird in der Mystik und im Pantheismus zur generellen Artikulation der Gegnerschaft zu feudalen und bürgerlichen Verhältnissen. Diese Formel schließt bei Hölderlin fichteanische Selbstbestimmung und pantheistische Allbeziehung ein, die im Ganzen der Natur die Erfüllung der ersehnten menschlichen Gemeinschaft findet. Zukunftsideal ist für ihn eine Gemeinschaft freier und gleicher Individuen in einer repressionsfreien Beziehung, in der sie ihre universellen Kräfte entwickeln.

Während zunächst, so im "Hyperion", ein von Poesie durchtränktes erhöhtes menschliches Leben intendiert ist, artikuliert Hölderlin später mythische Formen der Erneuerung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Der Herdersche Revolutionsbegriff wird zur Kontrastierung zweier Weltzeitalter erhöht. Nur in der Form der "Wiederkehr der Götter" sieht Hölderlin Möglichkeiten, die gesellschaftliche Zerrissenheit gedanklich zu überwinden. Was ursprünglich noch als Überhöhung einer revolutionären Zeiterwende fixiert war, ist in den Gegensatz einer bisher einseitigen, mechani-

schon Existenz der Menschheit, ihrer Heimatlosigkeit und der einstigen "göttlichen Fülle" verwandelt.

Im Gegensatz zur Mythologie Friedrich Schlegels sind die Hölderlinschen Götter durch verklärte Diesseitigkeit ausgezeichnet. In der späteren Lyrik Hölderlins ist ein gänzlich neuer Weltzustand erahnt, ein Zustand höchster menschlicher Vollendung, der im Gefolge des revolutionären Umbruchs der Zeiten und der radikalen Erneuerung der menschlichen Daseinsformen anbrechen wird. In der Götterwelt manifestiert sich für Hölderlin eigentliche Menschlichkeit. Wie Wolfgang Heise vermerkt, faßt Hölderlin gerade die nichtentfremdeten Beziehungen unter dem Terminus des Religiösen, obwohl er mit den Mitteln aufklärerischer Religionskritik jede bestimmte Religion in Anspruch und Form relativiert.⁶

Allein eine höhere Aufklärung vermag nach Hölderlin die Entfremdung zwischen Subjekt und Objekt, Allgemeinem und Einzelnem aufzuheben. Hölderlins Denken zeichnet sich nicht durch eine Remythisierung im Sinne der Destruktion der Rationalität, des Einbrechens der Transzendenz, der Preisgabe der emanzipatorischen Geschichtsauffassung der deutschen Aufklärung und Klassik aus, vielmehr durch ihre Bewahrung, Weiterführung und Vollendung unter den Bedingungen einsetzender kapitalistischer Entwicklung.

Im Aufklärungsdenken verbindet sich realer Erkenntnisfortschritt und verschlüsselte, in verkehrter Form ausgesprochene Einsicht in den Gang der historischen Bewegung, deren wahrer Gehalt erst im weiteren Verlaufe des historischen Prozesses zutage trat und erst später dechiffriert wurde. Sie gründet sich auf die Ahnung, daß nur eine nichtantagonistische Gesellschaft jenseits der bürgerlichen Ordnung wirkliche soziale Befreiung bedeutet. Die Antizipation des realen historischen Entwicklungsgangs war aber den Aufklärungstheoretikern nicht möglich. Der Wahrheitsgehalt dieser illusionären Komponenten ließ sich erst von einem höheren Stadium des historischen Prozesses erfassen.

Das Erbe der Aufklärung gehört zum unverzichtbaren Potential menschlicher Vernunft, deren Macht sich im Ringen um die Befreiung der Völker von barbarischen Existenzformen, in ihrer Konstitution zum wirklichen Subjekt der Geschichte erweisen muß. Die Durchsetzung der historischen Vernunft bedarf der Aktivierung des historischen Gedächtnisses der Menschheit, in dem das Aufklärungsdenken integrale Komponente ist. Guy Besse äußerte hierzu: "Aber ist es nicht wahr, daß ein geistiges Erbe bedeutungslos wird, wenn die Erben es nicht in der Gegenwart reflektieren? Man weiß, daß das Gedächtnis eines einzelnen nachläßt, wenn sich

⁶ Vgl. ebenda, S. 674. - Zu Hölderlin vgl. insbes. W. Heise, Hölderlin. Schönheit und Geschichte, Berlin und Weimar 1988.

die Verbindung dieses einzelnen zum gegenwärtigen Erleben lockert. Das gut funktionierende Gedächtnis setzt ein klares Bewußtsein des Verhältnisses zwischen einer Vergangenheit und einer Gegenwart, die je als solche identifiziert sind, voraus. Mutatis mutandis sei gesagt, daß sie die kritische Substanz des Europas der Aufklärung auflösen würde, wenn wir als seine Erben es uns nicht zur Pflicht machten, dieses Erbe in der Gegenwart, in der Dynamik einer nicht auf Wiederholung setzenden, Humanisierung stiftenden Rationalität zu reflektieren. Dann aber wird die Zukunft eines modernen Europas Sinn und Gestalt annehmen können, weil sie das vorbedachte Werk frei assoziierter souveräner Völker sein wird.⁷

⁷ Guy Besse, Das Erbe der Aufklärung: Mut zum Denken, Mut zum Handeln, in: Das geistige Erbe Europas, hrsg. v. M. Buhr, Napoli 1994, S. 276. - Zur behandelten Problematik vgl.: M. Buhr, Zur historischen Aktualität des ideellen Erbes Europas, in: Z 22 (Juni 1995), S. 136ff.

Malcolm Sylvers

Für eine zeitgemäße Imperialismustheorie*

Die westliche Debatte

Einige Entwicklungen der jüngsten Zeit scheinen - ganz im Gegensatz zu den Triumphgesängen über das Ende des Marxismus - einem der wichtigsten Bestandteile dieses Marxismus zu neuer Plausibilität zu verhelfen: nämlich seiner Imperialismustheorie, die im nun zu Ende gehenden Jahrhundert - von der Zweiten Internationale bis heute - entwickelt wurde. Zugleich weisen zahlreiche Faktoren der internationalen Politik auf die Notwendigkeit einer Aktualisierung dieser Theorie hin. Wenn die Krise der kapitalistischen Produktionsweise (trotz der weitergehenden kapitalistischen Expansion) und die zunehmenden Wechselfälle in den internationalen Beziehungen Anzeichen dafür sind, daß einige Aussagen des Marxismus relevant bleiben, dann können sich diejenigen, die in dieser Tradition arbeiten, doch nicht mit der Feststellung begnügen, andere Denkschulen würden diesen Tatsachen nicht gerecht.

1. Die Spezifik einer marxistischen Imperialismustheorie

Wenn die marxistische Imperialismustheorie befriedigender und kompletter - kurz: korrekter - erscheint als andere Theorien der internationalen Beziehungen, dann nur deshalb, weil sie den Anspruch erhebt, mehr Elemente dieses Problems und ihres Zusammenhangs in einer spezifischeren Weise zu erklären. Es ist kaum möglich, dieses Thema zu erörtern, ohne die Bedeutung von Lenins Schrift "Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus" (1916) oder seiner Schriften aus der gleichen Periode über die Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft in den USA zu unterstreichen. Andererseits sind die Quellen seiner Einsichten klar erkennbar in zwei Arten von Notizbüchern, die während des ersten Weltkriegs entstanden: erstens den "Heften zum Imperialismus" (1915/16), die eine enorme Materialmasse über internationale Politische Ökonomie und Internationale Politik zusammentragen und kommentieren, und zweitens den philosophischen Notizbüchern von 1914/15, aus denen sich seine allgemeineren Gesichtspunkte ergeben; hier handelt es sich vor allem um Kommentare zu Hegels "Wissenschaft der Logik" und seinen "Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie".

* Auszug aus einem umfangreicheren Manuskript. Wir setzen mit diesem Beitrag die Diskussion über neue Aspekte der Imperialismustheorie fort (vgl. u.a. H. Heiningner in Z 18 v. Juni 1994). Der Beitrag des Verfassers behandelt die Debatten und Positionen in den westlichen metropolen-kapitalistischen Ländern. Übersetzung: Georg Fülberth.

In der Imperialismusschrift - die nur ein "gemeinverständlicher Abriß" sein sollte - benutzte Lenin jene Abstraktionsebene, die nötig war, um das Phänomen, dessen Beschreibung er sich vorgenommen hat, zu charakterisieren: den neuesten Kapitalismus. Abstraktionen sind unverzichtbar, um näher an die Totalität heranzukommen. Im "Konspekt zu Hegels 'Wissenschaft der Logik'" schrieb er, man müsse, um den Kern einer Sache zu begreifen, diesen "entdecken, begreifen, hinüberretten, heraus Schälen, reinigen, und das eben haben Marx und Engels getan." Lenin versuchte, laut Lukács, "die Wirklichkeit des Gesamtprozesses, das Ganze der gesellschaftlichen Entwicklung" zu fassen. So sagt er, im "Konspekt zur 'Wissenschaft der Logik'": "die Gesamtheit aller Seiten der Erscheinungen, der Wirklichkeit und ihre (Wechsel-)Beziehungen - das ist es, woraus sich die Wahrheit zusammensetzt" und exzerpiert von Hegel die Redewendung, daß, "was bekannt ist, darum noch nicht erkannt" sei. Und von diesem deutschen Philosophen nimmt er die Idee der Logik von der Totalität der Entwicklungsgesetze "des gesamten konkreten Inhalts der Welt und ihrer Erkenntnis" sowie die Vorstellung: "Notwendiger Zusammenhang, objektiver Zusammenhang aller Seiten, Triebkräfte, Tendenzen etc. des gegebenen Gebiets der Erscheinungen", selbst wenn diese Verbindung widersprüchlich ist. So verwundert es nicht, daß er das Diktum von Aristoteles: "Eine vom Leibe losgetrennte Hand ist nur dem Namen nach eine Hand", akzeptiert.

Wie er im Vorwort zur französischen und zur deutschen Ausgabe seiner Imperialismusschrift feststellte, wollte Lenin hier "zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges, das Gesamtbild der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselwirkungen war." Angesichts "der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens" spürte Lenin, daß spezifische Daten und Beispiele nur als Belege und zur Verdeutlichung benutzt werden konnten; deshalb müsse man, um die objektive Position der herrschenden Klassen wiederzugeben, "unbedingt die Gesamtheit der Daten über die Grundlagen des Wirtschaftslebens aller kriegführenden Mächte und der ganzen Welt nehmen."

Lenins Methode ist also vollständig verschieden von der Statik der Dependencia-Schule und von der Jahrhunderte übergreifenden Kontinuität des Welt-System-Ansatzes, welcher jede Bedeutung von Stadien in der kapitalistischen Entwicklung leugnet. Es ist ganz unverkennbar, daß die fünf Merkmale, die Lenin in seiner Schrift nannte - monopolistische Konzentration in der Produktion, Entstehung des Finanzkapitals durch die Verbindung der Banken mit produktivem Kapital, Kapitalexport, Aufteilung der Welt durch die großen Monopole, territoriale Aufteilung der Welt unter die Großmächte - zwar teilweise noch gültig sind, aber insgesamt nicht mehr für eine adäquate und spezifische Beschreibung des gegenwärtigen Kapitalismus ausreichen. Ebenso sollte nicht übersehen werden, daß zu den Schwachpunkten der Leninschen Formulierung die Unklarheit bei der

Bestimmung des Bindeglieds zwischen diesen Merkmalen - was sich immerhin aus seiner Methodologie hätte ergeben müssen - gehört. Die Bedeutung der in Lenins Imperialismusschrift benutzten Methode liegt in der Ermütigung, die spezifischen Elemente des jeweils aktuellen Kapitalismus zum Zweck einer generellen Beschreibung aufzusuchen.

2. Typische Merkmale des gegenwärtigen Kapitalismus

Wenn Lenins Methode Aussicht bietet, ein marxistisches Verständnis der zeitgenössischen internationalen Politischen Ökonomie zu entwickeln, dann muß am Anfang der Versuch stehen, jene Merkmale herauszuarbeiten, welche für den gegenwärtigen Kapitalismus am typischsten sind. Diese sollte man tunlichst in zwei Gruppen aufteilen: erstens in Tendenzen, die aus einer Anzahl von Einzelereignissen abstrahiert werden können; zweitens diejenigen Strukturen auf der internationalen politischen und ökonomischen Ebene, in welche diese Tendenzen eingebettet sind.

Die neuesten Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus können vielleicht dadurch am besten kenntlich gemacht werden, daß man sie in ein Verhältnis zu jenen Zügen setzt, die von Anfang an vorhanden waren und auch jetzt noch bestehen. Das sind die grundlegenden Gesetze, welche die Notwendigkeiten und Antriebe des Systems repräsentieren: die universelle Warenproduktion; Verwertung und Akkumulation des Kapitals als Zweck jedes einzelnen Unternehmens (von denen viele oligopolistisch miteinander verbunden sind); das Streben nach Profitmaximierung sowie nach der Kontrolle über Märkte und Ressourcen; die periodischen Überproduktions- oder Unterkonsumtionskrisen oder die Überakkumulation von Kapital, vielleicht letztlich doch in einem Zusammenhang mit einer Tendenz zu fallender Profitrate. Ungleichmäßige Entwicklung und damit verbundene Über- und Unterordnung, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergeben, sind ebenfalls ständige Merkmale des Kapitalismus gewesen: diese Produktionsweise hat trotz ihrer Expansionstendenz niemals die Welt auf einem der drei folgenden Felder zu größerer Einheit gebracht: 1. in der Sozialstruktur, 2. in der Entwicklung von Wohlfahrt, 3. in der politischen Willensbildung.

Das System - unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der privaten Aneignung am Mehrprodukt weder programmiert noch programmierbar - ist immer dynamisch und chaotisch gewesen, wurde selten blockiert - und wenn, dann erst am Rande des Zusammenbruchs.

Während diese Faktoren konstant blieben, sind in den letzten Jahrzehnten neue Tendenzen entstanden, welche dem zeitgenössischen Kapitalismus weitere Charakteristika hinzufügen: Globalisierung, Veränderungen in Produktion und Arbeitsorganisation, Verselbständigung der Finanzsphäre, ständige ökonomische Krise, eine veränderte Rolle des Staates und ein relativer Abstieg der US-Hegemonie sind Phänomene, über deren Existenz

Marxisten und Nichtmarxisten einig sind. Wie sie beschrieben werden müssen, inwieweit sie dem sozioökonomischen System inhärent sind, welche relative Bedeutung jedem einzelnen Faktor zukommt, wie sie miteinander verbunden sind und in welche Richtung sie sich entwickeln: das allerdings sind selbstverständlich Kontroverspunkte, die zu Gegensätzen führen. Ganz unverkennbar haben die letzten Jahre eine neue Stufe in der Globalisierung der Weltökonomie gebracht. Teilweise bestand diese schlicht in der Beseitigung etwaiger Alternativen, nämlich des "Sozialistischen Lagers" und verschiedener "Dritte-Welt"-Versuche eines nichtkapitalistischen Wegs. Dies führte zu einer Ausdehnung des Markts für kapitalistisch erzeugte Güter, doch das dramatisch neue Phänomen war die Steigerung des Kapitalexports seit den sechziger Jahren. Er nahm nicht länger nur die Form von Darlehen und Portfolio-Investitionen an - die gab es in hohem Maße schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts -, denn nunmehr handelte es sich um den Export der kapitalistischen Produktionsweise selbst, soll heißen: der Gesellschaftsverhältnisse, welche das System der Lohnarbeit charakterisieren. Dies gilt trotz der Verzerrungen, welche durch die transnationalen Konzerne hervorgerufen und vertieft werden, und trotz der offensichtlichen Tatsache, daß die neue kapitalistische Akkumulation unter sehr ungleichen materiellen Bedingungen stattfindet. Was auch immer die Triebkräfte der Transnationalen Konzerne sein mögen: durch große Entfernungen werden sie nicht mehr behindert.

Überdies hat sich der Charakter der kapitalistischen Leitsektoren gewandelt: Telekommunikation und Biotechnologie hängen in hohem Maße von intellektuellen Ressourcen ab; obwohl sie unverkennbar materiellen Charakter haben, stehen sie nicht so sehr mit der Produktion von Waren im traditionellen Sinne in Verbindung wie mit Dienstleistungen. Dies sollte jedoch von einer anderen Tendenz der zeitgenössischen Politischen Ökonomie unterschieden werden: von der Tendenz zur scheinbaren Verselbständigung der Finanzsphäre. Es hat viel müßiges Geschwätz über die Industriegesellschaft gegeben: unverändert besteht die Basis der Ökonomie in der Produktion und Verteilung materieller Güter als Waren oder als auf diese Waren bezogener Dienstleistungen. Diese Waren aber müssen ja irgendwo hergestellt werden (selbst wenn die Produktion Teil einer undefinierten oder gar illegalen Ökonomie sein sollte und auch wenn diese Produktion geografisch weitab von den Dienstleistungen, die mit ihr verbunden sind, stattfindet). Andererseits ist es äußerst bezeichnend für den Charakterwandel des Systems, daß unter den Quellen kapitalistischer Revenuen der Zins (der von der reinen Kapitalbewegung abgeleitet ist) schneller zunimmt als der Profit (der aus dem Mehrwert resultiert, welcher selbst wieder mit Entwicklungen und Wechselbeziehungen der Produktions- und Distributionsprozesse verbunden ist).

Eine Imperialismustheorie, die sich auf der Höhe der Zeit befindet, muß auch das Phänomen des Toyotismus auswerten. Nur ein Teilaspekt - der sogenannte "Ohnism", den Pala und Filosa analysiert haben - ist dem

Taylorismus insofern ähnlich, als es sich um einen Wandel in der technischen Arbeitsorganisation zum Zweck der Erzielung von (relativem oder absolutem) Surplus (Mehrwert) aus der Arbeitskraft handelt. Darüber hinaus aber ergibt sich aus den japanischen Erfahrungen, wie die Studien von Dore und anderen zeigen, daß der Toyotismus ebenso wie der Fordismus in Begriffen spezifisch nationaler sozialer und kultureller Entwicklung interpretiert werden muß. Es geht dabei um den Weg, den der Kapitalismus suchen muß, um eine Form der Regulation zu finden, die alle Aspekte der Gesellschaft (das Erziehungssystem eingeschlossen) organisiert. Ähnlich wie in der Fordismus-Diskussion muß gefragt werden, ob und inwieweit überhaupt der Toyotismus universell anwendbar ist und inwieweit er seine Wurzeln in der nationalen Spezifik einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft hat. Wir haben in diesem Jahrhundert gesehen, daß tayloristische Fabriken in jedem Weltwinkel bestehen können, aber eine voll-fordistische Gesellschaft (im Unterschied zu "peripherem Fordismus", wie ihn Lipietz beschreibt), die aus einer spezifischen historischen Entwicklung hervorgeht, konnte es nur in den Vereinigten Staaten geben. Und falls dies das Geheimnis der bisherigen US-Hegemonie gewesen sein sollte, dann wird vielleicht der Toyotismus Japan den entscheidenden Vorsprung verschaffen: als eine - im Vergleich zu den liberal-demokratischen Gesellschaften des Westens - höhere Form von Staatsregulierung. Dieser Überlegung liegt die Frage zugrunde, die u.a. Albert, Thurow und Hart gestellt haben: ob in der gegenwärtigen Rivalität zwischen den großen Mächten verschiedenartige Strategien, die auf Unterschiede in den je nationalen Kapitalismen zurückgehen, gegeneinanderstehen.

Keine kritische Diskussion über den gegenwärtigen Kapitalismus kann über die schwere Krise hinweggehen, die das System seit den siebziger Jahren erfaßt hat; auch der jetzige Aufschwung scheint nicht imstande zu sein, auf Dauer qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Handelt es sich bei dieser langen krisenhaften Entwicklung um eine typische Unterkonsumtions-/Überproduktionskrise, oder ist sie - wie Aglietta und mit ihm die französische Regulationsschule meint - um eine Disproportion in der Expansion von Abteilung I und II? Besteht das zentrale Problem in der Schwierigkeit, bei sinkender Profitrate die Arbeitsproduktivität angemessen zu steigern? Ist dieses nicht mit kontinuierlicher technologischer Innovation verbunden und damit auch mit einer Senkung der Profitrate? Politisch kann die Frage gestellt werden, ob eine solche krisenhafte Entwicklung noch ein Jahrzehnt so weitergehen kann, ohne daß die Stabilität des Systems untergraben wird.

Überdies müssen alle diese Tendenzen mit aktuellen geopolitischen Überlegungen in Verbindung gesetzt werden. Es besteht keineswegs Übereinstimmung darüber, daß ein Abstieg der US-Hegemonie stattgefunden hat: Bromley spricht lediglich von einem Verlust auf der qualitativen Ebene, während nach Strange die Vereinigten Staaten unter den strukturellen Aspekten der internationalen Beziehungen eine neue Hege-

monie errichtet haben. Andererseits müssen diejenigen, die vom Hegemonieverlust ausgehen, zugleich zur Kenntnis nehmen, daß die neue Hierarchiebildung zwischen Nationalstaaten und regionalen Wirtschaftsräumen eine langfristige Verschiebung des ökonomischen Gravitationszentrums der Welt hin nach Asien anzeigt - vergleichbar zu jener Umschichtung im 16. Jahrhundert von Südeuropa nach Großbritannien und den Niederlanden.

3. Bestimmende Strukturen: Fragen und Hypothesen

Diese Haupttendenzen, welche sich in den letzten Dekaden entwickelt haben, sind in folgende drei Strukturen eingebettet: 1.) transnationale Kooperation ist die dominante Form der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise; 2.) der einzelne Nationalstaat bleibt die wesentliche politische Machtstruktur; 3.) zugleich versuchen ökonomische und politische Institutionen die politische und ökonomische Macht auf der internationalen Ebene zu gestalten.

Die gegenwärtigen transnationalen Konzerne geben denjenigen, die ihre Rolle und Natur bestimmen wollen, eine Reihe von Fragen auf: Warum internationalisieren sie sich überhaupt? (Die Wirtschaftshistoriker Dunning, Vernon und Chandler unterstellen ein "natürliches" Wachstumsmuster.) Wie sind sie strukturiert? (Nach Hymer handelt es sich dabei um die hierarchische Beziehung zwischen zentralen und nachgeordneten Instanzen.) Was sind ihre wichtigsten Interessen? (Profit? Expansion? Kontrolle? - oder eine Kombination aus alledem?) Wie und warum formieren sie ihre ständig wechselnden Allianzen innerhalb eines gegebenen Sektors und zwischen solchen Sektoren? Wie kann ihre interne Machtstruktur beschrieben werden? (Hier geht es um die Rolle des Managements im Verhältnis zu den Eigentümern - ein Aspekt, den La Grassa betont hat.) Und die vielleicht wichtigste Frage richtet sich auf die Art ihrer Beziehungen zu den Nationalstaaten, in welchen sie entstanden. Falls sie tatsächlich keine nationalen Wurzeln mehr haben sollten - wie einige in der Diskussion der US-amerikanischen National Planning Association (einem halböffentlichen Think Tank aus Geschäftsleuten, Gewerkschaftsführern, Regierungsbeamten und Akademikern) nahelegen -, dann würde dies einen wichtigen Wandel in den Beziehungen zwischen Kapitalismus und politischem System bedeuten. Bei der Definition der transnationalen Konzerne geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Charakterisierung der zeitgenössischen kapitalistischen Produktionsweise.

Im Hinblick auf die Nationalstaaten - die zweite Hauptstruktur und wieder ein zentrales Thema für die marxistische Theorie - könnte die Arbeitshypothese nützlich sein, daß jeder eine soziale Formation mit verschiedenen Produktionsweisen ist (und je "entwickelter" er ist, desto dominanter ist darin jeweils die kapitalistische). Wenn die Aufgabe des Staates nicht nur darin besteht, seine eigene Existenz sowie die Zunahme seiner Macht und

seines Einflusses zu sichern, sondern auch die dominante Produktionsweise durch Regulation und die Herstellung eines politischen und wirtschaftlichen Konsens zu fördern, dann hat sich seine Funktionsweise zumindest im Westen geändert. Vielleicht ist es noch zu früh, um Aussagen darüber zu machen, ob die Welle der Freihandels- und Deregulierungs-ideologie nur eine Durchgangsphase von kurzer Dauer ist.

Insbesondere sollte die Entwicklung der Politik in den Nationalstaaten unter dem Aspekt untersucht werden, wie sie ihre aktuelle Situation beurteilen und meistern: ihre Beziehungen zu "ihren" transnationalen Konzernen, zu der sie umgebenden Region, zur Herausbildung eines politischen und sozialen Konsensus und zu anderen entwickelten Staaten (siehe hierzu die Debatte über "Industriepolitik" in den Vereinigten Staaten, die in den Arbeiten von Reich, Cohen und Zysman verfolgt werden kann). Auch würde es interessant sein zu sehen, wie mittlere Mächte, z.B. Italien, ihre internationale Position profilieren und welches die Basis ihrer außenwirtschaftlichen Position ist: sollte im Hinblick auf Italien kleinen und mittleren Firmen wie Benetton und Luxottia mehr Wichtigkeit beigemessen werden als traditionellen Monopolen wie Fiat und Olivetti? Ebenso wie es - laut Jenkins - nicht mehr sinnvoll ist, von "Dritter Welt" zu reden und für viele Länder der Begriff "Unterentwicklung" nicht mehr zutrifft, so sollte man sich wohl nicht darauf beschränken, nur von deformierter Entwicklung zu sprechen, denn jegliche kapitalistische Entwicklung ist aufgrund ihres ungleichen und unbalancierten Charakters deformiert: "Blockierte" und "abhängige" Industrialisierung (Begriffe, die von Altwater und Evans verwandt werden, aber dieses Konzept findet sich auch bei Fröbel): sie haben eine nahezu unendliche Zahl von unterschiedlichen Abstufungen. Die wesentlichere Frage für die Länder der ehemaligen Dritten Welt lautet, wieviel Unabhängigkeit und Entwicklung - Begriffe, die zu diesem Zweck neu definiert werden müßten - ihnen jeweils möglich sein wird.

Alle damit befaßten Forscher - u.a. Amsden und Wade - haben die Rolle des Staates in der Erfolgsgeschichte der Länder nachholender Industrialisierung unterstrichen. Eine solche Erfahrung scheint gegenwärtig - in einer Periode inner-imperialistischer Rivalität, in der die Hegemoniefrage nicht entschieden ist - leichter möglich als während der US-amerikanischen superimperialistischen Dominanz nach dem Zweiten Weltkrieg, die nur teilweise (und dies in den achtziger Jahren immer weniger) durch die Konkurrenz mit der UdSSR gemäßigt wurde. Einerseits haben strikt kohärente nationale Eliten, die in einem wenig entwickelten Land versuchen, die Ökonomie zu lenken, heute einen gewissen Spielraum. Andererseits ist die - im Verhältnis zu den sechziger und siebziger Jahren - gewandelte ökonomische Situation nicht geeignet, industrielle Take-offs, wie sie in Südkorea und Taiwan stattfanden, zu verallgemeinern. Verlangsamung in der Zunahme der weltweiten Nachfrage, sich versteifender Protektionismus in Form nichttarifärer Hemmnisse, halsbrecherischer Wettbewerb bei der Senkung der Arbeitskosten und zunehmende Abneigung der entwickel-

ren Länder gegenüber dem Technologie-Transfer: all dies sind machtvoll Hindernisse für zukünftige Schwellenländer. Es ist keineswegs ausgemacht, daß die Alternativen, welche von Broad/Cavanagh und Bello in Richtung einer binnemarktorientierten Entwicklung aufgezeigt werden, gegenwärtig ohne tiefgreifende revolutionäre Umwälzungen realisiert werden können.

Die dritte Hauptstruktur, in welche die aktuellen Tendenzen eingebettet sind, bilden die zahlreichen internationalen Organisationen, von denen einige in der letzten Phase der Globalisierung und der Dominanz der transnationalen Konzerne entstanden. Ob sie nun universal angelegt sind wie die UNO oder eine begrenzte Mitgliedschaft haben (nach regionalen Gesichtspunkten oder unter dem Aspekt des Gewichts in der Weltwirtschaft) oder sich selbst ganz bestimmte sektorale Kompetenzen zuschreiben, alle diese Strukturen (mögen sie Planungs- oder Aktionszentren sein oder nur Plattformen für den Austausch von Ideen und die Herstellung eines neuen Konsensus unter nationalen oder regionalen Eliten) versuchen Ordnung in die hier beschriebenen Tendenzen zu bringen. Leicht ließen sich Beispiele dafür aufzählen, wie diese Organisationen häufig der Ort von Konflikten wurden, welche ihren Einfluß begrenzten oder neue Konstellationen veranlaßten: der Balkan, Afrika, ökologische Fragen, indirekter Protektionismus (der also durch diese Organisationen nicht unbedingt aufgehoben wird, sondern sich in ihnen vollzieht).

Die gegenwärtige Freihandels- und Deregulierungseuphorie in den am meisten entwickelten Ländern hat den politischen Willen, eine verbindliche internationale Ordnung durchzusetzen, geschwächt. Nicht zufällig löste Jacques Delors' Weißbuch über Arbeitslosigkeit nur zögernde Reaktionen und eine lediglich begrenzte Diskussion aus. Hinzu kommt, daß auch in den Einzelstaaten die Fähigkeit zur Koordination gegenwärtig nur schwach entwickelt zu sein scheint. Im politischen System der USA kommt dem Präsidenten die Funktion zu, mehr als alle anderen die allgemeinen Systemnotwendigkeiten zu repräsentieren. Unübersehbar ist der Gegensatz zwischen Clintons Fehlschlag bei dem Versuch, die Pharma-Unternehmen im Zusammenhang mit der Reform des Gesundheitssystems zu kontrollieren (was nötig gewesen wäre, um eine angemessene Versorgung für die Werktätigen zu ermöglichen) und Kennedys Erfolg bei der Niederschlagung der Preistreiberei der Stahl-Magnaten dreißig Jahre vorher.

Die hier beschriebenen Institutionen und Strukturen, welche die Haupttendenzen der gegenwärtigen kapitalistischen Welt verkörpern, sind der Rahmen, innerhalb dessen "Ereignisse" stattfinden. Eine Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß diese drei Kategorien - Ereignisse, Tendenzen, Strukturen - sich überlappen, verknüpfen und wechselseitig in einer sich ständig entwickelnden dialektischen Beziehungen aufeinander zurückwirken. Probleme für den Entwurf künftiger Entwicklungslinien entstehen auch durch die unklaren und unstabilen Verbindungen zwischen ökonomischen und politischen Strukturen. Der Internationale Währungsfonds zum

Beispiel, der Repräsentant des internationalen Banksystems, blockiert mit seinem Beharren auf restriktiver Geldpolitik, Deregulierung und unterschiedsloser Privatisierung eine weitere Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise in denjenigen Gebieten der ehemaligen Dritten Welt, die bislang von ihr relative unberührt geblieben sind. Wie verhält sich dies zur "Dominanz" der Transnationalen Konzerne in der kapitalistischen Ökonomie? Handelt es sich - wie dies Hilton in seiner "City"-Studie andeutet - einfach um einen Gegensatz zwischen Bank- und Industriekapital, der noch nicht vollständig im Finanzkapital aufgehoben ist? Kehren wir zu der schon einmal gestellten Frage über das Verhältnis von Transnationalen Konzernen und Nationalstaat zurück: ist dieser bei deren Auslandsaktionen zur Erlangung (oder Garantie) von Krediten und anderer Hilfe nötig? In welchem Umfang benötigen die dominanten Transnationalen Konzerne ein protektionistisches Netzwerk aus einer Unzahl von kleinen Unternehmen, die in einer "nationalen Gesellschaft" zusammengeschmiedet sind? Wer beherrscht in dieser Beziehung heute wen?

4. Politische Konsequenzen

Für Lenin bedeutete Marxismus nicht nur eine Analyse der Welt - und konsequenterweise auch der internationalen Beziehungen - sondern zugleich auch, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Eine marxistische Imperialismustheorie wird deshalb nicht nur versuchen, die Hauptmerkmale dieser Beziehungen und ihre Verschlingungen im Hinblick auf künftige Entwicklungslinien zu analysieren, sondern sie wird sich bemühen, daraus abzuleiten, wie sich Möglichkeiten antikapitalistischen Kampfes aus den Konflikten zwischen Staaten, Kapital-Richtungen und Klassen ergeben.

Für Althusser war Lenins Methode das beste Beispiel für eine Analyse, welche die Einheit von politischen und ökonomischen Strukturen beibehält und in jedem Moment die politische Relevanz dieser Strukturen für die gesellschaftlichen Klassen sichtbar macht. Und für Lukács bestand die Überlegenheit Lenins in seiner Schrift von 1916 darin, "daß es ihm gelungen ist, die ökonomische Theorie des Imperialismus restlos mit allen politischen Fragen der Gegenwart konkret zu verknüpfen." Die Imperialismus-schrift war mit ihrer scharfen Polemik gegen Kautsky und der Diskussion des Begriffs "Arbeiteraristokratie" tatsächlich der theoretische Anstoß, von dem sich die Aktualität der sozialistischen Revolution herleitete; ihre Originalität bestand in der dynamischen Synthese, welche langfristige Prozesse, Tatsachen und politische Positionen integrierte.

Wenn Tendenzen in Strukturen eingebettet sind, so sind diese Strukturen für Marxisten durch soziale Klassen hegemonisiert, und sie sind das Ergebnis von Klassenkämpfen. Der Konflikt zwischen den Klassen und in den Klassen selbst prägt sich auf der Ebene der ökonomischen Strukturen

(national und international), in Nationalstaaten und in den internationalen Organisationen aus.

Unverkennbar haben die Strukturen und Tendenzen, die in die internationalen Beziehungen einbezogen sind, materiellen Charakter: die Werte, Denkprozesse und Absichten einer herrschenden Klasse sind nur insofern wichtig, als sie die Form materieller Realitäten oder konkreter Projekte, die verwirklicht werden, annehmen. Beachten wir das nicht, wird wieder einmal Gramsci mißbraucht, indem die Geistesgeschichte der herrschenden Klassen - dargestellt als allgemeine hegemoniale Projekte, so geschehen in Gills Analyse der Trilateralen Kommission - an die Stelle einer materialistischen Analyse, die im Klassenkonflikt gründet, tritt. Kurz: Man muß zeigen, was kulturelle Werte mit der aktuellen Umverteilung und dem aktuellen Gebrauch von Wohlstand und Macht zu tun haben.

Die klassische marxistische Debatte über das nun zu Ende gehende Jahrhundert hat drei mögliche Richtungen in den internationalen Beziehungen wahrgenommen: Superimperialismus, Ultraimperialismus, ständig zunehmende Konfliktträchtigkeit. Es erscheint unmöglich, daß in naher Zukunft eine Macht imstande sein wird, einen Superimperialismus von der Art, wie ihn die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Jahrzehnte lang ausübten, zu errichten. Und wenn die internationale Ökonomie sich in Richtung eines allgemeinen Trusts bewegt, dann haben wir ebensoviel Anlaß wie einst Lenin zu der Annahme, daß Kriege und Revolutionen die Welt daran hindern werden. Die letzten Jahre wiesen eine zunehmende Konfliktträchtigkeit als Haupttendenz auf, und schon vor einem Jahrzehnt sprach van der Pijl von der "gefährlichen Illusion von der Einheit des Westens". Scharfe Handelskriege - trotz aller Rhetorik über eine Neuorganisation des Welthandels - und die ständigen außenhandelspolitischen Positionskämpfe bedeuten natürlich nicht - wie Friedman und LeBard dies angedeutet haben, - daß notwendigerweise ein Schießkrieg ausbrechen muß. Jedoch sieht es so aus, als wäre die Tendenz hin zu einem Konflikt zwischen nationalen Kapitalen auf der Basis des Kampfes um politische Beherrschung der (natürlichen und intellektuellen) Ressourcen, der Märkte, der Arbeitskraft und des Finanzsystems weit stärker als die Tendenz hin zum internationalen vereinigten und mobilen Kapital.

Auf der geostrategischen Ebene können die bestehenden innerimperialistischen Konflikte mit der traditionellen Sprache der Wissenschaft von der internationalen Politik beschrieben werden. Konflikte unter den entwickelten Ländern und zwischen ihnen und dem, was man den "Süden" nennen könnte, sind weithin verbunden mit dem Versuch zur Absorption des ehemaligen sozialistischen Lagers (wobei die Bundesrepublik besonders aktiv ist) und der Aufteilung der weniger entwickelten Weltteile (hier liegt eine Analyse von Hollermann über den japanischen Einfluß in Brasilien vor). Die Hauptfragen beziehen sich auf die traditionelle Definition von Einflußsphären. Angesichts dessen scheinen Süd-Süd-Konflikte (die auf

ethnische oder nationale Spaltungen zurückgehen) nur ein Seitenaspekt zu sein, wobei der Krieg zwischen den Armen oft nur Rivalitäten zwischen den entwickelten kapitalistischen Mächten überdecken mag.

Mit der neuen Schichtung der Weltökonomie und -politik ist es - ungeachtet der schon erwähnten Schwierigkeiten - durchaus vereinbar, daß ein paar weitere bislang weniger entwickelte Länder in den Kreis der entwickelteren Gesellschaften schlüpfen können, wobei sie wahrscheinlich im Vergleich zu den großen in ihrer jeweiligen Region subaltern bleiben werden, wie Mexiko gegenüber den USA und Südkorea gegenüber Japan. Es ist sogar möglich, daß einige der Neuindustrialisierten tatsächlich - in Bezug auf Sozialstruktur, Verteilung des Reichtums und Lebensstil - den gegenwärtigen kapitalistischen Zentren ähnlich werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Stratifikation als solche aufhört; die Dynamik des Kapitalismus wird vielmehr diese Zentren auf eine neue Stufe ihrer Entwicklung bringen, auf der sie in gewisser Weise ihre bisherige Kontrolle über die anderen Länder aufrechterhalten können.

Was das Verhältnis von marxistischer Imperialismustheorie und dem Kampf um die Veränderung der Welt und die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise angeht, ist die Situation heute weniger klar als einst. Selbst wenn der Marxismus nach wie vor die sicherste Basis zur Erkenntnis der Stärken, Schwächen und Triebkräfte des kapitalistischen Systems ist, so bildet er doch nicht länger die Grundlage für eine antikapitalistische Massenopposition. Es gibt weder eine globale Supermacht, welche das kapitalistische Lager politisch und ideologisch herausfordert (manche mögen ihr Verschwinden sogar als einen Vorteil ansehen), noch eine machtvolle anti-imperialistische Bewegung in der - ehemaligen - Dritten Welt. Vor allem ist in den am meisten entwickelten Ländern die Arbeiterbewegung kaum jemals zuvor so schwach gewesen wie heute.

Man kann sogar davon ausgehen, daß die Arbeiterklasse, obwohl mehr als je zuvor unter der Dominanz der multinationalen Konzerne und des Banksystems vereinheitlicht, in wachsendem Maße aus ethnischen, nationalen und religiösen Gründen gespalten ist. Wichtiger ist, daß, wie Harrod gezeigt hat, solche Spaltungen, die auf Unterschieden des Lebensstandards und auf Privilegien in einer Periode immer mehr begrenzter Ressourcen beruhen, funktionale Kategorien der internationalen Politischen Ökonomie ausmachen. Es ist heute völlig unklar, wie die Einheit der Oppositionskräfte konstituiert werden kann, selbst wenn eine objektive Basis dafür besteht. Alle traditionellen Parteien der Linken befinden sich in der Krise. Vor allem aber ist es keineswegs ausgemacht, daß Ökologie, Bürgerinitiativen und Nichtregierungs-Organisationen eine sicherere Grundlage für eine solche Opposition abgeben. Eine auf den aktuellen Stand gebrachte marxistische Imperialismustheorie kommt nicht umhin, sich mit diesen Fragen zu befassen.

Bibliographische Notiz

- Aglietta, Michel: Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des Etats-Unis. Paris: Calmann-Lévy, 1976
- Albert, Michel: Capitalisme contre capitalisme. Paris: Seuil, 1991
- Althusser, Louis: Lénine et la philosophie suivi de Marx et Lénine devant Hegel. Paris: Maspero, 1975.
- Altvater, Elmar: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien. Hamburg: VSA 1987.
- Amin, Samir: L'accumulation à l'échelle mondiale. Critique de la théorie du sous-développement. Paris: Anthropos 1971.
- Amsden, Alice: Asia's Next Giant. South Korea and Late Industrialization. New York: Oxford U. 1989.
- Bello, Walden, und Stefanie Rosenfeld: Dragons in Distress. Asia's Miracle Economies in Crisis. London: Penguin 1990
- Brewer, Anthony: Marxist Theories of Imperialism. A Critical Survey. Second edition. London: Routledge 1990
- Broad, Robin, und John Cavanagh: "No more Nics". Foreign Policy Nr. 72 (Herbst 1988) S., 81-103.
- Chandler, Alfred D., Jr.: Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism. Cambridge, Mass.: Harvard 1990.
- Cohen, Stephen S., und John Zysman: Manufacturing Matters. The Myth of the Post-Industrial Society. New York: Basic 1987.
- Corm, Georges: Le Nouveau désordre économique mondial. Aux racines des échecs du développement. Paris: La Découverte 1993.
- Delors, Jacques: Crescità, Competitività, Occupazione. Le sfide e le vie da percorrere per entrare nel XXI secolo. Luxemburg: Commissione Europa 1994.
- Dore, Ronald: Taking Japan Seriously. A Confucian Perspective on Leading Economic Issues. London: Athlone 1987.
- Dunning, John H.: The Globalization of Business. The Challenge of the 1990s. London: Routledge 1993.
- Evans, Peter: Dependent Development. The Alliance of Multinational State and Local Capital in Brazil. Princeton, N.J.: Princeton U. 1979.
- Falk, Richard: Explorations at the Edge of Time. The Prospects for World Order. Philadelphia: Temple U. 1992.
- Frank, André Gunder: Capitalism and Underdevelopment in Latin America. Historical Studies of Chile and Brazil. New York: Monthly Review 1967.
- Frieden, Jeffrey A., und David A. Lake (Hrsg.): International Political Economy: Perspectives on Global Power and Wealth. Second Edition. London: Unwin 1991.
- Friedman, George, und Meredith LeBard: The Coming War with Japan. New York: St. Martin's 1991.
- Fröbel, Folker, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye: The New International Division of Labor. Structural Unemployment in Industrialised Countries and Industrialisation in Developing Countries. Cambridge: Cambridge U. 1980.
- Galtung, Johan: A Structural Theory of Imperialism. Copenhagen: Ejlers 1975.
- Gill, Stephen: American Hegemony and the Trilateral Commission. Cambridge: Cambridge U. 1990.
- Gilpin, Robert: The Political Economy of International Relations. Princeton, N.J.: Princeton U. 1987.
- Harrod, Jeffrey: Power, Production and the Unprotected Worker. New York: Columbia U. 1987

- Hart, Jeffrey A.: Rival Capitalists. International Competitiveness in the United States, Japan, and Western Europe. Ithaca: Cornell U. 1992.
- Harvey, David: The Limits to Capital. Oxford: Blackwell 1982.
- Hilton, Anthony: City Within a State. A Portrait of Britain's Financial World. London: Tauris 1987.
- Hollerman, Leon: Japan's Economic Strategy in Brazil. Challenge for the United States. Lexington, Mass: Heath 1988.
- Hymer, Stephen: Le imprese multinazionali. Turin: Einaudi 1974.
- Kemp, Tom: Theories of Imperialism. London: Dobson 1967.
- Keohane, Robert O.: After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy. Princeton N.J.: Princeton U. 1984.
- La Grassa, Gianfranco: Saggi di critica dell'economia politica. Milano: Vangelista 1994.
- Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. In: Ders., Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 189-309.
- Ders.: Konspekt zu Hegels "Wissenschaft der Logik". In: Ders., Werke, Band 38, Berlin 1964, 77-229.
- Ders., Hefte zur Philosophie. In: Ders., Werke, Band 38, Berlin 1964, S. 369-381.
- Ders., Hefte zum Imperialismus. In: Ebd., S. 382-386.
- Liepitz, Alain: Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism. London: Verso 1987.
- Lukács, György: Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken. Neuwied: Luchterhand 1967.
- Michalet, Charles-Albert: Le capitalisme mondial. Paris: Presse Universitaires de France, 1976.
- National Planning Association: Global Corporations and Nation-States: Do Companies or Countries compete? Edited by Richard S. Belous and Kelly L. McClenahan. Washington D.C. 1991.
- Pala, Gianfranco, und Carla Filosa: Il Terzo impero del sole. Il neo-corporativismo giapponese nel nuovo ordine mondiale. Bologna: Synergon 1992.
- Palloix, Christian: L'économie mondiale capitaliste. 2 Bde. Paris: Maspero 1971.
- Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaftsordnung. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt/Main und Berlin 1993.
- Resnick, Stephen, John Sinisi und Richard Wolf: "Class Analysis of International Relations". In: An International Political Economy, edited by W. Ladd Hollist and F. LaMond Tullis, S. 87-123. Boulder, Col.: Westview 1965.
- Schumpeter, Joseph: Imperialism and Social Classes. New York: Meridian 1955.
- Strange, Susan: States and Markets. London: Pinter 1988.
- Thurrow, Lester: Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe and America. New York: Morrow 1992.
- van der Pijl, Kees: The Making of an Atlantic Ruling Class. London: Verso 1984.
- Vernon, Raymond: "International Investment and International Trade in the Product Cycle". In: Quarterly Journal of Economics, vol. LXXX, Nr. 2 (May 1966) S. 190-207.
- Wade, Robert: Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization. Princeton, N.J.: Princeton U. 1990.
- Wallerstein, Immanuel: Der historische Kapitalismus. Hamburg: Argument Verlag 1984.

Ein Kunstprodukt der Moderne?

Anmerkungen zur nationalen Frage¹

Eric Hobsbawm hat in seinem in deutscher Übersetzung 1991 erschienenen Buch "Nationen und Nationalismus" die Auffassung vertreten, nationale Bewegungen und Nationalismus hätten historisch gesehen ihren Höhepunkt überschritten.² Unbestreitbar ist, daß die Entwicklung von Wirtschaft, Technik, Verkehrs- und Kommunikationswesen die Überwindung nationaler Abgrenzungen und Beschränkungen bereits in vielfältiger Form erzwungen hat. Großräumigere Organisationsformen der Gesellschaft, als die Nation sie bieten kann, sind ein unumgängliches Erfordernis der Gegenwart und Zukunft. Gleichzeitig beobachten wir, daß trotz solcher über sie hinausweisender Entwicklungstendenzen Nation und Nationales bis zum heutigen Tag alles andere als überholt, zweitrangig oder nebensächlich geworden sind. In Europa, dem Erdteil, der sie zuerst hervorgebracht hat, beweisen sie ein erstaunliches Beharrungsvermögen. Gleichzeitig vollziehen sich, vor allem, aber nicht nur in der sogenannten Dritten Welt, bis heute Nationsbildungsprozesse, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Ob das Phänomen des Nationalen in der Geschichte der Neuzeit seinen Höhepunkt wirklich hinter sich hat, erscheint also zumindest fragwürdig. Die Virulenz seines Auftretens in der gegenwärtigen Weltarena spricht jedenfalls dagegen, Nationales als historisches Auslaufmodell zu verstehen.

Die Akzeptanz dieser Erkenntnis wird von einer ganzen Reihe namhafter Stimmen verweigert. Über die Diskussion in Fachkreisen hinaus bekannt wurde die Intervention des SPD-Politikers Peter Glotz, der in der Entwicklung von Nationalstaaten einen Irrweg der Geschichte glaubte diagnostizieren zu müssen.³ Als Gegenkonzept schwebt ihm der Vielvölkerstaat nach dem Vorbild der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, freilich in demokratisierter Form, vor. Hans Mommsen, Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Bochum, soll einem veröffentlichten Bericht zufolge auf einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Leipzig im Jahre 1994 die markige Erklärung abgegeben haben, die Nation gehöre auf den

¹ Beitrag zu einem Symposium anlässlich des 70. Geburtstages des Historikers Walter Schmidt. Die Konzentration auf die Auseinandersetzung mit derzeitigen Positionen, die der Verfasser als nationalnihilistische ansieht, ergab sich aus der "Arbeitsteilung" der Referenten.

² Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M. 1991, S. 194, 214.

³ Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaats, Stuttgart 1990. Vergleiche dazu Walter Reese-Schäfer, Thesen zur Nation, Nationalstaat und Universalismus, in: *Comparativ*, Jg. 3 (1993), H. 3, S. 73f.

Schindanger der Geschichte.⁴ Die Rezension des eingangs erwähnten Buches von Eric Hobsbawm sowie eines weiteren einschlägigen Titels von Ernest Gellner in einer Wochenzeitung, verfaßt von Jürgen Kocka, erschien unter dem Titel "Kunstprodukte der Moderne".⁵ Wolfgang Wippermann schließlich, um eine weitere Stimme zu Wort kommen zu lassen, soll einem Zeitungsbericht zufolge erklärt haben, die deutsche Nation sei von Anfang an rassistisch, antisemitisch und antislawistisch angelegt gewesen. Die ganze gegenwärtige Debatte um die Nation sei ein Falle der Reaktion. Es könne kein Zurück zu den guten Ursprüngen der deutschen Nation geben, denn es habe sie nie gegeben.⁶

Was bei solchen Äußerungen, vor allem, wenn sie von Historikern kommen, am meisten überrascht, ist ihre Ahistorizität. Historiker müssen eigentlich von Berufs wegen wissen, daß Nationen keine Kunstprodukte, sondern Phänomene sind, die mit der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbar notwendig und unvermeidbar auf der historischen Bildfläche erscheinen. Als Folge- und Begleiterscheinung des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters stehen sie im Kontext jener progressiv-zivilisatorischen Rolle der Bourgeoisie, die Marx und Engels im ersten Teil des Kommunistischen Manifests gewürdigt haben.⁷ Auch im imperialistischen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft seit Beginn des 20. Jh. läßt sich die Funktion von Nation und Nationalem keineswegs nur negativ bestimmen. Dem Nationalismus im Dienste imperialistischen Weltherrschaftsstrebens einerseits steht nationale Motivation im antifaschistischen Widerstand und im antikolonialen Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt andererseits entgegen. Der immer noch vorhandenen augenfälligen Wirksamkeit des Nationalen auf der weltpolitischen Bühne entspricht die große Aufmerksamkeit, die die nationale Frage in der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur gegenwärtig erfährt. Die große Zahl von Veröffentlichungen zu dieser Thematik, die die akademisch installierte Forschung der BRD in den letzten Jahren hervorgebracht hat, läßt die Annahme nicht unberechtigt erscheinen, daß das - wie Jürgen Habermas seinerzeit formulierte - forschungsleitende Interesse, das über einen längeren Zeitraum hin der Geschichte der Arbeiter und ihrer Bewegung geglont hatte, nun, da die Reintegration des in ihnen verkörperten systemgefährdenden und systemüberwindenden Potentials weitgehend vollzogen zu sein scheint, daß das forschungsleitende Interesse also

⁴ Peter Russig, Der "Hofgeismar-Kreis" in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen bis in die Gegenwart, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, J. 42 (1994), H. 8, S. 727.

⁵ Jürgen Kocka, Kunstprodukte der Moderne. Ernest Gellners und Eric Hobsbawms Auseinandersetzung mit Nation und Nationalismus, in: *Freitag*, 20.12.1991, S. 22.

⁶ Rainer Brandt, "Nationale Frage" - Ersatz für linke Utopien?, in: *Berliner Linke*, 11.11.1994, S. 9.

⁷ Vergleiche neuerdings Manfred Kossok/Matthias Middell, Nationale Frage und soziale Bewegungen in den Transformationsprozessen der Neuzeit 1500 - 1850, in: *Comparativ*, aa.O., S. 9ff.

sich jetzt nächst der Geschichte des Bürgertums vornehmlich der nationalen Problematik zuwendet.⁸ Aber auch in der subkulturellen linken Szene

⁸ Aus der Fülle der in den letzten Jahren erschienenen einschlägigen Publikationen sei verwiesen auf folgende Buchpublikationen:

- Peter Alter, Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994;
 derselbe, Nationalismus, Frankfurt a.M. 1985;
 Benedikt Anderson, Die Erfindung der Nation, Frankfurt a.M. 1993;
 Ernst Bruckmüller/Sepp Linhart/Christian Mährdel (Hg.), Nationalismus - Wege der Staatenbildung in der außereuropäischen Welt, 1994;
 Otto Büsch, James J. Sheehan (Hg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985;
 Otto Dann (Hg.), Die Deutsche Nation: Geschichte - Probleme - Perspektiven, Vierow bei Greifswald 1994;
 derselbe, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770 - 1990, München 1993;
 Tilman Fichter, Die SPD und die Nation, Berlin 1993;
 Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991;
 Dieter Groh/Peter Brandt, "Vaterlandslose Gesellen". Sozialdemokratie und Nation 1860 - 1990, München 1992;
 Eric J. Hobsbawm, a.a.O.;
 Kurt Hübner, Das Nationale: Verdrängtes, Unvermeidliches, Erstrebenswertes, Graz 1991;
 Harold James, Deutsche Identität 1770 - 1990, Frankfurt a.M. 1991;
 Michael Jeismann, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792 - 1918, Stuttgart 1992;
 Harm Klueping, Nation - Nationalismus - Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1992;
 Reinhard Kühnl, Nation - Nationalismus - Nationale Frage. Was ist das und was soll das? Köln 1986;
 Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression, Bonn 1994;
 Tilman Mayer, Prinzip Nation: Dimensionen der nationalen Frage, dargestellt am Beispiel Deutschlands, Opladen 1986;
 Hans Mommsen (Hg.), Ungleiche Nachbarn: demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815 - 1914), Essen 1993;
 Margareta Mommsen (Hg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992;
 Wolfgang J. Mommsen, Nation und Geschichte: über die Deutschen und die deutsche Frage, München 1990;
 Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, Göttingen 1991;
 Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994;
 Roland Schönfeld (Hg.), Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987;
 Heiner Timmermann (Hg.), Die Entstehung der Nationalbewegung in Europa von 1750 - 1849, 1993;
 Bernd Jürgen Wendt (Hg.), Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.
 Dazu kommen folgende Aufsätze:

nimmt die Beschäftigung mit dem Thema Nation derzeit einen vorderen Rang ein. Mehrere Kolloquien sowie zahlreiche Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen zeugen von dem Klärungsbedarf, der angesichts jüngster Erfahrungen offenkundig auch hier als zwingend empfunden wird.⁹

In Walter Schmidts bisherigem wissenschaftlichen Lebenswerk nimmt die nationale Problematik einen wichtigen Platz ein. Zuvörderst ist in diesem Zusammenhang wohl an seine Mittäterschaft in dem Bemühen zu erinnern, die Herausbildung - nicht schon die Existenz - einer eigenständigen sozialistischen DDR-Nation theoretisch-historisch zu begründen. Unmit-

Helmut Beumann, Europäische Nationenbildung im Mittelalter. Aus der Bilanz eines Forschungsschwerpunktes, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 39 (1988), H. 10, S. 587ff.;

Agnes Blänsdorf, Staat - Nation - Volk: Österreich und Deutschland. Zu Gerald Stourzhs Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Erdmann, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 42 (1991), H. 12, S. 767ff.;

Manfred Hanisch, Nationalisierung der Dynastien oder Monarchisierung der Nation? Zum Verhältnis von Monarchie und Nation in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Adolf M. Birke/Lothar Kettenacker (Hg.), Bürgertum, Adel und Monarchie. Wandel der Lebensformen im Zeitalter des bürgerlichen Nationalismus, München 1989;

Manfred Hildermeier, Verhinderte Nationen: zu einigen Merkmalen und Besonderheiten nationaler Bewegungen in Rußland und der Sowjetunion, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 35 (1994), S. 1ff.;

Dieter Langewiesche, Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 42 (1991), H. 12, S. 754ff.;

derselbe, "Nation" und "Nationalstaat". Zum Funktionswandel politisch-gesellschaftlicher Leitideen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, in: Friedrich W. Busch (Hg.), Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung in beiden deutschen Staaten, Oldenburg 1988;

derselbe, "Revolution von oben"? Krieg und Nationalstaatsgründung in Deutschland, in: derselbe (Hg.), Revolution und Krieg, Paderborn 1989, S. 117ff.;

Hans Mommsen, Nation und Nationalstaat in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 2, Göttingen 1986;

Erika Weinzierl, Österreichische Nation und österreichisches Nationalbewußtsein, in: Zeitgeschichte, Jg. 17 (1989), S. 44ff.

⁹ Jeweils mehrere Beiträge zum Thema Nation bzw. Nationalismus wurden publiziert in folgenden Zeitschriften: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 36 (1994), H. 2; Marxistische Blätter, Jg. 30 (1992), H. 6; Comparativ, a.a.O.; Prokla, Jg. 22 (1992), Nr. 2; Sozialistisches Forum, Nr. 29 (Juli/August 1993); Weg und Ziel, Jg. 52 (1994), Nr. 5; Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 4 (1993), H. 14. Siehe ferner Eckard Crome/Jochen Franzke (Hg.), Nation und Nationalismus. Aspekte der Annäherung an das Phänomen des Nationalen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Berlin 1993; Krisenherd Europa: Nationalismus, Regionalismus, Krieg mit Beiträgen von Jürgen Elsässer, Hannes Hofbauer u.a., Göttingen 1994; Rosa Luxemburg und die nationale Frage. Materialien einer Tagung, Potsdam 1993; Die Sache mit der Nation. Nachdenken über ein für Linke schwieriges Thema H. 1 u. 2., Berlin 1994. Siehe auch Ernstgert Kalbe, Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa, in: Kultursoziologie, Jg. 3 (1994), H. 1, S. 20ff.; Ronald Löttsch, Der Schutz nationaler Minderheiten aus historischer und aktueller Sicht, in: Utopie kreativ, H. 45/46 (Juli/August 1994), S. 16ff.; derselbe, Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow, in: Lothar Hertzfeld (Hg.), Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums, Frankfurt a.M. 1992, S. 67ff.; Andreas Rasp, Nationalismus - Erbe der Postmoderne, in: Streitbarer Materialismus, Nr. 17 (Mai 1993), S. 119ff.

telbar nach dem Scheitern des Versuchs einer sozialistischen Alternative auf deutschem Boden hat er über seine diesbezüglichen Vorstellungen öffentlich selbstkritisch reflektiert.¹⁰ Das Für und das aus meiner Sicht nicht unbeträchtliche Wider, das im Zusammenhang mit dieser Form der von der SED-Führung seit Beginn der siebziger Jahre verfolgten Abgrenzungspolitik zu diskutieren wäre, soll hier nicht erörtert werden.¹¹ Daß die These von der Entstehung einer zweiten deutschen Nation nicht nur ein politisch-ideologisches Konstrukt, sondern auch die Beschreibung realer gesellschaftlicher und mentaler Prozesse war, haben die Jahre seit der Wiedervereinigung des Territoriums, auf dem eine sozialistische Alternative versucht wurde, immerhin in aller Deutlichkeit demonstriert.

In den folgenden Ausführungen will ich einige Thesen, wie sie von Repräsentanten sich antinational verstehender, linker Auffassungen vertreten werden, vorstellen, nach Motiven fragen und eine Bewertung versuchen.

Ihre schroffste und am meisten zugespitzte Ausprägung findet die Ablehnung von Nation, Nationalem und Nationalismus, wie sie sich in den oben zitierten Äußerungen einiger akademisch bestellter Historiker offenbart, bei einer kleinen, aber lautstark agierenden Gruppe linker Intellektueller aus der Alt-BRD. Daß ihre Rufe nicht gänzlich ungehört verhallen, bezeugen diverse Beiträge in linken Presseorganen, so etwa auch innerhalb der im "Neuen Deutschland" vor kurzem geführten Diskussion zum Thema Nation, oder verschiedene Leserzuschriften zum gleichen Thema in "Unsere Zeit". Ein Forum für die Darstellung ihrer Ansichten haben sie wiederholt in der von Hermann Gremliza herausgegebenen Zeitschrift "Konkret" gefunden. Als sehr rührig hat sich des weiteren eine seit 1990 bestehende kommunistische Splittergruppe erwiesen, die sich Gruppe K nennt und eine eigene Zeitschrift unter dem Titel "Bahamas" herausgibt. Beide Zeitschriften waren auch Mitveranstalter einer im November 1994 in Dresden durchgeführten theoretischen Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus unter dem Titel "Links ist da, wo keine Heimat ist".¹²

¹⁰ Walter Schmidt, DDR und nationale Frage. Selbstkritische Anmerkungen zur These von der sozialistischen deutschen Nation, in: Historikergesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik - Wissenschaftliche Mitteilungen, 1990, H. 1, S. 54ff.

¹¹ Nutzen will ich die Gelegenheit freilich, um gegen Georg Fülberths allzu hurtig-leichter politische Verortung von Ernst Engelbergs Bismarck-Biographie Einspruch zu erheben (Georg Fülberth, Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration, Hamburg 1993, S. 132). Sie allein unter dem Aspekt geistig-ideologischer Vorbereitung des 3. Oktober 1990 zu interpretieren, heißt die subjektive Botschaft des Autors - Protest gegen die Preisgabe des linken Anspruchs auf die gesamte Nation - durch die DDR-Führung nicht zu begreifen. Daß konservative Kreise der Alt-BRD glaubten, Engelbergs Arbeit für ihre Zwecke instrumentalisiert zu können, rechtfertigt nicht, die Intention des Verfassers zu übersehen und ihm gleichsam die Rolle eines geistigen Stammvaters der sogenannten Wende zuzuschreiben.

¹² Vergleiche den Bericht von Ronald Löttsch, "Links ist da, wo keine Heimat ist?", in: Utopie kreativ, H. 54 (April 1995), S. 30ff.

Die inhaltlichen Aussagen, die von führenden Vertretern linker antinationaler Positionen kommen, lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen.

1.) Mit dem Wortspiel, Nation ist nichts als eine Halluzination, wird behauptet, Nation und Nationales seien nichts anderes als eine willkürliche Erfindung, eine künstliche Konstruktion, ein Mythos. "Es sind politische Konstruktionen und kollektive Halluzinationen, es sind Mythen, und überall ist ihnen der Antisemitismus eingeschrieben", formuliert Jürgen Elsässer.¹³

2.) Sinn und Zweck dieser Erfindung wird ausschließlich darin gesehen, Herrschaftsideologie zu produzieren. Nationales Bewußtsein wird allein als Mittel der Herrschenden interpretiert, das Vorhandensein und das Bewußtwerden von Klassenwidersprüchen und -gegensätzen zu verdecken bzw. zu verhindern. "Die jedem Nationalismus innewohnende Mischung aus Homogenität nach innen und geschichtlich fundiertem Heilsauftrag macht sie alle gleich in ihrer extrem gewalttätigen Potentialität nach innen wie nach außen, bis hin zum Faschismus."¹⁴

3.) Bestrebungen linker Kräfte, ein positives Verhältnis zum Nationalen zu entwickeln, und patriotische Aspekte in ihre Strategie und Taktik zu integrieren, werden grundsätzlich abgelehnt. Der Bannstrahl dieser Verurteilung fällt auf die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung. "Unglücklicherweise negierten noch nicht einmal Marx und Engels das Recht auf unabhängige Existenz und Selbstverteidigung einer jeden Nation", heißt es in einer zugespitzten, um nicht zu sagen: nicht sehr kenntnisreichen Formulierung.¹⁵ Lenins Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen habe, so wird kritisch vermerkt, die Möglichkeit geboten, diese Kategorie weiterhin positiv zu besetzen. Als nationalistische Abweichung wird die von der Komintern 1921 beschlossene Erweiterung der berühmten Losung des Kommunistischen Manifests in die Fassung "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" bewertet. "Daß man diese zwielichtigen Gestalten an Bord nahm, war der eigentliche Sündenfall" und "ein Ausdruck des bürgerlichen Geistes innerhalb der KPdSU".¹⁶ Die KPD und die SED werden wegen ihres Bemühens kritisiert, sich als eigentliche Vertreter nationaler deutscher Interessen darzustellen. Besondere Zielpunkte sind das 1930 von der KPD beschlossene "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" sowie die Deutschlandpolitik der KPD und der SED in den ersten Nach-

¹³ Jürgen Elsässer, Halluzi-Nation. Linksnationalismus in Geschichte und Gegenwart, in: Bahamas, Nr. 15 (1994), S. 18.

¹⁴ Karl Nele, Ost-Identität und nationale Geschichtspropaganda, in: Ebenda, S. 32.

¹⁵ Elfriede Müller, Gute Deutsche sind schlechte Kommunisten. Die nationale und soziale Frage in der Arbeiterbewegung und der DDR, in: Ebenda, S. 27.

¹⁶ Gerd Kuhnen/Holger Schlüter, Kommunistischer Sündenfall oder Blamage der Interessen vor der Idee, in: Ebenda, S. 38, 42.

kriegsjahren. Ein von der Redaktion der Zeitschrift "Konkret" herausgegebenes Flugblatt bezeichnet die deutschen Kommunisten wegen des erwähnten Programms aus dem Jahre 1930 als Fellow travellers des Faschismus.¹⁷ "Die SED lehnte die deutsche Nation nach dem Nationalsozialismus nicht ab, wie es sich für anständige Kommunisten geziemt hätte, sondern beanspruchte, der eigentlich legitime Vertreter Deutschlands zu sein."¹⁸ Daß sich die DDR nicht von nationaler Ideologie getrennt habe, sei ihr Geburtsfehler, der dann auch zu einer ihrer wichtigsten Todesursachen geworden sei.¹⁹ Auch Walter Schmidt kommt in diesem Zusammenhang in einem der Aufsätze, aus denen ich hier zitiere, vor. Unter einer Zwischenüberschrift "Der Staat geht, der Nationalist bleibt" wird er beschuldigt, als einer der führenden Köpfe, die bei der Herausarbeitung des DDR-Patriotismus und dessen geschichtstheoretischer Begründung an hervorragender Stelle gewirkt hätte, "heute das große Deutschland apologetisch mit nationaler Identität" zu versorgen.²⁰ Der Autor glaubt, diesen Vorwurf mit dem Verweis auf die 1994 erschienene Untersuchung Walter Schmidts begründen zu können, in der dem Verhältnis von sozialem Emanzipationsstreben einerseits und nationaler Identität andererseits am Beispiel der Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49 nachgegangen wird.²¹

4.) Der Kernpunkt dieses Konzepts ist die Ansicht, daß Nation und Nationales Phänomene seien, die ausschließlich negativ bewertet werden müßten. Daraus folgt die absolute Ablehnung und Verneinung von Nationalem, ganz gleich in welchem Zusammenhang es auftritt und wirksam wird. Eine kurze Passage aus einem Gespräch kann das verdeutlichen, das im Frühjahr 1994 der Konkret-Herausgeber Gremliza, sein Redakteur Boris Gröndahl sowie die Konkret-Autoren Thomas Ebermann und Jürgen Elsässer mit André Brie als Leiter des Wahlkampfbüros der PDS und Joachim Bischoff, damals Vorstandsmitglied der PDS, führten. "Ebermann: Ich habe zum Schluß eine Frage. Gibt es gesundes Nationalbewußtsein? Bischoff: Nee, gesundes sicher nicht. Ebermann: Gibt es akzeptables Nationalbewußtsein? Bischoff: Nein, es gibt sowas wie Nation

¹⁷ Konkret, 1994, H. 7, S. 43.

¹⁸ Elfriede Müller, a.a.O., S. 28.

¹⁹ Horst Pankow, "Die Farben der DDR sind Schwarz-Rot-Gold" - ihr Grabstein ist es auch, in: Bahamas, Nr. 15 (1994), S. 26. Ähnliche Überlegungen äußerte neuerdings auch Hanfried Müller, 50 Jahre nach der Befreiung - Rückschau auf 40 Jahre DDR. Einige Erinnerungen zu sachlicher Beurteilung, in: Weißenseer Blätter, 1995, H. 2, S. 28.

²⁰ Karl Nele, a.a.O., S. 34f.

²¹ Walter Schmidt, Arbeiterverbrüderung, soziale Emanzipation und nationale Identität 1848/49, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 36 (1994), H. 2, S. 20ff.

und es gibt Nationalgefühl. Ebermann: Gibt es ein Nationalgefühl, das okay ist? Bischoff: Das "okay" mußt du weglassen."²²

Es muß hier unerörtert bleiben, ob Bischoffs Antworten seiner Überzeugung voll entsprachen oder ob sie im Kontext mit dem Druck zu verstehen sind, dem die PDS-Vertreter sich wegen mancher fragwürdiger Äußerungen und Haltungen der PDS-Führung in diesem Gespräch ausgesetzt sahen. Wichtiger in unserem Zusammenhang ist die in den Fragen Ebermanns vorgegebene "nationalnihilistische" Haltung. Diese Haltung gründet in dem Verständnis von Nationalbewußtsein immer und ausschließlich als einer "Vermittlungsform von Herrschaft"²³. "Die Linke ist daher entweder antinational oder keine Linke."²⁴ "Die Linke ist antideutsch oder sie ist nicht."²⁵ Internationalismus müsse zum Antinationalismus geschärft werden. Jeder emanzipatorische Ansatz müsse die Individuen vom nationalen Kollektiv losreißen. Der nur pejorativen Sicht auf Nationales entspricht, daß terminologisch nur vom Nationalismus die Rede ist, die Differenzierung zwischen patriotisch-national einerseits und chauvinistisch-nationalistisch andererseits nicht vorkommt.

Es kann hier nicht zu jedem einzelnen Aspekt dieser Auffassung argumentiert werden. Die folgenden Punkte verdienen bei dem Versuch einer Bewertung besondere Beachtung.

1.) Der erste Einwand, der sich dem Historiker aufdrängt, bezieht sich auf die eingangs bereits in anderem Zusammenhang erwähnte Ahistorizität dieser Positionen. Der Absolutheits- und Allgemeinheitsanspruch, mit dem sie zumeist vorgetragen werden, übersieht nicht nur den antifeudalen bürgerlich-progressiven Kontext der Entstehung von Nationen vom Beginn der Neuzeit bis weit ins 19. Jh. hinein, sondern negiert auch das historisch wirksame Zusammenspiel von links und national etwa im antifaschistischen Befreiungskampf vieler Völker während des zweiten Weltkrieges. Unübersehbar sind, um nur zwei markante Beispiele anzuführen, die Kraftreserven, die die Revolution in China aus dem Abwehrkampf gegen die japanische Okkupation oder in Vietnam gegen die französische Kolonialherrschaft und die Aggression seitens der USA gewann. Der deklarierte antiimperialistisch-antikapitalistische Impetus gerät - behutsam formuliert - in ein bedenklches Zwielficht, wenn die hochstilisierte Aversion gegen alles Nationale die Wahrnehmungsfähigkeit für antiimperialistische Potentiale der nationalen Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker und Nationalitäten verstellt: "Nicht um nationale Selbstbestimmung geht es, sondern um gesellschaftliche; nicht um den Schutz von Völkern,

²² Konkret, 1994, H. 7, S. 43. Siehe auch Jürgen Elsässer, Wenn das der Führer hätte erleben dürfen, Hamburg 1995, S. 83: "Wer für die Freiheit der Nation kämpfen oder sterben möchte, ist ein Idiot."

²³ Mario Ant, Die Nation als Spannungsfeld, in: Weg und Ziel, Jg. 52 (1994), Nr. 5, S. 9.

²⁴ Jürgen Elsässer, zitiert nach Ronald Löttsch, "Links ist da, wo keine Heimat ist", S. 37.

²⁵ Jürgen Elsässer, Halluzi-Nation, a.a.O., S. 20f.

sondern um den Schutz der Einzelnen und Minderheiten vor den Völkern; nicht um die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden; nicht um die Zwangshomogenisierung der Individuen zu Nationen, sondern um ihre freie Assoziation zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft.²⁶ Mit radikal klingender Terminologie wird hier unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgesprochen, wird ihre Unterdrückung damit letztlich gerechtfertigt.

2.) Auffallend an der Argumentationsweise mancher Wortführer der beschriebenen Position ist ein Defizit an gedanklich-logischer Stringenz und Seriosität. Das trifft etwa auf das Verfahren zu, das Bekenntnis zu ethnischen Quellen von Nationen als völkisch-rassistisch zu denunzieren. Wirklichkeitsfremd erscheint die These, zum Deutschen werde man nicht geboren, Deutscher werde man nur durch sein Einverständnis.²⁷ Als Beispiel für eine logisch-wissenschaftlich unhaltbare Argumentationsweise sei schließlich auf Elsässers gedankliche Konstruktion verwiesen, mit der Lenins Kapitalismuskritik "eine strukturelle Affinität zum Antisemitismus" unterstellt wird, weil er, angeblich vergleichbar der Kritik der Antisemiten an den Juden als Repräsentanten des "raffenden Kapitals", die Finanzoligarchie einschließlich der ihr angehörenden Juden als Repräsentanten des Finanzkapitals kritisiert habe.²⁸

3.) Der Versuch einer Standortbestimmung und Bewertung der sich antinational verstehenden Linken kann sich nicht auf die Beschreibung von Grenzen und Defiziten beschränken. Unübersehbar manifestieren sich in ihren Auffassungen demokratisch-antiimperialistische Inhalte, die gewürdigt zu werden verdienen.²⁹ Das gilt insbesondere für die Be- und Verurteilung der Rolle des deutschen Imperialismus im 20. Jh., für seinen Anteil an der Massenschlächterei des ersten Weltkrieges und die in Auschwitz kulminierenden Verbrechen des deutschen Faschismus. Nationalismus und Nation, die die Nationalsozialisten besonders wirkungsvoll zur Manipulierung der Massen für ihr Weltherrschaftsstreben eingesetzt hatten, blieben nach 1945 in der BRD, anders als in anderen Ländern für lange Zeit nicht nur bei entschieden linken Kräften diskreditiert.³⁰ Die Existenz eines zweiten deutschen Staates wurde von den Linken in der BRD, gleich welcher Richtung sie angehörten und trotz zum Teil nicht unerheblicher kritischer Vorbehalte, als eine begrüßenswerte Beschneidung der Macht und der Möglichkeiten des Finanzkapitals begriffen. Die im Frühjahr 1990

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda, S. 21.

²⁸ Jürgen Elsässer, in: Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hg.), Was tun? Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik, Hamburg 1994, S. 386f.

²⁹ Vergleiche Georg Polikeit, Linke und Nation, in: Marxistische Blätter, Jg. 33 (1995), H. 1, S. 66.

³⁰ Peter Alter, Der eilige Abschied von der Nation. Zur Bewußtseinslage der Deutschen nach 1945, in: Harm Kluefing (Hg.), a.a.O., S. 185ff.

begonnene Kampagne "Nie wieder Deutschland" ist als Ausdruck der Befürchtungen zu verstehen, das nationalstaatlich wiedervereinigte Deutschland werde die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gescheiterten Versuche wieder aufnehmen, seine Machtpositionen in der internationalen Arena gravierend zu verstärken. Sie war zugleich ein Protest gegen die von der damaligen DDR-Regierung im Februar 1990 proklamierte Politik unter dem Motto "Deutschland, einig Vaterland", einer Formulierung, die bei Johannes R. Becher seinerzeit auf ein antiimperialistisch-demokratisches Gesamtdeutschland zielte, jetzt aber die Bereitschaft zur Preisgabe der DDR und damit zur Unterwerfung unter die bürgerlich-kapitalistische Restauration signalisierte. Die Kritik an der von einigen Leuten in der PDS, aber auch von manchen Linken in der Alt-BRD gehegten Erwartung, von der Wiedervereinigung würden nachhaltige emanzipatorische Impulse für die demokratische Ausgestaltung Gesamtdeutschlands ausgehen - Michael Brie und Dieter Klein hofften damals auf einen Doppelsprung in die Moderne³¹ -, ist von der gegenläufigen Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt worden.

4.) Problematisch an der Antihaltung der antinational verstehenden Linken ist ihr Unwille oder ihre Unfähigkeit, zwischen den Hauptverantwortlichen und den Hauptnutznießern deutscher Machtpolitik im 20. Jh. einerseits und der Masse des Volkes andererseits zu differenzieren. Herrschende Schichten und Volksmassen verfallen gleichermaßen ihrem Verdikt. Äußerungen wie "Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht"³² zeugen von diesem Geist. Ebermann spricht markig "von Deutschland und dem Pack, das hier wohnt".³³ Dieses pauschale Negativurteil über die Deutschen gründet sich auf die Rolle der großen Mehrheit des deutschen Volkes während der Naziherrschaft, auf die massenhafte Mitläufer- und Mitäterschaft, auf die Unterstützung oder noch Tolerierung dieses Systems bis zu seiner letzten Stunde. Mehr noch wird es bestimmt durch die Enttäuschung über die Verbannung in die Marginalität, die allen alternativlinken Politikangeboten in der bisherigen Geschichte der BRD widerfuhr. Im Verdammungsurteil über die Deutschen entladen sich der Zorn und die Enttäuschung bislang unerhört gebliebener Weltverbesserer angesichts der Taubheit der Adressaten ihrer Botschaft. Nun ist diese Taubheit - sprich die Einbindung der Arbeiterklasse bzw. der lohnabhängigen Werktätigen in die bestehende Ordnung - eine unbestreitbare Tatsache und für Leute, die von der Notwendigkeit der Veränderung und Überwindung dieser Ordnung überzeugt sind, alles andere als ein Grund für Genugtuung und Freude. Ob freilich Pauschalverurteilungen und Beschimpfungen im Sinne der eigenen Intentionen nützlich oder hilfreich sein können, darüber

³¹ Michael Brie/Dieter Klein (Hg.), Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, Hamburg 1991.

³² Wolfgang Pohrt, in: Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hg.), a.a.O., S. 20.

³³ Ebenda, S. 36.

kann man wohl verschiedener Meinung sein. Eindeutig und unbestreitbar aber ist, daß die Generalisierung der kritischen Distanz auf die Deutschen auf eine Teilentlastung der Hauptverantwortlichen hinausläuft. Nicht im deutschen Volks- oder Nationalcharakter sind die wesentlichen Ursachen für imperialistische Kriege und faschistische Verbrechen zu suchen, sondern bei den Hauptnutznießern des Gesellschaftssystems in diesem Jahrhundert, dem deutschen Monopol- und Finanzkapital.³⁴ Eine Kritik an den Deutschen, die diesen Aspekt außer acht oder zurücktreten läßt, muß sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht statt radikal-systemkritisch eher systemstabilisierend wirkt.

5.) Wie bereits erwähnt, ist einer der Gründe - man wird richtiger sagen müssen: der Hauptgrund -, auf den sich derzeitiger *linker nationaler Nihilismus* zurückführen läßt, die Enttäuschung und Verbitterung angesichts der weitgehend erreichten Eliminierung alternativer Potentiale in der BRD. Dieses Faktum selbst wird treffend beschrieben, wenn festgestellt wird, daß es ein materielles subjektives Interesse der Metropolenbewohner an der Aufrechterhaltung der bestehenden Weltordnung gibt. "Sie haben erfahren, daß sie trotz Klassengegensatzes im Imperialismus als ausgebeutete Klassen sozial von dieser Ordnung profitieren."³⁵ Die soziale Gefährdung bisheriger Standards setze deswegen nicht proletarischen Internationalismus frei, sondern proletarischen Nationalismus.

Daraus wird die faktische Aussichtslosigkeit und Unmöglichkeit entschiedener linker Politik abgeleitet. Annäherung an das sogenannte gesunde Volksempfinden der kleinen Leute könne nur rechts enden.³⁶ Ebermann warnt die Linken vor dem Versuch, aus der Marginalität herauszukommen, denn das könne nur zum Abgleiten auf opportunistische Positionen führen.³⁷ Unbestreitbar wird mit solchen Hinweisen ein zentrales Problemfeld berührt, vor das sich alle Bemühungen um linksalternative Politik nicht nur in Deutschland, sondern in allen sogenannten Metropolenländern gestellt sehen. Daß die beschworene Gefahr nicht fiktiv, sondern real vorhanden ist, dafür liefern Geschichte und Gegenwart der sozialistischen bzw. Arbeiterbewegung Beispiele zur Genüge. Gleichwohl ist die beschriebene Position, aus deren Geist auch die Formel Deutsch-oder-links geboren wurde³⁸, nicht nur problematisch, sondern inakzeptabel. Sie erscheint geprägt von intellektuellem Elitarismus. Dummheit und Unbelehrbarkeit der Massen werden als hinreichender Grund angesehen, sich von ihnen abzuwenden und sie mit Verachtung zu strafen. Die Wendung von der

³⁴ Dieser Gesichtspunkt wurde auf dem von der Zeitschrift Konkret im Juni 1993 veranstalteten Kongreß mit dem Thema "Was tun?" von Karl Held und Sahra Wagenknecht geltend gemacht. Siehe Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hg.), a.a.O., S. 19, 26, 28.

³⁵ Heiner Möller, Die Linke und die "soziale Frage". Wie rechte Wahlerfolge, Nationalismus und Rassismus zusammenhängen, in: Bahamas, Nr. 12 (1993/94), S. 13.

³⁶ Ebenda, S. 12.

³⁷ Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hg.), a.a.O., S. 108.

³⁸ Bahamas, Nr. 15, S. 5.

bohemistischen Linken³⁹ beschreibt zutreffend dieses abgehoben-elitäre Selbstverständnis. Die Formel Links-oder-deutsch kommt darüber hinaus einer Kapitulationserklärung gleich. Bedeutet sie nicht Verzicht auf das Bemühen um linke Politik in Deutschland? Mehr noch: Errichtet sie, indem sie deutsch und links als sich ausschließende Größen denunziert, linken politischen Bemühungen in Deutschland nicht zusätzliche Barrieren? Auch wenn man sich keinen Illusionen über die in absehbarer Zeit vorhandenen Erfolgsaussichten linksalternativer Bestrebungen in Deutschland und anderen Metropolenländern hingibt, muß das nicht heißen, das Werben für die Einsicht, daß eine andere Weltordnung ein Gebot künftiger Menschheitsexistenz wird, einzustellen oder auf intellektuelle Diskussionszirkel zu beschränken.

6.) Ein auffälliges Merkmal im Bekunden *linker Ablehnung von Nation* ist die Unfähigkeit, reale Gegebenheiten als solche zu erkennen und entsprechend zu behandeln. Nationen und Nationalbewußtsein sind solche Gegebenheiten, die sich dadurch, daß man sie ignoriert, zu puren Einbildungen oder als nicht mehr daseinsberechtigt erklärt, nicht aus der Welt schaffen lassen. Außerhalb des Wahrnehmungsvermögens bleibt auch, daß nationales Bewußtsein im Kapitalismus nicht nur Ideologie im Dienste der herrschenden Klasse ist, sondern daß sich in ihm auch legitime nationale Belange der werktätigen Schichten reflektieren wie etwa deren Interesse an der Abschüttelung von oder der Bewahrung vor Fremdherrschaft oder das Recht auf die Muttersprache. Nur dieser Tatbestand erklärt auch, warum Nationalbewußtsein Massenbewußtsein werden konnte. Wer das von Lenin verfochtene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis hin zur Lostrennung bzw. staatlichen Selbständigkeit meint, als "Kannibalenparole" diskreditieren zu müssen⁴⁰, bekundet nicht etwa eine besonders ausgeprägte internationalistische Haltung, sondern ein hohes Maß an Unverständnis und Ignoranz gegenüber dem Gewicht und der Eigendynamik von Nationalem. Dieser Punkt bedarf einer eingehenderen Erörterung, die hier nicht mehr unternommen werden kann. Sie hätte sich auch der Frage zu stellen, ob und inwiefern dieser Gesichtspunkt in der Geschichte des marxistischen Denkens nur unzureichend berücksichtigt wurde.

³⁹ Konkret, 1994, H. 12, S. 4.

⁴⁰ Jürgen Elsässer, Die unbekannte Seite von Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik: "Proletarier aller Länder massakriert Euch!", in: Neues Deutschland, 16./17.1.1993, S. 10; derselbe, Schafft zwei, drei viele Sarajewo, in: Krisenherd Europa, a.a.O., S. 395; Rudolf Walter, Schlachthaus-Melodien und Kannibalen-Parolen, in: Ebenda, S. 12.

Linke Politikansätze in Deutschland heute (II)

Wir setzen mit den beiden nachfolgenden Beiträgen die in Z 23 (September 1995) begonnene Rubrik der Analyse und Selbstvorstellung linker Politikansätze fort. Der Autor des ersten Beitrags, Andreas Wehr, ist Mitarbeiter der linkssozialdemokratischen "Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft" (spw), Dortmund. Sein Gegenstand ist die gegenwärtige Situation der SPD und deren Veränderungstendenzen als Ausgangs- und Bezugspunkte linker Politik in der SPD. Im zweiten Beitrag schildert und analysiert Bernd Hüttner die Situation, Diskussionen und Entwicklung der "Autonomen".

Andreas Wehr

Auf dem Weg zu einer Partei neuen Typus?

Zur Lage der SPD

Ein Jahr nach den von der bürgerlichen Koalition nur knapp gewonnenen Bundestagswahlen ist nicht - wie so oft und gerne vorausgesagt wurde - die Koalition vom Auseinanderbrechen bedroht, sondern vielmehr die Oppositionsfähigkeit der Sozialdemokratie in Frage gestellt.

Was ist nun der rote Faden in den oft selbstquälerischen Auseinandersetzungen? Auf welchem Weg befindet sich die älteste Partei Deutschlands? Sind die Auseinandersetzungen an der Spitze erst ausgestanden, wenn auch der letzte der Enkel seine Chance gehabt hat? Wird man fortfahren, auf der Suche nach einer strategischen Option alle denkbaren Koalitionsabsichten durchzuspielen, so wie in den Bundesländern, wo - mit Ausnahme der PDS - die Sozialdemokratie mit allen politischen Kräften koalitiert? Bleibt schließlich nur die Hoffnung auf die Ermattung der Regierungsparteien und mithin die Erwartung, daß Erneuerung nur in Regierungsverantwortung stattfinden kann? Undenkbar ist das alles nicht. Auf jeden Fall lassen sich die Umgruppierungen und Ausrichtungen in der SPD nicht alleine aus dem Innenleben der Partei heraus erklären. Sie sind vielmehr Reflexe auf gesellschaftliche Prozesse, die auch die anderen politischen Parteien nicht unberührt lassen und dort zu jeweils spezifischen Anpassungen und Veränderungen in den Strategien führen.

Wie gestalten sich nun vor diesem Hintergrund die strategischen Vorstellungen der SPD? Im Grundsatz sind zunächst einmal die Probleme der deutschen Sozialdemokratie nicht sehr von der der CDU unterschieden. Beide Volksparteien der Mitte sind gezwungen, ihre Parteikonzeptionen

umzubauen, da beiden Lagern die jeweiligen, stabilen Klassenbündnisse als verlässliche Grundlagen abhanden kommen. Die SPD merkt das schon heute, die CDU dagegen wird erst nach dem Abgang des Kanzlers diese Probleme zu spüren bekommen. Die sozialdemokratischen Umbaukonzepte drehen sich im wesentlichen um drei Achsen, wobei inhaltliche Positionen, Fragen der Organisation und die Außendarstellung untrennbar miteinander verbunden sind.

Mit Scharping back to the roots? Oder: Der Versuch einer Rekonstruktion der Partei Helmut Schmidts

Unter dem neuen Parteivorsitzenden besann man sich bei der Ansprache der Wähler auf klassische Themen der Sozialdemokratie wie Steuergerechtigkeit, soziale Sicherheit und Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Unübersehbar wurde eine Rückkehr zum Politikstil von Johannes Rau 1987 bzw. in die Ära Helmut Schmidts, dessen Amtszeit innerparteilich erstmals seit 1982 in einem überaus milden Licht gezeichnet wird. Das noch unter Lafontaine im Bundestagswahlkampf 1990 in das Zentrum gerückte Thema eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft wird zugleich an den Rand gedrängt. Vielmehr werden "technisch-ökonomische Modernisierung und soziale Sicherheit, das erfolgreiche Tandem der 50er und 60er Jahre, als Einheit beschworen - so sehr sie seit den 70er Jahren in Spannung zueinander stehen. Insofern ist 'der kurze Traum immerwährender Prosperität' (Lutz) mit gerechter Verteilung noch nicht zu Ende geträumt".¹ Die Tatsache, daß mit der konservativen Wende der achtziger Jahre nicht nur eine für die Organisationen der Arbeiterbewegung ungünstige Politik eingeleitet wurde, sondern mit dem daraus folgenden Übergewicht der globalen Finanzmärkte eine Erosion nationalstaatlicher Souveränität überhaupt begann, die dem klassischen Staatsinterventionismus faktisch den Boden entzieht, bleibt jedoch unreflektiert.

Versucht man die wirtschaftspolitischen Absichten der SPD etwa mit Hilfe der Analyse ihres Programms für die Bundestagswahl zu ergründen, so stößt man auf zwei Grundlinien. "Auf der einen Seite sind zentrale Elemente einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik enthalten, dazu zählen das Zukunftsinterventionsprogramm, das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz, das Gleichstellungsgesetz und die Ausbildungsplatzinitiative."² All das steht aber unter einem Finanzierungsvorbehalt: "In Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage werden wir den Ausgabenanstieg auf eine Zuwachsrate begrenzen, die spürbar (!) unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts liegt."³ Nach Uwe Kremer "drängt sich daher

¹ Thomas Leif und Joachim Raschke, Rudolf Scharping, die SPD und die Macht, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 63.

² Uwe Kremer, Allen wohl und niemand weh? Zum Regierungsprogramm der SPD, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 79/1994, S. 46.

³ Protokoll des Wahlparteitags der SPD in Halle, Bonn 1994, S. 197.

eine andere Seite im Programm in den Vordergrund, die durch die Rede von der 'Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen' in Gestalt des 'Abbaus der Staatsbürokratie', der Senkung gesetzlicher Lohnnebenkosten, der Verlängerung der Maschinenlaufzeiten, einer Gewerbesteuerreform, von Abschreibungserleichterungen, Investitionszulagen u.a.m. bestimmt ist". Kremer kommt daher zu dem Schluß: "Es ist exakt dieser Vorbehalt, der die 'eine Seite' des Programms - öffentliche Zukunftsinvestitionen und aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - zum Beiwerk einer Politik degradieren dürfte, die vor allem auf die 'andere Seite' (nämlich die 'Verbesserung der Rahmenbedingungen') und im übrigen auf den kommenden konjunkturellen Aufschwung setzt."⁴

Der Versuch, auf der Grundlage der Versöhnung von Modernisierung und sozialer Sicherheit die Schmidtsche SPD zu rekonstruieren, ist aber auf Sand gebaut, da die Gewerkschaften als fast ausschließlich national operierende Organisationen mit der Globalisierung des Kapitals ihren nationalen Tarifvertragspartner verlieren. Denn werden die territorialen Grenzen des Nationalstaats durchlässig, so reichen auch sozialstaatliche Ausgleichszahlungen zum Ausgleich von Defiziten nicht mehr aus. Die Versprechungen der Scharping/Schmidtschen Partei sind daher leer.

Die Politik der Bewahrung von Identitäten: Oder der Rückzug auf Kulturinseln

Man verkürzte die Handlungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie unzulässig, würde man ihre politische Perspektive alleine von einem Erfolg bei dem Engagement für soziale Gerechtigkeit abhängig machen. Zwar ist ein sozialdemokratisches Projekt auf längere Sicht nicht vorstellbar, das nicht die Bearbeitung der sozialen Frage als zentrale Achse ihres politischen Handelns anerkennt, doch zeigt die Geschichte der SPD in der Bundesrepublik zugleich, daß weniger klassengebundene Politikfelder wie etwa die Demokratisierung der Gesellschaft und die Durchsetzung einer Politik des Friedens und Ausgleichs nach außen mindestens ebenso wichtig für ihr Handeln sein können. Anders sind die Wahlerfolge bei den Bundestagswahlen der siebziger Jahre und selbst noch 1980 in dem Duell Schmidt/Strauß nicht zu erklären (der Wahlkampflogan der SPD lautete damals: "Frieden wählen"!). Als ein weiteres Politikfeld ist in den achtziger Jahren der ökologische Umbau der Industriegesellschaft hinzugekommen. Man sollte daher vorsichtig mit dem von Ralf Dahrendorf behaupteten Begriff des "Ende(s) des sozialdemokratischen Jahrhunderts" umgehen, will man nicht in die Falle einer ökonomistischen Reduktion treten.

Neben der Etablierung des neuen ökologischen Bereiches ging von der Sozialdemokratie nach 1982 noch einmal ein starker Schub in Richtung Demokratisierung der Gesellschaft aus. Vor allem die nach langer und kon-

⁴ Uwe Kremer, a.a.O., S. 47.

troverser Diskussion auf dem Bundesparteitag in Münster 1988 beschlossene Quotierung von Parteiämtern und Mandaten beförderte auch in anderen politischen Lagern Umdenkungsprozesse, die etwa in der CDU bis heute noch nicht bewältigt sind, wie die dort immer noch geführte Debatte um die innerparteiliche Quotierung zeigt. Feministische Themen, wie die sexuelle Gewalt, die Bekämpfung der alltäglichen Diskriminierung, etwa in der Sprache, und die Notwendigkeit von Quotierungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen wurden - begünstigt durch den Konkurrenzdruck der seit 1983 auch im Bundestag vertretenen Grünen - Stück für Stück auch sozialdemokratische Politikinhalt. Dem Aufbruch der Frauen folgten die Schwulen, die die "Schwusos" als eigene Organisationsebene innerhalb der Partei etablierten und bei den Bundestagswahlen 1994 durchsetzen konnten, daß unter dem Titel "Alles Liebe" ein eigener Zielgruppenwahlkampf für Schwule und Lesben geführt wurde.

Dieser demokratische Aufbruch der achtziger Jahre hat inzwischen deutlich an Kraft verloren. Grund dafür dürfte sein, daß es beim Kampf der Frauen um ihre Gleichstellung als auch bei der Überwindung der Diskriminierung von Schwulen und Lesben immer weniger um gesamtgesellschaftliche Reformen, aber umso mehr um Identitätsbewegungen⁵ geht, die sich auch mit kulturellen Inseln begnügen, wenn man sie dort nur in Ruhe läßt. Zugespitzt formuliert Sabine Kebir: "Mit 'Frieden in den Hütten' kann jeder einverstanden sein. Wichtig ist, daß der Krieg gegen die Paläste eingestellt wird."⁶ Die SPD als auch die Grünen sind hier mit einem Phänomen des Rückzugs von Bewegungen aus der Gesellschaft konfrontiert, das die gesellschaftliche Linke in den Vereinigten Staaten, dem Ausgangsland sowohl der modernen Frauen- und Schwulenbewegung, bereits ganz anders beutelt. "Der Quasi-Nationalismus der Identitätspolitik - auf Rasse, Geschlecht, sexuelles Verhalten, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit fixiert", befindet sich dort, so der Professor für Soziologie an der Universität Kalifornien, Todd Gitlin, im Aufschwung. "Die politische Kultur ist heute so fasziniert von der Differenz - den Unterschieden in der Identität, der Interessen, der Geschichte und der Zukunft -, daß deren Anerkennung mit einem pseudophilosophischen Namen als 'postmodern' geadelt wird."⁷ Nach Ansicht von John B. Judis und Michael Lind führt diese Art Politik in den USA "letzten Endes zu einer Verschärfung der Unter-

⁵ Zu einem solchen Rückzug auf Identitätsbewegungen gehört auch die "jugendpolitische Orientierung" der Jungsozialisten der letzten Jahre, bei der an die Stelle der Formulierung gesamtgesellschaftlicher Alternativen mehr und mehr das Einrichten in einem Milieu trat. Diese Orientierung korrespondierte stark mit dem Gefühl, von der innerparteilichen Gestaltung ausgeschlossen zu sein. "Die Jusos der 70er Jahre haben dafür gesorgt, daß die Jusos der 80er Jahre nicht zum Zuge gekommen sind", so Thomas Westphal, in: Sozialismus 7-8/95, S. 5.

⁶ Sabine Kebir, Identität und Lebensweise, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 55/1990, S. 40.

⁷ Todd Gitlin, Nach dem Scheitern der säkulären Heilslehren, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/95, S. 814.

schiede zwischen den 'Nationen', während es ihr nicht gelingt, mehr Gleichheit zwischen ihnen herzustellen".⁸

Die innerparteiliche Linke in der SPD, die in der Vergangenheit so viel Energie in die Unterstützung dieser Identitätspolitik investiert hat, sollte aus den Diskussionen in den USA lernen. Ist doch auch bei uns "der Schrei nach Identität oft die Festschreibung von Subalternität. Die endgültige Aufgabe des Kampfes um Hegemonie".⁹

Programmlosigkeit als Prinzip oder: Politik als Medienereignis

Wenn inzwischen auf etwas Verlaß ist in der SPD, dann darauf, daß die oft mit großen Mehrheiten verabschiedeten programmatischen Positionen der SPD für ihre Matadore nichts als Schall und Rauch sind. Auch ist der persönlich verletzend Stil der aktuellen Auseinandersetzung an der Spitze der Partei alles andere als neu. Alle haben hier von Oskar Lafontaine gelernt, der bereits kurz nach der Wahlniederlage von Johannes Rau 1987 begann, Maßstäbe zu setzen. Selbst Provinzfürsten versuchen inzwischen, ihm nachzueifern. Und betrachtet man sich das Auftreten von Fischer bei den Grünen, so beschleicht einen das Gefühl, daß er sogar für andere Parteien beispielgebend war. "Die Kunst der Inszenierung öffentlicher Debatten" beherrschte von den Enkeln niemand so wie Lafontaine. Diese Kombination von innovativer Sach- und Medienkommunikation war allerdings nur deshalb erfolgreich, weil sie regelmäßig auf die Verletzung von Tabus im eigenen Lager zielte. Die Organisations-Kommunikation litt dann unter den desintegrierenden Wirkungen öffentlicher Profilierung,¹⁰ so Thomas Leif und Joachim Raschke. Die "Methode Lafontaine" beschreiben sie wie folgt: "Konflikte im eigenen Lager, Aufmischung von Gegnerschaften und Feindbildern, die Stilisierung persönlicher Risiken, der Kampf einer gegen alle und die Bildung neuer Gefolgschaften".¹¹

Gegenüber diesen Fähigkeiten mußte Engholm verblassen und wirkt Scharping wie ein Waisenknabe. Doch daß es auch bei Engholm mit den sozialdemokratischen Überzeugungen nicht weit her war, zeigte sich bei der versuchten überfallartigen Durchsetzung der Petersberger Beschlüsse, bei denen mit dem Asylrecht, dem Lauschangriff und der Beteiligung an Kampfeinsätzen der Bundeswehr gleich ein ganzes Tableau sozialdemokratischer Grundüberzeugungen abgeräumt werden sollte.

Scharping verhielt sich zumindest geschickter als sein Vorgänger. Um sich nicht zu verheben, wollte er die von Engholm zurückgelassenen Brocken

⁸ John B. Judis und Michael Lind, Für einen Neuen Nationalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/95, S. 688.

⁹ Sabine Kebir, a.a.O., S. 42.

¹⁰ Thomas Leif und Joachim Raschke, a.a.O., S. 159.

¹¹ Ebd., S. 161.

nacheinander anpacken. Auf dem Wiesbadener Parteitag 1993 war zunächst der Lauschangriff dran. Nur deshalb ließ er sich bei der Frage von Bundeswehreinräsen noch einmal auf einen Kompromiß ein.¹² Scharping mimt gerne den Parteisoldaten, der nur aufgrund von klaren Parteitagsbeschlüssen vorrückt. Es ist aber mehr die eigene Schwäche nach der verlorenen Bundestagswahl, die ihn auf der Höhe der Beschlußlage beläßt. Gegenüber seinem Rivalen Schröder, der ohne Rücksicht auf die Gremien der Partei auf Bundesebene agiert, sucht Scharping in seiner Not gegenwärtig deren Rückendeckung. Eine Situation, die der Parteilinken nach langer Zeit wieder einen gewissen Einfluß verschafft.

Ihren Meister finden aber sowohl Scharping als auch Lafontaine mit Schröder als neuem Stern am sozialdemokratischen Himmel. Das, was mit der "Methode Lafontaine" begonnen wurde, wird von ihm gegenwärtig fortgeführt und perfektioniert. In nur einer Woche schaffte er es in einer Interview-Serie Anfang Juli 1995, gleich eine ganze Palette sozialdemokratischer Grundpositionen - vom Tempo-Limit über die Samstagsgarantie bis zur Beteiligung am Bosnienkrieg - abzuräumen. Für eine abweichende Haltung zum Umgang mit der Atomenergie und zum Rüstungsexport war er ja schon vorher bekannt. Wie schon Lafontaine gefällt er sich und vor allem den Medien in der Rolle des Tabubrechers und des unberechenbaren Draufgängers. Deutlicher noch als dieser pflegt er das Image des "bad-boys", und des nicht Einbindbaren, des "lonely wolf", der einsam seinen Weg zu gehen hat. Bilder, die uns aus der Welt der Werbung gut bekannt sind.

Angeht des neuerlichen Streits an der Spitze der Partei fehlte es auch diesmal nicht an eindringlichen Worten der Mahnung, pfleglicher miteinander umzugehen, den "Hahnenkampf" umgehend zu beenden und zu den "eigentlichen Aufgaben" zurückzukehren. Doch nach bald zehn Jahren Erfahrung mit der "Methode Lafontaine" muten diese sicherlich gemeinten Ermahnungen hilflos und antiquiert an. Es ist wohl an der Zeit, endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß nicht etwa eine unglückliche Abfolge von herrsch- und streitsüchtigen, alles in allem charakterschwachen Menschen die Partei "führt", sondern daß hier mit kaltem Kalkül genau getimte Provokationen erfolgen. Zur Kenntnis zu nehmen ist, daß dieses Verhalten nicht alleine nur den Medien gefällt, sondern nur in einem engen Zusam-

¹² In dem Streit über den Einsatz der Bundeswehr bei Kampfeinsätzen unter Führung der UN hat Scharping lange mit seiner Entscheidung gezögert, auf welche Seite er sich letztlich schlagen sollte. Durch zweideutige und nebulöse Erklärungen erweckte er bei der Vorbereitung des Wiesbadener Parteitags 1993 anfangs den Eindruck, daß er eher auf Seiten der Befürworter stehe. "Die SPD könne nicht schon heute in Parteitagsbeschlüssen festlegen, wie die Welt in fünf Jahren aussieht", so Scharping im Sommer 1993 (zitiert nach H.U. Klose, Die SPD soll Bundeswehreinräsen für die UN grundsätzlich zustimmen, in: FAZ, 22.8.93). Als sich aber in der innerparteilichen Diskussion die Waage zugunsten der Gegner einer deutschen Beteiligung zu neigen begann, folgte er der Mehrheit. Den seinerzeitigen Fraktionsvorsitzenden Klose und den außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Voigt, ließ er im Regen stehen.

menspiel mit ihnen überhaupt möglich ist. Und in der Tat: Was ist schon ein Parteitagbeschuß gegen eine wohlwollende Fernsehberichterstattung, wozu braucht Gerhard Schröder schon eine Mehrheit im Parteivorstand, wenn er doch über Mehrheiten in den Redaktionen von "Focus" und "Spiegel" verfügt? Um Kanzlerkandidat werden zu können, gibt es ja auch noch das neue Instrument der Urabstimmung! Doch wie die Götter, sind auch die Medien launisch. Ausgerechnet Oskar Lafontaine jammert heute, daß er nach der Bundestagswahl 1990 von ihnen im Regen stehen gelassen wurde. 1993 horchte er erneut in den Blätterwald hinein, ob man ihn noch einmal rufen würde. Man rief nicht.

Rückläufige Mitgliederzahlen, eine schwindende Attraktivität und das "Auf-der-Stelle-treten" bei den Wahlen ließ die Partei eine Organisationsdebatte beginnen, in deren Ergebnis eine Projektgruppe "SPD 2000" des Parteivorstandes zum Wiesbadener Bundesparteitag 1993 Reformvorschläge vorlegte.¹³ Trotz langatmiger Analyse stieß man zum eigentlichen Kern des Problems, der Zerstörung der innerparteilichen Willensbildungsstrukturen durch mediengerechte Politikgestaltung von oben, nicht vor. Von einer von Björn Engholm geleiteten Kommission war dies wohl auch nicht zu erwarten. Stattdessen unterbreitete man Vorschläge, die z. T. geeignet sind, die angeschlagenen Parteistrukturen noch weiter zu schwächen. Dazu zählt vor allem die Möglichkeit der Durchführung von Urabstimmungen. Es ist eine besondere Tragik, daß die Aufnahme dieses Instruments in die Satzung vor allem von denjenigen unterstützt wurde, die für eine Mobilisierung und Demokratisierung der Partei eintreten. Die bisher gesammelten Erfahrungen mit der Urabstimmung sind denn auch ernüchternd.¹⁴ Sowohl in Berlin als auch in Bremen blieb die Beteiligung mit kaum mehr als 50 Prozent enttäuschend niedrig. Doch die bisher lokalen Ereignisse deuten schon die Richtung an, in der die Partei nach der Schaffung des Instruments der Urabstimmung gehen wird: "Sollte aus den Einzelbeispielen der Urwahlen eine allgemeine innerparteiliche Praxis werden, so wird sich die SPD von einer repräsentativ-demokratischen zu einer präsidential-demokratischen Partei wandeln, vergleichbar den französischen Sozialisten oder gar der Demokratischen Partei der USA. Die sie dann durchgängig prägenden innerparteilichen Personenkonkurrenzen werden in den Medien und kaum noch in den Gremien der Partei selbst ausgetragen."¹⁵

¹³ SPD 2000 - Ziele und Wege der Parteireform, in: Thomas Meyer, Klaus-Jürgen Scherer, Christoph Zöpel, Parteien in der Defensive?, Köln 1994.

¹⁴ Vgl. Carsten Sieling (Bremer SPD), Von der absoluten Mehrheit in den 30%-Turm, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 84/1995, S. 18ff., und Andreas Wehr, "Stimmen für Stahmer" gegen "Initiative WM '95", in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 82/1995, S. 38ff.

¹⁵ Andreas Wehr, a.a.O., S. 42.

Eine Partei neuen Typus?

Was ist nun der rote Faden in der unübersichtlichen politischen Landschaft der gegenläufigen Strömungen der Sozialdemokratie? Die Sortierung in Anhänger und Gegner von Rot-Grün bringt wenig Licht in das Dunkel. Zwar kann es keinen Zweifel geben, daß es auf absehbare Zeit keine anderen Reformbündnisse in dieser Republik als rot-grüne geben wird, doch hinter diesem Minimalkonsens verbergen sich ganz unterschiedliche Strategien. Längst nicht alle ihrer sozialdemokratischen Befürworter begreifen sie denn auch als Reformbündnisse, um etwas in der Republik zu bewegen. Die alte Scheidelinie Rechts/Links ist gleichfalls undeutlich geworden. Hinzu kommt, daß sich inhaltliche Fragen inzwischen untrennbar mit Fragen der Darstellung von Politik und des Stils der Partei verbinden. Es geht schon längst nicht mehr um Beschlußlagen auf Parteitag oder um Programme.

Doch hier liegt womöglich auch der Schlüssel zum Verständnis des Veränderungsprozesses im gegenwärtigen bundesdeutschen Parteiensystem. Sehen wir doch einmal genau hin, was sich bei den Parteien tut, die vom Zerfallsprozeß der alten Mitte in Italien und Österreich profitieren. Von "Parteien" im herkömmlichen Stil kann weder bei Forza Italia noch bei der FPÖ die Rede sein. Der Charakter der Berlusconi-Bewegung ist hinreichend analysiert und karikiert worden, bis in das Feuilleton der FAZ. Die angestrebte Umwandlung der FPÖ in eine "Bewegung" ist hingegen weniger bekannt.¹⁶ Hinter den neuen Parteikonzeptionen steht der bislang erfolgreiche Versuch, auf den Zerfall alter Klassenbündnisse mit quer dazu gerichteten kurzfristigen Zusammenschlüssen von Klientelen zu antworten, die durch rechtspopulistische Führer mit Hilfe der Medien vermittelt werden. Der Kärntner Mittelständler zusammen mit dem Arbeiter aus dem Wiener Karl-Marx-Hof gegen Ausländer und Große Koalition. Dies geht nur bei einer Ausblendung (verstanden hier im wortwörtlichen Sinne) der Klassenlage und bei einer direkten Anrufung über die Medien. Kritische und aktive Mitglieder oder gar Funktionäre werden dabei nicht mehr gebraucht.

Wie in Italien und Österreich wird auch in der Bundesrepublik ein möglicher Umbau des Parteiengefüges von Rechts ausgehen. Die SPD wird darauf reagieren müssen, schon alleine, weil ihre Wählerschaft bei einer solchen Umgruppierung stark umworben wird. Die neuen Rechten räubern ja in den Reservoirs beider Seiten des politischen Spektrums, so daß oft der Eindruck entsteht, bei ihnen handele es sich um etwas Drittes. Unter diesem Druck - und selbst seit Jahren mit einer tiefgreifenden Veränderung ihrer eigenen Klassenbasis konfrontiert - imitieren auch die Parteien der Linken Elemente der neuen Parteikonstruktionen: In Medienkampagnen werden unterschiedlichste Klientele durch Persönlichkeiten angesprochen,

¹⁶ Vgl. R.O., Aus der FPÖ soll eine Bewegung werden, in: FAZ, 16.1.95.

deren Profile wie Markenartikel für ganz bestimmte Konstellationen stehen. Stand der "Artikel Lafontaine" noch für einen von der ökologischen Frage ausgehenden, tabulosen, d.h. konsequent marktwirtschaftlich orientierten Querdenker, so symbolisiert Schröder die Rückkehr der sozialen Frage, allerdings unter dem eindeutigen Primat der vom Kapital gestellten Standortfrage und mit sozialpatriotischen Vorstellungen garniert. Seine schlichte Botschaft lautet: Hier ist einer, der denen da oben an Aggressivität und Pffiffigkeit gewachsen ist, laßt ihm nur freie Hand bei seinem Deal mit ihnen (Stichworte: Unbeschränkte Rüstungsexporte, Förderung der Autoindustrie, Aufschieben des Ausstiegs aus der Atomenergie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag), dann fällt für euch da unten noch einiges ab. In der Standortfrage sagt Scharping fast auf das Wort das gleiche wie Schröder. Was ihm an Entschlossenheit und Härte nach außen fehlt, versucht er aber durch den Rückgriff auf den Faktor Partei wettzumachen. Nach innen mag das für's erste erfolgreich sein, nach außen schon weniger, denn für einen glänzenden "Markenartikel Scharping" schleppt er den Medien noch zuviel sperrigen Ballast von Parteibeschlüßlagen - sei es zur Atomkraft, zum Einsatz der Bundeswehr oder zum Ladenschluß - mit sich herum. So geschieht das Kuriose: Dadurch, daß sein Widersacher so rücksichtslos auf den neuen Fernsehpopulismus setzt, wertet der Vorsitzende die Partei auf, da er sich in der ihm aufgezwungenen Verteidigungshaltung fast nur mehr auf sie stützen kann. Ein Vorgang, der in ähnlicher Form auch in der CDU einmal zu beobachten war: Der dröge, glanzlose und langweilige Kohl war vor allem in seiner Zeit als Kanzlerkandidat allen Querdenkern und Tabubrechern allein aufgrund seiner Macht in der Partei überlegen.

Noch ist nicht entschieden, ob die Sozialdemokratie auch in der Situation des Umbruchs des deutschen Parteiensystems erhalten bleibt als eine politische Organisation, in der weiterhin Mitglieder und Programme eine Rolle spielen, oder ob auch sie sich zu einer "Partei neuen Typus" wandelt - d.h. letztendlich zu einem programmunabhängigen Wahlverein amerikanischen Vorbilds, der nur dazu dient, jeweils bestimmten Personen eine konstitutionelle Plattform für die Bewerbung um öffentliche Ämter bereitzustellen. In den USA hat diese Spielart der Demokratie seit langem schon dazu geführt, daß nur noch Individuen mit unabhängigem persönlichen Reichtum oder mit entsprechender finanzieller Unterstützung durch Kapitalinteressen überhaupt eine Chance auf ein höheres politisches Amt erhalten.

Nicht nur für die, die an gesellschaftlicher Veränderung interessiert sind, steht viel auf dem Spiel; auch diejenigen, die bloß um die Erhaltung der Nachkriegs-Klassenharmonie besorgt sind, sollten aufwachen. Für alle ist es an der Zeit, ihren Kulturinsel-Partikularismus aufzugeben und wieder politisch im ursprünglichen Sinn des Wortes zu werden: das Gemeinwesen in den Blick zu nehmen. Denn schon lange geht es nicht mehr um diese oder jene inhaltliche Position im Kulturkampf der Geschlechter, Genera-

tionen oder Milieus. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Rettung einer Partei bzw. eines Parteiensystems, wo die Möglichkeit kontinuierlicher Mitwirkung von Mitgliedern und gewählten Funktionären als Essenz innerparteilicher Demokratie überhaupt noch gegeben ist. Denn die ist keine "Bürokratie" von "Bonzen", sondern hat ihren guten demokratischen Sinn, indem sie nämlich die strukturelle Kontinuität programmatisch erarbeiteter und mehrheitlich beschlossener Politikinhalte sicherstellt - unabhängig davon, was die aktuellen persönlichen Ansichten des Vorsitzenden oder wichtiger Presse- und Fernsehpublizisten sind.

Gegenwärtig erscheint es als durchaus vorstellbar, daß diese traditionellen Strukturträger der Partei als Akteure der Willensbildung und -umsetzung faktisch von ihrer eigenen Partei enteignet werden, um durch Medienkampagnen abgelöst zu werden. Eine Partei, die einstmals angetreten war, Plutokratie und Warengesellschaft im Namen der Emanzipation des Menschen zu überwinden, hätte sich zu guter Letzt selbst der Warenlogik ausgeliefert - mit dem Lied der eigenen "Demokratisierung" auf den Lippen. Welch eine Ironie der Geschichte!

Die Autonomen

Stand - Bewegung - Differenzen - Aussichten linksradikaler Politik

Zum ersten Mal wurde in Deutschland Ende der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung von Autonomen gesprochen, 1980/81 erreicht dann die Hausbesetzungsbewegung ihren Höhepunkt. Ein weiterer Höhepunkt ist das Jahr 1986, wieder im Zusammenhang mit den Kämpfen gegen Atomenergie. Ab Mitte der 80er werden die Autonomen erneut zu einer relevanten Bewegung, und machen durch Kampagnen und Demonstrationen auf ihre Themen und Ziele aufmerksam, etwa durch die Anti-IWF-Kampagne 1988, die Anti-Shell-Kampagne 1989/90, die Aktionen zum Hungerstreik politischer und anderer kämpfender Gefangener 1989 und ab 1989 verstärkt im Antifaschismus.¹ Wichtige Grundlage der Kampagnen ist der "kollektive Alltag" in (ehemals) besetzten Häusern, in Wohngemeinschaften und in den autonomen Zentren, die ein vielfältiges kulturelles Leben und Wirken anbieten und organisieren. Seit 1987 gibt es eine verstärkte Auseinandersetzung über die Bedeutung von Männergewalt und Patriarchat, die sogenannte "Patriarchatsdebatte", die auch zu herber Kritik am Verhalten von männlichen Autonomen führt.

Wie lassen sich die politischen Gruppen und Zeitungen, die sich autonom nennen oder "den Autonomen" zurechnen heute kennzeichnen?

Das erste wären die Inhalte. Autonome beanspruchen, radikal gegen Staat, Kapital und Patriarchat wie gegen jede Form von Herrschaft zu sein. Ihr zentraler politischer Wert ist Selbstbestimmung. Autonome Strukturen sind durch die Ablehnung von Parlamentarismus und Stellvertreterpolitik und die Kritik aller Hierarchien gekennzeichnet, ihre Organisationsformen sind eher unverbindlich.

Das autonome Selbstverständnis lässt sich in einige "Strömungen" oder theoretische Quellen unterteilen: zum einen den Bezug zum (historischen) Anarchismus. Radikaler Antietatismus wird mit Prinzipien der Dezentralität und der Selbstorganisation verbunden, potentielle revolutionäre Subjekte bleiben relativ diffus. Während viele Autonome den Marxismus kritisieren, entleihen andere, die mit Begriffen von Ausbeutung und Herrschaft operieren, Theorieelemente vom undogmatischen, aber auch vom dogma-

¹ Ausführlich bei Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin 1995 (2. Aufl.); kritischer: Jörg Lauterbach, Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen, in: Widersprüche Nr. 50, Offenbach 1994, S.101-119, sowie Bernd Hüttner, Die Krise der autonomen Medien, in: Contraste Nr. 109, Heidelberg 1993.

tischen Marxismus. Sie orientieren sich eher an "Klasse" als an "Bewegung". Die dritte wichtige Tradition ist der Operaismus.²

Die herausragende theoretische Neuerung der Autonomen der letzten Jahre neben der Debatte um Antinationalismus und des (schon wieder vergessenen) "Neuen Internationalismus" ist die um "Drei zu Eins". Der so überschriebene Text, der 1990 erschien, versucht, das Verhältnis der drei Herrschaftsformen und die Gesellschaft strukturierenden Prinzipien Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu thematisieren.³ Diese Diskussion kam aus dem feministischen und antirassistischen Spektrum und führt zu einer Kritik bisheriger Auffassung von Politik, Organisation und Revolution. Die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch wird abgelehnt, vielmehr seien die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse ineinander verstrickt.

In jüngster Zeit grenzen sich viele linksradikale politische Gruppen oder Medien vom Etikett "autonom" ab. Sie machen das, was in den 80ern "autonome Teilbereichspolitik" genannt wurde, sind also Linksradikale, die in ihrem Feld, sei es Männer-, Wohnungs- oder Flüchtlingspolitik, aufgehen. Ferner gibt es unter jungen politisch Engagierten gar nicht mehr das Bedürfnis nach Integration in die autonome Bewegung, hier reicht es "Antifa" oder "Tierrechtlerin" zu sein. Eine neue Entwicklung, die auch eine Folge der Diskussion um "3:1" ist, ist die "Identitätspolitik". Sie führt dazu, daß nur noch "Betroffene" über ihre Unterdrückung reden dürfen (sollen), oder daß angenommen wird, nur sie könnten sie überhaupt definieren. Dies zieht eine völlige Überbewertung der Bedeutung individuellen Verhaltens für die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse nach sich.

Die Rede von der "Krise der Autonomen" ist schon fast zehn Jahre alt. Sie wurde und wird vor allem durch zwei Faktoren verursacht: die (weltweiten) gesellschaftlichen Transformationsprozesse, zugespitzt durch den Umbruch von 1989, und die Unfähigkeit, damit umzugehen. Genau "im November 1989" erschien ein Papier, das noch davon ausging, der Postfordismus stehe vor der Tür, und das die Folgen dieses Vorganges für linksradikale Politik analysierte.⁴ Hier wurde neben dem technologischen und ideologischen Umbruch vor allem problematisiert, daß die radikale Linke sich in die bunte Welt der Individualisierung einfüge und so zur Modernisierung des Systems beitrage. Dieses Papier versuchte, die Transformationsprozesse auch schon vor "1989" zu analysieren; allgemein war die Theoriebildung der Autonomen seinerzeit aber relativ rückständig.

Durch die Errungenschaften des Fordismus, wie etwa Bildungssystem und Sozialstaat, waren viele Militante in der Lage, ein Leben jenseits von Lohn-

² Siehe Bernd Hüttner, Die "Wiederkehr der Proletarität", im: Z 21 (März 1995), S. 225ff.

³ Klaus Viehmann u.a., Drei zu Eins, Berlin 1993.

⁴ Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter, in: Kongreßvorbereitungsguppe (Hrsg.), Die Radikale Linke, Hamburg 1990, S. 204-228.

arbeit zu führen und die Zeit für autonome Politik- und Lebensformen aufzubringen. Dies ist angesichts des Sozialstaatsabbaus so nicht mehr möglich.

Mit der Implosion des Realsozialismus und in dessen Gefolge auch des keynesianischen Klassenkompromisses kam es zu einer Re-Nationalisierung, wie sie sich wohl 1988 niemand vorstellen konnte. Sie machte die autonomen Gruppen weitgehend orientierungslos. Während einige postulierten, durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes sei wirklicher Sozialismus erst möglich geworden, übernahmen andere nationalistische Argumentationsweisen, indem sie Rassismus als Protest gegen schlechte soziale Verhältnisse interpretieren. Auch die bewaffneten Gruppen RZ und RAF gaben ihre bisherige Politik auf und unterzogen sie einer herben Kritik.⁵

"Die Autonomen" waren in den ganzen 80ern faktisch der linke Flügel der Alternativbewegung. Wie diese kämpften sie vor allem im Reproduktionsbereich: was sie auf der Straße organisierten, konnten die Grünen als Druckmittel für ihre Politik (be-)nutzen. Nach dem Verschwinden der neuen sozialen Bewegungen in Institutionalisierung und Privatleben zeigt sich aber, daß die Autonomen mit ihrem kulturellen "Unterbau" eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen Integration besitzen.

Autonome verstehen "die Autonomen" oftmals unbewußt als "autonome Partei". Dies zeigt sich in den teilweise erstaunlich traditionellen politischen Aktions- und Kommunikationsformen und darin, daß "die Partei" auch sozio-kulturell einiges auf die Beine stellt und so Lebenskonzept und Identifikationsobjekt wird. Gleichzeitig treten auch die bekannten, sich gegenseitig bedingenden Nachteile auf: informelle Hierarchien, bürokratische Erstarrung, Konsum von vielen bei Überbeanspruchung von wenigen.

Die Standardbeschreibung zur Kritik autonomer Theorie und Praxis wurde schon Ende 1986 gegeben: "Stand autonomer Bewegung", verfaßt von der "autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe".⁶ Schon damals wurde ritualisierte Militanz, Verwechslung von Ziel und Mittel, mangelnde Verankerung und Kontinuität sowie Doppelmoral kritisiert. Andere werfen heute die Frage auf, ob "die Autonomen" eine politische Bewegung oder nicht eher subkulturelle Jugendbewegung sind?⁷ Es gibt viele Argumente für beide Argumentationsstränge.

⁵ ID-Archiv im IISG (Hrsg.), Die Früchte des Zorns. Texte zur Geschichte der RZ und der Roten Zora, 2 Bände, Berlin 1993; Dass., Wir haben mehr Fragen als Antworten. RAF-Diskussion 1992-1994, Berlin 1995.

⁶ Sven Hillenkamp, Die Autonomen. Zwischen kultureller Wirklichkeit und politischer Wirksamkeit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/95, S.54-66.

⁷ Jetzt wieder in autonome lupus-gruppe, Lichterketten und andere Irrlichter, Berlin 1994, S. 38-59.

Verschiedene Neuorientierungsversuche von "innen" und "außen" wirken auf die autonome Bewegung ein. Neben denen, die das traditionell antiimperialistische Konzept modifizieren, wie etwa die Frankfurter Gruppe "Kein Friede" oder jenen, die der Bewegung die Auseinandersetzung mit Althusser empfehlen⁸, gibt es drei wichtige Ansätze.

Der erste ist der Organisationsversuch der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO).⁹ Diese aus über einem Dutzend Gruppen bestehende Organisation legt den Schwerpunkt auf Antifaschismus als Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus. Die AA/BO-Gruppen betreiben eine engagierte Jugend- und Pressearbeit und ein reges Publikationswesen. Ihre Theorie und Praxis ist eine Re-Traditionalisierung in Richtung eines kommunistischen Konzeptes.

Der zweite ist die Berliner Gruppe "Für eine linke Strömung" (FeLS) mit ihrer sehr erfolgreichen Zeitschrift "Arranca!".¹⁰ Diese Gruppe setzte sich 1991 mit einem sinnigerweise "Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler" betitelten Text von der "Szene" ab und versucht heute, eine breiter angelegte linksradikale Politik zu organisieren. Ein bundesweiter Zusammenschluß von undogmatisch-organisierungswilligen autonomen Gruppen scheiterte aber, so daß 'FeLS' jetzt in der AA/BO mitarbeitet. Theoretischer Hintergrund von 'FeLS' sind Gramsci und die Erfahrungen lateinamerikanischer Guerillas bei ihrer Transformation von im Untergrund arbeitenden militärischen Organisationen zu legalen Volksbewegungen. Inhaltlich bedeutet dies den Abschied von einigen autonomen Dogmen: FeLS betreibt Schulungsarbeit, propagiert eine Politik, die nicht auf persönlichen Beziehungen beruht, um "Neuen" den Zutritt zur autonomen Szene zu erleichtern und steht auch Reformen nicht abgeneigt gegenüber.

Der dritte sind die verschiedenen Formen pop- und kulturlinker Zirkel. Sie versuchen, Kapital und Kultur zusammenzudenken, und bemängeln die Festlegung auf einen Teil dieses Paares in der Linken bzw. im (sub-)kulturellen Betrieb. Diese "Strömung" entstand aus der Erfahrung, daß dissidente politische und kulturelle Formen und Jugend(bewegung) allgemein nicht mehr "automatisch" links codiert sind (z.B. durch Nazi-Rock). Sie ist ein Versuch, der sich der Theoriearbeit und der Bedeutung von (Sub-) Kultur zuwendet, sich aber auch mit "Super-Deutschland" und den unterschiedlichen Formen von Rassismus befasst. Zu diesem "Ansatz", der von repolitisierten Kultur- und MedienarbeiterInnen und metropolitanen Post-Autonomen forciert wird, gehören mehrere Zeitschriften, u.a. die

⁸ Triple oppression und bewaffneter Kampf, Berlin 1994; Die linksleninistische Postmoderne und der 8. Mai, Berlin 1995; Ein Spiel auf Verlust. Althusser und die revolutionäre Neubestimmung, Berlin 1995; Broschürengruppe c/o Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin.

⁹ AA/BO (Hrsg.), EinSatz! Grundlagen der AA/BO, Bonn 1993, Bezug bei Antifa/M, c/o Buchladen, Rote Str. 10, 37073 Göttingen.

¹⁰ FeLS, c/o LAZ, Crellstr. 22, 10827 Berlin.

antinationale 17 C, die Zeitschrift "die beute" aus dem Hausverlag der Autonomen, der Edition ID-Archiv und Einzelpersonen aus dem Musik- und Kulturjournalismus. Die Pop- und Kulturlinke betreibt die Aneignung und Diskussion französischer, britischer und US-amerikanischer Theoriefragmente. Sie ist neben den "Antideutschen" der einzige Versuch einer über "1968" hinausgehenden radikalen Linken.¹¹

Die verschiedenen linken Strömungen sind am Ende des 20. Jahrhunderts marginalisiert. Das theoretische Defizit ist so groß wie die soziale Verankerung klein ist. Wenn "die" Autonomen im Postfordismus noch eine nennenswerte Kraft sein wollen, werden sie eine fundamentale Erneuerung vornehmen müssen. In den achtziger Jahren konnten sie sich gegen die Prinzipien fordristischer Vergesellschaftung (Massenproduktion, -kultur, -ausbildung etc.) und ihre politischen Formen (z.B. Versammlung, Partei) konstituieren. Im Postfordismus ist angesichts der weit ausdifferenzierten Lebensstile der Bezug auf das selbstbestimmte Individuum nicht mehr angebracht. Eine Rückbesinnung auf Kollektivität, um die Vereinzelung aufzuheben - wie sie ja von den autonomen Organisationsversuchen propagiert wird - könnte angebracht sein. Dem wird von der Poplinken und anderen mit gewichtigen Argumenten, wie der Kritik von Homogenisierungsstrategien, entgegengetreten.

Es lassen sich ferner - neben Deutschland als neuer Weltmacht und dem Abbau des Sozialstaates - drei neue Entwicklungen festmachen, die auch von anderen Linken noch weithin unterschätzt werden.

- Ökologie wird zunehmend zu einer Herrschaftstechnik und Legitimationsideologie. Im nationalen und internationalen Rahmen werden die ökologischen Katastrophen zunehmen, während "Ökologie" als Grund für die Festschreibung der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse verwendet wird. Die Folgen der herrschenden Lebensweise werden im Namen der "Nachhaltigkeit" nach Geschlecht, Wohnort oder Klasse sehr unterschiedlich ausgestanden.¹² Eine neue Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist notwendig.

- Migration ist einer der wichtigen Sozialprozesse der Gegenwart. Die "Festung Europa" wird weiterhin Beziehungen nach "außen" haben. Staat und Kapital versuchen, die Migration zu steuern, und treffen dabei auf die Ansprüche der Migrierenden.¹³

¹¹ Wohlfahrtsausschüsse (Hrsg.), Etwas Besseres als die Nation, Berlin 1994; Ralph Christoph, Max Annas (Hrsg.), Neue Soundtracks für den Volksempfänger. Nazirock, Jugendkultur und rechter Mainstream, Berlin 1993; 17 C, c/o Buchhandlung, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg.

¹² Z.B. Christoph Spehr, Effektivierter Industrialismus. Eine Kritik der Nachhaltigkeitsideologie, in: Forum Wissenschaft 3/94, S. 27-30.

¹³ BUKO (Hrsg.), Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg 1995.

- Was die Einführung und Durchsetzung "neuer Technologien" für Folgen und Begleiterscheinungen in Produktion und Reproduktion hat, ist heute noch kaum absehbar. Diesen Technologien, die auch einen patriarchalen Aspekt haben, ist eigen, daß sie - wie z.B. die Gen- und Biotechnik - in die Reproduktion des Lebens eingreifen wollen, oder, daß sie wie die Informationstechnologien vor allem das Denken und Empfinden der Arbeitenden und Konsumierenden noch leichter beeinflussbar machen sollen.

Die prägende Form der politischen Aktion von Autonomen, die (militante) Demonstration und die Erkämpfung und Aufrechterhaltung von "befreiten Räumen" sind angesichts der Umcodierung von rechts, dem allgemeinen Rechtsruck und der Schwäche linksradikaler Politik überholt. Militanz wird u.U. in Zukunft - zumindest solange, bis sich eine fortschrittlichere Hegemonie herausbildet - in erster Linie als diskursive - und nicht mehr als körperliche und quasi-militärische - aufzufassen sein, und angesichts der Macht der Medien und ihrer produzierten virtuellen Realitäten wird ein reflektierterer Umgang der linksradikalen Bewegung mit eben diesen Medien notwendig sein.¹⁴

Die Autonomen sind heute relativ institutionalisiert. Jedes Jahr erscheinen mehr Bücher zu autonomer Theorie und Praxis, und es gibt ein knappes Dutzend lesenswerter Zeitschriften. Die Theorieproduktion verbleibt in der Praxis jedoch weitgehend folgenlos.

Noch sind die autonomen Bewegungen die größte politische Kraft links der PDS und von daher nicht unwichtig. In einigen Politikfeldern bilden sie das Rückgrat aktiver Politik, das theoretische Potential der (Post-) Autonomen ist beachtlich, und sie sind, trotz aller Defizite, ein kultureller Gegenentwurf zu bürgerlich-patriarchalen Lebensmodellen. Da andere Strategien, wie die antinationale Minderheitenorientierung mit der Hoffnung auf eine neue APO, oder die schlußendlich doch auf rosa-grüne parlamentarische Reformpolitik hinauslaufenden Optionen des kritischen Linkssozialismus auch nicht erfolversprechender sind, sollten in Zukunft die vielfältigen Formen dieser Richtung der politischen Geografie zur Kenntnis genommen werden. Dialog- und Lernbereitschaft müssen freilich alle Seiten zeigen, wenn es um die Herausbildung einer neuen Linken gehen soll.

¹⁴ autonome afrika gruppe (Hrsg.): Medienrandale. Die Macht der Medien - Ohnmacht der Linken, Grafenau 1994.

Marx und Engels und ihre Differenzen

Bericht und Anmerkungen zur Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung am 10./11. Juni 1995 in Frankfurt am Main zum Thema "'Marx/Engels' oder 'Engels und Marx'?"

Wie sind Marx und Engels mit ihren "Differenzen" umgegangen? Warum bemerkten sie anscheinend nichts von ihnen? Worin sind die Ursachen dieser Differenzen zu suchen, in bloßen Mißverständnissen oder im Unverständnis auf Seiten Engels'?

Vor allem um diese Fragen ging es Michael Heinrich (Berlin) in seinem kritischen Vortrag über Differenzen zwischen Marx und Engels. Die Ergebnisse seiner Untersuchung in die gegenwärtige Marx-Rezeption einordnend und zugleich über das Vortragsthema hinausgehend, kam er letztlich zu einer radikalen Abrechnung mit Marx - zur "Dekonstruktion nahezu sämtlicher Marx-Bilder". Das war der wohl polemischste Beitrag bei der diesjährigen Tagung der AG Marx-Engels-Forschung, welche sich - aus Anlaß des 175. Geburtsjahres sowie des 100. Todesjahres von Friedrich Engels - der Fragestellung "Marx/Engels" oder "Engels und Marx"? widmete.

M. Heinrich: Umgangsweisen und Ursachen der Differenzen zwischen Marx und Engels

Bezeichnend für den Vortrag von Heinrich: Er diskutierte die Unterschiede zwischen Marx und Engels gar nicht erneut. Vielmehr ging er davon aus, daß "es sie gegeben hat" bzw. daß es "für eine Reihe von Punkten" keine Übereinstimmung von Engels mit Marx gab. Auf jeden Fall laufe "die heutige Diskussion darauf hinaus."

Für den Bereich der politischen Ökonomie zählte er die "Differenzen" immerhin auf. Sie drehen sich zu einem guten Teil um die Frage logische oder eher historische Auffassung der Darstellung: historischer oder logischer Charakter der Wertformanalyse; einfache Warenproduktion (historisch) oder einfache Zirkulation (historisch); dies habe - abgesehen von historischer Stimmigkeit - Einfluß auf das Verständnis der Grundbegriffe. Weiter: Kapital als Darstellung historischer Entwicklung oder idealer Durchschnitt der kapitalistischen Produktionsweise. Schließlich: Editionsentscheidungen über den dritten Band des Kapitals.

In der Tat hat sich eine rein begriffliche bzw. "logische" Lektüre des Kapitals - zumindest in Deutschland - allmählich durchgesetzt, nach der etwa die Marxsche Geldableitung nicht als historische Abfolgennotwendigkeit, sondern als eine "begriffslogische" interpretiert werden sollte. Dementspre-

chend werden die "Historisierungen" in der Darstellung von Marx als keineswegs konstitutiv oder entscheidend für die Begründung betrachtet. Sie seien vielmehr nur den Marxschen zunehmenden Bemühungen um "Popularisierung" zu verdanken, wodurch die ursprüngliche Darstellung im Haupttext der Urfassung des Kapitals nur verschlechtert worden sei. Gleichwohl gibt es immer noch Interpreten, welche - gerade bei der Frage des Logischen und Historischen am Anfang des Kapitals - die Differenzen zwischen Marx und Engels als nicht allzu groß empfinden oder ganz bestreiten.

Was setzte Heinrich den Vertretern der "Einheit der Klassiker" entgegen?

In seinem Beitrag befaßte er sich zunächst mit den "Umgangsweisen der Differenzen" bei Marx und Engels. Dabei konzentrierte er sich auf zwei Fragen, nämlich:

a) Wenn es diese Differenzen gab und sie in Engels' Rezension von "Zur Kritik der politischen Ökonomie" und im Anti-Dühring formuliert wurden, warum hat Marx nicht darauf reagiert, warum hat er sogar am Anti-Dühring mitgearbeitet?

b) Es gab einen intensiven Austausch über wissenschaftliche Fragen im Briefwechsel. Warum ist den beiden nicht aufgefallen, daß Differenzen existierten?

Von den drei wichtigen Schriften, in denen die besagten Differenzen zu finden sein sollen, kannte Marx nur zwei: die Rezension und den Anti-Dühring, nicht jedoch das Vorwort, das Nachwort und die Bearbeitung zum dritten Band des Kapitals. Das gab Heinrich zu bedenken. Ferner behauptete er, daß Engels "sich in Übereinstimmung mit Marx" glaubte, so daß eigentlich "nur Marx etwas (hätte) merken können".

Damit hatte Heinrich eine der Hauptfragen bereits beantwortet: lediglich Marx, jedoch nicht Engels, soll "Differenzen" bemerkt haben. Wie ist dann aber Marx mit ihnen umgegangen?

Heinrich vermutete, daß Marx sowohl bei der Rezension als auch beim Anti-Dühring die Kritik an Engels' "Fehlinterpretationen" bzw. "Mißverständnissen" unterlassen habe, und versuchte, eine plausible Erklärung für diese Haltung von Marx zu geben: Zu beiden Schriften wurde Engels jeweils "regelrecht gedrängt", zuerst von Marx und dann von Liebknecht. Engels war insbesondere im Falle der Rezension "sichtlich unwillig" und fühlte sich "auch selbst inkompetent"; Marx seinerseits wollte dadurch "wenigstens etwas Publizität erhalten". "In solcher Situation" - so Heinrich - sei "Kritik zu unterlassen verständlich, zumal es sich ja nur um eine Eselsbrücke zum Werk handeln sollte (und es war ja mehr als ein Heft geplant), wo sich alles aufklären könnte".

Was den Anti-Dühring betrifft, ging es in erster Linie eben "um Kritik an Dühring". Diese "ursprüngliche Zielsetzung" samt Marx' Empörung "über die arroganten Äußerungen von Dühring", machen "auch hier verständlich,

daß er mitarbeitete und nicht unbedingt kritisierte". Um mehr als eine Vermutung kann es sich auch hier jedoch nicht handeln: "Das Marxsche Unterlassen der Kritik an den Schriften" - so meinte Heinrich selbst - war "zwar nicht zwingend, aber verständlich".

Außerdem wies Heinrich in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Anti-Dühring als populäres Werk gedacht (war)", und da soll Marx "einigermaßen großzügig" gewesen sein. Als "Beleg" dafür erwähnte er die (von Marx selbst überarbeitete) Schrift von Johann Most und den Brief an Cafiero (29.7.79). Allerdings, so ist einzuwenden, bezieht sich Marx in diesem Brief kritisch ausschließlich auf das Durchhalten der wissenschaftlichen Form der Darstellung bzw. - wie es im Original heißt - der Entwicklung in populären Zusammenfassungen des Kapitals. Er betrachtet nämlich als einen "Fehler", daß bestimmte Interpretieren "einen kurzgefaßten und populären Abriß des 'Kapitals' geben wollen, sich aber gleichzeitig zu pedantisch an die wissenschaftliche Form der Darstellung halten". Ob Marx inhaltliche Entstellungen zu populären oder andersartigen Zwecken wirklich hingenommen hätte, steht auf einem anderen Blatt.

Etwas weitergehendere Argumente brachte Heinrich vor, um den angeblich "intensiven Austausch über wissenschaftliche Fragen" zwischen Marx und Engels in Frage zu stellen: darin stecke "ein gutes Stück Mythos"; zumindest soweit es Marx' Schriften nach 1857 angeht.

Anhand der Korrespondenz von Marx und Engels wollte Heinrich zeigen, daß Marx zwar an Engels' Meinung interessiert war, sie aber nicht erhielt. Darüber gäbe es eigentlich "nur wenige theoretische Darlegungen (nach 1857)" (2.4., 9.4.58; 2.8., 9.8., 9.9.62 und 6.7.63). Die Hierarchie in Fragen der politischen Ökonomie soll ferner "sehr deutlich und auch von beiden anerkannt" gewesen sein. Doch wichtiger: "Bei dem angeblich intensiven Gedankenaustausch, wurde Engels' Theorieverständnis" - nach Heinrichs Meinung - "nie ernstlich auf die Probe gestellt, ernsthafte theoretische Debatten wurden nicht geführt, und Engels kannte auch den größten Teil des Werkes überhaupt nicht"!

Bei seiner kritischen Analyse der Briefe stellte Heinrich im übrigen fest, daß Marx Engels "vor allem als Mann der Praxis befragt, der ihm bestimmte Erklärungen liefern soll" (z.B. 29.1., 2.3., 5.3.58 und 18.6.62). Marx' Briefe über "den Fortgang seiner Arbeit" [nach 1863] wurden "dann auffallend vage gehalten" (z.B. 31.7.65). Daß es doch weiterhin eine "etwas intensivere Diskussion über die Druckfahnen des ersten Bandes" des Kapitals gegeben hat, gab er wenigstens zu. Aber hier soll es "Engels in erster Linie um Fragen möglichst eingängiger und didaktischer Präsentation" gegangen sein (z.B. 16.6., 26.6. und 23.8.67). Und was darunter "verdeckt" sei, wurde schon gesagt. Marx seinerseits habe "nur [!] auf der didaktischen Ebene" geantwortet und reagiert; "Engels' Wunsch nach stärkerer historischer Herausarbeitung" wurde von ihm [ganz?] ignoriert. Schließlich dort, wo Marx Engels' Ratschlag ausdrücklich "nicht gefolgt ist", habe er "den

didaktischen Einwand als das, was er ist" behandelt, nämlich als "Ausdruck Engelsschen Unverständnisses": Marx: Vorwegnahme des Profits würde "die ganze dialektische Entwicklungsmethode verderben" (27.6.67).

Man kann nur darüber spekulieren, ob in den 70er Jahren, in denen der Briefwechsel spärlicher wurde, da Engels auch in London wohnte, vielleicht doch mündlich eine intensive theoretische Debatte zwischen Marx und Engels stattgefunden hat. Denkbar wäre das allemal! In den schriftlichen Dokumenten jener Zeit fand Heinrich "allerdings keinerlei Hinweis auf Diskussionen über theoretische Fragen der Kritik der politischen Ökonomie". Das vermittelte "eher schon den Eindruck eines stillschweigenden Agreements, nicht mehr über das heikle Thema zu reden..." (sic!).

Worin sind nun aber die Ursachen der "Differenzen" zwischen Marx und Engels - nach Heinrich - zu suchen?

Auch in diesem Punkt konzentrierte sich Heinrich vor allem auf Marx, um die "wahren" Gründe der vermeintlichen Differenzen herauszufinden. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen dazu stand die "Marxsche Methode". Durch einen gleichsam Perspektiven- bzw. Seitenwechsel wollte er nun über bisherige Erklärungsversuche hinausgehen. Denn bislang wurde von Interpretieren, die "Differenzen behaupten", "die Ursache häufig allein auf Seiten von Engels" gesehen: "Mißverständnisse, Fehlinterpretationen, ungenügendes Erfassen, etc.". Gelegentlich wurden "die Engelsschen Defizite dann noch etwas näher begründet"; gemeint waren damit Arbeiten wie die von Mergner und Kittsteiner.

"Einen Schritt weitergehen" wollte Heinrich, indem er jetzt "Ursachen bei Marx selbst" suchte. Offenbar beabsichtigte er aber zugleich, Engels' Bild zu revidieren: auf Seiten von Engels gäbe es nicht einfach nur "Mißverständnisse", sondern es seien "durch Marx 'begründete Mißverständnisse', keineswegs so einfach, daß man dem klaren, wahren Marx den Verflacher Engels gegenüberstellen könnte". Im Verlauf seines Vortrages konnte man übrigens den Eindruck gewinnen, daß er Engels immer wieder gegen bisherige, einseitige bzw. negative Auslegungen in Schutz nehmen bzw. auch loben wollte. So hob er gleich zu Beginn die Bedeutung von Engels für die Marx-Rezeption vor 1914 ausdrücklich hervor und vertrat noch die Meinung, daß "man den Einfluß von Engels auf die Rezeption des Marxismus seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts kaum überschätzen" könne (außer dessen eigenen Schriften waren damit die von ihm herausgegebenen Bände gemeint). Ferner machte er auf das andersartige Verhältnis zwischen Marx und Engels während der frühen Phase aufmerksam - Engels als "politisch-ökonomischer Anreger von Marx". Wiederholt angesprochen wurde schließlich Engels' Brief an Becker vom 15.10.1884, in dem er sich "selbstkritischer als viele seiner Verteidiger" darstellt.

Daß Engels wiederum Marx' Methode überhaupt nicht verstanden habe, steht für Heinrich - wie oben bemerkt - außer Frage. Dabei soll er aber nur "das erste Opfer des Versteckens" der Marxschen Methode gewesen

sein. Angespielt wurde damit auf eine Marxsche Äußerung aus dem Jahre 1861 hinsichtlich seiner Methode der Analyse in der Fortsetzung seiner "Schrift", an der er damals gerade arbeitete: die von ihm angewandte "Methode" sei dort nun "viel mehr versteckt als in Teil I" [1859] (Brief an Engels vom 9.12.1861). Um die Frage aufzuwerfen, "ob es sich nur um Verstecken der Methode handelte oder nicht auch um Probleme, die eigene Methode adäquat zu formulieren bzw. durchzuhalten", verwies er indirekt auf andere Untersuchungen (von Althusser, Negt und Backhaus). Die Tatsache aber, so vermutete Heinrich dann weiter, daß "Marx seinen in einem Brief an Engels (14.1.58) erwähnten Plan, einen Abriß zum Rationellen an Hegels Methode auf 2 oder 3 Bogen zu schreiben, nie ausgeführt hat, hatte wahrscheinlich nicht nur Zeitgründe"; diese Aussage soll "wahrscheinlich ähnlich blauäugig" gewesen sein "wie die zu Beginn der 50er Jahre, er sei 'in 5 Wochen mit der ganzen ökonomischen Scheiße fertig' (2.4.51)" (sic!).

Verschiedentlich sei schon vermutet worden - reflektierte er weiter -, daß sich Marx über seine Methode nicht ganz bewußt war. Aber was war die Ursache?. Heinrichs Hypothese dazu lautete: Sowohl der Forschungs- wie der Darstellungsprozeß sei bei Marx noch längst nicht abgeschlossen gewesen (davon zeugen die Entwürfe), und dies soll "natürlich" (!?) das "Methodenverständnis (beeinflußt)" haben, denn "Methodenreflexion bei Marx sei immer an den Stand der Darstellung gekoppelt". Es soll "daher nicht einfach nur Faktum" sein, "daß er ein unentwickeltes Methodenverständnis hatte, er konnte gar kein entwickeltes haben"!!

Welche Vorstellung von der Marxschen Entwicklungs- und Darstellungsmethode schwebte Heinrich in diesem Vortrag eigentlich vor? Das hätte man sich spätestens an dieser Stelle fragen können. Wenn auch wenig überzeugend, hatte auch er in seinem Buch "Die Wissenschaft vom Wert" versucht, das Wesentliche der Marxschen Methode zu erfassen und die "dialektische Darstellung" von Marx als spezifische "Form wissenschaftlicher Begründung" näher zu charakterisieren. Auf eine umstrittene Hauptthese seines Buches hat er übrigens zusätzlich hingewiesen: Es gäbe "inhaltliche Ambivalenzen in den grundlegenden Kategorien bei Marx, z.B. abstrakte Arbeit: gesellschaftliche Formbestimmung versus physiologische Eigenschaft". Dies habe "Konsequenzen für den Wertbegriff etc., läßt zu historischer Deutung im Sinne einfacher Warenproduktion ein". Im übrigen ist er überzeugt davon, daß der "unklare, Mißverständnisse verursachende Marx wohl immer deutlicher werden (wird), je mehr und je genauer Manuskripte durch die MEGA zu Tage kommen."

Doch was ist nun speziell mit der im ersten Band des Kapitals von Marx angewandten Darstellungsmethode? Wäre es nicht anhand dieses (von ihm veröffentlichten) ersten Bandes möglich, sie wenigstens etwas näher zu beschreiben? In den letzten Jahren gab es tatsächlich "optimistischere" Untersuchungen, z.B. von sogenannten "Hegel-Marxisten", in denen etwa ver-

sucht wurde, die Darstellungssystematik in den ersten Kapiteln dieses Werkes zu erklären. Vom "Hegel-Marxismus" sowie überhaupt von der Bedeutung von Hegel für Marx' Darstellungsweise hält aber Heinrich nicht viel.

Hatte er am Anfang auf verschiedene Etappen der Marx-Engels-Forschung Bezug genommen, unter anderem, um die Entstehung der politischen und theoretischen Differenzdiskussion zwischen den "Klassikern" zu rekonstruieren, so beendete Heinrich seinen Vortrag mit einer Art Marxismus-Demontage. Die "Ergebnisse" seiner Untersuchung wollte er schließlich "in den Verlauf der Marx-Rezeption" einordnen. Dabei bezog er sich auf: die "dogmatische Kanonisierung im Vorkriegssozialismus und im Marxismus-Leninismus"; auf die "bürgerliche-sozialdemokratische Kritik nach dem 2. Weltkrieg" (als Denker des 19. Jahrhunderts, der dem 20. zwar noch Impulse geben könne, aber im Ganzen nicht mehr angemessen sei); auf die "kritische Rekonstruktion der Neuen Linken in den 60er und 70er Jahren, die Marx aus dem Dogmatismus (und von der auf den dogmatisierten Marx bezogenen Kritik) befreien wollte, von einer inneren Einheit ausging, welche zu rekonstruieren ist"; auf die "Dekonstruktion von Marx als einem 'Meistererzähler', dann auch Vater des Gulags ... (Dekonstruktion aufgrund recht pauschaler Anwendung rationalitätskritischer Figuren bei Franzosen)". Und jetzt gäbe es - laut Heinrich - "ganz unspektakulär" eine "neue Phase", nämlich: "Dekonstruktion nahezu sämtlicher Marx-Bilder nicht aufgrund neuer großartiger theoretischer Entwürfe, sondern aufgrund von kritischer Edition: Dekonstruktion qua Edition".

Auf die Ergebnisse dieser kritischen Edition darf man sehr gespannt sein, wodurch "sowohl das Großartige, wie auch das Zeitgebundene, und vor allem das Unfertige und zwar nicht nur das quantitativ Unfertige, sondern vor allem das qualitativ Unfertige, d.h. das, was auf der vorhandenen Grundlage noch gar nicht geschrieben werden konnte [!], jetzt deutlich" werden soll. Vorerst darf Heinrich sich die Frage gefallen lassen, ob er mit diesem Beitrag nicht vom Marx-Kritiker zum "Marx-Töter" avanciert, selbst dann, wenn er nebenbei auch "das Großartige" bei Marx noch erwähnte, was jetzt ebenfalls ans Tageslicht gekommen sei. Mit seiner insgesamt defätistischen Haltung steht er allerdings nicht allein; vor allem, was die Marxsche Arbeitswerttheorie anbelangt, herrscht leider (auch im Umkreis der MEGA-Herausgeber) eine Art "Untergangsstimmung", welche auf den Tagungen der letzten Jahre immer deutlicher wurde.

J. Jungnickel: Vom "Opfer Engels" zurück zu "Engels als Sündenbock"

Mit dem Hauptthema der Tagung hatte auch Jürgen Jungnickels Vortrag unmittelbar zu tun. Daß "inhaltliche und methodische Differenzen zwischen Marx und Engels existieren", stand aber für den Berliner MEGA-

Spezialisten - wie bei Heinrich - mitnichten zur Debatte: dies sei "in der Marx-Engels-Forschung seit Korsch und Lukács Allgemeingut". Doch heute "bietet die Edition jener Materialien, die Engels' Arbeit als Editor von Band II und III des 'Kapitals' dokumentieren, neue Möglichkeiten, sich auf einer breiteren Materialbasis" u.a. mit den "Eigentümlichkeiten der Engellschen Auffassungsweise" zu beschäftigen. Dabei handelt es sich für ihn "keineswegs nur um ein rein theoretisches Problem". In seinem Beitrag über "Engels' historisierende 'Kapital'-Interpretation" ging es ihm in erster Linie um die politischen Folgen von Engels' "Fehlinterpretationen": Es genüge "ein Blick in die Geschichte der II. Internationale, um zu sehen, daß Engels' historisierende 'Kapital'-Interpretation bestimmte Rezeptionslinien maßgeblich stimuliert" habe, welche "mit praktisch-politischen Konsequenzen verbunden waren". Und diese "beschränkten sich keineswegs nur auf die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts", die Folgen seien "bis heute zu spüren".

Über die Art und Weise, wie Engels und Marx mit ihren vermeintlichen Differenzen umgegangen sind, ob etwa Engels wirklich keine Ahnung davon hatte, war bei Jungnickel nicht viel zu erfahren. Zwar stimmte er einerseits der Auffassung zu, daß es höchst fatale Folgen hatte, daß Marx "den empiristischen und platt popularisierenden Ausführungen seines Freundes Engels in der Rezension von 'Zur Kritik' nicht explizit entgegengetreten" sei. Doch mit Recht bemerkte er andererseits: Es lasse "sich darüber spekulieren, warum sie [Engels' Mißverständnisse; B.G.] von Marx nicht klarer benannt wurden". Darüber hinaus meinte er, daß "es wohl bis heute zu den offenen Fragen" gehöre, "inwieweit sich Marx der Differenzen zu Engels bewußt war".

Schon der Titel seines Beitrags ließ ahnen, daß er zu den Interpretieren gehört, welche die Ursache der "Differenzen" zwischen Engels und Marx hauptsächlich auf Seiten von Engels sehen bzw. suchen. Und lang genug war bei ihm die Liste der Beschuldigungen, die insbesondere gegen Engels' historisierende Kapital-Sicht "in Verkennung der Marxschen [logischen] Methode" vorgebracht wurde. Dabei ist er übrigens auf den größten Teil der bereits von Heinrich genannten Unterschiede eingegangen, um die es sich bei der politischen Ökonomie handeln soll. Sie können hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Auffallend war aber bei der Darstellung von Jungnickel, daß er ziemlich "unbekümmert" mit bestimmten schwierigen Fragen der Marxschen Entwicklung umging. So z.B. mit der verzwickten Widerspruchsproblematik am Anfang des Kapitals. Während Generationen von Marx-Interpreten - meistens ohne viel Erfolg - versucht haben, sie zu erklären bzw. überhaupt zu verstehen, gab er sich offenbar mit Hans-Holger Pauls allgemeiner Beschreibung derselben zufrieden. Jedenfalls beschränkte er sich darauf, ihn zustimmend zu zitieren. Dies geschah unmittelbar, nachdem er erneut auf Engels' Rezension Bezug genommen hatte, in der gleichsam der erste "Sündenfall" passiert sei: "Faktisch erfolgte" hier - nach Jungnickel - "die Grundlegung einer historisierenden 'Kapital'-In-

terpretation, die darauf hinausläuft, die kategoriale Abfolge im Kapital historisch fortschreitend zu interpretieren." Und eben hiermit korrespondiere "eine Sichtweise", welche von H.-H. Paul so beschrieben wird: "Engels verfolgt damit nicht die Entfaltung der Widersprüche ausgehend von dem in der Ware eingeschlossenen Widerspruch von Gebrauchswert und Wert über die Verdopplung der Ware in Ware und Geld bis zum Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit im einfachen Kapitalbegriff, wie es Marx in den ersten vier Kapiteln des Kapital leistet, sondern versucht, die Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche korrespondierend zum historischen Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Produktionsweise zu formulieren. Dabei führt er alle Widersprüche zurück auf den für ihn grundlegenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung."

Eine der Ursachen für Engels' "Fehlinterpretationen" sei nun - laut Jungnickel - eben "in methodischen Differenzen zu Marx zu suchen". Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang nichts Geringeres als "die in der Literatur benannte Differenz über den Sinn und die Bedeutung der Dialektik in der Kritik der Politischen Ökonomie", welche "von einiger Tragweite" sei. Dieses "Problem" soll "erstmalig in dem Gedankenaustausch zwischen Marx und Engels anlässlich der Niederschrift der 'Grundrisse' evident" geworden sein. Hier, so Jungnickel, wurde "sichtbar, daß Engels die dialektische Entwicklung der Geldformen bei Marx" mißverstanden habe, indem er "sie als historische Entwicklung der Geldgeschichte" auffaßte. Die "großen Schwierigkeiten", die Engels - nach eigener Angabe (Brief an Marx vom 9. April 1858) - einmal hatte, um "die dialektischen Übergänge zu finden ...", sollen "erneut evident" geworden sein, "als ihm Marx [fast zehn Jahre später!; B.G.] die Druckbogen mit der Wertformdarstellung für die 1. Auflage des ersten Bandes des 'Kapitals' zuschickte. Engels hatte ihm vorgeschlagen, er möge bei der Geldableitung das 'dialektisch Gewonnene etwas weitläufiger historisch nachweisen, sozusagen aus der Geschichte die Probe darauf zu machen' (Engels an Marx, 16.6.1867)". Durch Engels' grundsätzliche Fehlinterpretation des Anfangs des Kapitals (Jungnickel: "Marx geht im Kapital von der einfachen Warenproduktion als historischer Voraussetzung aus") soll schließlich "die Rezeption des Marxschen Gedankens über die Entwicklung des Werts von seinen unentwickelten zu seinen entwickelten Formen verbaut" worden sein. Dabei verschwieg Jungnickel, der offensichtlich die Wertformanalyse als eine rein begriffliche oder "logische" Entwicklung auffaßt, daß Marx bereits in der 2. Auflage des Kapitals im ersten Kapitel ausgeführt hat, wann "die erste Form ... praktisch vor(kommt)", nämlich "in den ersten Anfängen, wo Arbeitsprodukte durch zufälligen und gelegentlichen Austausch in Waren verwandelt werden" (MEGA₂, II/6, S.97; MEW 23, S.80). Über die entfaltete Form (Form II) heißt es dort u.a., daß sie "zuerst tatsächlich vor(kommt), sobald ein Arbeitsprodukt, Vieh z.B., nicht mehr ausnahmsweise, sondern schon gewohnheitsmäßig mit verschiedenen andren Waren

ausgetauscht wird" (ebd.). Solche Passagen stammen von Marx und nicht von Engels. Vergleichbare "historische" Ausführungen sind allerdings bereits in der Urfassung des Kapitals im zweiten Abschnitt über den Austauschprozeß der Waren zu finden. Mit Heinrich könnte man übrigens Jungnickel einen "dogmatischen Umgang" mit Marx' Einleitung von 1857 vorwerfen. Dieser Entwurf, worin er "seine Entwicklungsmethode eindeutig als logische ausgewiesen" haben soll, kann nicht als unabänderliches Dokument verabsolutiert werden.

Wie bereits angedeutet, ging es Jungnickel vor allem darum, auf bestimmte Rezeptionslinien aufmerksam zu machen, die durch Engels' Fehlinterpretation des Marxschen Hauptwerkes maßgeblich stimuliert wurden und die mit praktisch-politischen Konsequenzen verbunden waren. Hauptgegenstand der Kritik war dabei - so hatte man zumindest den Eindruck - die berühmte Zusammenbruchsthese: "Während Marx die enge Verknüpfung von Krise und Revolution nach den intensiven ökonomischen Studien in den 'Grundrissen' aufgab, hielt Engels auch danach daran fest, aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Krisenbewegung Symptome für einen bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus herauszulesen". Engels habe mit seiner "einseitigen Hervorhebung der historischen Entwicklungstendenzen des Kapitals bei ungenügender Beachtung der ihnen zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten die theoretische Grundlage für die in der II. Internationale vorherrschende 'Kapital'-Rezeption geschaffen, die in der Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus ein unvermeidliches Naturgesetz sah".

Jungnickel bezog sich auf weitere Problembereiche, die ebenfalls politische Folgen gehabt hätten. Leider können auch sie hier nicht detailliert besprochen werden. Darunter wurde beispielsweise Engels' "historisierende Explikation des Wertgesetzes in bezug auf die vermeintliche einfache Warenproduktion" angesprochen. Sie habe innerhalb der internationalen Sozialdemokratie "letzlich mehr Verwirrung gestiftet als zur Klarstellung der Wirkung des Wertgesetzes beigetragen und neue Ansatzpunkte für die Kritik geliefert". In dem von Carl-Erich Vollgraf und ihm verfaßten Beitrag auf der Tagung im vergangenen Jahr war bereits hervorgehoben worden, daß "Engels' historisierende 'Kapital'-Interpretation und die damit gepaarte Zusammenbruchserwartung in gewisser Weise Eingang gefunden hat in seine Edition des Marxschen Entwurfs zum 3. Buch des Kapitals". Daran anknüpfend wollte Jungnickel noch "einige weiterführende Bemerkungen" bringen. So z.B. über die Sichtbarmachung einer im Marxschen Manuskript verborgenen Gesamtlinie der Beweisführung, welche für Engels das leitende Editionsprinzip bei der Bearbeitung des 3. Bandes des Kapitals gewesen sei. Hier stelle sich zunächst die Frage nach dem Sinngehalt einer solchen Gesamtlinie. Engels soll sie im Sinne einer auf die Endkrise des Kapitalismus zielenden theoretischen Darstellung interpretiert haben, wobei die Gesichtspunkte hervorgehoben wurden, die die notwendige Entwicklung zum Sozialismus andeuten. Jungnickel brachte dann Bei-

spiele von Textumstellungen, die belegen sollten, daß es sich dabei "um politisch ausgerichtete Pointierungen im Sinne der Gesamtlinie der Beweisführung" handelte, welche "von der Rezeption im Sinne einer Zusammenbruchstheorie interpretiert wurden". Er ist ferner überzeugt davon, daß "konkrete Editionslösungen von Engels Einfluß auf bestimmte Rezeptionsstränge hatten". Engels' Präsentation des Marxschen Entwurfs zum 3. Buch soll außerdem "für den Zeitpunkt, Inhalt und Verlauf der Revisionsdebatte eine maßgebliche Rolle gespielt" haben.

Harsche Kritik erntete Jungnickel vor allem von Heinz Jung, aber auch von Carl-Erich Vollgraf, worauf hier nicht näher eingegangen wird. Ferner äußerte sich auch kritisch Winfried Schwarz bezüglich der Ausführungen von Jungnickel, aber auch Heinrichs. Um "versöhnend" einzuwirken, verwies er zunächst auf die legitime Funktion von Engels' Texten als popularisierende Werke und - wie Heinrich mit Recht meinte - als Schriften, die eigentlich "in der Rezeption zu etwas anderem geworden" seien, "als das, was sie ursprünglich waren". So meinte sinngemäß Schwarz, daß es durchaus möglich wäre, daß Engels Marx' komplizierte und abstrakte Gedanken allgemein verständlich (für die Arbeiter etwa) veranschaulichen wollte. Darauf reagierten natürlich manche Vertreter der "logischen" Auffassung kopfschüttelnd. Was nun? Geht es also oder geht es doch nicht, "aus der Geschichte die Probe darauf zu machen"? So hätte man vielleicht dann weiter nachfragen können. Schließlich mahnte er, mit der rein logischen Interpretation der Marxschen Entwicklung nicht ins andere Extrem zu verfallen. Dies war wohl das Schlagwort für eine weitere Intervention, die gleichfalls auch gegen Heinrichs Ausführungen gerichtet war, und bei der die rein begriffliche Interpretation insgesamt problematisiert wurde: Man könne es sich nicht so einfach machen, als gäbe es überhaupt keine Probleme für die "logische" Lektüre des Kapitals. Die "Historisierungen" auch bei Marx seien in sämtlichen Ausarbeitungen zu finden. Die Darstellungsveränderung bei der Warenform-/Wertformentwicklung von der ersten zur zweiten Auflage des Kapitals beispielsweise, die bereits im Anhang zur Wertform eingesetzt ist, wurde bisher eigentlich nicht erklärt. Die These der Popularisierung oder etwa der Verweis auf die Einführung der Geldform (als die vierte Wertform) ab der zweiten Fassung der Wertformanalyse greifen entschieden zu kurz; es sei doch mehr passiert bei dieser Marxschen Darstellungsveränderung. Leider gab es keine Zeit, diese Problemstellungen zu vertiefen. Außerdem wurde geäußert "Das alles haben wir schon mal gehabt"!

A. Griese: Neues zu den Naturwissenschaften bei Engels und Marx

Nach langer Zeit gab es wieder einmal einen weiblichen Beitrag im "Herren-Club" der AG Marx-Engels-Forschung, der übrigens sehr zu begrüßen war. Befaßten sich Heinrich und Jungnickel vor allem mit den

Differenzen zwischen Marx und Engels im Bereich der politischen Ökonomie, so setzte sich Anneliese Griese (Berlin) nicht nur mit Unterschieden auseinander, sondern auch mit Gemeinsamkeiten zwischen Marx und Engels, und zwar in den Naturwissenschaften¹.

Wie die zwei zuvor kommentierten Referate war Grieses Vortrag von einem quasi "neuen" Bewußtsein geprägt, welches in den erweiterten Möglichkeiten der Marx-Engels-Forschung begründet ist, die auf den neu zur Verfügung stehenden Materialien (MEGA) beruhen. Nicht zuletzt gab dieser Umstand der diesjährigen Tagung einen besonderen Charakter.

Griese brachte nicht nur tatsächlich neue Ergebnisse, sondern auch zum Teil überraschende, ja sogar kuriose Erkenntnisse, etwa über die verschiedenen Arbeitsweisen von Engels und Marx. So im unterschiedlichen Umgang mit den verwendeten Quellen: Während Engels relativ konventionell mit den zu bearbeitenden Texten umgeht, könnte man Marx' Vorgehen als ziemlich "autark" und äußerst souverän, als "kreativ" bezeichnen. Dies hat Griese insbesondere anhand von Marx' Chemie-Exzerpten plastisch illustriert. Ihren neuen Forschungsergebnissen zufolge - und anders als bisher geglaubt - waren die Naturwissenschaften kein Spezialgebiet von Engels. Mehr noch: Griese sagt Marx naturwissenschaftlich ein breiteres Wissensspektrum zu, welches er auch in seinen Arbeiten zu nutzen wußte. "Allein drei Bände[!] der vierten Abteilung der MEGA" - so Griese - "lassen sich ausschließlich oder zum überwiegenden Teil mit naturwissenschaftlichen Exzerpten von Marx füllen, während sich diese bei Engels im wesentlichen auf zwei Hefte ... reduzieren".

Selbst wenn eine subjektive Bewertung nie völlig zu vermeiden ist, zeichnete sich Grieses Vorgehensweise als eine sachliche und streng philologische aus. Auf jeden Fall gelang es der Berliner Expertin, auch in diesem Beitrag zu zeigen, daß es sich bei Marx' und Engels' Beschäftigung mit den Naturwissenschaften keineswegs um "bloße Neugier" handelte. Des weiteren könnten durch ihre letzten Forschungsergebnisse manche Problembe- reiche, welche als abgehakt oder schon längst als ausdiskutiert gelten (so zum Beispiel die Frage nach einer Ontologie bei Engels und Marx) wieder neu in die Diskussion aufgenommen werden.

L. Lambrecht zu Politik oder Antipolitik bei Engels

Der vierte und letzte Beitrag, der zwar nicht mehr mit dem Hauptthema der Tagung, wohl aber mit Friedrich Engels zu tun hatte, kam aus einer ganz anderen Ecke. Er begann mit einer Auseinandersetzung über die Bedeutung von "Verwaltung der Sachen" bei Engels.

Das Fouriersche Diktum "Verwaltung von Sachen" anstelle von Herrschaft über Menschen wandte Engels auf die klassenlose Zukunftsgesellschaft an,

¹ Vgl. den Beitrag von Anneliese Griese in diesem Heft.

um das zu bestimmen, was nach dem Absterben des Staates von ihm übrigbleibe. Lars Lambrecht (Hamburg) versuchte, anhand dieses Begriffs, das Wesen des Politischen vor und ohne Staat zu bestimmen. Dieses ist die gemeinsame Regelung des Allgemeininteresses, wie sie historisch vor ihrer Verselbständigung zu einem Staat existiert habe. Dabei beklagte Lambrecht die - bei Engels angelegte - theoretische Verkürzung der gegenwärtigen Staatsfunktionen auf den Schutz des Privateigentums, die den "immer auch noch materiale Allgemeininteressen schützenden Charakter des Politischen" ignoriere.

Ob der Referent den "Schutz von Allgemeininteressen" auch dem kapitalistischen Staat zudachte oder erst der von Engels anvisierten künftigen Regelung der gemeinschaftlichen Aufgaben der Gesellschaftsmitglieder durch diese selbst, wurde nicht recht klar. Zumindest drehte sich die anschließende Debatte um diesen Fragenkomplex: Ist es begrifflich und historisch angebracht, zwischen Politik und staatlicher Herrschaft zu unterscheiden? Was ist der Zusammenhang zwischen Privateigentum, Klassenentstehung und Staatsbildung in der Geschichte anders gewesen als Einsatz politischer Machtinstrumente zum Schutz von Partialinteressen? Ist nicht das Wesen der Politik die Verselbständigung von ursprünglich Gemeinschaftlichem zu einem nur noch fiktiven Allgemeinen?

Lambrecht bestand indessen auf einem umfassenden Politikbegriff: Erst wenn Herrschaft in die Politik reinkomme, sei der Staat da. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten habe ihren Mangel an dem gezeigt, was Abendroth stets eingefordert habe: Verwaltung von Sachen ja, aber bitteschön mit Demokratie!²

W. Goldschmidt und R. Fornet-Betancourt: Zwei Beiträge, anders als die anderen

Es gab noch zwei Referate, welche zwar nicht mehr den Schwerpunkt der Tagung betrafen, wohl aber der Marx-Engels-Forschung zuzuordnen sind. Das erste davon war "Marx als Kommunitarier?" von Werner Goldschmidt (Hamburg). Es mag dahingestellt sein, ob er die in diesem eigenartigen Titel gestellte Frage rein rethorisch gemeint hat oder nicht. Gleichwohl gab er schon zu Beginn seine eindeutige Antwort: "Nein; Marx war selbstverständlich kein Kommunitarier!"

Doch keineswegs so einfach zu bestimmen war, was unter "Kommunitarier" zu verstehen sei. Es gibt einen alten, historischen Begriff des "Kommunitarismus", nämlich "als die Form eines frühen, zumeist religiös begründeten utopischen Kommunismus". Dagegen gehen ausnahmslos alle Autoren, welche zum sogenannten "neuen" Kommunitarismus gehören (u.a. Walzer, Barber), "wie selbstverständlich vom Kapitalismus, oder je-

² Lambrechts Aufsatz wurde in Z 22 unter dem Titel "Verwaltung von Sachen? Überlegung zu Forschungsfragen aus Anlaß von Engels" veröffentlicht.

denfalls von einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Produktions- und Wirtschaftsweise aus. Von Kommunismus keine Spur ..."

Während nun aber die "kommunistischen" Kommunitaristen im Grunde über keinen Politik-Begriff verfügten, ja sich selbst wesentlich als "anti-politisch" und "anti-revolutionär" verstanden, gilt für die modernen Kommunitaristen ein unbedingter Vorrang des Politischen vor dem Ökonomischen. Hier gibt es Berührungspunkte zu Marx und zu Lenin. Bei ihnen ist die Bedingung der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das aktive und bewußte (revolutionäre) politische Handeln.

In den Zielen der Politik gehen Marxismus und moderner Kommunitarismus aber wieder weit auseinander. Zwar ist die Fragestellung jeweils die gleiche: Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Doch die modernen Kommunitaristen huldigen einem sozialromantischen Erziehungsideal, das den Einzelnen in die sittliche Welt der Familie, Nachbarschaft und Gemeinde einzufügen hat. Umgekehrt bei Marx - wenn auch nicht im realen Sozialismus: Hier soll die Einrichtung der neuen, kommunistischen Gesellschaft gerade der freien Entfaltung des Individuum dienen.

Das Referat über "Positivismus und Marxismus in Lateinamerika" von Raúl Fornet-Betancourt (z.Zt. Aachen) war der zweite Beitrag³ anders als die anderen". Warum anders als die anderen? In seinem Vortrag³ stellte er zwei lateinamerikanische Denker vor, und zwar die Argentinier José Ingenieros und Juan Bautista Justo. Diese hatten versucht, in ihren Theorien Positivismus und Marxismus in Einklang zu bringen. Am Beispiel dieser beiden wollte er darstellen, wie sich der Marxismus außerhalb Europas, in Lateinamerika, entwickelt und weiterentwickelt hat.

Schon während des Vortrags und erst recht im darauf folgenden Streitgespräch kam der "Eurozentrismus" in der hiesigen Marx-Diskussion zur Sprache; in Europa würden die unterschiedlichen Entwicklungen, politischen Funktionen und Bedürfnisse anderer Regionen viel zu wenig berücksichtigt.

Aus dieser Diskussion - mit positivem Echo bei den Teilnehmern - kam schließlich die Anregung für das Thema der nächstjährigen Tagung: Marxismus auf den fünf Kontinenten.

³ Vgl. Raúl Fornet-Betancourt, Positivismus und Marxismus in Lateinamerika, in diesem Heft.

Anneliese Griese

Naturwissenschaften bei Friedrich Engels und Karl Marx

Gemeinsamkeiten und Differenzen¹

In seiner Schrift "Engels als Denker" aus dem Jahre 1920 wendet sich M. Adler gegen die Ansicht, Engels sei nur "ein allerdings genialer Erklärer und Popularisierer der schwierigen Gedankenkomplexe von Marx gewesen", und bemüht sich im folgenden, die "Eigenbedeutung Engels' im Marxismus" zu ergründen. Deren Würdigung ermögliche "zugleich auch das vollkommeneren Verständnis dieses Systems".²

Eine spezifische Leistung von Engels sieht Adler u.a. in der "Herausarbeitung der Marxschen Dialektik" durch "Verbindung derselben mit der modernen Naturwissenschaft".³ Er beruft sich dabei auf die Arbeiten "Anti-Dühring" und "Ludwig Feuerbach [...]" sowie auf Engels' Brief an Marx vom 30. Mai 1873, in dem - wie wir heute wissen - eine der konzeptionell tragenden Ideen der "Dialektik der Natur" entwickelt wird. Diese Arbeit von Engels kannte Adler offenbar noch nicht. Ihre Wiederentdeckung und erste Publikation blieb bekanntlich D. B. Rjazanov vorbehalten.⁴

Der Meinung von Adler ist in der Folgezeit von verschiedenen Autoren widersprochen worden. In den kontroversen Debatten um Engels dominierten lange Zeit einseitige Auffassungen. Einerseits wurde versucht, seine wissenschaftliche Bedeutung zu negieren, etwa mit dem Argument, Engels habe die Marxsche Dialektik verflacht, als er sie mit den Naturwissenschaften verband. Andererseits gab es - vor allem in der marxistisch orientierten Literatur - die Tendenz, zwischen beiden nicht zu unterscheiden oder vermeintliche Unterschiede zugunsten von Engels auszulegen. Letzteres war der Fall, wenn behauptet wurde, Engels habe sich intensiver als Marx mit den Naturwissenschaften, zumindest mit ihrem theoretischen Teil oder mit einzelnen Gebieten wie z. B. der Chemie befaßt und dies sei die Grundlage für seinen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung der Marxschen Theorie. M. Adler verband die hohe Wertschätzung für Engels

¹ Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit der 9. Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung am 10./11. Juni 1995 in Frankfurt a. M. Er basiert auf den Überlegungen von A. Griese und G. Pawelzig in Heft 22 der vorliegenden Zeitschrift und führt diese unter bestimmten Aspekten weiter.

² Max Adler: Marx und Engels als Denker. Eingel. von Thomas Meyer. Frankfurt a. M. 1972, S. 151/152.

³ Ebd., S. 201.

⁴ Siehe A. Griese, G. Pawelzig: Friedrich Engels' "Dialektik der Natur". Eine vergleichende Studie zur Editionsgeschichte. In: MEGA-Studien. Hrsg. von der IMES (voraussichtliches Erscheinen 1995).

und dessen naturwissenschaftliche Studien mit dem Versuch, den Platz der Naturwissenschaften im Werk von Marx zu erfassen. Nach seiner Ansicht hat letzterer einen neuen "Denktypus" begründet, der das sozialwissenschaftliche Denken an den Naturwissenschaften orientiert und es somit zu gleicher methodischer Strenge wie diese führt. Damit werde es möglich, auch das menschliche Leben als "Naturgeschehen unter Naturgesetzen" zu denken.⁵

D. Rjazanov war es, der bei der Durchsicht des handschriftlichen Nachlasses von Marx auch den naturwissenschaftlichen Exzerpten und Notizen Beachtung schenkte und schon 1923 deren Bedeutung für das Verständnis der Marxschen Arbeitsweise würdigte.⁶ Bei der Erstausgabe der "Dialektik der Natur" gelangt er bereits zu einer ausführlichen Darstellung der naturwissenschaftlichen Interessen und Studien von Marx, soweit diese in seinen frühen Schriften, im Briefwechsel mit Engels sowie im ersten Band des "Kapitals" ihren Niederschlag finden. Rjazanov verweist auf Gemeinsamkeiten mit Engels, auf den wechselseitigen Austausch von Anregungen und Wertungen.⁷

Wenn wir heute über Gemeinsamkeiten und Differenzen in den naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels debattieren, so können wir dies auf einer weit solideren empirischen Basis als früher tun. Wichtige Teile ihres literarischen Nachlasses (gemeint sind vor allem die umfangreichen Vorarbeiten zum "Kapital") liegen zu einem großen Teil in publizierter Form vor, an der editorischen Erschließung und wissenschaftshistorischen Einordnung ihrer naturwissenschaftlichen Exzerpte und Notizen im Rahmen der MEGA wurde bzw. wird gearbeitet, seit den 1980er Jahren sind wichtige Untersuchungen über Marx und die Bedeutung der Naturwissenschaften in seinem Werk erschienen. Auf dieser Basis wird es nun möglich, Standpunkte der Vergangenheit (auch eigene) kritisch zu prüfen und das Verhältnis von Marx und Engels zu den Naturwissenschaften differenzierter zu bestimmen.

Vergleich der naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels: inhaltliche Schwerpunkte, Quellen und Arbeitsweise

Neuere Forschungen belegen, daß die Naturwissenschaften kein Spezialgebiet von Engels im Unterschied zu Marx waren, sondern sich beide gleichermaßen mit diesen befaßt haben. Entsprechende Zeugnisse liegen auch für Marx aus allen Perioden seines Schaffens vor. Dazu gehören neben

⁵ Max Adler: Marx als Denker. 2. umgearb. Aufl., Wien 1921, S. 5 und 21/22.

⁶ D. Rjazanoff: Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 11. Jg., H. 3, Leipzig 1925, S. 385-400.

⁷ Friedrich Engels: Naturdialektik. Dialektika prirody. Pod red. D. Rjazanova. In: Archiv K. Marksa i F. Engel'sa, Kn. 2, Moskva, Leningrad 1925.

Exzerpten, Notizen und Marginalien, die schon auf den ersten Blick ihren naturwissenschaftlichen Inhalt erkennen lassen, auch viele Briefe und vor allem solche Texte wie z. B. das "Manuskript 1861-1863", in denen Erkenntnisse über die Natur in allgemeinere gesellschaftstheoretische (speziell ökonomische) Betrachtungen eingebettet sind. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auch für Marx in der Zeit nach 1870. Hier entstehen seine umfangreichen Exzerpte zur Physiologie (1876), zur Agrochemie, Mineralogie und Geologie (1878/1879) sowie zur unorganischen und organischen Chemie und zur Elektrizität (Mitte 1877 bis Anfang 1883). Marx orientiert sich ebenso wie Engels bei der Auswahl seiner Schwerpunkte auf solche Gebiete, die den damals modernen Stand naturwissenschaftlichen Erkennens repräsentieren und zugleich Ansatzpunkte für weitere Entwicklungen enthalten. Dies sind insbesondere die Darwinsche Evolutionstheorie, die mechanische Wärmelehre und die chemische Molekulartheorie. Bei diesen Schwerpunkten verwenden sie z. T. die gleiche Literatur.⁸

Bei genauerer Betrachtung werden Differenzen sichtbar, die im folgenden näher beleuchtet werden sollen, ohne sie allerdings zu übertreiben bzw. in unüberbrückbare Gegensätze zu verwandeln. Obwohl Engels vielfach als erster auf bestimmte Neuerscheinungen aufmerksam wird und Marx von ihm entsprechende Hinweise erhält, geht dieser dann im weiteren oft deutlich über den Rahmen der von Engels verwendeten Literatur hinaus. Zum Beispiel gilt dies für seine bereits erwähnten Studien zur Chemie aus der Zeit zwischen Mitte 1877 und Anfang 1883. Zwar erwähnt Engels im Kapitel "Dialektik" (1879) die "Kurve Lothar Meyers", aber dessen wichtige Schrift über die "Modernen Theorien der Chemie" (1872) hat er wohl nicht gelesen, während sie von Marx systematisch durchgearbeitet und für die Exzerpte verwendet wurde. Dafür sprechen nicht nur die direkte Erwähnung der Schrift und die inhaltlichen Bezüge auf sie in den Texten (siehe insbesondere "Zur Atomtheorie" mit der an Meyer orientierten Gliederung bzw. Gedankenfolge), sondern auch die zahlreichen Marginalien von Marx' Hand in dem aus seiner Bibliothek überlieferten Exemplar. Intensiver ist auch seine Beschäftigung mit den Arbeiten von H. E. Roscoe und C. Schorlemmer, die von Engels nur z. T. erwähnt werden: das "Kurze Lehrbuch der Chemie" (1873) im "Anti-Dühring", das "Ausführliche Lehrbuch der Chemie. Bd. 2" (1879) in der "Dialektik der Natur".⁹ Marx hingegen nutzt die großen Lehrbücher beider Autoren - darunter auch Schorlemmers "Lehrbuch der Kohlenstoffverbindungen" (1874) - sowohl für seine chemischen Studien als auch für seine Exzerpte zur Agrochemie, Mineralogie und Geologie. Seine Texte enthalten direkte und vor allem indirekte

⁸ Siehe A. Griese, G. Pawelzig: Bloße Neugier war es sicher nicht. Die naturwissenschaftlichen Exzerpte im theoretischen Schaffen von Marx und Engels. In: Marx-Engels-Jahrbuch 12, Berlin 1990, S. 66-91.

⁹ A. Griese: Die naturwissenschaftlichen Studien von Marx. Versuch ihrer Einordnung in die Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts. In: Bremer Philosophica 1993/7. 8 MEGA» I/27, S. 75 bzw. MEW 20, S. 578. - MEGA» I/26, S. 181 bzw. MEW 20, S. 353.

Bezüge auf die genannten Bücher, in den überlieferten Exemplaren aus seiner Bibliothek finden sich zahlreiche Marginalien. Eine Besonderheit von Marx liegt vor allem in seinem großen Interesse für die organische und speziell für die physiologische Chemie. Quelle für seine Chemie-Exzerpte sind auch bedeutende Arbeiten zur Physiologie aus der Feder von W. F. Kühne, L. Hermann und J. Ranke, die er teilweise schon in seinen zuvor entstandenen Physiologie-Exzerpten genutzt hatte.¹⁰ Sie tauchen bei Engels gar nicht auf, obwohl er es war, der schon in seinem Brief an Marx vom 14. Juli 1858 die Bedeutung der Chemie für die Physiologie würdigt und auch nach 1870 mehrfach auf die Bedeutung der organischen Chemie verweist.

Natürlich gibt es auch Gebiete, auf denen sich Engels stärker als Marx mit den einschlägigen Originalquellen befaßt. Zweifelsfrei ist dies die mechanische Wärmetheorie mit den für sie grundlegenden Arbeiten von R. Mayer, H. v. Helmholtz, J. C. Maxwell und R. Clausius, auf deren Basis Engels die für die "Dialektik der Natur" konzeptionell tragende Idee über die Bewegungsformen der Materie und ihren Zusammenhang entwickelt und an der Diskussion über die Hypothese vom Wärmetod des Weltalls teilnimmt - mit Argumenten, die denen von L. Boltzmann verwandt sind. Im Vergleich dazu sind Marx' Studien zur mechanischen Wärmetheorie - was die Quellen betrifft - relativ bescheiden: Arbeiten von W. R. Grove, J. Tyndall und A. Fick, darüber hinaus die Vorgeschichte des Energiesatzes bei R. Descartes und G. W. Leibniz. In einem 1875/1876 entstandenen Exzerpt notiert er, worin der konzeptionelle Ansatz der mechanischen Wärmetheorie besteht und inwiefern die Atomistik deren Fundament bildet. Bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß zur überlieferten Bibliothek von Marx auch eine bereits 1872 erschienene Schrift von Ernst Mach gehört ("Die Geschichte und die Wurzel des Satzes von der Erhaltung der Arbeit"), die ersterer tatsächlich gelesen hat, wovon die zahlreichen Marginalien zeugen. Sie wird von Marx 1875 und 1877 ausdrücklich erwähnt, jedoch lassen sich bei ihm bisher keine Äußerungen über den Verfasser bzw. über den Inhalt der Schrift nachweisen. Auf alle Fälle erhielt Marx durch die Beschäftigung mit Mach Einblicke in neuere, mit der mechanischen Wärmetheorie verbundene wissenschaftsgeschichtliche und erkenntnistheoretische Diskussionen, durch die der Übergang zur modernen Naturwissenschaft vorbereitet wurde. In der zu Beginn unseres Jahrhunderts in der "Neuen Zeit" geführten Diskussion über die Beziehung zwischen Marx und Mach fand dieser Tatbestand noch keine Beachtung.¹¹ Zweifellos ist die von Marx und Engels getroffene Auswahl der Literatur abhängig von der Intensität, mit der sie bestimmte inhaltliche Schwerpunkte verfol-

¹⁰ Diese Quellen wurden von P. Jäckel bei der Arbeit an den Texten ermittelt und erhalten eine ausführliche Beschreibung in MEGA^{IV}/39.

¹¹ Siehe A. Griese: Ist das Wissenschaftsverständnis des vorigen Jahrhunderts eine Grenze der theoretischen Anschauungen von Marx? In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge, Hamburg 1994, S. 73-79.

gen. Aber ungeachtet dessen ist es wohl Marx, der in den Naturwissenschaften wie auch auf anderen Gebieten von einem breiteren literarischen Fundament ausgeht und in weit stärkerem Maße als Engels Exzerpte anfertigt, um sie in der weiteren Arbeit zu nutzen. Der Umfang der von ihm hinterlassenen naturwissenschaftlichen Exzerpte ist weit größer als der Umfang der entsprechenden Texte von Engels. Allein drei Bände der Vierten Abteilung der MEGA lassen sich ausschließlich oder zum überwiegenden Teil mit naturwissenschaftlichen Exzerpten von Marx füllen, während sich diese bei Engels im wesentlichen auf zwei Hefte mit Auszügen aus W. Thomson/P. G. Tait, C. Fraas, H. v. Helmholtz und J. Le Rond d'Alembert (Exzerptheft XVI) und aus G. Wiedemann (Exzerptheft XVIII) reduzieren. Die naturwissenschaftlichen Exzerpte von Engels entstanden in Verbindung mit der "Dialektik der Natur", sind also von vornherein einem bestimmten Zweck zugeordnet. Für die entsprechenden Exzerpte von Marx aus dieser Periode gibt es keine direkte Verbindung zu einem in Arbeit befindlichen oder geplanten Werk, ein bestimmter Zweck ist nicht erkennbar. Deutliche Unterschiede zeigen sich vor allem im Verhältnis der Exzerpte zu den verwendeten Quellen. Engels folgt in seinen Exzerpten der einzelnen Quelle ziemlich genau, bezieht sich direkt auf einzelne Seiten derselben, bringt viele wörtliche Zitate, die als solche auch deutlich erkennbar sind. Zugleich finden wir in seinen Texten eine Reihe kritischer Anmerkungen, die der Vorbereitung der großen Kapitel in der "Dialektik der Natur" dienen und z. T. sogar wörtlich in diese übernommen wurden.

Bei Marx stellt sich der Zusammenhang zwischen Exzerpten und Quellen - wenigstens was seine Chemie-Exzerpte betrifft - ganz anders dar. Sie lassen sich nicht auf jeweils eine Quelle zurückführen, Marx arbeitet in der Regel stets parallel mit mehreren Büchern, nur in einigen Fällen werden Autor und Titel genannt, von Seitenangaben ganz zu schweigen. Durch Anführungszeichen gekennzeichnete Zitate kommen höchst selten vor. Charakteristisch für Marx ist der eigenständige Umgang mit seinen Quellen, d. h. er stellt umfangreiche Übersichten und verschiedene Tabellen zusammen, die es in dieser Form in den Quellen gar nicht gibt, er fügt zahlreiche Beispiele für chemische Prozesse und dabei entstehende Verbindungen in den aus den Quellen entnommenen Text ein, übt sich im Gebrauch der chemischen Formelsprache (Zusatz von Summen- zu Strukturformeln und umgekehrt, Bildung von chemischen Gleichungen, wo Prozesse nur beschrieben werden) und bringt mehrfache Wiederholungen und Zusammenfassungen.

Offenbar bemüht sich Marx um ein systematisches Studium des faktischen Inhalts der Chemie und angrenzender Gebiete frei von einem bestimmten Zweck. So gewinnt er Möglichkeiten für einen souveränen Umgang mit den Erkenntnissen dieser Wissenschaft unter verschiedenen inhaltlichen Gesichtspunkten.

Vergleich der naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels in bezug auf ihre theoretische Verarbeitung

Die Schwierigkeit dieses Vergleichs besteht darin, daß die Analyse höchst unvollkommen bliebe, wenn die naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels aus der Zeit nach 1870 nicht berücksichtigt würden, daß aber deren Einbeziehung insofern problematisch ist, als Marx im Unterschied zu Engels die großen Exzerpte aus dieser Zeit nicht mehr oder nur noch sehr bedingt verarbeitet hat. Dies gilt auf alle Fälle für seine Chemie-Exzerpte, deren Entstehungszeit wahrscheinlich bis Anfang 1883 reicht. Ein Vergleich der naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels verlangt daher deren Einordnung in den größeren Zusammenhang ihrer geistigen Entwicklung seit den 1840er Jahren, nur unter dieser Voraussetzung werden hypothetische Aussagen über das theoretische Anliegen der naturwissenschaftlichen Studien von Marx nach 1870 möglich. Der gemeinsame konzeptionelle Ausgangspunkt für die naturwissenschaftlichen Studien von Marx und Engels liegt in den frühen Schriften beider, in den dort entwickelten Ideen zu einer neuen Geschichtsauffassung, die die Einheit des Menschen mit der Natur, die Bedeutung der Naturwissenschaften für die Geschichte schon im Ansatz einschließt. Auf dieser Basis erörtert Engels ab 1858 die Frage nach der Bedeutung der Hegelschen Dialektik für die moderne Naturwissenschaft und gelangt schließlich zu der Erkenntnis, daß die Dialektik die höchste Form des theoretischen Denkens darstellt und wesentlich ist für die wissenschaftliche Erkenntnis auch der Natur. Dies im Detail auszuführen und zu begründen, ist Anliegen seiner "Dialektik der Natur", wiewohl dieses nicht bis zum geplanten Ende realisiert werden kann, d. h. die Schrift fragmentarisch bleibt und einige der zu ihr gehörenden Texte den Charakter von Exzerpten behalten.

Im Unterschied zu Engels hat Marx - sehen wir von seiner Dissertationschrift ab - eine solche Orientierung auf naturphilosophische Fragen nicht systematisch verfolgt. Aber Ansatzpunkte in dieser Richtung gibt es auch bei ihm, wenn er im ersten Band des "Kapitals" - unter Hinweis auf die chemische Molekulartheorie - davon spricht, bei der Produktion des Mehrwerts bewähre sich "wie in der Naturwissenschaft [...] die Richtigkeit des von Hegel in seiner Logik entdeckten Gesetzes, daß bloß quantitative Veränderungen auf einem gewissen Punkt in qualitative Unterschiede umschlagen"¹², und diese Idee in seinem Brief an Engels vom 22. Juni 1867 unter ausdrücklichem Bezug auf die genannte Textstelle im "Kapital" wiederholt. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind zweifellos die Ende 1857/Anfang 1858 wieder aufgenommenen Hegel-Studien, insbesondere die zwischen Anfang 1860 und Mai 1863 entstandenen Auszüge aus Hegels "Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse", die sich auf die Paragraphen 83 bis 111, d. h. auf die Logik oder genauer, auf

¹² MEGA II/5, S. 246 bzw. MEW 23, S. 327.

die Lehre vom Sein beziehen. Marx notiert die darin enthaltenen Aussagen über die nach Hegel dem sinnlichen Bewußtsein angehörigen Denkformen Quantität, Qualität und Maß.¹³ Im "Kapital" wird deutlich, daß er diese Denkformen bewußt für seine ökonomischen Untersuchungen verwendet und sie darüber hinaus als gültig für die Naturwissenschaften betrachtet.

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, rechtfertigt Engels im "Anti-Dühring" die dargestellte Überlegung von Marx und dessen Berufung auf Hegel und kommt während der Arbeit an der "Dialektik der Natur" im September 1879 (im Kapitel "Dialektik") darauf zurück. Ausführlicher als Marx demonstriert er am Beispiel der Chemie die Gültigkeit des Hegelschen Gesetzes für die Naturerkenntnis.¹⁴

Allerdings bleibt Engels nicht bei dieser Argumentation stehen. Sein Bezug zu Hegel betrifft vor allem dessen Lehre vom Wesen, die er schon in seinem Brief an F. A. Lange vom 29. März 1865 als den Kern der ganzen Doktrin bezeichnet hatte. Die chronologische Anordnung der Texte der "Dialektik der Natur" in MEGA I/26 läßt diesen Zusammenhang ganz deutlich erkennen. Bemerkenswert ist auch die von uns bereits mehrfach hervorgehobene Tatsache, daß das Kapitel "Dialektik" unvollendet bleibt und Engels für das folgende Kapitel "Grundformen der Bewegung" einen anderen konzeptionellen Ansatz wählt. Damit verändert sich zugleich das Verhältnis zu Hegel. Hatte Engels im Aufsatz "Dialektik" in Übereinstimmung mit Marx die Lehre vom Sein für seine eigenen Überlegungen genutzt, stützt er sich im folgenden - seiner ursprünglichen Intention folgend - bei der Analyse der Theorienentwicklung in Mechanik, Physik und Chemie vor allem auf die Hegelsche Lehre vom Wesen, d. h. Engels geht in bezug auf die systematische Anwendung der Hegelschen Dialektik auf die Naturerkenntnis wesentlich weiter als Marx. Bei diesem findet sich nur ein diesbezüglicher Ansatz. Ob er weitergehen wollte, läßt sich wohl nicht mehr feststellen.

Die spezifische Orientierung von Marx bei seinen naturwissenschaftlichen Studien geht in eine andere Richtung. Er betrachtet die Naturwissenschaften als Modell für Wissenschaft überhaupt, interessiert sich für das methodische Vorgehen in der Naturwissenschaft, für die Begriffsbildungen vor allem im Bereich jener Theorien, die es mit Entwicklungsprozessen zu tun haben. Auf diese Spezifik verweist M. Adler mit seiner Feststellung über den neuen Denktypus von Marx. In neuerer Zeit hat F. Vidoni detailliert seine These begründet, Marx finde in den Naturwissenschaften "methodologische Anweisungen oder Analogien für das Verfahren seiner

¹³ Erstmalig von J. O'Malley (Introduction) und F. E. Schrader publiziert in: *International Review of Social History*. Vol. XXII, 1977, S. 423-431.

¹⁴ Siehe A. Griese, G. Pawelzig: Friedrich Engels und die Naturwissenschaften. Aus einem Jahrzehnt seines Schaffens an der Seite von Karl Marx. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 22, Frankfurt a. M. Juni 1995, S. 100-110.

historisch-ökonomischen Konstruktion".¹⁵ Aus unserer Sicht zeigt sich die spezifische Orientierung von Marx vor allem in den "Londoner Heften", im "Manuskript 1861-1863" und schließlich in "Kapital. Bd. 1". In seiner gesellschaftstheoretischen und speziell ökonomischen Argumentation verwendet Marx hier z. B. Begriffe aus der Darwinschen Theorie und aus der Geologie, stellt Analogien zu diesen Gebieten dar bzw. bildet seine eigenen Begriffen in Analogie zu ihnen.¹⁶ Betrachten wir die Studien von Marx nach 1870 als Konsequenz seiner vorhergehenden wissenschaftlichen Bemühungen, so können wir annehmen, daß es ihm auch in dieser Zeit um die Modellfunktion der Naturwissenschaft gegenüber sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ging. Sein Ziel blieb es, diese zu Ergebnissen zu führen, die mit denen der sog. exakten Wissenschaften vergleichbar sind, d. h. auf einem gesicherten empirischen Fundament Gesetze und Theorien über den Entwicklungszustand der Gesellschaft - so wie er ihn damals in den fortgeschrittenen Ländern Europas vorfand - zu formulieren und diese den gleichen Kriterien wie in der Naturwissenschaft zu unterwerfen. Es bleibt weiteren Forschungen vorbehalten zu prüfen, inwiefern Marx in seinen theoretischen Arbeiten nach 1870 in Übereinstimmung mit dem schon früher praktizierten Vorgehen und gestützt auf seine naturwissenschaftlichen Studien in dieser Zeit erneut historisch-ökonomische Begriffe in Analogie zu den Naturwissenschaften bildet. Auf eine solche Begriffsbildung hat bereits Engels in einer Fußnote zu dem von ihm 1885 herausgegebenen zweiten Band des "Kapitals" aufmerksam gemacht. Es handelt sich dabei um den von Marx in Anlehnung an die mechanische Wärmetheorie eingeführten Begriff des potentiellen Kapitals.¹⁷ Möglicherweise lassen sich in den überlieferten Texten weitere Begriffsbildungen dieser Art finden. Die inhaltlichen Gesichtspunkte, unter denen Engels und Marx ihre naturwissenschaftlichen Studien theoretisch verarbeiten, lassen sich nicht auf die beiden hier dargestellten reduzieren. Aber wahrscheinlich sind es jene, in denen die spezifische Orientierung beider - die Differenz zwischen ihnen - am deutlichsten zum Ausdruck kommt.

¹⁵ F. Vidoni: Das Laboratorium von Marx: Die Bedeutung der Naturwissenschaften für das Marxsche Werk. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 12, Frankfurt a. M. 1987, S. 111-122.

¹⁶ Ausführlicher dazu siehe A. Griese: Die naturwissenschaftlichen Studien von Marx. Versuch ihrer Einordnung in die Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts. A. a. O.

¹⁷ MEW 24, S. 83.

Raúl Fornet-Betancourt

Positivismus und Marxismus in Lateinamerika

Weder der Positivismus noch der Marxismus in Lateinamerika können in ihrer historischen theoretischen Entwicklung als Strömungen interpretiert werden, die in ihrer Geschichte ein Kapitel bloßer Rezeption des europäischen Positivismus bzw. Marxismus geschrieben hätten und die somit keine Eigenständigkeit in ihren jeweiligen Ansätzen ausweisen würden. Zwar gibt es in Lateinamerika positivistische und marxistische Philosophien, die sich tatsächlich als rezipierende Fortsetzung der europäischen Originalmuster verstehen. Unbestritten ist aber auch die Tatsache, daß sowohl von einem lateinamerikanischen Positivismus als auch von einem lateinamerikanischen Marxismus deshalb gesprochen werden muß, weil in Lateinamerika Positivismus und Marxismus nicht nur eine kontextuelle Transformation erfahren, sondern darüber hinaus beide von der europäischen Grundstruktur theoretisch derart dezentriert werden, daß ihre lateinamerikanische Entwicklung strenggenommen für eine Neugründung, d.h. für die Gründung einer anderen Tradition im Positivismus bzw. im Marxismus steht. Dies gilt insbesondere für den Positivismus, der in Lateinamerika sozusagen einen doppelten Ursprung hat. Denn einerseits entwickelt sich der Positivismus in Lateinamerika aus der Rezeption des europäischen Positivismus heraus. Andererseits aber gibt es vor der Rezeption des europäischen Positivismus, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts ansetzt, eine positivistische Denktradition, die in Lateinamerika spätestens ab 1830 die konsequente Umorientierung der Philosophie vorantreibt und die eben in der Tradition des sogenannten autochthonen Positivismus ihren adäquaten Ausdruck findet.

Dieser lateinamerikanische Positivismus, der Ergebnis des dialektischen Zusammenwirkens von philosophischen Ansätzen aus dem Programm der Aufklärung und historischen Herausforderungen ist, begründet meines Erachtens eine spezifische Tradition im Positivismus, die - im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit kann nur auf diesen Aspekt hingewiesen werden - nicht nur die Bedingungen dafür schafft, daß in Lateinamerika der Positivismus zum bevorzugten Ort der Marxismusrezeption wird. Denn der Eigenart dieser Positivismus-Tradition ist ebenfalls das Entscheidende in diesem Prozeß der Rezeption bzw. der Begegnung zwischen Positivismus und Marxismus zu verdanken, nämlich die Entdeckung der Möglichkeit einer komplementären Konvergenz zwischen beiden Ansätzen. Es ist doch dieser lateinamerikanische Positivismus, der sich am Leitfaden des Grundsatzes, daß "die Vernunft auf die Wirklichkeit einzuwirken hat"¹,

¹ Leopoldo Zea, Prólogo, in ders. (Hrsg.), Pensamiento Positivista Latinoamericano, Caracas 1984, S. XV.

konsequent orientiert, derjenige, der im Marxismus eine Philosophie erkennt, die gleichfalls transformatorisch auf die historische Realität einzuwirken versucht und mit der daher eine praktisch-theoretische Allianz eingegangen werden sollte.

Diese Erkenntnis führt zum Programm des sogenannten "positiven Sozialismus", zum Programm also, mit dem in Lateinamerika am Anfang dieses Jahrhunderts eine Synthese aus Positivismus und Marxismus versucht wird, und zwar mit der Absicht, durch die gegenseitige Transformation beider Denkansätze eine Philosophie zu entwickeln, die in der Lage sei, effektiv die Wirklichkeit nach einem rationalen Plan zu verändern.² Dieser Versuch soll nun kurz dargestellt werden. Zuerst aber soll als Einleitung ein Wort zum sozialhistorischen Kontext, in dem das Programm des positiven Sozialismus unternommen wird, gesagt werden.

1. Zum sozialhistorischen Kontext der Begegnung zwischen Positivismus und Marxismus in Lateinamerika

Entscheidend für das Verständnis der historischen Situation, in der lateinamerikanischen Philosophen an der Konvergenz von Positivismus und Marxismus arbeiten, ist der Umstand, daß es sich um eine Zeit handelt, die durch die Folgen des Zusammenbruchs der alten Kolonialordnung noch weitgehend geprägt ist. Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts ringt Lateinamerika in der Tat immer noch um die Befreiung von der Last und Deformation aus der Kolonialzeit; d.h. es sucht noch nach Auswegen in Richtung auf politische, ökonomische und kulturelle Selbstbestimmung. Positivismus und Marxismus begegnen sich somit in einer historischen Situation, in der die Aufgabe der Reorganisation der nationalen Gesellschaften in allen Bereichen im Mittelpunkt des sozialen und geistigen Interesses der fortschrittlichen Kreise der lateinamerikanischen Öffentlichkeit steht.

Man kann daher auch sagen, daß aufgrund der massiven Herausforderungen durch die sozialhistorische Situation der lateinamerikanischen Länder um die Jahrhundertwende Positivismus und Marxismus sich in einem Kontext begegnen, in dessen Rahmen theoretische Schuldifferenzen relativiert werden, und zwar deshalb, weil man - um die soziale Verantwortung der Philosophie wissend - in erster Linie nach dem gemeinsamen Beitrag der Philosophie zur Veränderung historischer Wirklichkeit sucht.

Vor diesem Hintergrund wird also ersichtlich, daß philosophische Positionen - hier Positivismus und Marxismus -, gerade weil sie das Bewußtsein

² Für die genauere Darstellung der philosophiegeschichtlichen Bedingungen des lateinamerikanischen positiven Sozialismus vgl. Raúl Fomet-Betancourt, Ein anderer Marxismus? Die philosophische Rezeption des Marxismus in Lateinamerika, Mainz 1994, insbesondere S. 36ff.

um die Verantwortung gegenüber den drängenden sozialpolitischen Problemen teilen, das Gespräch miteinander nicht aus einer defensiven Haltung heraus, die letztlich doch zur Verhärtung der eigenen Tradition führt, suchen, sondern aus der kritischen und darum auch selbstkritischen Einsicht darin, daß es um Kooperation der Theorien im Hinblick auf eine bessere Programmatik für das Eingreifen der Philosophie in die Wirklichkeit geht, und sei es um den Preis des freien Umgangs mit der eigenen Denktradition.

2. Zum Programm des positiven Sozialismus

Im Rahmen dieser Arbeit kann ich die Entwicklungsgeschichte des positiven Sozialismus, deren Anfang bei der argentinischen positivistischen Generation von 1880 datiert werden kann, nicht darstellen.³ Ich muß mich hier auf die Phase der expliziten Artikulation des positiven Sozialismus beschränken, genauer, ich konzentriere mich auf die Erörterung der Ansätze der zwei Philosophen, deren Namen eben mit der Herausarbeitung des positiven Sozialismus unmittelbar verbunden sind. Es sind die Argentinier José Ingenieros (1877-1925) und Juan Bautista Justo (1865-1928). Sie gelten ja als die wirklichen Begründer des positiven Sozialismus, weil sie im Unterschied zu den Vertretern der genannten Generation von 1880 den Marxismus bzw. die materialistische Geschichtstheorie des Marxismus als den neuen Horizont anerkennen, den sie wissenschaftlich und politisch zu bearbeiten haben, um eben die für den positiven Sozialismus charakteristische Konvergenz von Positivismus und Marxismus adäquat zu artikulieren. Um die Darstellung übersichtlicher zu machen, werde ich im folgenden beide Ansätze getrennt behandeln.

2.1. José Ingenieros

In der Ideengeschichte Lateinamerikas steht der Name Ingenieros für einen der Hauptvertreter des szientistisch orientierten Positivismus. Dies entspricht auch seinem eigenen Selbstverständnis, da Ingenieros selbst seinen fundamentalen philosophischen Standort als den des biologischen Materialismus definiert. Man muß zugleich betonen, daß für Ingenieros die Bejahung des biologischen Materialismus als Grundperspektive keineswegs die Übertragung biologischer Kategorien auf Geschichte und Gesellschaft impliziert. Im Gegenteil, Ingenieros spricht sich konsequent gegen jede Expansion des biologischen Materialismus auf die gesamte Wirklichkeit aus. Im vorliegenden Zusammenhang ist diese Einsicht um so mehr zu betonen, als sie für Ingenieros' Gespräch mit dem Marxismus von entscheidender Bedeutung ist. Denn Ingenieros' kritischer Vorbehalt ge-

³ Vgl. hierzu: Raúl Fomet-Betancourt, Marxismus und Positivismus in Lateinamerika. Zur Geschichte des 'positiven Sozialismus', in: Dialektik 2 (1993) 135-150.

genüber einer globalen Anwendung des biologischen Materialismus ist doch die Bedingung dafür, daß er auf den Marxismus als auf eine notwendige Ergänzung zur Theorie des biologischen Materialismus rekurriert. Daraus entsteht Ingenieros' Projekt zur Entwicklung einer "biologischen Soziologie"⁴, die zwar am biologischen Materialismus als Grundperspektive festhält, die aber zugleich versucht, dem historischen Materialismus dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die spezifische Dynamik und Eigenständigkeit der sozialhistorischen und sozioökonomischen Bereiche der Wirklichkeit anerkennt und darum die Explikation derselben aus der Perspektive des historischen Materialismus unternimmt. Auf diese Weise kann die biologische Soziologie für Ingenieros als Vermittlung der Komplementarität zwischen biologischem und historischem Materialismus fungieren.

Die Anerkennung des historischen Materialismus bedeutet so Ingenieros zufolge eine wichtige Ergänzung für die Grundperspektive des biologischen Materialismus. Aber umgekehrt gilt auch: Die Integration des historischen Materialismus in die Grundperspektive des biologischen Materialismus bedeutet eine Korrektur für den Marxismus. Denn diese Integration impliziert die Regionalisierung des historischen Materialismus. Der historische Materialismus soll als eine Regionalwissenschaft verstanden werden, welche in die Bewegung allgemeiner wissenschaftlicher Forschung zu integrieren ist, und zwar als die Methode, mit der ein Teil der Wirklichkeit erforscht werden soll.

Ingenieros' Assimilation des historischen Materialismus bedeutet weiter für die Entwicklung des Marxismus die Konsequenz, daß seine Fortentwicklung nur im Rahmen des Fortschritts der Wissenschaft stattfinden kann. Und dies hat wiederum zur Folge, daß der Marxismus akzeptieren muß, daß sein wissenschaftlicher Gehalt in einem höheren Stadium wissenschaftlicher Entwicklung "aufzuheben" ist. Hierzu gehört eben auch die Disposition zur "Aufhebung" des marxistischen Sozialismus in einem neuen Typus von Sozialismus, nämlich dem positiven Sozialismus.

So ist Ingenieros' Programm zur Entwicklung eines positiven Sozialismus als ein exemplarisches Beispiel für die Fortentwicklung des Marxismus als dessen Aufhebung in einer höheren Stufe wissenschaftlichen Fortschritts anzusehen. Es ist daher kein Zufall, daß Ingenieros das Programm des positiven Sozialismus eigentlich im Sinne einer der Hauptaufgaben der seines Erachtens fortschrittlichsten und wissenschaftlich besser fundierten Philosophie seiner Zeit, nämlich der "wissenschaftlichen Philosophie"⁵, versteht. Für Ingenieros soll ja der positive Sozialismus eine praktische

⁴ Vgl. José Ingenieros, *Sociología argentina*, in: *Obras Completas*, Bd. 6, Buenos Aires 1961, S. 15ff.

⁵ José Ingenieros, *Principios de Psicología Biológica*, Madrid 1903, S. 30ff.

Konkretion der Allianz zwischen Philosophie und Wissenschaft, durch welche sich eben die wissenschaftliche Philosophie auszeichnet, darstellen.

Als Bestandteil der Entwicklung der wissenschaftlichen Philosophie soll ferner der positive Sozialismus den sozialwissenschaftlichen Ansatz repräsentieren, in dessen Rahmen die kritische "Aufhebung" des Marxismus vollzogen werden soll, worunter Ingenieros vor allem die Überwindung der im Marxismus noch vorhandenen metaphysischen Relikte versteht. Im positiven Sozialismus wird der Marxismus - wie Ingenieros sich ausdrückt - einer Reinigung unterzogen, die ihn von Metaphysik und Dogmatismus befreit und seinen rationalen, realisierbaren Kern herausstellt.⁶

Es geht also um einen Sozialismus, der vom Marxismus den Plan zur Reorganisation der Gesellschaft nach wissenschaftlichen vernünftigen Kriterien rettet und der sich deshalb als ein offenes Programm anbietet, das nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch von der historischen Praxis und den Erfahrungen der Menschen her ständig zu überprüfen ist.

2.2. Juan Bautista Justo

Wie Ingenieros versteht Justo den positiven Sozialismus als die Figur, in der sich Marxismus und Positivismus konstruktiv mit dem Ziel der gegenseitigen Berichtigung verbinden lassen. Exemplarisch läßt sich Justos Versuch der Synthese von Marxismus und Positivismus an seiner Geschichtstheorie verdeutlichen.

Bekanntlich hat Justo seine Geschichtstheorie in seinem Hauptwerk "Teoría y práctica de la historia" (Buenos Aires 1909) dargelegt. Zu beachten ist nun zunächst die doppelte Dimension, die Justo in der Darstellung seiner Geschichtstheorie unterscheidet, indem er dabei die Konsequenzen aus der Verbindung von Marxismus und Positivismus zugleich wissenschaftlich und politisch-ethisch herauszuarbeiten versucht. Es geht ihm einerseits darum, die wissenschaftstheoretische Grundlegung eines neuen Erklärungsmodells der Geschichte zu explizieren, und andererseits darum, den Sozialismus als die politisch-ethische Option für die rationale Entwicklung menschlicher Geschichte zu dokumentieren. Diese beiden Momente sollen nun kurz erörtert werden.

Beim Anliegen der wissenschaftlichen Grundlegung der Geschichte macht Justo seinen positivistischen Standpunkt insofern geltend, als er "die Biologie zur Basis der Geschichte"⁷ macht. Zugleich aber läßt Justo keinen Zweifel daran, daß seine Bejahung dieser Grundthese des evolutionistischen Positivismus keineswegs im Sinne einer übertriebenen Expansion des Biologismus verstanden werden soll. D.h. Justo betont zugleich die

⁶ Vgl. José Ingenieros, *Socialismo y legislación del trabajo*, in: ders., *Antimperialismo y Nación*, México 1979, S. 254-255.

⁷ Juan B. Justo, *Teoría y práctica de la historia*, Buenos Aires, 1915, S. 9.

Grenzen des Biologismus, indem er auf die historische Spezifik menschlicher Geschichte hinweist. Für die Interpretation der Geschichte, aber ebensowenig für die praktische Orientierung in der Politik reicht daher der Biologismus nicht aus. Für Justo muß zwischen Biologie und Geschichte unterschieden werden, wohl aber nicht im Sinne einer Opposition, sondern vielmehr als Ausdruck des dialektischen Verhältnisses, das der Mensch selbst mit seiner Entwicklung aus und in der Natur stiftet.⁸ Deshalb besteht ferner nach Justo kein Widerspruch darin, die biologische Basis der Geschichte zu behaupten und gleichzeitig den eigentlichen Anfang menschlicher Geschichte doch erst auf der Stufe der technisch-ökonomischen Entwicklung zu orten.⁹ Und das will besagen, daß Justo die historisch-materialistische Entdeckung von Marx und Engels als notwendige Ergänzung zu seinem positivistischen Ausgangspunkt voll anerkennt. So betont er in diesem Zusammenhang: "... die technische Grundlage der menschlichen Evolution hat Marx in der modernen Geschichte entdeckt. Er und Engels haben als erste die historische Rolle der Produktionsweise in ihrer umfassenden Bedeutung verstanden und ihr alle anderen Phasen des sozialen Lebens untergeordnet."¹⁰

Wichtig ist vor allem aber Justos Anerkennung der historisch-materialistischen Perspektive als die Perspektive, aus deren Sicht gezeigt werden kann, daß Geschichte nicht auf blinden mechanischen, sondern eben auf intentionalen Kräften basiert. Geschichte bedeutet somit Handlung; Handlung bzw. Kampf der Menschen um die vollständige Entfaltung ihrer rationalen Potentialitäten.

Vor dem Hintergrund dieses Geschichtsverständnisses erläutert Justo dann die zweite Dimension seines Ansatzes. Im wesentlichen geht es dabei um die Darstellung der politisch-ethischen Implikation seiner Geschichtskonzeption, nämlich die Verpflichtung für eine Politik, welche Rationalität in der Geschichte durchsetzt, und zwar durch die praktische Verwirklichung der Idee des Sozialismus. Option für den Sozialismus ist ja für Justo Option für einen höheren Rationalitätsgrad in der Organisation menschlicher Gesellschaften, weil Sozialismus auf die rational vermittelte Versöhnung der Menschheit hin arbeitet. Diesen Sozialismus nennt Justo positiven Sozialismus, um damit deutlich zu machen, daß es sich um einen Sozialismus handelt, der auf Bewußtsein und Wissen setzt. Konkret bedeutet dies für Justo, daß der positive Sozialismus auf der Basis einer konsequenten Demokratisierung des Wissens aufgebaut werden soll. Ohne die Demokratisierung des Wissens ist nämlich das Ideal der Gleichheit aller Menschen nicht zu verwirklichen. Mehr noch: ohne die effektive Teilnahme aller Menschen am Wissen ihrer jeweiligen Epoche bleibt die vom

⁸ Vgl. Juan B. Justo, ebenda, S. 47.

⁹ Vgl. Juan B. Justo, ebenda, S. 53.

¹⁰ Juan B. Justo, ebenda, S. 54.

Sozialismus intendierte Finalisierung der Geschichte auf die Verwirklichung der Humanität in jedem Menschen eine abstrakte Vorstellung.

Die hier dargestellte Figur des positiven Sozialismus ist ein Kapitel lateinamerikanischer Philosophiegeschichte. Es wäre meines Erachtens jedoch falsch, daraus schließen zu wollen, daß heute diesem Versuch der Innovation im Marxismus nur ein philosophiehistorisches Interesse entgegengebracht werden kann. Denn mit diesem Versuch ist doch eine Tradition im Marxismus gegründet worden, die heute durchaus aktualisiert werden kann, und zwar als mögliche Orientierung für die Entwicklung einer marxistischen Theorie und Praxis, die - gerade weil sie auch die biologische Grundlage der Geschichte reflektieren - die Affirmation des Lebens mitten in einer Zivilisation des Todes und des Leidens zum obersten Ziel ihres Einsatzes machen.

Marx International

Bericht vom "Congrès Marx International" der Zeitschrift "Actuel Marx", Paris 27.-30. September 1995

Zum "Congrès Marx International" (27.-30. September 1995, Paris/Nanterre) hatte die in Paris erscheinende Zeitschrift "Actuel Marx" eingeladen, zusammen mit 96 Zeitschriften, Clubs, Institutionen, die sich in irgendeiner Weise an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung beteiligten. Mehrere hundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland diskutierten drei Tage in sieben Plenarveranstaltungen und 42 Arbeitsgruppen unter den Generalthemen "Kritische Bilanz des Marxismus", "Fortdauer des Kapitalismus und Aktualität des Marxismus" sowie "Kapitalismus - der überschreitbare Horizont unserer Zeit".

"Actuel Marx" erscheint seit 1987 unter der Regie von Jacques Bidet und Jacques Texier als Halbjahreszeitschrift. Bisher liegen 18 Ausgaben vor. "Actuel Marx" ist nicht organisationsgebunden und präsentiert ein relativ breites internationales Spektrum marxistisch orientierter Autoren. Für Frankreich relativ neu ist ihre Erschließung der außerfranzösischen marxistisch orientierten Diskussion (Lateinamerika, Japan, USA usw.). Neben der Zeitschrift kommen im gleichen Verlag (Presse Universitaire de France) inzwischen auch Buchpublikationen von "Actuel Marx" heraus, primär Konferenzprotokolle, daneben Publikationen der Herausgeber. "Actuel Marx" ordnet sich dem "Centre de philosophie politique, économie et sociale" des CNRS zu, das an der Université Paris X angesiedelt ist. Dort arbeiten die beiden Herausgeber. Die Universität und die staatliche Forschungsförderungsinstitution CNRS stellen in gewisser Weise auch das "Hinterland" der Zeitschrift dar, da hier nach wie vor relativ viele marxistisch orientierte Forscher unterschiedlicher Richtungen tätig sind.

Wir informieren über die meisten der in den Plenarveranstaltungen gehaltenen Vorträge. Aber natürlich spielte sich ein wesentlicher Teil der Konferenz vor den Sälen und besonders in den von verschiedenen Mitträgern der Tagung organisierten Arbeitsgruppen ab. In Frankreich ist derzeit wohl niemand anderes in der Lage, eine derartige Tagung zu organisieren und damit eine Kommunikationsmöglichkeit zu schaffen, die vielleicht der wichtigste Aspekt dieses Kongresses war. Ein Gespräch von "Le Monde" mit Jacques Bidet wird im Anschluß an diesen Bericht in Auszügen dokumentiert.

Im von Jacques Bidet geleiteten Eröffnungsplenum in der Sorbonne sprachen Samir Amin, Perry Anderson und Alain Lipietz. Samir Amin präsentierte, vom Forum der Dritten Welt in Dakar kommend, dessen Sicht auf die Herausbildung des Weltmarktes und die globale Kapitalisierung, die "Mondialisation". Der weltweiten Expansion des Kapitals sind Ungleich-

zeitigkeit der Entwicklung und Polarisierung zwischen den Regionen, zwischen Arm und Reich inhärent. Dieser Prozeß trägt die Möglichkeiten katastrophaler Zusammenbrüche und die Tendenz aggressiver Expansion in sich. Der Sozialismus hat, so Amin, dieser Globalisierung kein echtes Projekt der Selbstbestimmung entgegenzusetzen können. Heute komme es auf die Gegenbewegungen gegen die expansiv-aggressive Globalisierung an - Bewegungen gegen US-Hegemonie, für regionale Unabhängigkeit und für Demokratisierung gegen die Marktwirtschaftspolitik der Weltmarktinstitutionen.

Perry Anderson (Kalifornien) konstatierte, daß sich die kapitalistische Zivilisation gegenüber sozialistischen Tendenzen vorerst global verallgemeinert hat. Die klassischen Voraussetzungen des Sozialismus seien mehr oder weniger erodiert: traditionelle Arbeiterbewegung, industrielle Massenproduktion, Gemeineigentum und Planung, Egalität als Grundwert. Mit dem Übergang von industrieller Massenproduktion zum Postfordismus, so seine Sicht, zersetzt sich die Basis des klassischen Proletariats; trotz internationalen Wachstums verliert es angesichts des globalen Bevölkerungswachstums an Gewicht; mit der Internationalisierung des Kapitals auf neuer technischer Basis wächst aber die Masse der Lohnabhängigen. Der Realsozialismus habe sich als nicht fähig zur Organisation einer komplexen Ökonomie erwiesen; wie solle eine Planwirtschaft mit globaler Ökonomie umgehen? Der Test für die Tragbarkeit des Sozialismus bestehe auch heute darin, ob er die Probleme lösen kann, die sich vor und mit dem Kapitalismus aufbauen. Anderson sieht hier zwei Aspekte: einen Sozialismus, der mit differenzierten Eigentumsformen den Markt unter Kontrolle bringen könne; und eine entwickeltere Demokratie. Zugleich sei klar, daß die heutigen globalen Probleme im Rahmen des Kapitalismus nicht lösbar seien. Damit laste die Krise dem sozialistischen Projekt Aufgaben auf, die härter seien als jene, die es in der Geschichte bisher nicht habe lösen können. Anderson verweist auf die Eskalation des Nationalismus; aber die Zukunft gehöre jenen Kräften, die den Nationalismus überwunden haben.

Für Alain Lipietz (Grenoble) ist die zentrale Frage heute die Rolle des Marxismus für die Politische Ökologie. In dieser Verbindung liege einer der Wege der Zukunft des Marxismus; aber sie setzt voraus, zentrale Paradigmen des Marxismus neu zu durchdenken. Beiden sind gemeinsam: Materialismus, Dialektik, Historizismus, Fortschrittsdenken. Aber sie treten in Gegensatz in ihrer Bewertung der Produktivkraftentwicklung. Marx habe sein ganzes Denken und Handeln auf die zentrale Rolle von Produktion und Produzenten gestützt. Die damit verbundene Vorstellung von konsumtiver Praxis ist unvereinbar mit den ökologischen Imperativen und der notwendigen Einschränkung von Wachstum. Die Marxsche Definition des Kommunismus in der "Deutschen Ideologie" ist eine fundamentale Idee aller Transformationsvorstellungen, die über den Kapitalismus hinausweisen. Freilich werfe die Formulierung "jeder nach seinen Bedürfnis-

sen" Fragen auf - was ist mit den Bedürfnissen der anderen, mit jenen anderer Arten und der Natur? Neu zu durchdenkende Schlüsselfragen des Marxismus sind: Werttheorie, die zentrale Rolle der Produzenten für die soziale Umgestaltung, die Kategorien der Bedürfnisse und des Gebrauchswerts.

Auf dem Plenum "Marxismus in der Bilanz der letzten hundert Jahre" sprach zuerst *Jacques Kergoat* (Paris) über das Verhältnis von Klassenkampf und Herrschaft (in diesem Heft). *Domenico Losurdo* (Urbino) plädierte für eine realistische Sicht auf die Oktoberrevolution und den heutigen Kapitalismus. Es hat keinen Sinn, dem Kapitalismus ein idealisiertes Bild des Sozialismus entgegenzusetzen. Das Bemühen der bürgerlichen Ideologie, eine direkte Verbindung zwischen Marx und dem Gulag zu ziehen, hat auf der Linken quasi spiegelbildlich dazu geführt, eine Rückkehr zu Marx mit dem Ziel zu propagieren, seine Ideen von allen Folgen zu "reinigen", die sie im historischen Prozeß unseres Jahrhunderts gezeitigt haben. Man muß die Bilanz gerade anders aufmachen. Der befreiende Aspekt der Oktoberrevolution und der durch sie eingeleiteten historischen Epoche ist zu betonen, und die kritisch-selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte des realen Sozialismus sollte verfolgt werden ohne seine Errungenschaften zu vergessen. Es gibt keinen Grund, auf die Marxsche Methode der Revolutionsbetrachtung - exemplifiziert in seiner Sicht der Französischen Revolution - zu verzichten. Zugleich braucht man eine neue Definition des Sozialismus/Kommunismus, die das messianische Element nicht mehr enthält, ohne das andererseits die Oktoberrevolution nicht siegen konnte.

Das Prinzip der permanenten Revolution kann man mit Gramsci, so *Jacques Texier*, als das Prinzip des "Bewegungskrieges" charakterisieren. Es gehört zur Tradition der Französischen Revolution; ihm entspricht das Weitertreiben der demokratischen zur sozialen Revolution. Texier sieht hier eine Linie von der 48er Revolution bis zur Oktoberrevolution als Demokratie der Sowjets (Diktatur ohne Gesetz). Texier plädiert dafür, dieses Konzept bei Marx gegen die spätere Lesart der III. Internationale zu rekonstruieren.

Das Plenum "Zusammenbruch des Realsozialismus" brachte Beiträge von *Boris Kagarlitzky* (Moskau), *Milos Nikolic* (ehemals Cavtat) und *Cathérine Samary* (Paris). *Nikolic*, der sich über den Realsozialismus nicht äußerte, schlägt als Zukunftsprojekt eine "gemischte Wirtschaft" vor, die als eine Art "transitorische Gesellschaftsformation" neue Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung schaffen könnte. *Kagarlitzky* verweist auf das Desaster der kapitalistischen Restauration in Rußland, die sich als Modernisierung empfohlen hat und eine Barbarisierung der Gesellschaft durch die Zerstörung der Wirtschaft und die Beseitigung elementarer sozialer Sicherungen auslöst. Die russische Welt sei heute näher an Marx als an Keynes. Die Antwort auf den neoklassischen Kapitalismus sei eine neomarxistische Orthodoxie. Im Gegensatz zu Marx können wir heute, so *Cathérine Samary*,

aus dem Scheitern des Realsozialismus Schlußfolgerungen ziehen. Wichtig sei es, vom Oktober 1917 ausgehend nach historischen Alternativen und "Wegegabelungen" und denkbaren Alternativen zum bürokratisierten Reproduktionstyp zu fragen.

Auf dem Plenum "Kapitalismus, Natur, Kultur" verwies *Fredric Jameson* (Duke University) auf die gegenwärtige Deregulierung und auf die neuen Formen der Arbeit. Es gebe nicht nur einen neuen Warentyp, es gebe auch eine "Globalisierung der kapitalistischen Zerstörung". Angesichts einer erneuten "Proletarisierung der Massen" und eines in Reaktion darauf neuen Fundamentalismus gelte es eine neue Politik zu entwickeln, eine Radikalisierung der Linken, die auch die ökologische Frage aufzunehmen habe. In diesen Kontext müsse einbezogen sein, daß auch die Kultur inzwischen warenbestimmt ist. Um so notwendiger sei es, Themen wie Entfremdung und Dialektik erneut aufzugreifen, denn es sei die Aufgabe der Intellektuellen, die Emanzipation zu formulieren.

Wenn man sich auf den Kapitalismus in seiner Ambivalenz als zugleich progressives wie destruktives Element beziehe, könne man auch nicht mit einem industriepositivistischen Marxverständnis operieren. Auch Marx sei positivistisch und kritisch zugleich gewesen, betonte *Michel Löwy* (Paris). Die Revolutionen, so sei heute zu betonen, seien nicht so sehr die Lokomotiven der Geschichte als Bremsen vor dem Abgrund. Eine offene Dialektik müsse ökosozialistisch sein und einen Bruch gegenüber dem "industriellen Fortschrittsglauben" vollziehen.

Martinez-Alier setzte hier an mit der Frage nach dem Verhältnis von ökologischer Politik und Marxismus. Er zentriert sie auf das Energieproblem. Die Scheu vieler Marxisten vor der Ökologie, so meint er, sei verursacht von einer Angst vor der Naturalisierung der Geschichte. Er plädiert stattdessen für eine Historisierung der Ökologie. Angesichts eines "toxischen Imperialismus" sei auch nur eine internationalistische Politik möglich.

Das Plenum "Worum geht es in den neuen sozialen Kämpfen" rückte die Frauenarbeit ins Zentrum. Die gesellschaftliche Arbeit, so betonte *Geneviève Fraisse* (Paris), sei durch Arbeitsteilung und Ungleichheit gekennzeichnet, durch geschlechtsspezifische Aufteilung von Produktion und Reproduktion. Der Marxismus habe immer die männliche Arbeit im Blick gehabt, die andere ausgeschlossen. Im Theorem einer "Produktion der Produktion" sei ein Ansatz einer anderen Orientierung gegeben.

Etienne Balibar (Paris) hingegen gab zu bedenken, daß die neuen sozialen Bewegungen auch Momente von "archaischen Formen" sozialen Protests an sich trügen. In bezug auf die angesprochenen Fragen der neuen Proletariat und der geschlechtlichen Arbeitsteilung betonte er, daß die Proletarisierung sich inzwischen auch auf Frauen erstreckte. Die Flexibilisierungsstrategien des Kapitals - Beispiel Deutsche Bank - habe schon darauf reagiert. Die Auseinandersetzung um eine neue Regulation habe erst begonnen.

Christine Delphy (Paris) hob die Historizität aller sozialen Bewegungen hervor. Sie stellte in ihrer Rede Hausarbeit, Doppelbelastung der Frau, Hierarchisierung in den Berufen in den Mittelpunkt. Die Frauen müßten einen Doppelkampf führen, gegen das "private" wie gegen das "öffentliche Patriarchat". Es gehe endlich auch um eine Unabhängigkeit in der Arbeit.

Thema des Abschlußplenums war "Welche Alternative zum Kapitalismus?" Eingangs verwies Tony Andréani (Paris) auf den Prozeß eines lokalen Wandels bei gleichzeitiger Globalisierung. Angesichts der gegenwärtigen Situation sei das sozialdemokratische Projekt - Beispiel Schweden - gescheitert. Gegenüber der Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte gebe es auf der Seite von Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit überhaupt keine Politik. In der Phase des gegenwärtigen Imperialismus müsse allerdings in den einzelnen Ländern eine gewisse Spezialisierung beibehalten werden, aber auf Grundlage einer entbürokratisierten Planifikation; also Marktsozialismus.

Lucien Sève fragte explizit nach Alternativen zum Kapitalismus. Die Marx'sche Vision des Kommunismus behält angesichts der Irrwege der Gegenwart ihre Überzeugungskraft. Der Realsozialismus sei auch an seinem Industriefetischismus gescheitert. Bisher sei der Kommunismus eine regulative Idee für den Realsozialismus gewesen und habe als materialistische Theologie fungiert. Sève forderte eine Neubegründung des Kommunismus. Hier gibt es eine Menge Probleme, wie Status der Post-Klasse, der neuen Klasse, der Neuzusammensetzung als Bewegungseinheit. Gegen die "zynische Vereinzelung der Individuen durch das Kapital" wird ein neuer Optimismus eingeklagt, ein radikaler Wechsel: "Nichts bleibt, wie es ist".

Jacques Bidet ging in seinem die Tagung abschließenden Beitrag aus von einem neuen Verständnis von Marx, das vier seiner Irrtümer berichtigen soll:

1. die Erklärung von Markt und Kapital als gleich wesentlich, die es verbietet, einen Marktsozialismus zu denken;
2. einen Historizismus, der es ihm nicht erlaubte, das Verhältnis von Markt und Plan adäquat zu fassen, nämlich als Verhältnis, in dem beide Seiten auf vielfältige Weise aufeinander verwiesen, und nicht wie bei Marx voneinander geschieden sind;
3. eine Vermischung von freier Assoziation und organisierter Assoziation als Grund späteren Staatssozialismus und
4. einer falschen Konstruktion des Übergangs vom Markt zum Kapital (Kapital Bd. I, die ersten Kapitel), die ihm den Zugang zu einer adäquaten Behandlung der Lohnfrage als im Kern eine der Gerechtigkeit versperrt.

Wenn man von da zu einer Weiterentwicklung der Theorie, zu einer größeren Allgemeinheit fortschreite, so werde deutlich, daß man auf eine neue Theorie der Gerechtigkeit verwiesen sei, auf Gerechtigkeit im Namen

von Freiheit und Gleichheit - oder Marxismus in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft, wie man hier kritisch hinzufügen kann.

Diethard Behrens/André Leisewitz/Reinhard Schweicher

Die Selbstkritik des Marxismus muß bis auf Marx zurückgehen

Eine Gespräch mit Jacques Bidet¹

Vorbemerkung von "Le Monde": Jacques Bidet ist Maître de conférences de philosophie an der Universität Pari-X-Nanterre. Zusammen mit Jacques Texier leitet er die Zeitschrift *Actuel Marx*, die ein vom 27. bis 30. September veranstaltetes internationales Kolloquium zur Bilanz und zu den Perspektiven des Marxismus organisiert hat. Der ehemalige Theologe, der in den siebziger Jahren ein Aktivist der KPF war, bevor er sich Anfang der achtziger Jahre von ihr entfernte, präsentiert sich nicht als "ein marxistischer Philosoph", sondern als "ein Philosoph, der über den Diskurs von Marx arbeitet". Er versucht, eine "allgemeine Theorie" zu entwickeln, die "die analytischen Traditionen des Marxismus und die normativen Traditionen des Kontraktualismus" miteinander verbindet. Hinsichtlich des ersten hält er an der "wissenschaftlichen" Analyse des kapitalistischen Systems fest, von letzterem, der sich auf die heute von John Rawls wieder zur Geltung gebrachte Theorie des "contrat social" stützt, entlehnt er das "ethisch-politische" Projekt einer auf das Recht und die Gerechtigkeit gegründeten Gesellschaft.

Was bleibt nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas von der marxistischen Theorie, was dient als ihre politische und ökonomische Organisationsgrundlage? In welchem Sinne kann man von nun an von einer Aktualität de Marxismus sprechen?

Der Terminus Marxismus ist ziemlich zweideutig. Er kann das Denken von Marx bezeichnen, das Ensemble der durch die politischen und intellektuellen Strömungen, die sich auf ihn berufen haben, entwickelten Doktrinen, oder auch noch den "Marxismus-Leninismus", die offizielle Ideologie der kommunistischen Bewegung seit Stalin. Die französische Sprache ist die einzige, die nicht zwischen dem unterscheidet, was marxistisch, und dem, was im eigentlichen Sinne "marxisch" ist. Man kann nicht alles zusammenwerfen. Aber man kann sich dem auch nicht durch Distinktionen entziehen, weil es offensichtlich eine Beziehung zwischen all diesen Dingen gibt.

...

¹ Auszüge aus einem von Thomas Ferenczi geführten Gespräch mit Jacques Bidet, *Le Monde*, 2. Oktober 1995, Übersetzung: Reinhard Schweicher.

Marx war vor allem ein Analytiker und Theoretiker der kapitalistischen Gesellschaft. Er hat sich jeder die Zukunft betreffenden Spekulation enthalten. Seine Analyse der kapitalistischen Gesellschaft impliziert dennoch, als deren Negation, eine bestimmte Idee der Alternative zu ihr. Das Kapital versucht zu zeigen, daß man den Kapitalismus nicht abschaffen kann, ohne den Markt zu beseitigen. Wenn man nun jedes Marktverhältnis aufhebt, bleibt, auf der gesellschaftlichen Stufenleiter, nur das andere große Prinzip rationaler Organisation, die administrative Planung. ... (Diese) führt zu einer zentralisierten Kontrolle der Gesellschaft, die zu sichern eine einheitliche Partei am ehesten befähigt ist. Sie trägt also in sich selbst eine Bedrohung für eine Rechtsordnung. ... Sie läßt kaum Platz für die Assoziations- und Ausdrucksfreiheit, der die Gründer und Vorkämpfer der kommunistischen Bewegung so sehr verbunden waren.

In diesem Sinne, scheint mir, muß die Selbstkritik des Marxismus bis auf Marx zurückgehen.

Ist die Analyse des Kapitalismus, das im 19. Jahrhundert erarbeitete Marx'sche Werk, noch auf den Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts anwendbar? Welche Konzepte kann man "retten"? Ist es möglich, wie in den vergangenen hundertundfünfzig Jahren auf die Rolle des Proletariats oder die Aneignung der Produktionsmittel zu rechnen?

Die Analyse von Marx, Autor des Kapital, betrifft die grundlegenden Strukturen und die lange Dauer. Gerade am Ende des 20. Jahrhunderts, vielmehr als im 19. Jahrhundert, manifestiert sich das, was Marx als die Haupttendenzen des Systems diagnostizierte: nicht nur die Ausbeutung der Arbeit, sondern ebenso die Ausschließung, die nach einem Marxschen Ausdruck in die Arbeitslosigkeit geworfenen "Armeen Überzähliger", die Herrschaft über die Peripherien und die koloniale Plünderung. Erst heute ist die gesamte Welt Markt geworden. Erst heute findet sich das Eigentum auf weltweiter Stufenleiter in den Händen einer ganz kleinen Minderheit konzentriert und die Armut verbreitet über die große Zahl. ... Die gesellschaftlichen Konfigurationen des Kapitalismus haben sich modifiziert. Die industrielle Arbeiterklasse hat zweifellos nicht mehr dieselbe strategische Bedeutung wie im 19. Jahrhundert. Das soll nicht heißen, daß die gesellschaftlichen Klassen verschwunden wären. Die Struktur ist nur komplexer geworden, weitgehend mittels schulischer Institutionen. Das ökonomische Kapital verbindet sich mit dem kulturellen. Aber die Strukturen sozialer Ungleichheit reproduzieren sich. In der modernen Welt wird der Klassenkampf ständig reaktiviert durch den Widerspruch zwischen dem, was sie verspricht, Freiheit und Gleichheit, und dem, was sie gibt, die ökonomische Unterwerfung der großen Zahl.

Für die Marxisten steht die Wahl zwischen der Marktökonomie und der autoritären Planung. Existiert, nachdem die letztere gescheitert ist, ein dritter Weg? Kann der Marxismus dazu beitragen, ihn zu denken?

Jeder dürfte heute zugeben, daß es keine rationale Ökonomie ohne eine bestimmte Kombination von Markt, Organisation (die immer in gewissem Sinne geplant ist) und unmittelbarer Kooperation gibt. ... Das Programm des Sozialismus sieht nicht die Abschaffung marktförmiger oder organisierter gesellschaftlicher Verhältnisse vor, sondern die Überwindung der durch diese hervorgerufenen Klassenverhältnisse. Es existiert heute eine ganze, namentlich angelsächsische Forschungsrichtung zu diesem Thema neuer "Sozialismusmodelle". Diese Modelle versuchen, eine zugleich wirkungsfähige und gerechte Welt zu definieren, nicht als eine Endzeitutopie, sondern als einen beweglichen Horizont, der allen bereits stattfindenden Kämpfen einen Konvergenzpunkt geben könnte. Denn es geht, seit Gerechtigkeit in Frage steht, sehr wohl um Kampf, da die Herrschenden ihre Position verteidigen. Der Klassenkampf ist nicht nur ein Tatbestand. Der Kampfsgeist ist die Tugend der Politik.

Kann der Marxismus auf die großen Fragen antworten, die heute von der Ökologie gestellt werden?

Die wechselseitige Allergie, die die "Grünen" und die "Roten" lange Zeit an den Tag gelegt haben, ist nicht allzu überraschend, hatte Marx selber doch nur davon gesprochen, daß der Kapitalismus eine "Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte" geworden ist.

Der historische Materialismus ist dennoch nichts anderes als das Studium der Gesellschaften in ihrem Verhältnis zur Natur. Und seine Kritik des Kapitalismus besteht in der Feststellung, daß seine Zweckbestimmtheit nicht die Produktion von "Gebrauchswerten" ist, sondern der Profit in seiner ganzen Abstraktion, welcherart auch dessen Folgen für die Menschheit und die Natur sein mögen. Auf diesem Terrain hat sich die Logik der Planung als ebenso blind wie die des Markts erwiesen. Das hindert uns nicht, daran festzuhalten, daß Marx der erste ökologische Philosoph war, der erste, der die Frage des Naturverhältnisses von den gesellschaftlichen Produktionslogiken her aufnahm und konstatierte, daß der sich selbst überlassene Kapitalismus die Natur zerstört.

Hat sich die Marxlektüre seit den sechziger Jahren und den Arbeiten Althusser's geändert?

Jede Generation befragt von ihren Problemen und ihrer eigenen Kultur her aufs Neue die Autoren der Tradition. Heute wird die Neubegründung des Marxismus in der angelsächsischen Welt ins Werk gesetzt. Es geht um einen "analytischen" Marxismus, der mit den hegelianischen Traditionen des kontinentalen Marxismus bricht. Seine Protagonisten wie Gerry Cohen, Eric Roemer, Robert Brenner üben schon einen großen Einfluß aus.

Bei der Althusser-Lektüre bin ich zum ersten Mal einem Marxisten begegnet, der Marx auf Distanz hielt, der den Text des Kapital wie einen beliebigen anderen theoretischen Text behandelte, der nicht in jedem Moment immanentes "Marxsches Denken" voraussetzte, sondern darin vielmehr ein

Ensemble von Aussagen sah, deren Kohärenz immer problematisch bleibt.

...

Ihre Anstrengungen sind auf eine "Theorie der Modernität" gerichtet. Welchen Platz nimmt der Marxismus in dieser Arbeit ein?

Ich versuche, eine Synthese zwischen dem Marxismus und den kontraktualistischen Traditionen herzustellen. Ich gehe von einer breiter als die Marxsche angelegten Betrachtung aus, da Marx, wie mir scheint, sich darin getäuscht hat, daß er den Markt als eine im Verhältnis zum Plan autonome Form auffaßte. Wenn der Markt kein Naturgesetz ist, so genau deswegen, weil er nur eine Regel ist, die der freien Vertragsbeziehung (contractualité) zwischen den Individuen. Aber diese Regel existiert als Freiheitsregel nur insofern, als sie durch einen freien Gemeinwillen gesetzt wird, d.h. durch ein Gemeinwesen, das frei ist, sich andere Regeln zu geben, zum Beispiel, sich auf Zwecke und diesen adäquate Mittel zu verständigen, kurz Regeln von Planung, von Organisation. Diese antinomische Beziehung zwischen zentraler und interindividueller Vertragsbeziehung scheint mir der Eckpfeiler jeder (kontraktuellen) politischen Theorie, aber auch jeder denkbaren (rationalen) ökonomischen Theorie der Moderne zu sein.

Sie versuchen, das Marxsche Denken mit dem von John Rawls und Fernand Braudel zu "komplettieren". Können Sie die Verbindungsglieder zwischen ihnen erklären?

Rawls stellt das Schema des Vertrags, d.h. der Gerechtigkeit, wieder ins Zentrum der politischen Philosophie. Er knüpft an die große klassische Tradition an. Er erweitert sie durch ihre Anwendung auf die ökonomische Sphäre. Sein "Differenzprinzip", das zur Abschaffung jeder Ungleichheit auffordert, die nicht der Probe auf ihre Nützlichkeit für diejenigen, die weniger haben, standhält, ist eine sehr rigorose Formulierung des Universellen, dessen, was sich jedem unparteiischen Geist aufdrängt. Sein Geltungskriterium ist nichts anderes als der Blickpunkt der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Rawls gibt ihm eine lindernde Version. Dennoch hat man hier ein starkes logisches Prinzip für das Denken politischer Praxis.

Die Herangehensweise Braudels ermöglicht eine Neubefassung mit der marxistischen Analyse zu einem wesentlichen Punkt, der nationalen Frage. Die Weltökonomie, die der alten imperialen Form folgt, ist von Anfang an fragmentiert und tendiert dazu, sich in einem Netz von Nationalstaaten (d'États-nations) zu konstituieren. Das rührt genau daher, daß das Marktgesetz, das eben kein Naturgesetz, sondern nur eine Regel ist, immer ein autoritäres Zentrum voraussetzt, das sie sichert und also auch die innere Ordnung in verschiedenen Formen regeln und reglementieren kann. Es muß den Warentausch mit anderen Entitäten des Weltmarkts kontrollieren. In diesem Ensemble gibt es von Anfang an ein Zentrum und Peripherien wie diesen Beziehungen entsprechende Herrschaftsverhältnisse. Die kapitalistischen Strukturen realisieren sich in einem räumlichen und geo-

politischen System. Aber das System erschließt sich über die Struktur. Braudel setzt Marx voraus.

"... in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen" - Engels als Revolutionär und als Reformier?

Internationale wissenschaftliche Konferenz der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal "Friedrich Engels - revolutionärer Denker - Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus", 29.9.-1.10.1995

Der oben zitierte Satz aus der Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich" war vielleicht heimliches Motto einer Konferenz zum 175. Geburtstag und zum 100. Todestag von Friedrich Engels, zu der die Marx-Engels-Stiftung Ende September/Anfang Oktober nach Wuppertal einlud. Es war eine von vielen linken Veranstaltungen in diesem Jahr zu Ehren von Engels. Wohl aber sorgte nicht ein anonymes Regisseur einer bundesweit agierenden Kampagne für die Popularisierung eines der Ahnherrn des wissenschaftlichen Sozialismus fünf Jahre nach Ende des realen Sozialismus. Die Vielfalt der Veranstaltungen ist eher Ausdruck einer unveränderten Zersplitterung und Verbiesterung linker Politik und Theorie, die Marx wie Engels aus ihrer Zeit wohl kannten und ebenso verabscheuten.

Als Überraschungsgast sprach *Ernesto Cardenal*, der Dichter und ehemalige sandinistische Kulturminister, zu den rund 140 Wissenschaftlern und Interessierten. Er büstete zweifellos ein wenig gegen den Strich einer wissenschaftlichen Veranstaltung, als er meinte, daß es nicht so wichtig sei, Marx und Engels zu lesen, sondern sie vielmehr mit Leben zu erfüllen. "In Nicaragua hatten wir eine Revolution, die versuchte, diese Theorie in die Praxis umzusetzen."

Mit seinem Bekenntnis zu dieser Revolution - trotz aller Auseinandersetzungen im derzeitigen linken, sandinistischen Lager - verband er aber auch ein Bekenntnis zur Demokratie. "Wir haben die Macht durch demokratische Wahlen verloren, wir werden sie auch demokratisch wiedergewinnen." Damit hatte er einen der entscheidenden kontroversen Punkte der Debatte in Wuppertal ungewollt auf einen historisch-konkreten Bezugspunkt gebracht. Denn an Hand der Altersschriften von Engels, also auch der umstrittenen "Einleitung" von 1895, wurde von einigen Diskutanten die Fähigkeit Engels' gewürdigt, unter neuen Kampfbedingungen eines sich wandelnden Kapitalismus und einer erstarkenden Sozialdemokratie Korrekturen an den seit 1848 entwickelten Revolutionsvorstellungen anzubringen. *Bernhard Sander (Hamburg)* sprach in Anlehnung an Gramsci von einem "geduldigen Stellungskrieg", den Engels seinen Genossen in der neuen Situation empfahl. Ohne das Ringen um eine Mehrheit in der Gesellschaft kann die soziale Emanzipation nicht verwirklicht werden. *Sander* zog des-

halb die Verbindung zur Gegenwart, daß die Verteidigung der demokratischen Willensbildung gegen gewaltsame Blockierungen der Einstieg in einen Prozeß tiefgreifender Wandlungen ist. Dabei gehe es nicht um eine Alternative von Nur-Parlamentarismus oder außerparlamentarische Bewegung, sondern um die Formierung eines Blocks sozialer Kräfte, der politisch für eine tiefgreifende Gesellschaftsveränderung kämpft.

Ähnlich argumentierte *Stefan Bollinger (Berlin)*, der auf zwei neue Momente beim späten Engels verwies. Zum einen die Revision des kritischen Urteils zum Parlamentarismus und das Herausstellen seiner Möglichkeiten für den Kampf der Arbeiterbewegung. Diesen Kampf um Wählerstimmen und Parlamentssitze begriff er als wesentliche Vorbereitung auf den Sieg. Zum anderen distanzierte Engels sich von ökonomistischen Verkürzungen der Gesellschaftsanalyse zugunsten einer differenzierten Sicht auf die Überbaubereiche von Staat, Recht oder Ideologie. In denen müssen dann auch die Kämpfe geführt und gewonnen werden.

Hans Luft (Berlin) zog die Verbindung zum Untergang des Realsozialismus und machte das Fehlen der parlamentarischen Demokratie im Moskauer Sozialismusmodell als eine Hauptursache für das Scheitern fest. Denn damit ging eine wichtige Barriere gegen die Überforderung der Wirtschaft, gegen Mittelmaß und Gleichmacherei verloren und es blieben Leute an der Macht, die sich keine Partei bei freien Wahlen auf Dauer hätte leisten können. Gleichzeitig plädierte er für einen Eigentumspluralismus in einer künftigen alternativen Gesellschaft, der allein die nötigen Leistungsanreize und damit die Effizienz der Wirtschaft sichern könnte.

Der reformerische Ansatz war in der Diskussion umstritten. Schon in seinem Einleitungsreferat hatte *Heinz Jung (Weilrod)* die "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie" von 1844 nicht nur als "jugendlichen Geniestreich" von Engels herausgestellt, sondern auch deren aktuellen "Fundamentalismus" als Grundsatzkritik am Konkurrenz- und Freihandelssystem. Manchen heutigen Transformationsvorstellungen erteilte *Jung* eine entschiedene Absage: "Der Bruch mit der 'Logik des Kapitals' erscheint nicht als Häufung von Reformschritten denkbar. Ein 'Marktsozialismus' ist selbst unter Erwägung der Erfahrungen mit einem ineffizienten Realsozialismus nur für eine mehr oder weniger lange Übergangsperiode denkbar." *Willi Gerns* und *Hans Peter Brenner (Bonn)* hielten die Berufung auf die "Einleitung" von 1895 besonders deshalb für falsch, weil diese unter den Bedingungen der Furcht der deutschen SPD-Führung vor neuen "Umsturzvorlagen" geschrieben wurde und deshalb eher taktisch entschärft wurde, als daß man sie zur Quelle einer neuen Strategie der Arbeiterbewegung machen könnte.

Auch *Wolfgang Eichhorn (Berlin)* brach mit liebgewordenen klaren und verbindlichen Positionen einer vorgeblich als marxistisch deklarierten Theorie. Er forderte deshalb, in geschichtsphilosophischen Fragen mehr Vorsicht walten zu lassen. Besonders diskutierte er Engels Position, daß

die Menschen in der künftigen Gesellschaft die gesellschaftlichen Gesetze sachkundig anwenden und so auch Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung würden. Dies sei in der Vergangenheit viel zu vereinfacht interpretiert worden und muß weit komplexer gesehen werden. Es gibt keinen einmaligen Akt gesellschaftlichen Wandels, sondern es handelt sich um einen ganzen Prozeß tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen. So wurde zu lange die Vergesellschaftung nur als einmaliger Akt der Verstaatlichung begriffen. Ebenso wurde die qualitativ neuartige Gestaltung der Gesellschaft mit der totalen Regelung aller Gesellschaftsverhältnisse verwechselt. Gerade in Übergangsprozessen stellen aber gesellschaftliche Gesetze nur Möglichkeitsfelder des Handelns dar, sie sind vielfältig und oft gegensätzlich. Insofern ist das Auseinanderfallen von Absichten und Folgen des Handelns der Subjekte folgerichtig. Deshalb warnte *Eichhorn* vor der kurzschlüssigen Verbindung von Gesetzmäßigkeiten und politischer Strategie, zumal, wenn man am Anfang eines langen Prozesses steht. "Geschichtemachen ist durch Komplexität und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet."

Dies bestätigte auch *Erich Hahn (Berlin)*, der von der irrigen Vorstellung des Zusammenhanges von Wissenschaft und Politik als unfehlbarem Kompaß warnte. Ausgehend von der erneuten Lektüre der "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" und den realsozialistischen Erfahrungen würdigte er die Leistung von Engels (und Marx). Mit dem Begründen des wissenschaftlichen Sozialismus überwandene sie den utopischen und errichteten ein wissenschaftliches Gebäude. *Hahn* betonte den dialektischen Gegensatz von Wissenschaft und Politik. Er stimmte zu, daß im Realsozialismus die Theorie zur Magd der Politik verkommen sei und zeigte zugleich, daß die Politik dort gar kein Gegenstand der Wissenschaft war. Illusionen einer automatischen Überwindung des heutigen Kapitalismus und des Ersatzes des wissenschaftlichen Sozialismus nur durch Ethik erteilte er eine Absage. Am Klassenkampf von Klassen mit unversöhnlichen Interessen ist nichts zu rütteln, und er findet zumindest tagtäglich als Klassenkampf "von oben" statt.

Das bekräftigte auch *Robert Steigerwald (Eschborn)*, der an Lenins Wort vom Wichtigsten im Marxismus, der Entdeckung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats, festhalten will. Ihn focht die in der Diskussion verschiedentlich aufgeworfene und nicht ausdiskutierte Frage kaum an, ob diese Arbeiterklasse überhaupt noch existiere, geschweige denn als kämpferische Klasse wirke. Dagegen wandte er ein, daß es wohl richtiger wäre, anstatt auf die Arbeiterklasse zu schimpfen, sich mit der Frage der Arbeiterbewegung (besonders, aber nicht ausschließlich der sozialdemokratischen) zu befassen. Hier wären Ursachen für den heutigen Zustand zu suchen. Nichtproletarische Schichten könnten kein Ersatz als revolutionäres Subjekt sein.

In die gleiche Richtung argumentierte als Parteipolitiker *Heinz Stehr (Elmshorn)*, der die Abkehr von den proletarischen Prinzipien als Oppor-

tunismus charakterisierte. Im Zusammenhang von Reform und Revolution vertrat er traditionelle Positionen und warnte vor Illusionen bei notwendigen Reformen. Es gäbe keinen direkten Weg zum Sozialismus, sondern dieser habe viele Übergänge. Die Alternative Sozialismus oder Barbarei stehe jedoch unverändert. Bei der Erarbeitung der Politik könne und müsse es einen Meinungspluralismus geben, aber dieser ende in Politik und Theorie.

Die jüngst mit der Edition der "Kapital"-Arbeiten in der MEGA wieder angefachte Diskussion über ein angebliches Unverständnis von Engels für Marx' Dialektik und Kapitalanalyse wurde kritisch beleuchtet. Natürlich wurde die unterschiedliche Herangehensweise von Marx und Engels betont. Gleichzeitig, so bei Jung, konnte die gegenseitige Befruchtung in der Arbeit seit den "Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie" aufgezeigt werden.

Anneliese Griese und *Gerd Pawelzig* (Berlin) betonten die Leistung Engels' bei seinen Forschungen zur Dialektik in den Naturwissenschaften. Das Anliegen der "naturdialektischen" Studien von Engels war, sich im Detail zu überzeugen, daß die von Hegel entdeckten Gesetze der Dialektik auch in der Natur gültig sind, und zu prüfen, inwiefern die Naturwissenschaften diese Dialektik in ihrer Theorieentwicklung erfaßten. Damit fand sich Engels in Übereinstimmung mit Marx, da beide die exakten Naturwissenschaften generell als Vorbild für wissenschaftliche Arbeiten verstanden und die Wechselwirkungen von Naturwissenschaften und historischem Prozeß berücksichtigen wollten.

Hans Peter Brenner (Bonn) sah die Versuche, beide Denker zu trennen, als Angriff vor allem auf den politischen Marxismus. Für *Manfred Lauermann* (Gütersloh) gab es keinen Zweifel, daß Engels einen eigenständigen Beitrag zur Theorie erbrachte. Gerade deshalb polemisierte er gegen die aus seiner Sicht fatalen einstigen parteioffiziellen Engels-Biografien in der DDR, die mit einem eigenständigen Engels nichts anfangen konnten. Er forderte, die Untersuchung der Rolle und der Leistungen besonders des frühen und des späten Engels zu intensivieren. Seine Verschiedenheit von Marx sollte durch eine Werksbiografie präzisiert werden.

Erwin Marquit (USA) stellte die Bedeutung der Utopien heraus, erinnerte aber zugleich daran, daß die revolutionären Marxisten sich - trotz anders lautender Erklärungen - zu wenig von diesen Utopien gelöst haben. "Revolutionäre brauchen Träume, aber sie müssen auch Realisten sein, die Sinn für die konkrete Situation und die Gesetzmäßigkeiten haben." Mit der materialistischen Geschichtsauffassung und dem enthüllten Geheimnis des kapitalistischen Mehrwerts haben Engels und Marx den Sozialismus zu einer Wissenschaft gemacht. Aber den "Rest" sollen und müssen wir erforschen und umsetzen.

Stefan Bollinger

"Engels fragt, wir antworten - Engels antwortet, wir fragen"

Tagung von IMSF und Z am 21. Oktober 1995 in Frankfurt/M.

Aus Anlaß des 100. Todestages von Friedrich Engels fand am 21. Oktober auf Einladung von IMSF e.V. und der Redaktion Z in Frankfurt/M. eine Diskussion unter dem Motto "Engels fragt, wir antworten - Engels antwortet, wir fragen" statt. Sie hatte die in Z 22 veröffentlichten Beiträge ("Orientierungen historisch-materialistischer Theorie - zum 100. Todestag von Friedrich Engels", Z 22, Juni 1995, S. 19-114) zum Gegenstand. Die Fragen, die im Mittelpunkt dieser Diskussion standen, lassen sich etwa so formulieren: Wieweit sind die Engelsschen Ansichten zur Entstehung von menschlicher Gesellschaft, Familie und staatlicher Politik angesichts des Fortschritts wissenschaftlicher Kenntnisse, z.B. der Paläoanthropologie, und der geschichtlichen Erfahrungen der letzten hundert Jahre noch tragfähig, und wieweit sind analytische Kategorien, die Engels entwickelte, wie z.B. Arbeit, Nutzeffekt der Arbeit und Privateigentum, für eine auf Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit gerichtete Wirtschaftsweise ("Nachhaltigkeit") nutzbar zu machen. Es ging also nicht nur um die Antworten von Engels, sondern ebenso um die von ihm aufgeworfenen Fragen, auf die Materialisten heute Antworten "auf der Höhe der Zeit" zu finden haben.

In der ersten Runde "Privatökonomie, Nachhaltigkeit und Nutzeffekt des Wirtschaftens" standen die Beiträge von *Heinz Jung* (zu Engels' "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie"), *Rolf Czeskleba-Dupont* (Kritik der "Herrschaft über die Natur") und *Dietmar Düe* (Gebrauchswertdienstleistungen als Richtwerte der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik) zur Diskussion. Im zweiten Gang wurden die Entstehung von menschlicher Gesellschaft, privater Familie und staatlicher Politik sowie die Bedeutung von Naturerkenntnis für Gesellschaftstheorie thematisiert. Grundlage waren hier die Z-Beiträge von *Karl-Hermann Tjaden* (zur Entstehungs- und Frühgeschichte menschlicher Gesellschaften), *Margarete Tjaden-Steinhauer* (Entstehung der Gentilgesellschaft, Anfänge von Staat und Familie), *Lars Lambrecht* (Entstehung von "Politik") und *Anneliese Griese/Gerd Pawelzig* (Engels und die Naturwissenschaften). Die Autorinnen und Autoren nahmen, bis auf Anneliese Griese und Dietmar Düe, an der Diskussion teil, die durch knappe und hier nicht zu wiederholende Zusammenfassungen ihrer Z-Beiträge eingeleitet wurde.

Naturverhältnis, Naturbeherrschung, Arbeitsbegriff und die Kategorie Nutzeffekt der Arbeit waren Gegenstand der ersten Diskussionsrunde. In den USA verbrauchen fünf Prozent der Weltbevölkerung 40 Prozent der Energie. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt ist heute, so *Gerd Pawelzig* (Berlin), prekärer, als oft dargestellt. Die Umbauvorstellungen müssen folglich in vielem radikaler formuliert werden. Dabei geht es um Kausalketten. Die Standortverteilung der Produktionsstätten entscheidet z.B. über Verkehrsaufkommen, Wegezeiten, verfügbare Freizeit der Beschäf-

tigten usf. Letztere konnte früher bei neunstündigem Arbeitstag größer sein als heute. Pawelzig betonte, daß Marx und Engels schon früh die naturzerstörerische Wirkung kapitalistischer Produktion bewußt war. Daß der Mensch "mehr einreißt als schafft", konnten sie bei zeitgenössischen Naturwissenschaftlern wie Matthias Schleiden oder Carl Fraas lesen. Insofern plädierte Pawelzig dafür, beim Umgang mit dem Begriff "Herrschaft über die Natur" genauer hinzusehen: Für Engels gehören die Kategorien Naturbeherrschung, Selbstbeherrschung und Gesellschaftsbeherrschung zusammen. Naturzerstörung deutet auf Mangel an Selbst- und Gesellschaftsbeherrschung hin. Dabei kommt dem Verhältnis von Eigentum und Nichteigentum an Naturressourcen Bedeutung zu: Kein Eigentümer lasse ökologische Schädigung in seinem Bereich zu, trage aber zur Zerstörung in der Sphäre des Nicht-Eigentums (den "öffentlichen" Umweltmedien) bei.

Bei Letzterem handelt es sich jedoch auch um ein Problem von Kenntnis und damit "Naturbeherrschung"; mit der Kritik des Privateigentums allein ist der Sache nicht angemessen beizukommen. *Karl Hermann Tjaden* (Kassel) verwies auf die Bodenverseuchung von Produktionsstätten, deren Eigentümer oft nicht wissen, daß und mit welchen Schadstoffen sie umgehen. *André Leisewitz* (Frankfurt/M.) nannte die globale Ozonschichtschädigung als Beispiel: Der ökologische Nachteil der wegen ihrer Unschädlichkeit (nicht giftig, nicht brennbar) favorisierten FCKW stellte sich erst im Zuge des "industriellen Großexperiments" ihrer massenhaften Freisetzung heraus und war wegen der Komplexität der Atmosphärenchemie erst erkennbar, als die Langzeitfolgen schon ausgelöst waren. Hier spielten Eigentum und Nichteigentum an Umweltressourcen keine entscheidende Rolle. Leisewitz meinte, daß Engels dort, wo er von "gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaften" und der Beherrschung menschlicher Natureingriffe spricht, dies in vieler Hinsicht einschränkt und relativiert ("werden wir *mehr und mehr* in den Stand gesetzt, auch die entfernteren natürlichen Nachwirkungen *wenigstens unsrer gewöhnlichsten* Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen." MEW 20, S. 453). Auf den dop-peldeutigen Begriff der "Naturbeherrschung" zu verzichten, sei wenig sinnvoll. So auch das Argument von *Jung*, der meinte, die Linke habe das Terrain des Fortschrittsbegriffs - "antagonistischer Fortschritt" im Verständnis der Arbeiterbewegung - geräumt, das nun neu besetzt werde. Die Gegenseite formulierte *Rolf Czeskleba-Dupont* (Roskilde). Er hält eine auf die Vielschichtigkeit des Begriffs bei Engels abhebende, hermeneutische Interpretation kaum für angemessen. Damit würden die sich aus dem Alltagsverständnis des Begriffs und seiner geschichtlichen Tradition ergebenden Probleme zugedeckt; von Engels stammende Formulierungen wie "Siege über die Natur" oder der Mensch habe "der Erde seinen Stempel aufgedrückt" seien falsche Verallgemeinerungen. Zudem sei heute ein Subjekt der Steuerung der Herrschaft über Natur nicht sichtbar. *Lars Lambrecht* (Hamburg) meinte in diesem Zusammenhang, daß Marx und En-

gels "völlig Kinder des 19. Jahrhunderts" seien. Er plädierte dafür, beide dort zu kritisieren, wo sie falsch lagen (Technikeuphorie) und sie nicht als "Säu-lenheilige" zu betrachten. Der "Fortschrittsmüll" des 19. Jahrhunderts müsse ausgekehrt werden. Auf Nachfrage wurde der Sinn einer differenzierteren Sicht (und Neulektüre) jedoch nicht verneint, die das Engelsche Verständnis mit der späteren, verengten Begriffstradition auseinanderzuhalten sucht.

Für eine auf Nachhaltigkeit orientierende alternative Wirtschaftspolitik hat die Kategorie Gebrauchswert resp. Nutzeffekt der Arbeit eine Schlüsselbedeutung. *Dietmar Düe* (Kassel) hatte das mit Blick auf die Energiewirtschaft anhand des Konzepts der Energiedienstleistung entwickelt. Daran knüpfte sich die Frage an, ob ein solcher Ansatz, der kapitalistisches Privateigentum vorerst nicht in Frage stellt, angesichts der kapitalistischen Wachstumsdynamik überhaupt verallgemeinerbar ist? Werden Einzelerfolge ökologischer Umsteuerung nicht durch Mengenwachstum und deren umweltzerstörerischen Effekte kompensiert? Kann ein solcher Reformansatz die ökologischen Gefahren in den Griff bekommen, oder ist ein tieferer Bruch notwendig?

Bei dieser Frage ist nach Ansicht von *Tjaden* auf den von Heinz Jung zu Recht als Kernstück der Engelschen "Umriss" hervorgehobenen Wertbegriff zurückzukommen. Engels faßt ihn seinerzeit als Verhältnis von Produktionskosten zur Brauchbarkeit: Das Verhältnis von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand abzuschätzen sei alles, was vom Wertbegriff im Kommunismus übrig bleibt. Auch drei Jahrzehnte später, im "Kapital", wird auf die "Nutzwirkung" als wichtige Seite des Gebrauchswerts verwiesen. Tjaden verglich dies mit der Kategorie der makroökonomischen Effektivität, die in der sozialistischen Reproduktionstheorie der DDR diskutiert wurde: Abwägung von Gesamtaufwand an Arbeit (einschließlich vergegenständlichter Arbeit) und Nutzeffekt der produzierten Gebrauchswerte. Wenn man den Nutzeffekt gesellschaftlicher Arbeit ins Zentrum rückt, verliert der Begriff der Güterproduktion (Menge der erzeugten Güter) zugleich die ihm bisher zugemessene zentrale Stellung. Es kommt auf ein Maximum des Nutzeffekts, nicht der Gütermenge an. Wird vom Nutzeffekt her argumentiert, sind grundsätzlich die sozialen und ökologischen Kosten der Produktion, die bei Czeskleba-Dupont hervorgehobenen Schadefekte, zu berücksichtigen. Wie weit ein solches Konzept unter kapitalistischen Bedingungen trägt, sei auszuloten.

Angelpunkt der Kritik ist also nicht nur die Tauschwert-, sondern auch die Gebrauchswertökonomie (*Otto Rößer*, Guxhagen). Dabei stellt sich aber die Frage nach dem Maßstab bei der Bewertung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Was sind "falsche Bedürfnisse", was ist z.B. legitimer, was illegitimer Mobilitätsbedarf? Und wie soll hier gesteuert werden? Langt zur Bewältigung des Mobilitätsproblems ein Konzept von "Verkehrsdienstleistung"?

Das ganze Problem gesellschaftlicher Regulierung bei explodierender Bedürfnis- und Produktionsentwicklung stellt sich für den frühen Engels noch nicht. Der Reiz der Frühschriften ergibt sich jedoch, so *Jung*, aus der fundamentalkritischen Sicht auf die Eigentums- und Konkurrenzverhältnisse. Daraus entwickelt Engels als Alternative zu Konkurrenz und blinder Wirkung von Angebot und Nachfrage den Planungsgedanken. Mit dem Hinweis auf Umsteuerungskapazitäten der Gesellschaftsentwicklung sei das Programm grundlegender Umgestaltung der sozialökonomischen Verhältnisse aber nicht ad acta gelegt. Nach Ansicht von *Tjaden* ist zudem der Begriff der Gebrauchswertökonomie im Grunde ein verwirrender Begriff, weil er den Unterschied zwischen dem Gebrauchswert und dessen Nutzen resp. Schädwirkungen nicht artikuliert. Diese Differenz war Engels zwar bekannt, sie ist aber erst mit der Energiediskussion und der Konzeption solcher Kategorien wie Energiedienstleistung verallgemeinert worden. Demgegenüber lege der Begriff Gebrauchswertorientierung die Vorstellung nahe, die Herstellung vieler Güter (Gebrauchswerte) sei das anzustrebende Optimum, was angesichts der Effekte solch quantitativen Wachstums aber natürlich Unsinn ist. Nutz- und Schädwirkungen in den Griff zu bekommen, sei nur mit marktwirtschaftlichen Instrumenten nicht machbar und verlange nach anderen demokratischen Mitteln politischen Eingriffs (vom Strafrecht bis zur Infrastrukturpolitik). Hier sei vieles bewirkbar, aber offen, wie weit man kommt.

In seiner zusammenfassenden Vorgabe zum zweiten Themenblock hob *Lambrecht* hervor, daß es in den Beiträgen von *Tjaden*, *Tjaden-Steinhauer* und ihm selbst um die Entstehung menschlicher Gesellschaften und mögliche Ursprünge von Gentilgesellschaften, privaten Familien und staatlicher Politik gehe. Gemeinsamer gedanklicher Rahmen sei die Begründung dieser unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Beziehungen, die jeweils von den menschlichen Lebewesen wie zwischen ihnen und der außermenschlichen Natur verwirklicht werden. Hier spielen materiell-praktische Verhältnisse dreierlei Art eine besondere Rolle: Beziehungen zur Gewinnung des Lebensunterhalts, zum Schutz gegen Fremdeinwirkungen und zur Sicherung des Nachwuchses. Materielle Praxis wird daher weiter gefaßt als im üblichen Begriff "materielle Produktion". *Gerd Pawelzig* bezog sich auf Ergebnisse der MEGA-Edition, die die Beschäftigung von Marx und Engels mit Naturwissenschaften betreffen. Er betonte auch unter methodischen Gesichtspunkten das bisher unterschätzte, starke Interesse von Marx für Naturwissenschaften. In der folgenden Diskussion ging es weniger um Einzelprobleme der geschichtlichen Erforschung der Gesellschaftsentstehungen, sondern in erster Linie um kategoriale und methodische Fragen.

Jung stellte Sinn und Gehalt des Subsistenzbegriffs für die Erfassung der Besonderheit menschlicher Vergesellschaftung in Frage. Sein Argument: Zwischen "Tätigkeit" und "Arbeit" besteht eine Differenz. Bei Engels wird der weite Begriff von Reproduktionstätigkeit bewußt auf produktive Arbeit

eingeeengt. Die Entgegensetzung des Arbeitsbegriffs bei Engels (werkzeuggebundene Arbeit) und Marx (Steuerung, Regelung, Vermittlung der Produktion) sei fiktiv, weil jeweils Unterschiedliches gemeint sei. Geht man von einer Kategorie wie "Subsistenzstrategie" aus, erfaßt man alle und jede lebenserhaltende Tätigkeit, ohne die besondere, gesellschafts- und gesellschaftsstrukturbestimmenden Tätigkeitsformen herauszupräparieren. *Tjaden* hält demgegenüber die unterschiedliche Akzentuierung bei Marx und Engels für signifikant. Engels legt das Gewicht mehr auf werkzeugvermittelte Arbeit, Marx auf Vermittlung, Regelung, Kontrolle im Mensch-Natur-Verhältnis. Wenn Engels mit Blick auf die Menschheitsentstehung werkzeugvermittelte Arbeit in den Mittelpunkt stellt, ist dies angesichts heutiger paläoanthropologischer Kenntnisse nicht mehr zu halten. Das bedeutet nicht, daß die frühen Menschen nicht gearbeitet hätten, sondern nur, daß Arbeit und Güterproduktion nicht die entscheidenden Hebel des Übergangs zur Entstehung des Menschen waren. Um diesen Übergang zu charakterisieren, sei der Arbeitsbegriff nicht tauglich; später - etwa für den *Homo erectus* - sei er sicher wichtig. Davor ist jedoch der aufrechte Gang das entscheidende Moment. Trifft dies zu, so wird auch heftig am Begriff der gesellschaftlichen Produktion "gekratzt". Er macht erst Sinn mit dem Übergang zu Landwirtschaft und Viehzucht. Aus dem gleichen Grund sei der Begriff der "Produktionsweise" für die Frühperiode nicht sinnvoll. Subsistenzweise meint demgegenüber die verschiedenen, miteinander verwobenen materiell-praktischen Aktivitäten der Arterhaltung (Nahrungsmittelbeschaffung, Nachwuchsaufzucht, Schutz vor Fremdeinwirkung). *Lambrecht* spitzte die Argumentation dahingehend zu, daß "Zentralkategorien" zur Erfassung gesellschaftlicher Prozesse heute "out" seien, wie es auch nicht mehr haltbar sei, die Entwicklung des Menschen "mit der Hand" zu beginnen.

Ein anderes Problem betrifft das Verhältnis von Kontinuität und Differenz im Tier-Mensch-Übergangsfeld. Engels versucht, den Übergang von den äffischen Vorfahren zum Menschen durch die Betonung ihrer Unterschiede und des aus seiner Sicht die Unterschiede markierenden Moments zu fassen. Betont man gegenüber dieser "Dichotomisierung" (*Margarete Tjaden-Steinhauer*) die Kontinuität, so wird man auf beiden Seiten in erster Linie die gemeinsamen Momente sehen, gerade weil es sich um einen historischen Übergangsprozeß handelt. Also wird man z.B. auch konstatieren, daß Affen schon mit ihrer Hand "arbeiteten", Werkzeuge fertigten etc. *Leisewitz* fragte, ob bei dieser Betonung der Kontinuität nicht u.U. der Blick für den wesentlichen Unterschied verloren gehen könnte. Zudem sei mit der Kategorie "Subsistenzstrategie" die lebensbewältigende Aktivität sehr unterschiedlicher vergesellschafteter Organismengruppen zu beschreiben, die alle auf Nahrungsbeschaffung, Nachkommenaufzucht und Schutz nach außen angewiesen sind. Insofern bliebe auch angesichts der neuen paläoanthropologischen Befunde die Frage, ob bei aller Bedeutung des aufrechten Gangs nicht doch das Besondere menschlicher Vergesell-

schaftung mit Kategorien wie werkzeugvermittelte Arbeit und Produktion zu fassen sei.

Pawelzig verwies auf die zeitgeschichtlichen Umstände der Entstehung des Engels-Textes, der unvollendet und seinerzeit unpubliziert geblieben war. Engels wollte ein Gesamtmanuskript über Ausbeutung und Unterdrückung schreiben. Es ging ihm offenbar darum, die Bedeutung der Arbeit in den der Klassengesellschaft vorausgehenden Gesellschaften, im Kapitalismus und später in der sozialistischen Gesellschaft zu klären. Dabei sei es ihm um den "Anteil" der Arbeit an der Menschwerdung gegangen, offenbar nicht um den ganzen Prozeß. Engels verfaßte das Manuskript nur fünf Jahre nach dem Erscheinen von Darwins "Abstammung des Menschen" (1871). Während Darwin als klassifizierender Biologe alle Unterscheidungsmerkmale einzeln prüft, geht Engels mit der Suche nach dem bestimmenden Ausgangspunkt der Entwicklung darüber hinaus. Die Methode, nach einem einzelnen Unterscheidungsmerkmal zu suchen, sei zweifelhaft, wo es auf die Gesamtheit der Faktoren ankomme. Im übrigen sei weniger das interessant, was bei Marx/Engels veraltet ist, sondern eher das, was bei ihnen über ihre Zeit hinausweise.

Im Zusammenhang der Frage nach der Herausbildung staatlich verfaßter Gemeinwesen wandte *Reinhard Schweicher* ein, daß auch die "Verwaltung von Sachen" ein Herrschaftsmoment in sich trägt. Dabei sei auf die Leninische Unterscheidung von repressiven und technischen Herrschaftsfunktionen zurückzukommen, deren letztere formationsübergreifend seien. Heute von einem Absterben des Staates zu sprechen (Deregulierung) sei unsinnig. Zur Staatsfrage meinte *Jung*, sicher gäbe es vor Herausbildung des Staates Gemeinwesenregelung, aber die begriffliche Fassung von Staat und Staatsfunktionen käme wohl kaum ohne Eigentums- und Klassenkategorien aus. Dabei sei hinsichtlich des Konzepts von staatlicher "Schutzfunktion" zu fragen, was das "Politische" ausmache und ob damit die Repressionsfunktion des Staates faktisch wegfallt. Im übrigen sei bei der Auseinandersetzung mit Engels genauer der Frühsozialismus zur Kenntnis zu nehmen, z.B. Saint-Simon als Quelle für "Verwaltung von Sachen".

In der Replik betonte *Tjaden*, auch auf *Hermann Lenkes* Frage, warum die Kategorie des Privateigentums offenbar für die Analyse bedeutungslos sei, u.a. folgendes: Privateigentum spielt eine wesentliche Rolle, aber erst dann und dort, wo es in der Realität auftaucht. Die frühesten Belege beziehen sich auf die Zeit um 2.800 v.u.Z. (Uruk). "Dichotomie" oder "Kontinuum": Einmal sei zu bedenken, daß es in der Fachwissenschaft umstritten ist, wann von Menschwerdung gesprochen werden kann. Dies hängt also stark von Setzungen ab. Daher könne auch nicht allein das Merkmal des aufrechten Gangs herangezogen werden, sondern es müßte die Gesamtheit der Veränderungen betrachtet werden. Der Sinn des Subsistenzbegriffs bestehe gerade darin, daß mit ihm die Vielfalt von reproduktionssichernden Tätigkeiten erfaßt werden könnte. *Margarete Tjaden-Steinhauer* (Kassel) betonte ebenfalls das Moment der Kontinuität im Übergang zur menschl-

chen Gesellschaft. Engels starke Akzentuierung eines qualitativen Sprungs im Übergang vom Tierreich zum Menschen sei nicht haltbar. *Elisabeth Bessau* verwies auf die Problematik bei der Datierung und Interpretation von geschichtlichem Fundmaterial, was für Engels, aber auch heute gelte. Auf Rückfragen von *Rößler* wurde von *Tjaden-Steinhauer* betont, daß viele Formulierungen bei Engels zur Gentilgesellschaft und zur Entstehung des Staates ungereimt und im Lichte heutiger Erkenntnisse kaum tragfähig seien. So gäbe es z.B. keine Anhaltspunkte, daß sich in der Entwicklung zur Gentilgesellschaft die Struktur der Familienverhältnisse gegenüber vormenschlichen Primaten (Mutter-Kind-Gruppe als zentrale gesellschaftliche Einheit bei Schimpansen) verändert hätte; Engels Interpretation der Solonischen Reformen, wo der Staat einerseits als "Organ" einer Konfliktpartei, andererseits als deren zügelnder Faktor gesehen werde, sei wenig einleuchtend und erklärungsfähig.

Damit kam die Diskussion abschließend noch einmal auf Politik und Staat. Hier ist es nach Auffassung von *L. Lambrecht* notwendig, einen Politikbegriff zu entwickeln, der nicht auf staatliche Politik beschränkt ist, sondern der das umfaßt, was Marx/Engels unter "Politik" verstanden, nämlich Klassenkampf. Wie herrschaftsfreie Vergesellschaftung aussehen könne, sei aus ihren Vorformen - Klassenkampfperiode - als Entwicklungsnotwendigkeit zu entwickeln. Hier verwies *Lambrecht* auf *Abendroth* (Gesellschaft ohne Privateigentum, aber mit Demokratie, um bürokratische Diktatur auszuschließen). Hier sei das Terrain in gewisser Weise von der Gegenseite okkupiert: *Carl Schmitt* hätte (Lenin studierend) zugestanden, daß das Politische nicht eine Dispositionsmasse des Staates, sondern umgekehrt der Staat Variable des Politischen ("Freund-Feind", d.h. Klassenverhältnisse) sei. Ihm gehe es in seinem Z-Beitrag nur um die Bestimmung des Politischen, nicht um Staatsfunktionen, auf die *Schweicher* abgehoben hatte.

Die Kategorien Privateigentum und Klassenverhältnisse sind, so *Tjaden*, gesellschaftsgeschichtlich wichtige Kategorien, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, kapitalistisches Privateigentum zentrale Kategorien für die kapitalistische Produktionsweise, speziell heute. Sie gehören in einen Gesamtzusammenhang, nämlich den der Theorie der Politischen Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise. Die Entwicklung menschlicher Gesellschaften stelle offenbar keine kontinuierliche Entwicklung dar, wie sie früher mit der Auffassung von Höherentwicklung der Produktivkräfte und Abfolge von Produktionsweisen konzipiert wurde, sondern sie kenne Abbrüche und Neuansätze; auch andere geschichtliche Entwicklungsfolgen als in Europa seien in Betracht zu ziehen. Ein Denken im Rahmen der "klassischen" Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bringe hier eher Schwierigkeiten, weil vieles damit nicht erklärbar sei. Auf jeden Fall sei die Zeitbefangenheit von gesellschaftstheoretischen Ansichten zu betonen, was für die Gegenwart genauso wie für die Vergangenheit gelte.

André Leisewitz

Wie weiter mit der Arbeitszeitverkürzung? - oder warum die Sonne der "35" nur noch hinter dunklen Wolken lacht

Vier Streiks innerhalb von 17 Jahren bedurfte es, bis in der Metall- und Elektroindustrie zum 1. Oktober 1995 die 35-Stunden-Woche realisiert war. Als nächstes großes Ziel peilt die IG Metall die 30-Stunden-Woche an. Entsprechende Anträge wurden auf dem Gewerkschaftstag, der Anfang November in Berlin stattfand, verabschiedet. Zuvor tagte in Bielefeld der Gewerkschaftstag der IG Medien; hier hat man sich nicht auf eine konkrete Zahl festgelegt. Unwirsch reagierten die Delegierten auf die Vorstellungen des Vorsitzenden Detlef Hensche. Der wünscht den Gewerkschaften den "Mut zu einem neuen Aufbruch" und sieht nicht nur seine Gewerkschaft an einer Wegscheide: entweder gnadenlose Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten oder sozialen Schutz und solidarischen Ausgleich in den eigenen Reihen. In den kommenden Jahren soll die Arbeitszeit um 10 bis 15 Prozent reduziert werden. Bei Beschäftigten mit einem Einkommen von unter 3.500 Mark wünscht sich Hensche vollen Lohnausgleich, wer mehr als 5.000 Mark verdient, kann ruhig etwas abgeben. "Vielleicht ist es hilfreich", schrieb Hensche in der IG Metall-Zeitschrift "Standpunkte" vom September '95, "den notwendigen Aufbruch zu weiterer Arbeitszeitverkürzung mit der Frage nach dem ebenso notwendigen Wandel des herrschenden Wohlstandsmodells zu verbinden, der den Industriegesellschaften bei Strafe ihres Untergangs ohnehin aufgegeben ist." Hensche ist der Meinung, daß Zeitwohlstand ein wichtiges Element sein kann und plädiert statt nostalgischer Rückblicke für neuen Aufbruch.

Wie schaut nun die Realität aus? Strahlt die Sonne der "35" nur für diejenigen, die Arbeit haben oder macht sie auch denen Hoffnung, die draußen vor den Toren sind? Eines ist sicher: Mit Zeitwohlstand läßt sich keine Miete bezahlen. Ernst Ulrich Huster, Professor für Politikwissenschaften an der Evangelischen Fachhochschule Bochum spricht von der "Drei-Drittel-Gesellschaft" und einer Verteilungsschiefelage. Der Reichtum des oberen Drittels steigt unaufhörlich, während das untere Drittel immer ärmer wird und die Einkommen im mittleren Drittel stagnieren. Zu den ungleichen Einkommen zwischen West und Ost kommen nun auch noch "Zeitzone nach Arbeitszeit": Ab 1. Oktober 1995 arbeiten die Menschen im Osten weiterhin zwischen 39 und 44 Wochenstunden und im Westen werden zwischen 35 und 39 Stunden gearbeitet. Nur in der Landwirtschaft gilt für abhängig Beschäftigte noch die 40-Stunden-Woche.

Seit 1. Oktober leuchtet in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie also die rote Sonne mit der "35" für knapp drei Millionen Metallerrinnen und Metaller. In der Eisen- und Stahlindustrie ist sie durch ein Freischichtsystem bereits seit 1.4.1995 Realität, ebenso für rund 100.000 Be-

schäftigte in der Druckindustrie. Für die IG Medien - ihre Vorläuferin IG Druck und Papier war die erste Gewerkschaft, die die "35" auf ihre Fahnen schrieb - dürfte die 35-Stunden-Woche das letzte große tarifpolitische Reformwerk gewesen sein. Die einstige Vorreiterin in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung ist kaum noch in der Lage, so wirksam zu streiken, daß Produkte verhindert werden und Unternehmer unter Druck geraten könnten. Der technischen Entwicklung wird hier Tribut gezollt.

Von der wöchentlichen Umsetzung der 35-Stunden-Woche sind IG Medien und IG Metall noch weit entfernt; eine "echte" 35-Stunden-Woche gibt es kaum. In der Regel wird mit sogenannten "AZV"-Tagen abgerechnet; das heißt, die Arbeitszeitverkürzung wird angespart und in freien Tagen abgegolten. Konterkariert wird das ganze durch den "Wildwuchs Überstunden", wie IG Metall-Vize Walter Riestler auf einer Konferenz in Frankfurt beklagte. Nimmt man nur die Überstunden in den Bereichen, wo die 35-Stunden-Woche gilt, kommt man schnell auf einen Gegenwert von fast einer halben Million Vollzeitarbeitsplätzen. Die Gewerkschaften sind sich dieses Problems bewußt, stehen diesem Zustand aber hilflos gegenüber.

Dennoch möchte sich die IG Metall den Erfolg der 35-Stunden-Woche nicht durch wachsende Überstunden zerstören lassen. Es müßten Tarifverträge durchgesetzt werden, die dieses Problem in den Griff bekommen, sagte Riestler und rechnete vor, daß 1994 in der Metallwirtschaft 234 Millionen Überstunden geschruppt wurden. Jeder Beschäftigte leiste durchschnittlich 1,7 Stunden Mehrarbeit pro Woche. Ein Drittel dieser Mehrarbeit könne sofort durch Neueinstellungen abgebaut werden, der Beschäftigungseffekt läge bei rund 120.000 Arbeitsplätzen. Riestler sagte aber auch, daß die Gewerkschaften wenig Möglichkeiten hätten, einen Abbau von Mehrarbeit durchzusetzen. Auch sei das Arbeitszeitgesetz ein ungeeignetes Mittel, der Gesetzgeber hätte seine beschäftigungssichernde Verantwortung nicht wahrgenommen und das Problem auf einzelbetriebliche Konfliktlösungen delegiert.

Walter Riestler wollte seinen Blick auch nach vorn richten und ging in seinem Grundsatzreferat auf die Perspektiven gewerkschaftlicher Zeitpolitik ein. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts erreichten nur noch knapp die Hälfte der Beschäftigten gesund das Rentenalter. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit gehe es bei der zukünftigen Arbeitszeitpolitik der IG Metall um die Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeit. Konkret wurde Riestler bei einem Konzept, welches älteren Menschen den gleitenden Übergang in die Rente ermöglichen soll. Alle 52 bis 60jährigen sollen ihre Arbeit von 35 auf 24 Wochenstunden reduzieren und dafür einen 50-prozentigen Lohnausgleich bekommen. Davon wären 400.000 Beschäftigte betroffen, und es könnten 140.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Lohnkostenmehraufwand betrage 4,3 Milliarden Mark. "Das durchzuset-

zen bedeutet Arbeitskampf, Streik!" sagte Riester und fragte: "Können wir für diese Forderung unsere Kolleginnen und Kollegen mobilisieren?"

Die 35-Stunden-Woche wird von den Gewerkschaften als großes Reformprojekt bezeichnet. Von den ersten Forderungen bis zur Vollendung vergingen fast 25 Jahre, und vier Arbeitskämpfe waren notwendig. 1984 erklärte der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände die 40-Stunden-Woche zum Tabu und gab die Losung aus: "Keine Minute unter 40!" "Über Arbeitszeitverkürzung wird gestritten, seit es lohnabhängige Arbeitsverhältnisse gibt", schreibt die IG Metall in ihrer "Festschrift" zur "35". Tatsächlich trafen Versuche, die Arbeitszeit zu verkürzen, immer auf erbitterten Widerstand des Kapitals. Vor 100 Jahren betrug die durchschnittliche Arbeitszeit noch 65 Stunden, 30 Jahre später war man bei 50 Stunden angelangt, 1955 wurden 48 Stunden gearbeitet, die 40-Stunden-Woche wurde in den siebziger Jahren realisiert. Es war also ein weiter Weg bis zum heutigen Stand. In vielen Bereichen tritt die "35" erst zur Jahrtausendwende in Kraft. In der chemischen Industrie und im Einzelhandel (West) werden 37,5 Stunden gearbeitet, im Baugewerbe sind es noch 39 Stunden.

Da mutet es geradezu abenteuerlich an, wenn für DGB-Chef Dieter Schulte die 25-Stunden-Woche "keine Utopie sein darf"; in den nächsten 10 bis 15 Jahren müsse "Vollbeschäftigung bei 25 bis 30 Stunden pro Woche" erreicht sein, sagte er unlängst auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf. Der Zusatz "bei vollem Lohnausgleich" kommt kaum noch über die Lippen eines Gewerkschafters. Lieber wird das "Teilen in der Klasse" propagiert. Die Umverteilung von oben nach unten sei gescheitert; "das Ende der Fahnenstange" erreicht, ließ Schultes rechte Hand, Wolfgang Ullenburg, auf einer Werkstattveranstaltung des DGB zu "Arbeit 2000" vermelden. Wer soll mit wem teilen? Der Vorarbeiter mit der Putzfrau? Die Gewerkschaften sehen ihre Stammklientel zumeist im hochlohnigen industriellen Kernbereich. Daß aber beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe in der Nahrungsmittelindustrie, im Dienstleistungsbereich oder im Einzelhandel 3.000 Mark, in vielen Fällen sogar 2.000 Mark brutto der Regelfall sind, scheinen die Funktionäre zu vergessen. Nahezu 10 Millionen Beschäftigte dürften Löhne und Gehälter haben, bei denen es keinerlei Spielraum für Verzicht gibt. Die 10.000 bis 40.000 Marksverdiener im Funktionsapparat der DGB-Gewerkschaften haben offensichtlich den Blick für die realen Verhältnisse in den Betrieben verloren. Ebenso die meisten Betriebsräte von Großbetrieben und Konzernen, die, ausgestattet mit Dienstwagen, Sekretärin und persönlichem Referenten, eher auf Wolken denn auf dem Teppich gehen.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) führt einen erbitterten Kampf gegen "Schwarzarbeit" in der Gastronomie, hier soll es 500.000 ungeschützte Arbeitsverhältnisse geben. Dieser Kampf ist ein scheinheiliger, sind es doch die gewerkschaftliche Lohnpolitik und das ge-

werkschaftliche Durchsetzungsvermögen, welches zu Verhältnissen führt, daß es in der reichen Bundesrepublik immer noch Beschäftigungsverhältnisse zu Hungerlöhnen gibt. Menschen werden so in Schwarzarbeit getrieben. Während die Haushalte von abhängig Beschäftigten (80 Prozent aller Haushalte) seit Mitte der siebziger Jahre keinen Reallohnzuwachs mehr verzeichnen konnten, stieg das Einkommen der Selbstständigenhaushalte (6 Prozent aller Haushalte) um knapp 50 Prozent; diese Gruppe verfügt über ca. 20 Prozent aller verfügbaren Einkommen. Zahlen des nicht im Geruch von Gewerkschaftsnähe stehenden Deutschen Institut der Wirtschaft (DIW) geben einen Überblick über die tatsächliche Verteilung des Reichtums (die Zahlen beruhen auf Berechnungen von 1993): In Westdeutschland betrug das verfügbare Einkommen aller Haushalte durchschnittlich 4.766 Mark monatlich. In Ostdeutschland sind es pro Einwohner 1.480 Mark, das entspricht einem Niveau von 64,5 Prozent der Westeinkommen. (Die Berechnungen nach Haushalten im Westen und Einwohnern im Osten beruhen auf unterschiedlichen Erhebungsarten). Am unteren Rand des Sozialhilfeniveaus leben in Großdeutschland rund 4 Millionen Menschen. Drei Prozent aller deutschen Haushalte verfügen über 80 Prozent des Gesamtvermögens. Welche Klasse soll da mit welcher teilen?

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich war ein Kind des westlichen Wohlstandes. Vom vollen Lohnausgleich haben sich die Gewerkschaften verabschiedet. Im Osten ist mit oder ohne Lohnausgleich mit Arbeitszeitverkürzung kein Blumentopf zu gewinnen. Das liegt, siehe oben, an den Einkommen. Bevor hier das Zeitwohlstandsmodell greift, muß erst noch einiges in Ordnung gebracht werden. Nur wie? Tatsache ist, daß die weniger werdende Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden muß. Die Gewerkschaften werden nicht umhin kommen, die Umverteilungsfrage von oben nach unten neu zu stellen. Sie werden das aber nur tun, wenn die Menschen Druck machen. Zur Zeit machen die Menschen im Osten fast jeden Kotau mit, wenn sie nur ihre Arbeit behalten. Das bringt auch die Gewerkschaften in eine defensive Haltung. Gewerkschaften werden nur das durchsetzen, wofür sie die Menschen mobilisieren können. Die Zeiten der Stellvertreterpolitik sind unwiderruflich vorbei. Deshalb müssen in erster Linie die Menschen "unten" in die Puschen kommen und Forderungen an ihre Gewerkschaft stellen, vielfach sogar erst einmal Mitglied werden.

Walter Riester sagte auf der Frankfurter Veranstaltung mit Recht: "Eine alte gewerkschaftliche Erfahrung lautet: Was wir schwarz auf weiß besitzen, können wir noch lange nicht nach Hause tragen." So ist es! Durch das neue Zauberwort "Flexi" soll die "35" unterlaufen werden. IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel machte klar, daß es jetzt darum gehe, die verkürzte Wochenarbeitszeit im Interesse der Belegschaften umzusetzen: "Wenn wir das nicht tun, tun es die Unternehmer, allerdings mit anderen Vorzeichen" sagte er. In einem Streitgespräch der Wochenzeitung "DIE ZEIT" (29.9.1995) zwischen Walter Riester und Dieter Hundt (Verband

der Metallindustrie Baden Württemberg) forderte Riester flexible Arbeitszeiten ein, die den Beschäftigten durch akzeptable Arbeitszeitverteilung neue Freiräume bringt. Dem setzte Hundt entgegen (der am 26.9.1995 im ZDF-Morgenmagazin folgendes zum besten gab: "Vielleicht sollten wir gemeinsam überlegen, ob einer, der in der glücklichen Lage ist, nicht nur beschäftigt zu sein, sondern vorübergehend Mehrarbeit leisten zu können, ob er diese Mehrarbeit auch noch mit zusätzlichen Zuschlägen teuer bezahlt erhalten muß." Hervorhebungen vom Autor - das ist nicht nur blanker Zynismus, das ist die wahre Fratze des Kapitals!), daß es zwischen flexibler Arbeitszeitgestaltung und Zeitsouveränität der Beschäftigten zwar eine Wechselbeziehung gebe, Priorität müsse aber immer die Unternehmenssituation haben. Das ist der Kern des Problems: Egal, wieviel sie arbeiten, abhängig Beschäftigte müssen sich immer den Bedürfnissen des Kapitals unterordnen!

Günter Frech

VSA: Literatur für GewerkschafterInnen



Reinhard Bispinck (Hrsg.)
Tarifpolitik der Zukunft
Was wird aus dem Flächentarifvertrag?
248 Seiten; DM 29,80; ISBN 3-87975-673-2



Horst Schmitthener (Hrsg.)
Der schlanke Staat
Zukunft des Sozialstaates – Sozialstaat der Zukunft
270 Seiten, DM 29,80; ISBN 3-87975-665-1

Soziale Milieus

Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagnar Müller, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Bund Verlag, Köln 1993, 423 S., 34,- DM.

Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Bund Verlag, Köln 1995, 382 S., 38,- DM.

Vor dem Hintergrund des Niedergangs der Klassen- und Schichtungstheorien und des Aufkommens von Milieu- und Lebensstiluntersuchungen während der 80er Jahre versuchte die Hannoveraner Studiengruppe durch Kombination verschiedener theoretischer Konzepte und empirischer Erhebungsmethoden einen der realen Entwicklung angemessenen Begriff von Sozialstruktur (in der alten BRD) zu Beginn der 90er Jahre zu gewinnen. Dabei war nicht nur die Frage nach dem Stellenwert von Klassen und Klassenbewegung heute, sondern auch die nach sonstigen politischen Potentialen, nach dem Verhältnis von "System- und Sozialintegration", von gesellschaftlichen Milieus und politisch-ideologischen Mentalitäten und Politikzielen ebenso erkenntnisleitend wie die Vermutung, daß die sozialstrukturellen Befunde sich nicht auf griffige und weitverbreitete Formeln von der "Erlebnisgesellschaft", der "Risikogesellschaft", aber auch der "Zwei-Drittel-Gesellschaft", der "ni-

vellierten Mittelstandsgesellschaft", den umfassenden "Individualisierungstendenzen" oder gar der "Leistungsgesellschaft" etc. reduzieren lassen.

Ein theoretischer Ausgangspunkt der Autorengruppe ist das Konzept des "Sozialraums", das Theorien Bourdieus, Webers, Geigers und Merleau-Pontys verknüpft, (das) die vereinfachenden Klassen- und Schichttheorien ersetzen (soll), die die sozialen Ungleichheiten vorwiegend auf vertikale und ökonomische Dimensionen reduzieren. Das Raumkonzept ermöglicht es, ein Gesamtmuster unserer Sozialstruktur zu ermitteln, das nicht aus einem einzelnen Prinzip erklärbar, sondern im wesentlichen eine Konfiguration ist, in der unter industriekapitalistischer Hegemonie verschiedene andere historische Strukturierungen (insbesondere auch ständische und meritokratische, geschlechts- und lebensphasentypische, regionale und ethnische) in einem Syndrom zusammenkommen. Der Begriff der 'pluralisierten Klassengesellschaft' soll diesen Besonderheiten Rechnung tragen." (32) Andere wesentliche Bauelemente ihrer Studie bilden der kulturalistisch getönte Klassenbegriff innerhalb eines Teils der britischen Diskussion (Thompson u.a.) und die Ergebnisse der Milieuanalyse des Sinus-Lebensforschungsinstitut in Heidelberg. Schließlich wurden in dem Zeitraum von 1988 bis 1992 u.a. eine Fülle eigener Interviews (Experten-, biographische, themenzentrierte Interviews; vgl. zu den Untersuchungsschritten und -methoden im

Überblick: S. 81) durchgeführt, wobei qualitative wie quantitative Methoden, subjektive wie objektive Dimensionen, regionen- und milieuspezifische Untersuchungsfelder nebeneinander ins Blickfeld rückten.

Die vielfältigen Ergebnisse dieser sehr differenzierten und weitläufigen Studie, die - wie die Verfasser betonen - Grundlagenforschung und empirische Untersuchung zugleich sein will, lassen sich kaum knapp und griffig zusammenfassen. Während die lebensweltlichen Sozialmilieus in vertikaler Hinsicht nach Auffassung der Autoren ihre Anteile in den letzten 20 Jahren kaum verändert haben (ca. 20% Oberklassen-Habitus, ca. 60% Mittelklassen-Habitus und ca. 20% Arbeiter-Habitus), sind im selben Zeitraum die traditionalistischen Varianten der jeweiligen Milieus (auf jeder Stufe) mehr oder weniger stark zu Gunsten der modernisierten bzw. teilmodernisierten Milieus zusammengeschmolzen (16). Ergänzend und teilweise quer zu diesen gesellschaftlichen Milieus stehend werden sieben Haupttypen der gesellschaftlich-politischen Grundeinstellung konstruiert, die wiederum in vier Haupttypen zu je 25% zusammengefaßt werden:

- die "Kritisch-Engagierten" am modernen Pol;
- die "Deklassierten" am entgegengesetzten Pol;
- die "Desillusionierten" in der modernen Arbeitnehmermitte;
- die "Zufriedenen" in der ständisch-konservativen Mitte (18f.; genauer: 305ff.).

Diese politischen Hauptblöcke werden folgendermaßen charakterisiert: Auf der einen Seite die Kritisch-Engagierten, die als "Modernisierungsgewinner" ausgewiesen werden und sich aus individualisierten, jüngeren, gut ausgebildeten und abgesicherten Menschen mit Parteipräferenzen für die SPD, die GRÜNEN oder den modernen CDU-Flügel aussprechen. Am Pol der "Modernisierungsverlierer" sind die sozial "Deklassierten": vor allem verdrossene, ältere Menschen und der perspektivlose Teil der Jugendlichen, bei denen zwar auch noch CDU und SPD dominieren, aber Rechtsparteien schon zwischen 10 und 20% gewählt werden. Am meisten Bewegung findet - nach Auffassung der Autorengruppe - gegenwärtig bei den zwei Mittelgruppen statt. Die ständisch Konservativen "Zufriedenen" seien auf ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung zurückgegangen. Aufgeschlossenerere Lebensziele und schwindende soziale Gerechtigkeit in der Krise hätten das Mißtrauen gegenüber Institutionen und Eliten enorm erhöht. So wachse das Lager der von der Wohlstandsgesellschaft "Desillusionierten" in der modernen Arbeitnehmermitte. - Ausgehend von diesen Befunden wagen die Verfasser auch Blicke in die Zukunft bzw. machen sich als "Politikberater" nützlich. Trotz verschiedener, teilweise entgegengesetzter Tendenzen, unterschiedlicher Erfahrungen (Individualisierung, Deklassierung, Desillusionierung, Sicherheit) und allgemeiner politischer Verdrossenheit in irgendeiner Form (von

ca. 60%) seien die Potentiale von mehr Bildung und Kompetenz, mehr persönlicher Selbstbestimmung und mehr demokratischer Mitbestimmung - auch in der Arbeitswelt - nach den Daten der Untersuchung durchaus mehrheitsfähig geworden. "Eine Politik des Ausschließens bestimmter 'Zielgruppen', wie sie von manchen Gruppen in den Parteien und Gewerkschaften heute wieder propagiert wird, würde in Sackgassen führen. Vor allem wäre es ein grobes Mißverständnis, die moderne Mitte der Arbeitnehmer mit unkritischen, antimodernen und antidemokratischen Positionen gewinnen zu wollen. Die Mitte ist kein 'juste milieu', sondern Teil eines demokratisch-arbeitnehmerischen Lagers mit großem Interesse an mehr sozialer Gerechtigkeit für alle gesellschaftlichen Gruppen" (59). Es wäre interessant nachzufragen, ob die Verfasser diese optimistische Vision und die Überzeugung von der grundsätzlichen Integrationsfähigkeit der "pluralisierten Klassengesellschaft" ebenfalls aus ihren Analysen ablesen konnten oder ob hier eher gesinnungsethische Maximen von sozialdemokratischen Forschern die Feder geführt haben.

Die Erforschung neuer sozialer Milieus und "regionaler Bewegungsmilieus" (123-244) anhand von Befragungen in Hannover, Oberhausen und Reutlingen (als Beispiel für vorherrschende Tertiarisierung, für partielle Desindustrialisierung und für industrielle Modernisierung) einschließlich der Frage nach der "Vererbung" gewisser Mentalitäten und Milieuvorlie-

ben stellt einen Schwerpunkt der empirischen Analyse dar: Bei den Trägern neuer Mentalitäten (209ff.) werden einerseits "Entsprechungen zwischen neuen sozialen Lagen und neuen Lebensweisen" (241) diagnostiziert, andererseits wird der Annahme "der Klassenlosigkeit der neuen Milieus ein wahres Moment" (244) attestiert; unklar bleibt hier, ob vom Ausgangspunkt und der objektiven Verortung neuer sozialer Milieus oder von den Bestrebungen dieser neuen Milieus und "Mentalitätstypen in ... Richtung auf Klassenlosigkeit" (244) die Rede ist.

In einem weiteren Kapitel wird auf der Basis der Bourdieu'schen Kategorien eine neue Analyse der Entwicklung der Erwerbs- und Berufsstrukturen vorgenommen und dabei die Hypothese geprüft, daß "die Akteure neuer sozialer Milieus und Bewegungen nicht klassenübergreifend (zu) verorten (sind), sondern (diese) vor allem in spezifischen modernisierten Arbeitnehmerberufen konzentriert (sind)" (259). Diese sogenannten "neuen Berufe", die allesamt mit Kommunikation, Information, Gesundheit, Bildung und Kultur zu tun haben und deren Anteil in der Bundesrepublik von 1950 von 5% auf 22% 1987 angestiegen ist, rekrutieren sich teilweise aus Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, vor allem aber auch zu einem beträchtlichen Teil aus dem "Oberklassen-Milieu". Mit der zunehmenden Schließung des sozialen Raums seit den 80er Jahren (im Verein mit der Entwertung von Bildungsgraden, der Restriktionen der öffentlichen

Haushalte etc.) geht die eigentliche Entstehung der sogenannten neuen sozialen Bewegungen und neuer sozialer Milieus einher, obwohl beide letztlich als Produkt sowohl der Öffnung wie auch der Schließung des sozialen Raums gleichermaßen gelten können (268); eine Ambivalenz, die sich ebenso in den Verteilungstendenzen der verfügbaren Haushaltseinkommen niederschlägt: Diese wurden gleicher und ungleicher zugleich insofern, als sich der Anteil mittlerer Einkommen zwischen 1950 und 1990 zwar beträchtlich erhöhte, doch gleichzeitig auch der Abstand zwischen den Beziehern höchster und niedrigster Einkommen sich stark vergrößerte (273ff.). Wie diese entgegengesetzten Tendenzen mit der ökonomischen Entwicklung bzw. der Kapitalakkumulation in der Bundesrepublik zusammenhängen, ob diese als langfristig-strukturelle oder bloß konjunkturell-kurzfristige anzusehen sind, wird hier nicht weiter problematisiert, was ja auch durchaus konsequent innerhalb einer weitgehend entökonomisierten und entobjektivierten Sozialstrukturanalyse (wie es die Verfasser gelegentlich selbst einräumen, z.B. S. 380) zu sein scheint.

Zweifellos gibt die Studie, deren Methoden und jeweiligen Zielsetzungen immer deutlich expliziert werden, eine Fülle von Aufschlüssen über die Tendenzen der westdeutschen Sozialstruktur; sie enthält auch viele Anregungen zum Weiterdenken und Weiterarbeiten. Dennoch fragt man sich, worin die Autoren sich von dem Mainstream der Milieu- und Lebensstil-Analy-

sen unterscheiden, inwieweit das Festhalten am Klassenbegriff mit einem kapitalismuskritischen Zugang gleichzusetzen ist; letzteres wird zumindestens nicht immer deutlich, sieht man von einzelnen sozialkritischen Bemerkungen ab. In dem Bemühen um didaktische Eingängigkeit sind beträchtliche Redundanzen offenbar in Kauf genommen worden; störend wirkt es nur, wenn sich auf verschiedenen Seiten fast wortwörtlich die gleichen Passagen und Formulierungen wiederfinden (vgl. z.B. S. 104/105 und S. 127).

In Anknüpfung an eine kurze Passage über Entwicklungstendenzen in Ostdeutschland (61-68) legte Michael Vester (gemeinsam mit Michael Hofmann und Irene Zierke) zwei Jahre nach Erscheinen dieser Studie einen Band vor, der teilweise als Ergänzung zu diesem gesehen werden kann. Wiederum sind die "großen sozialen Milieus", allerdings "in zwei typischen ostdeutschen Regionen: dem Raum Leipzig und der Industriestadt Brandenburg" (7), Gegenstand der Untersuchung. Beteiligt an dem weitläufigen Forschungsprojekt (finanziert von der Hans-Böckler-Stiftung und der Volkswagen-Stiftung) waren eine große Zahl von WissenschaftlerInnen - auch aus den neuen Bundesländern. Ein zweiter Teil der Untersuchung war dem Wandel und der Beharrung von Mentalitäten über mehrere Generationen hinweg gewidmet, dieser soll später ebenfalls veröffentlicht werden.

Auch hier stützen sich Vester u.a. wieder auf die Milieukonstruktio-

nen von SINUS: Typisch für die Ex-DDR sei a) ein "Wasserkopf" einer überbürokratisierten Oberschicht und eine überproportional große Arbeiterklasse, dagegen eine vergleichsweise kleine Mittelgruppe, und b) ein wesentlich geringerer Modernisierungsgrad, betrachtet man die einzelnen Milieus in horizontaler Hinsicht. In der gegenwärtigen Situation wirkten die mit der Einigung verbundenen Prozesse besonders dissoziativ auf die ehemalige DDR-Gesellschaft. "In beiden von uns untersuchten Regionen polarisierten sich die Arbeitermilieus in einer Zerreißprobe, indem ein Teil seinen Status sichern oder verbessern kann und ein anderer sozial absteigen und vom Staat oder den Selbsthilfenetzen in den Milieus unterstützt werden muß. Von den Angehörigen der moderneren Milieus mit mehr Ausbildungskapital partizipieren nicht wenige auch am Elitewechsel. In den beiden untersuchten Orten sind sie in modernere Berufsfelder und Positionen kommunalpolitischer Verantwortung gelangt." (18) Die Untersuchung insbesondere von "Milieu-Lebensläufen" in den beiden Hauptregionen gilt vor allem der Differenzierung der Arbeitermilieus, die zwischen Paternalismus, Technokratie und Eigenständigkeit verortet werden, sowie den ganz unterschiedlichen Alternativmilieus, die in ihrer Herkunft und ihrer spezifischen sozialen Basis in den beiden untersuchten Regionen stark voneinander differieren. - Wenn die von SINUS wiederum bereitgestellten Milieu-Konstruktionen und -Bewegungen (vgl.

z.B. die vielsagende Differenzierung in modernen Habitus, den Habitus der traditionellen Mitte und den traditionellen Habitus, S. 48ff.) vielleicht weniger überzeugend und aussagekräftig für die Untersuchung gegenwärtiger Sozialstrukturen und noch weniger für die unmittelbaren Zukunftstendenzen sein mögen, so wird der Leser und die Leserin doch durch die sehr reichhaltigen und konkreten regionalen Einzelstudien entschädigt, die man auch als soziologisch orientierte Geschichtsschreibung der DDR lesen kann.

Dieter Boris

DDR als Klassengesellschaft

Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Akademie Verlag, Berlin 1995, 265 S., 64,- DM.

Mit dieser Veröffentlichung liegt zum ersten Mal eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse vor, die empirisch fundierte Aussagen zur Entwicklung der Sozialstruktur in der DDR machen kann. Im Mittelpunkt steht die These, daß in den Ursachen sozialstruktureller Ungleichheit und in den Mechanismen ihrer Reproduktion wesentliche endogene Gründe für die Auflösung dieser Gesellschaft zu sehen sind.

Im ersten Teil werden "theoretische und historische Überlegungen" dazu angestellt, wie die Sozialstruktur in der DDR begrifflich adäquat zu erfassen sei. Nach kritischer Auseinandersetzung mit den Konzep-

ten von "Stand" bzw. "Status" und "Klasse" sowie mit entsprechenden soziologischen Beiträgen aus den sozialistischen Ländern, kommt Heike Solga zunächst zu dem Ergebnis, daß für die Untersuchung sozialer Ungleichheit und der Mechanismen ihrer Reproduktion nur das Klassenparadigma geeignet sei. Auch an sozialistisch sich verstehende Gesellschaften müsse das in der klassischen, vor allem marxistischen Tradition entwickelte Modell angelegt werden, wonach Klassenlagen sich ergeben aus den jeweiligen Eigentumsverhältnissen, und wonach Widersprüchlichkeiten und Konflikte, Ausbeutung und Herrschaft zu erklären sind aus der tatsächlichen Verfügungsgewalt über die Mittel der Produktion. Wie in anderen Gesellschaftssystemen ist nach dieser Auffassung die bestimmende Strukturdimension auch in einer staatssozialistischen Gesellschaft darin zu sehen, wer oder welche soziale Gruppe die strategischen Ressourcen kontrollieren kann. Auch wenn die Verfügungsgewalt - und deshalb auch "Ausbeutung" - im Realsozialismus im Unterschied zum Kapitalismus weniger direkt ökonomische als vielmehr politisch vermittelte Formen annehme, sei dennoch in den Eigentumsverhältnissen sozialistischer Länder eine wichtige, vielleicht die wichtigste Ursache sozialer Ungleichheit zu sehen.

Den Arbeiten von Wright und Szelenyi folgend, werden Schemata der Klassenlagen der DDR-Gesellschaft (reine und widersprüchliche) und der Verfügungsgewalten (politische, ökonomische und techno-

kratische) entwickelt, die im einzelnen die präzise Beschreibung der Klassenlagen ermöglichen sollen: die des staatlichen Eigentums (Partielite oder Nomenklatur als die herrschende Klasse, Arbeiterklasse als die ausgebeutete; als widersprüchliche Klassenlagen die Administrative Dienstklasse im Staats- und Wirtschaftsapparat und die Operative Dienstklasse des sozialistischen Planungssystems), und die des genossenschaftlichen Eigentums und der untergeordneten Produktionsweisen (einfache Warenproduktion, Reste der kapitalistischen Warenproduktion und der bürgerlichen Dienstklasse).

Nach der systematischen Darstellung der Klassenlagen folgt die ihrer historischen Entwicklung. Drei Perioden werden unterschieden: 1945-61, 1961-79 und 1980-89. In der ersten wurden die Grundlagen eines sozialistischen Systems mittels staatlichem Eigentum und zentraler Planwirtschaft geschaffen, in der zweiten die Stabilisierung angestrebt und zunächst mittels der Dezentralisierung (Ulbricht) und dann der Rezentralisierung (Honecker) auch erreicht, in der dritten standen die Versuche zur Nutzung von Ungleichheit zwecks Effizienzsteigerung im Vordergrund. Diese Darstellung von wechselnden politischen und ökonomischen Eingriffen (die gezielte Bildungspolitik zum Austausch der Eliten, die Privilegierung von Grundlageninvestitionen gegenüber der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, die Kombinatbildung, die Flexibilisierung und Anreicherung der Arbeit) wird nun jedesmal be-

zogen auf ihre Auswirkungen für die Klassenstruktur. Die Autorin faßt zusammen: "In den drei Perioden der sozialstrukturellen Entwicklung kommt deutlich zum Ausdruck, daß es sich bei der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft um ein historisches Entwicklungsprodukt handelt, das aus einem Spannungsverhältnis von politischer Intervention, wirtschaftlichen Entwicklungserfordernissen und sozialem Wandel entstanden ist." (S. 123) Die Ergebnisse legten die These nahe, "daß die gesamte Entwicklung der DDR-Gesellschaft den Lebensabschnitten, Bedürfnissen und Interessen einer Generation folgte, nämlich denen der 'alten Garde'. Die Interessensartikulation der anderen Gruppen sei einerseits durch Befriedungsstrategien und andererseits durch politische Zwangsmaßnahmen eingeschränkt oder verhindert worden.

Im zweiten Teil wird mittels einer groß angelegten empirischen Analyse mit erheblichem Aufwand an methodischen Überlegungen zur sog. Intergenerationalen Mobilitätsanalyse gezeigt, wie die Klassenlagen und die mit ihnen strukturell gegebenen Privilegien bzw. Benachteiligungen von einer Generation auf die nächste übertragen werden konnten. Damit sollte die Frage beantwortet werden können, ob die DDR eine "offene Gesellschaft" war, ob Mobilität zu mehr sozialer Chancengleichheit geführt hat, oder ob sich auf Grundlage des sozialistischen Eigentums und der ungleichen Verfügungsgewalt eine neue Ungleichheitsstruktur etablieren konnte. Zunächst werden die

Trends in den absoluten Mobilitätsraten der vier miteinander verglichenen Geburtskohorten dargestellt mit dem Befund, daß in der DDR anfangs ein hohes Maß an intergenerationaler Mobilität gegeben war, das aber spätestens in den 1980er Jahren abnahm. "Strukturell bedingt" war die Mobilität durch Abschaffung des privaten Eigentums und entsprechender Klassenlagen und durch die Etablierung einer neuen Dienstklasse, die sich vorwiegend aus der Arbeiterklasse rekrutierte. Im zweiten Schritt wird die Entstehung von Klassenbarrieren nachgewiesen, die insbesondere mit der Schließung der sozialistischen Dienstklasse und der Partielite zusammenhängt. Nachdem die Zugänge nach oben versperrt waren, bedeutete soziale Mobilität zunehmend nur noch "Übergang in die Arbeiterklasse". Strukturell wirkte sich das in einer verstärkten Polarisierung der Klassenlagen aus.

Wenn die "Vererbung" von sozialen Privilegien auf die nachfolgende Generation nicht durch die Weitergabe von Eigentum geschehen konnte, und wenn andererseits die Mobilität nicht zu mehr Gleichheit geführt hat, muß geklärt werden, wie sich die neuen Ungleichheiten ergeben haben und sich verfestigen konnten. Für die privilegierten Klassenlagen kann Solga zum einen aufzeigen, daß das traditionelle Muster selektiver Partnerwahl eine wichtigere Funktion behalten hatte als die unmittelbar politische Intervention: "Der Reproduktionsmechanismus 'Heirat' diente damit der Privilegienvererbung der Dienstklassen und nicht der Durchsetzung

einer größeren Chancengleichheit". (S. 180) Zum anderen war für die Reproduktion sozialer Ungleichheit entscheidend, in welchem Umfang die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von politischen Interventionen beeinflusst worden sind. Vom konstatierten Wandel in den Rekrutierungsmechanismen profitierten danach am meisten die Kinder aus den sozialistischen Dienstklassen. "Während 'Herkunfts'-Nachteile, d.h. im wesentlichen ungleiche Bildungschancen, in der Aufbau- und Stabilisierungsphase der DDR durch loyales Verhalten kompensiert werden konnten, kristallisierten sich Bildung und Systemloyalität in den 1980er Jahren als die Rekrutierungsmerkmale heraus, die für eine Berufskarriere in die Dienstklassen unabdingbar gewesen zu sein scheinen." (S. 205)

In den abschließenden Thesen werden die wichtigsten Befunde der empirischen Analyse in einen breiteren soziologischen Diskussionsrahmen eingeordnet. Gegen das behauptete Ende der Brauchbarkeit des Klassenparadigmas und gegen die Nivellierungs- bzw. Entdifferenzierungsthese gerichtet, insistiert Heike Solga auf der Fruchtbarkeit marxistischer Klassentheorie und ihrer Anwendung auf die realen sozialen Ungleichheitsstrukturen. Als die Quintessenz ihrer eigenen Untersuchungen kann sie nur nachdrücklich konstatieren, daß die DDR eine auf die ungleiche Verteilung von Herrschafts- und Verfügungsgewalt gegründete (staatssozialistische) Klassengesellschaft war, im Verlauf ihrer Entwicklung immer mehr dazu

wurde. "Die Weitergabe von klassenspezifischen Ressourcen, Vor- und Nachteilen auf die nachfolgende Generation funktionierte immer mehr entsprechend den Mustern einer Klassengesellschaft, d.h. über die Weitergabe von Eigentum: Wenn dies auch nur sehr begrenzt in seiner physischen Gestalt möglich war, so doch in Form von klassenspezifischen Bildungs- und Karrierechancen sowie ungleichen Opportunitäten bei der Partnerwahl." (S. 216)

Solga beansprucht für ihre klassenanalytische Studie, derzeit den einzigen Versuch darzustellen, "der über eine theoretische Reflexion des Wesens der DDR-Gesellschaft hinausgeht". (S. 225) Insbesondere an Adler, Ettrich und Pollack kritisiert sie den bloß phänomenologisch beschreibenden und damit zugleich unergiebigsten bzw. unbefriedigend interpretierenden Charakter der bislang vorliegenden Ansätze, mit denen die Strukturen der DDR-Gesellschaft und die Gründe ihres Zusammenbruchs analysiert worden sind. Vor dem Hintergrund der eigenen Untersuchung, die den endogenen Charakter der Auflösung einer staatssozialistischen Gesellschaft aus deren Widersprüchen und gegensätzlichen Interessen herausgearbeitet hat, kann sie die Überzeugung äußern, daß "die theoretische Kraft sozialstruktureller Erklärungen ... sich über eine empirische Überprüfbarkeit ihrer praktischen Relevanz erweisen (sollte)". (S. 225) Das ist das eine: die berechnete Forderung nach *empirischer* Untersuchung, die sich der entwickelt-

sten Methoden der Sozialforschung bedient. Das andere: die Explikation des *theoretischen* Konzepts, mit dem Klassengesellschaften unterschiedlicher Basisbestimmungen untersucht und verglichen werden können. Das Verdienst der vorgelegten Studie liegt nicht zuletzt darin, diesen doppelten Anspruch ernstgenommen zu haben und damit trotz der - von der Autorin selbst ausführlich reflektierten - Grenzen einleuchtende und überzeugende Analyseergebnisse präsentieren zu können.

Sebastian Herkommer

Hitler-Biographie

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Militzke Verlag, Leipzig 1995, 640 S., 39,80 DM.

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, profilierte Faschismusforscher aus der DDR, wurden nach der Landnahme bundesdeutscher Historiker im Osten von ihren Universitätslehrstühlen in Berlin bzw. Jena vertrieben. Derart frei von institutionellen Zwängen unternahmen sie, was in der DDR nicht opportun war. Ihre Sachkenntnis und ihre Erfahrung - 1981 hatten sie schon gemeinsam eine Geschichte der NSDAP publiziert - und ihre nie verleugnete marxistische Geschichtsauffassung stehen auch bei ihrer Hitlerbiographie Pate, der ersten umfassenden Biographie dieses Mannes aus der Feder deutscher Marxisten.

Nun ist die Zielstellung des Buches bescheidener als mancher Historiker vielleicht unterstellt. Die Autoren wollen weder die Fülle der Tatsachen zusammenfassen, die in einer langen Reihe wissenschaftlicher Biographien über Hitlers Leben und Wirken angehäuft worden sind, noch sich im einzelnen explizit mit den Interpretationen auseinandersetzen oder sie auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. Da in der deutschen Gesellschaft die konkreten Kenntnisse über den deutschen Faschismus und seinen "Führer" schwinden, lenken sie den Blick auf diese Tatsachen zurück. Sie wollen den Spuren nachgehen, geschichtstheoretische Modelle aber vermeiden. Die "Person des Diktators", seine "Vorstellungen und Pläne", seine "Taten und Unterlassungen" sollen im Mittelpunkt stehen. Die von ihnen herangezogenen Quellen werden kritisch ausgewertet. Doch leider bleiben wichtige Quellen und von der Forschung erarbeitete Kenntnisse auch ausgespart. Das betrifft am krassesten den zweiten Weltkrieg und die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Kriegsführung.

Nüchtern rekonstruieren die Verfasser die "Lebensfährte Hitlers". In einundzwanzig Kapiteln wird sie nachgezeichnet und für jeden Schritt auf diesem Wege auf die Spuren und Zeugnisse verwiesen. Hitlers Wiener und Münchner Jahre und seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg werden beschrieben, die gesellschaftlichen Grundprobleme dieser Zeit nicht explizit thematisiert. Hier liegt das Grundproblem dieser Biographie. Es

springt insbesondere in jener Phase ins Auge, in der sich Hitlers Wandlung vom bezahlten Vertrauensmann der Reichswehr zum politischen Parteiführer im Auftrage der Reichswehr vollzog: "Erneut hatte Hitler eine Entscheidung getroffen, die von anderen vorgezeichnet und zu der ihm der Weg geebnet worden war". (S. 56f.) Röhm war die Schlüsselfigur in diesem Prozeß. Den phasenweisen Umschlag vom Geschöpf und Werkzeug der Reichswehr zum Politiker im Auftrag der Reichswehr zeichnen Pätzold und Weißbecker zurückhaltend nach. Die auch persönliche Dynamik dieser Wandlung, die später mit dem Umschlag vom "Trommler" zum "Führer" auch grundlegend das Selbstverständnis Hitlers veränderte, wird angedeutet, aber die Voraussetzungen der Wandlung bleiben, soweit sie die Person Hitler betreffen, unaufgeklärt. Dagegen zeigen die Autoren ausgezeichnet, wie die strukturellen Widersprüche dieser Person durch alle Wandlungen reproduziert werden, wie seine Selbstüberschätzung deren Gegenteil nur übertünchen, nicht aber aufheben konnte.

Die flüssig geschriebene biographische Bestandsaufnahme konzentriert sich dann auf Hitlers politische Taten und schließt eng an die von beiden Autoren verfaßte Geschichte der NSDAP an. Auch die chronologisch bestimmte Arbeitsteilung zwischen ihnen wurde wiederholt. Hitlers Biographie erscheint so als eine Geschichte der NSDAP im Hinblick auf die Person ihres "Führers". Zweifellos ist dies

für eine politische Biographie berechtigt. Indem die politischen Taten und deren Wirkungen in den Mittelpunkt gestellt und alle Fragen der Vorstellungen und Absichten Hitlers wesentlich daraufhin untersucht werden, akzentuieren die Verfasser gerade jene entscheidenden Handlungen, die Hitlers Platz in der deutschen Geschichte ausmachen. Wolfgang Ruge hatte nicht Unrecht, diese Biographie ein "Kalendarium der Untaten des 'Führers'" zu nennen.

Doch die Verfasser wollen Hitler nicht nur als großen Verbrecher zeichnen. Für sie gehört er zu jenen wenigen Personen des 20. Jahrhunderts, die als "Herausragende, Wegweisende und Führer ... gravierende Veränderungen und Wandlungen von erheblichem Ausmaß bewirkt" haben. Daß der faschistische Führer keine Marionette war, die vom Monopolkapital an unsichtbaren Fäden bewegt wurde, war, wie sie zu Recht hervorheben, nie eine wirkliche Streitfrage zwischen den Vertretern unterschiedlicher Geschichtsauffassungen. Doch in der Stoßrichtung gegen diese marxistischen Historikern fälschlich unterstellte These scheinen die Autoren nun in den gegenteiligen Fehler zu verfallen. Sie akzentuieren die aktive, "in bestimmten Grenzen eigenständige Rolle", mit der Hitler "durch seine Taten für einige Jahre und mit jahrzehntelangen Folgen in die europäische und die Weltgeschichte eingegriffen hatte" (S. 590). Vernachlässigt werden im Buch die jeweiligen Alternativen und die historischen Gegenspieler. Ohne ausreichende

Analyse bleibt auch jene gesellschaftliche Konstruktion des faschistischen "Führerprinzips", die den Handlungen und Entscheidungen dieser Person ihre tatsächliche gesellschaftliche Relevanz und Durchsetzungsmacht verlieh. Wenn Hitler auf dem von den Autoren vorzugsweise herangezogenen Gebiet der Außenpolitik zwar einsame Entscheidungen getroffen hat, die jedoch mit "exakt bemessenen" Schritten ein "fest im Visier" gehaltenes Ziel anstrebten, wenn die "Eliten" aus Wirtschaft, Militär und Ministerialbürokratie dem Kriegstreiber Hitler "mehrheitlich entschlossen" folgten und er auch die Unterstützung "bis in die arbeitenden Schichten hinein" gefunden hat, so wird eine Eigenständigkeit unterstellt, nach deren gesellschaftlicher Konstitution und Funktionsprinzipien nicht mehr gefragt wird. Das Fehlen einer funktionalhistorischen Analyse des nazistischen Führerprinzips kann aber für den Schwenk in die Einseitigkeit kaum allein verantwortlich sein.

"Welche Voraussetzungen und Bedingungen waren für sein Handeln hinreichend, welche zwingend erforderlich? Welche schuf er selbst und welche stellten seine Mitführer, Gefolgsleute und Gegner her?" Diese Fragen unterstellen bereits ein Verhältnis von Eigenständigkeit der Person und gesellschaftlicher Determination, das das Problem nur reduziert in den Blick bekommt. Wenn die Autoren darauf verweisen, daß "die Historiker, gleich welche abweichenden Vorstellungen sie von Gesetz, Regel, Zufall und Willkür für den Ablauf

der Menschheitsgeschichte besitzen mögen, ... insgesamt Schwierigkeiten mit der Beantwortung der Fragen" haben, so ist das zwar richtig, führt aber hier keineswegs zu einer produktiveren Fragestellung, denn die Fragen verweisen wiederum auf die Person zurück. In der Biographie der Person Hitler aber ist die Antwort nicht zu finden. Der Leser wird bei der Suche nach Antworten allein gelassen.

In dem Bemühen, psychologisierenden oder mythologisierenden Legenden nicht selbst Vorschub zu leisten, sind individualpsychologische und ähnliche Teile des Buches sehr sparsam und nüchtern gehalten. Es ist eine politische Biographie. Darum verzichten die Verfasser auch auf jede moralisierende Behandlung. Doch der Verzicht auf die systematische Auseinandersetzung fordert seinen Preis. Die psychologischen Kennzeichnungen - "penetrante Ich-Besessenheit", "Selbstüberschätzung" usw. - bleiben mehr umgangssprachlich und ohne wissenschaftliche Grundlage, die seltenen moralischen Aussagen lassen eine klare Kennzeichnung Hitlers als moralischer Person meistens vermissen. Vor allem aber bleibt unerklärlich, wie die Autoren von einem Mann, dessen Biographie bis zum 30. Lebensjahr keinerlei Ereignisse aufwies, die auf Fähigkeiten oder "Führerqualitäten" hinwiesen, der weder eine solide Bildung noch Berufsausbildung besaß, der eine kleinbürgerliche und streckenweise lumpenproletarische Existenz führte und keine dezidierten oder begründeten eigenen politischen Vorstellungen auf-

wies, wie die Autoren von diesem Mann 1920 als "Politiker mit großen Fähigkeiten" sprechen können.

Ich sehe die Leistung des Buches vor allem darin, daß es eine Art biographische Geschichte des deutschen Faschismus ist, die entscheidende Sachverhalte in ihrem historischen Zusammenhang in den Blickpunkt rückt. Die politische Biographie Hitlers ist die Geschichte des Kriegstreibers Hitler, die Geschichte der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland. Die Autoren rücken Fakten in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit, die heute oft vergessen oder verleugnet, verfälscht oder demonstrativ umbewertet werden, deren Kenntnis aber für politische Einsichten in einer Gegenwart unverzichtbar ist, in der der deutsche Imperialismus akkurat und demonstrativ den Weltfriedenstag im 50. Jahr der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus auswählt, um den ersten militärischen Einsatz der Bundeswehr nach scheinbar allzulanger Enthaltensamkeit zu vollziehen.

Werner Röhr

Oradour

Martin Graf/Florence Hervé, *Oradour. Regards au-delà d'oubli. Blicke gegen das Vergessen*, Klartext-Verlag, Essen 1995, 114 S., Großformat, brosch., zahlr. Abb., 29,80 DM.

Warum noch ein Buch über Oradour-sur-Glane, village-martyr, das

Dorf im Südwesten Frankreichs, in dem Angehörige der SS-Division "Das Reich", die nach der Landung der Alliierten im Juni 1944 ihre Blutspur aus dem Süden Frankreichs bis in den Norden zog, 642 Menschen, darunter 240 Frauen und 205 Kinder, erschossen, erstickten, verbrannten; über Oradour, das zum Zeichen für eine entmenslichte Soldateska wurde, nicht so sehr wegen der Schwere des Verbrechens - in der Sowjetunion und auf dem Balkan gab es unzählige Dörfer, die in ähnlicher Weise niedergemacht wurden -, als vielmehr wegen der Arglosigkeit, mit der die Bewohner der bis dahin vom Kriege fast unberührten Ortschaft die einrückenden Deutschen empfingen, bis das ihnen Unglaubliche seinen Anfang nahm? Gibt es neue Quellen zu dem, was sich dort am 10. Juni 1944, einem friedlichen Samstagmittag, zutrug? Nach den wenigen Augenzeugenberichten und dem einzigen offenen Geständnis eines Tatbeteiligten, des Untersturmführers Heinz Barth, wird damit kaum noch zu rechnen sein.

Der Anlaß des Buches indessen ist ein anderer: eine unter dem Titel "Oradour - 10. Juni 1944 - Souviens-toi - Erinne Dich!" zum 50. Jahrestag des Massakers in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf eröffnete Ausstellung der eindringlichen Bilder Martin Grafs. Florence Hervé war im selben Jahr mit dem Fotografen nach Oradour gereist, um gemeinsam mit ihm die Ausstellung einzurichten und den Besucherinnen und Besuchern Führungen anzubieten.

Auch der Ausstellungsort steht in einem eigenen Bezug zum Ort des Verbrechens: der als Divisionskommandeur Hauptverantwortliche, der SS-General und Ritterkreuzträger Heinrich Lammerding, der zweimal von französischen Gerichten in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde - das andere Mal dafür, daß er einen Tag vor Oradour in Tulle 99 willkürlich und ohne jeden Nachweis ihrer Beteiligung an Widerstandsaktionen zusammengetriebene Männer unter dem Abspielen von Schlagermusik vor den Augen ihrer Angehörigen an Laternenpfählen und Balkons erhängen ließ -, durfte bis zu seinem Tode unbehelligt von der deutschen Justiz und unter dem ausdrücklichen Schutz des deutschen Außenministeriums als erfolgreicher Bauunternehmer in Düsseldorf leben und seinerseits Journalisten inkriminieren, die es wagten, diesem Tatbestand nachzugehen.

Schon der Titel des von "eine(m) deutschen Fotografen und eine(r) französische(n) Autorin" (10) zweisprachig herausgegebenen Buches verrät, daß es ihm weniger um eine möglichst vollständige Dokumentation als um die Mahnung geht, die mit dem in Frankreich fast jedem Schulkind geläufigen, in Deutschland hingegen "bis heute fast unbekannt(en)" (7) Namen verbunden ist. Denn dieser Name steht auch "für ein Nachdenken über die Gegenwart" (9), in der mit Kriegen und Bürgerkriegen Greueln fortzuauern und deren Schrecken mehr und mehr in der

Anonymität ihrer Opfer zu verschwinden droht.

Oradour als Mahnmal - das ist der Ort, über den noch immer die Legenden sich halten, es habe dort Stützpunkte der Résistance gegeben, als ob deutsche Besatzer, dort wo sie in Europa mordeten, konkreter Anlässe bedurft hätten; als ob es, selbst wenn es gegen alle Indizien so gewesen wäre, irgendeine Rechtfertigung für die Ermordung von Nichtkombattanten, ob Männer, Frauen oder Kinder, gäbe. In einer nach dem Schloß der Rochechouart benannten kleinen Stadt, nicht weit von Oradour, wo sich dem Besucher vom Schloßwall ein weiter Ausblick auf Wiesen und Felder bietet, wird berichtet, daß von dort Wehrmachtssoldaten einfach so, zum Zeitvertreib, auf ihrer Landarbeit nachgehende Bauern schossen, und die "anständigen" Soldaten, die es auch gab, mögen dem Rezensenten verzeihen, wenn er nicht erst seit Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburg 1995 (vgl. Besprechung in Z 23) sich weigert, subtile Unterschiede zwischen Mördern in SS- und in Wehrmachtuniformen auszumachen.

Oradour - das ist die Gedenkstätte, in der noch vor wenigen Jahren ein Aufsichtsbeamter des Kultusministeriums den Rezensenten fragte, warum wir hierher kämen, da Deutsche doch unter den mehreren hunderttausend Besuchern jährlich nach wie vor eine quantité négligeable seien.

Oradour - das ist ein bis heute ungesühntes Verbrechen, mit einer einzigen Ausnahme, der Verurteilung des Heinz Barth zu lebenslänglicher Haft in Berlin (DDR) 1983; und hier leistet das von Florence Hervé hinter die Jahreszahl gesetzte Ausrufezeichen (8) eher Mißverständnissen Vorschub. Denn der Prozeß gegen Heinz Barth erregte weltweites Aufsehen nicht wegen des späten Zeitpunkts - der Tatbeteiligte von Oradour war, wie das in so vielen anderen Fällen geschah, einfach unerkant geblieben -, sondern deswegen, weil in der Beweisaufnahme durch Ladung der überlebenden Augenzeugen noch einmal der ganze Hergang rekonstruiert wurde und der Angeklagte ein volles Schuldbekennnis ablegte (vgl. Peter Przybylski/Horst Busse, *Mörder von Oradour*, Berlin [DDR] 1984), was es zuvor bei dem Prozeß in Bordeaux 1953 wie bei den meisten anderen NS- und Kriegsverbrecherprozessen noch nicht gegeben hatte und schon gar nicht bei den verantwortlichen Offizieren und Mannschaften, die längst identifiziert waren, ohne daß in der BRD jemals ein Verfahren gegen sie eröffnet wurde.

Der Textteil des Bandes enthält neben Gedichten über Oradour von Jean Tardieu, Aragon und Madeleine Riffaud, den Kindheitserinnerungen Madeleine Riffauds an Oradour, "als es noch voller Leben war" (15), und neben Reden der Bürgermeister von Tulle und Schorndorf zum 25-jährigen Jubiläum der Partnerschaft ihrer Städte - das zusammenfällt mit dem 50. Jahrestag der Ereignisse von Tulle

- auch Augenzeugenberichte von Robert Hébras, einem der fünf Überlebenden der Maschinengewehrgarben, unter denen die männliche Bevölkerung Oradours starb, der Madame Rouffanche, der einzigen unter den Frauen und Kindern, die dem in der Kirche angerichteten Inferno entkam, der 20-jährigen Rose Pinède, die sich mit ihren beiden jüngeren Geschwistern unter einer Treppe an der Rückseite des Hotels Avril vor den Henkern retten konnte.

Immer wieder erschütternd und empörend ist es, wenn Robert Hébras beschreibt, wie die Soldaten die Männer in mehreren Gruppen in Garagen und Scheunen trieben und mit in den Einfahrten postierten Maschinengewehren niedermähten, wie sie über die aufeinandergefallenen Leiber stiegen und "Gnadenschüsse" austeilten, wie sie Tote und noch Lebende mit Heu und Reisigbündeln bedeckten und verbrannten; oder wenn Marguerite Rouffanche sich unter Qualen erinnert, wie die eingesperrten Frauen und Kinder nach der Explosion einer Rauchbombe "halb irrsinnig und schreiend vor Angst" (32) in die Teile der Kirche liefen, in denen noch Luft zum Atmen war, wie die Deutschen auf die Fliehenden schossen, wie sie selbst sich, hinter dem Altar versteckt, zu einem Fenster hochziehen und ins Freie springen konnte, wie eine Mutter ihr nachfolgte und ihr ihr Baby zuwarf und dann beide durch das Schreien des Kindes entdeckt und erschossen wurden.

Die menschenleeren Bilder Martin Grafts vergegenwärtigen mit der

Intensität ihres Blicks auf ausgebrannte Häuser, Autowracks, Fahrradgestänge, Betrahmen, Kinderwagengestelle, Nähmaschinen, Uhren dem Betrachter das Geschehen, als sei es auch heute nach fünfzig Jahren noch am Tage danach: Auf der Hauptstraße von Oradour sind die Schienen und sogar die Oberleitungen der Straßenbahn von Limoges nach St. Junien erhalten, mit der noch "bis 1948 ... die Kinder auf dem Weg zur Schule täglich durch das Ruinendorf fahren (mußten)" (56); der Eingang der Mädchenschule, wo "früher im Sommer Kinderlachen und Kinderlieder durch die offenen Fenster zu hören waren", (63) führt heute ins Leere; am Wartehäuschen der Straßenbahnstation, das bis vor fünfzig Jahren "auch ein beliebter Treffpunkt der Dorfjugend" war (69), sind noch einige der blauglasierten Kacheln des Ortsschildes "Oradour s/Glane" zu sehen; der Stein des Hauptaltars in der Kirche, vor dem auch die Lehrerin Denise Bardet an ihrem 24. Geburtstag mit einer Gruppe ihrer Schülerinnen aus der Mädchenschule verbrannte, ist durch die Hitze gesprungen (79); der Peugeot des Weinhändlers Henri Texereau steht noch heute dort, wo er ihn am letzten Tage Oradours vor seinem Haus geparkt hatte (109).

Auf den zweiten Blick freilich ist zu erkennen, wie die gegen das Leiden gleichgültige Natur das Zerstörungswerk der Mörder zu überwuchern längst begonnen hat. "Oradour", heißt es in der Beschriftung der Ansicht einer von Ruinen umsäumten und gleichwohl sorg-

fältig gefegten Straße, "wird nicht als Geisterdorf konserviert. 'Die Natur holt es sich wieder', sagen die Menschen, die nebenan im neuen Oradour wohnen, 'und wenn es eines Tages verschwunden sein wird, wird man es hoffentlich nicht mehr brauchen.'" (73) So sind die in den Bildern Martin Grafts festgehaltenen "Blicke gegen das Vergessen" gezeichnet von den Kontrasten zwischen verbrannte Erde zurückerobernder Natur, bewahrender Denkmalpflege und Spuren des Lebens, die wie Zitate aus der ersten Bilddokumentation des Massakers in die Erzählungen über Oradour eingelassen sind. Sie machen sichtbar, was trotz vielem, das gesagt wurde, die wenigen Augenzeugen nicht haben sagen können oder wollen und was künftig niemand mehr sagen wird.

Reinhard Schweicher

Deutsche Bank

Hermannus Pfeiffer, Sieger der Krise: Der Deutsche-Bank-Report, Bundes-Verlag, Köln 1995, 315 S., 49,90 DM.

Kaum ein Unternehmen der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten ein solches Interesse auf sich gezogen wie die 1870 gegründete Deutsche Bank, die seit den frühesten Jahren ihres Bestehens fast zu einem Synonym für das deutsche Finanzkapital geworden ist. Ihre führenden Vorstandsmitglieder (von Emil Georg von Stauff über Hermann Josef Abs bis zu Alfred Herrhausen und Hilmar Kopper - um nur diese

zu nennen) waren stets Repräsentanten nicht nur ihrer Bank, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft und hatten in den bewegten Zeitläuften unter den verschiedenen Systemen immer auch politischen Einfluß - ob sie das nun wahrhaben wollten oder nicht, ob sie es mit publizistischen oder zuweilen sogar mit juristischen Mitteln zu bestreiten versuchten oder nicht.

Hermannus Pfeiffer, der seit 1986 bereits auf als sechs eigene Veröffentlichungen über die deutschen Großbanken und dabei speziell über die Deutsche Bank verweisen kann, die seit ihrer Fusion mit der Disconto-Gesellschaft im Jahre 1929 unter diesen stets an erster Stelle stand, hat sich in seinem neuesten Buch wiederum dieses Themas angenommen, gewiß - wie zu hoffen ist - nicht zum letzten Male, denn bei einem solchen Mammutkonzern wie der Deutschen Bank ist nach den bisherigen Erfahrungen wirklich "nichts unmöglich", ihrer weiteren Expansion als Bank wie auch ihrem Vordringen in andere Bereiche scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein. Die weitere Geschichte der Deutschen Bank ist also in besonderem Maße "nach vorn offen".

Dieses Mal stehen bei Pfeiffer, von kurzen Rückblenden in die Vergangenheit abgesehen, die Ereignisse der jüngsten Zeit im Vordergrund. Er läßt vor unseren Augen mit Hilfe vieler gut recherchierter und belegter Daten und Vorgänge ein lebendiges Bild der Aktivitäten der Deutschen Bank während der letzten Jahre entstehen, das auch

denjenigen zuweilen in Erstaunen versetzt, der sich - wie der Verfasser dieser Rezension - auf diesem Gebiet schon einmal betätigt hat, wengleich zu einer Zeit, als sich nach dem zweiten Weltkrieg (und nachdem ein USA-Kriegsverbrecherprozeß gegen die Deutsche Bank nicht mehr zu befürchten war) die "Wiedergeburt" dieses Bankimperiums vollzog. Schon damals - in den 50er Jahren - war die Deutsche Bank ein "Stern erster Ordnung", aber doch geradezu ein Winzling, wenn man einen Vergleich mit ihrer Position in der Gegenwart anstellt.

Pfeiffer erläutert auf vielfältige Weise die Gründe, die dazu geführt haben, daß die Deutsche Bank nicht nur "der mit weitem Abstand mächtigste Konzern in der Bundesrepublik" (S. 286), sondern eine Finanzgruppe von internationalen Ausmaßen geworden ist: Die Nutzung aller Möglichkeiten, die das Universalbank-System (im Unterschied zu dem in Ländern wie den USA und Japan bestehenden Regional- und Spezialbank-System) bietet; die Privilegierung der Banken und Versicherungen durch einen "Sonderbereich" im Kartellgesetz der BRD; das "Depotstimmrecht", durch das auch ohne eigenen Aktienbesitz faktisch die Kontrolle über zahllose Kapitalgesellschaften ausgeübt werden kann; der offenbar gegenüber anderen Banken errungene Vorsprung in der Anwendung neuer Informationstechnologien durch die computergestützte Vernetzung des Deutsche-Bank-Konzerns und des Konzerns mit seinen Großkunden; die

engmaschige personelle Verflechtung der Deutschen Bank mit allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft in der BRD (Pfeiffer nennt die Zahl von 3795 solcher Verflechtungen) - um nur die wichtigsten Faktoren zu nennen. Und selbst die Pleiten, in die die Deutsche Bank verwickelt war, konnten ihre Position nicht nur nicht erschüttern, sondern brachten ihr in der Regel auch noch finanziellen Gewinn und gestiegenen Einfluß.

Der "Erfolg" der Deutschen Bank kommt also nicht von ungefähr, und es ist schon ganz zutreffend, festzustellen, daß sie "als fast autark gegenüber den Fährnissen der Weltwirtschaft" erscheint und in den Krisen unserer Zeit als "strahlender Sieger" und sozusagen fit für die 90er Jahre dasteht (S. 283). Solche Aussagen stehen jedoch in einem gewissen Gegensatz zu der von Pfeiffer genannten Gefahr einer "Deutsche-Bank-Sklerose" (S. 284) und sollten daher cum grano salis genommen werden.

Bei einem Thema wie diesem kann es also nicht ausbleiben, daß sich - bei allgemeiner Zustimmung zum Inhalt des Buches und zu seinen Hauptaussagen hier und da auch einige kritische Gedanken einstellen bzw. Wünsche für Veränderungen, die bei künftigen Veröffentlichungen des Autors berücksichtigt werden mögen.

Pfeiffer behandelt die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank in der BRD (einschließlich der Aktivitäten, die sie entfaltete, um sich in der ehe-

maligen DDR zu etablieren) ebenso wie das immer weitere Vordringen der Bank in vielen anderen Ländern mit dem Schwerpunkt Westeuropa, aber auch mit wachsendem Interesse daran, in den ehemaligen RGW-Ländern rechtzeitig und ausreichend präsent zu sein. Es hätte den "Gebrauchswert" des Buches sicherlich erhöht, wenn an einer Stelle statt separater statistischer Angaben die Grundpositionen der Gesamtbilanz der Deutschen Bank zusammenfassend dargestellt worden wären. Auch eine stärkere Bewertung der internationalen Stellung der Deutschen Bank wäre nützlich gewesen, ebenso eine gewisse qualitative Wertung der vielen hundert Beteiligungen im Ausland, die bei Pfeiffer lediglich als Liste ohne jegliche Zusätze erscheinen.

Der Autor zeigt nicht nur die unmittelbare Zunahme der ökonomischen Macht der Deutschen Bank, wie sie in den Bilanzzahlen, den Beteiligungen und personellen Verflechtungen zum Ausdruck kommt (hierzu faßt er auch Ergebnisse früherer Untersuchungen zusammen). Besonders ausführlich behandelt er, wie die Deutsche Bank nun auch zu einem der bedeutendsten Konzerne in der Versicherungswirtschaft geworden ist. Außerdem hat sie inzwischen feste Positionen in einem weiteren Wirtschaftsbereich errungen, nämlich im Verkehrswesen, wobei sich die Deutsche Bank übrigens als eine harte Verfechterin von Privatisierung (z.B. auch von Autobahnen) und von einer nicht durch staatliche

Vorgaben regulierten Konkurrenz erweist.

Pfeiffer stellt dar, daß allen Aktivitäten der Deutschen Bank nicht schlechthin der Drang nach Profit zugrundeliegt, sondern daß die maßgeblichen Kräfte dieser Bank dabei ein strategisches Ziel verfolgen: den Umbau der Bundesrepublik. Er nennt die vier Punkte des "Deutsche-Bank-Parteiprogramms": das Aufbrechen der traditionellen Marktordnungen, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Umverteilung zugunsten der Unternehmergewinne.

Das Buch ist durchweg locker und interessant geschrieben. Einige Teile sind vom Beginn an leider zu wenig auf die Deutsche Bank zugeschnitten, so daß der Bezug zu ihr manchmal fast verlorengeht und man erst einige Seiten lesen muß, ehe man das Objekt der Begierde wieder unmittelbar im Blick hat. Dies ist zum Beispiel bei dem Kapitel der Fall, das die Überschrift "Privileg für Sieger" trägt und die juristische Sonderstellung der deutschen Banken behandelt, aber auch dort, wo sich der Autor mit Fragen der Kontenführung und den dafür erhobenen Gebühren, mit den verschiedenen Formen der Geldanlage und mit den Zinserträgen befaßt, was sich dann fast wie ein "Ratgeber" liest. Die den Banken in der BRD zugestandenen Möglichkeiten für die Bildung unversteuerter Reserven mag man noch so kritisieren: Bisher haben sich Zusammenbrüche großer Banken nicht in der BRD, sondern in anderen Ländern ereignet, in denen die

Banken offenbar keine solche "Risikovorsorge" betreiben (dürfen), wo aber die Steuerzahler letzten Endes für Verluste aufkommen müssen, die um das Vielfache höher sind als die entgangenen Steuern in der BRD.

Auf einige weniger gelungene Seiten des Buches sei in gebotener Kürze hingewiesen. Inhaltsverzeichnis und Gliederung des Buches erscheinen mir als wenig nutzerfreundlich. Bei der vom Autor gewählten Gliederung ist es nach meiner Meinung auch nicht sehr günstig, daß im Zusammenhang mit den eingangs besprochenen Personen Abs und Herrhausen bereits zahlreiche Fragen der Entwicklung der Deutschen Bank behandelt werden, die dann später noch einmal auftauchen. Man sagt zwar, daß die Wiederholung die "Mutter der Weisheit" sei, doch Pfeiffer macht davon sehr reichlich Gebrauch. Besonders oft bezieht er sich auf die "tiefste wirtschaftliche Krise in der Geschichte der BRD" (oder in ähnlicher Formulierung), womit er offensichtlich die Krise der Jahre 1992/93 meint, was er aber nicht mit einem einzigen Faktum belegt. Über das "Tiefste" ließe sich durchaus streiten! Und muß dem ermordeten Herrn Herrhausen gleich zweimal vorgehalten werden, daß er in seiner Jugend (so ungefähr mit 14 Jahren) an einer "Reichsschule der NSDAP" war?

Es wäre zu wünschen, daß die vielfältigen Informationen über die Aktivitäten und die Geschäftspraktiken der Deutschen Bank, die das Buch von Hermannus Pfeiffer enthält, über den Zuwachs an Wissen

hinaus auch dazu beitragen, die Diskussion über die Macht der Banken zu beleben. Ein Konzerngigant dieser Größe, der hinsichtlich seiner Machtausweitung faktisch keinerlei Kontrolle unterliegt, kann über seine Funktion als einer der Dreh- und Angelpunkte der deutschen Wirtschaft hinaus, die für diese, wie auch Pfeiffer zeigt, insgesamt durchaus von Vorteil ist, zugleich nach wie vor zu einer potentiellen Gefahr für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung werden. Daher ist den von Pfeiffer im Schlußteil seines Buches angestellten Überlegungen, wie die Macht solcher wirtschaftlicher Giganten wie der Deutschen Bank eingedämmt werden kann, voll zuzustimmen. Denn: "Nicht der Machtmißbrauch ist das eigentliche Problem, sondern die Macht an sich." Und: Nach der Meinung des Autors "haben wir es im Fall der Deutschen Bank mit zuviel Macht zu tun und daher mit einer Machtfülle, die sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht leisten kann und darf!" (S. 211)

Ernst Lüdemann

Zu Horkheimer/Adornos kritischer Theorie

Christoph Türcke/Gerhard Bolte, *Einführung in die kritische Theorie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1994, 102 S., 24,80 DM.*

In dieser Einführung in die kritische Theorie (im folgenden k. T.) soll der "Gesamtbegriff der kritischen Theorie" entfaltet werden. Dabei geht es nicht darum, wesent-

lich neue Einsichten oder Interpretationslinien aufzuzeigen, vielmehr begründen die Autoren ihr Vorhaben mit ihrer grundlegenden Intention, den aktuell kritischen Gehalt der k. T. nachzuweisen. Türcke und Bolte gehören dem kleinen Kreis derjenigen an, für die Inhalt und Gegenstand der k. T. nach wie vor Gültigkeit besitzen. Sie wollen die k. T. dadurch bewahren, daß sie eine "kleine Starthilfe" zu ihrer Fortführung bieten wollen. Die Autoren zeichnen die Geistesgeschichte der k. T. in ihren wesentlichen Etappen nach, weisen aber auch darüber hinaus, indem sie den gesellschaftlichen Hintergrund reflektieren.

In den beiden ersten Kapiteln, die sich der Grundlegung der k. T. widmen, werden sehr umfangreich einige Aufsätze der "Zeitschrift für Sozialforschung", der Zeitschrift des von Horkheimer seit 1930 geleiteten Institutes für Sozialforschung, als grundlegende programmatische Überlegungen und Abhandlungen zitiert. Sie befassen sich, dem interdisziplinären Anspruch des Institutes für Sozialforschung gemäß, unter sozialpsychologischen, geistes- und kulturwissenschaftlichen Gesichtspunkten mit den Heteronomien im Wechselverhältnis von Gesellschaft und Ideologie. Hier gelingt es den Autoren, die Ursprünge der k. T., insbesondere auch Horkheimers richtungsweisende Gedanken, zu skizzieren. Türcke und Bolte stellen Horkheimers zentrales Motiv heraus, das zum Grundgedanken der k. T. wird. Dieser hat insofern bis heute seine Aktualität erwiesen, als

er, in Anlehnung an die Marxsche Gesellschaftstheorie, auf der immanenten Krisenhaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaft beharrt, die zur Überwindung ihrer selbst führen müßte, es aber nicht tut. Diese Aporie wird als grundlegendes, sich durchziehendes und vertiefendes Motiv der k. T. von den Autoren herausgestellt.

Dies führt, die Erfahrungen im amerikanischen Exil bestärken die Autoren der k. T. darin, zum zentralen Stellenwert der Kulturkritik. Darüber gelangte Adorno immer stärker in den Mittelpunkt der k. T.. Türcke und Bolte heben dies selbst als ästhetisches Ereignis hervor: "Der Mensch lebt nicht vom Begriff allein. Den ästhetischen Sinnenreiz aus einem Narkotium in einen Stimulus zur Überwindung der Misere zu verwandeln, gehört zu den materialistischen Essentials der kritischen Theorie." (32) Dies gilt es vor allem auch deswegen zu betonen, weil immer wieder gerne der sauertöpfische Griesgram kolportiert wird, wenn vom Gesellschaftskritiker, der etwas auf die negative Dialektik hält, die Rede ist.

Im amerikanischen Exil gelang Adorno und Horkheimer der große Wurf. Ihnen drängte sich die Frage auf, wie es trotz aufklärerischer Tradition zur rationalistisch-irrationalen Form der Barbarei des deutschen Nationalsozialismus kommen konnte. Nur eine radikale Fragestellung konnte über einen sinnlosen Appell an die Vernunft hinausreichen. Diese wurde versucht, indem die Verstrickung von Aufklärung in das Gesellschaftliche

als immanenter Prozeß, freilich aus der Vogelperspektive, (64) untersucht wurde. Angesichts des fragmentarischen Charakters der "Dialektik der Aufklärung" und dadurch bedingter Generalisierungen wurde jedoch dem Vorwurf Vorschub geleistet, durch eine Destruktion des Vernunftsbegriffs mit der Begrifflichkeit des Vernünftigen in eine perspektivlose irrationalistische Antinomie geraten zu sein. Die beiden Autoren weisen dies zurück: Die vorgeworfene theoretische Sackgasse sei vielmehr eine realgeschichtliche der menschlichen Vernunft im 20. Jahrhundert.

Weil sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen skeptisch und kritisch gegenüber gesellschaftlicher Praxis war, war die Haltung Adornos und Horkheimers auch Kritikpunkt der revoltierenden Studenten. Die Studenten forderten aktionsorientierte Konsequenzen aus Horkheimers und Adornos kritischen Gedanken über die kapitalistische Gesellschaft ein. In spannender Schilderung erläutern Bolte und Türcke die unaufgelösten Widersprüche der k. T., die in ihrer Stellung zwischen kritischer Solidarität eines Marcuse und der scharfen Abrechnung mit dem tendenziell blinden Aktionismus seitens Adornos liegt.

Mit einer Reformulierung der k. T. versprach sich Habermas, der sich allerdings auch gegen die revoltierenden Studenten wandte, die Lösung der Aporie von veränderndem Handeln und Gesellschaftskritik, die den totalen Verblendungszusammenhang thematisiert. Sein

Versuch mündete aber in eine dualisierende Sozialphilosophie. Türcke und Bolte kritisieren Habermas' Theorie vor allem als Verabschiedung von der Kategorie der Totalität, die Grundvoraussetzung einer kritischen Gesellschaftstheorie sein muß, will sie nicht zur resignativen Selbstzufriedenheitsmanifestation in einer Schönwetterphase bürgerlicher Gesellschaft werden.

Es gelingt den Autoren, die Grundtheoreme wie auch einige Seitenlinien der k. T., insbesondere deren gesellschaftstheoretische Bezüge, in den vier Kapiteln knapp und spannend darzulegen und dabei Biographisches und Historisches einzustreuen. Lediglich Benjamin wird ganz außen vor gelassen. Die Autoren begründen dies, nicht völlig überzeugend, mit dem Respekt vor seiner Singularität. (21) Ihre Einführung, die angesichts ihres Umfangs, ihrer lebendigen Erzählweise und nicht zuletzt durch ihre kritische Grundhaltung auch wirklich eine ist, dürfte dem Anliegen der Autoren förderlich sein und dies nicht zuletzt deswegen, weil ihre verständliche, nicht aber simplifizierende Darstellung nichts von der, für viele abschreckend wirkenden, esoterischen Ausdrucksweise hat, die immer mal wieder besonders Adorno vorgeworfen wird.

Jonas Dörge-Weidemann

Die Mißhandlung der Kreativität

Hans Joas, *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1992, 323 S., 26,- DM.

Der amerikanische Pragmatismus und dessen soziologische Ausformulierung, der Symbolische Interaktionismus, hatte im linken Flügel der bundesdeutschen Sozialwissenschaft lange Zeit eine schlechte Presse. Die Rehabilitierung der Pragmatisten James, Dewey und Mead seit der Mitte der siebziger Jahre - Habermas fungierte hier wieder einmal als Theorie-Spediteur - ist für Hans Joas eine Grundsatzfrage der Soziologie. In den Aufsätzen der Sammlung "Pragmatismus und Gesellschaftstheorie" verdeutlicht er ein weiteres Mal sein Anliegen. Nicht nur geht es ihm darum, daß "bestimmte positive Theorien zum Arsenal der Soziologie beigetragen" (281) werden, sondern Joas behauptet, daß "Meads Theorie in ihrem ganzen begrifflichen Zuschnitt eine Unternehmung darstellt, die heute im Zeichen einer vielfältigen Renaissance des Pragmatismus hohe philosophische Aktualität besitzt und die zugleich der Soziologie durch eine Veränderung ihrer Grundbezüge eine Wiederanknüpfung an die Impulse ermöglicht, die ihr einst Lebendigkeit und Zukunftsgewißheit gaben" (282f.). Die Art, wie hier die Stellung des Pragmatismus innerhalb der Soziologie gestärkt werden soll, ist bereits eine Kostprobe pragmatistischen Denkens: Es würdigt sich selbst weniger als Lösungsstrategie inhaltlich be-

stimmter Probleme, vielmehr wird eine neue Rührigkeit und Geschäftshuberei versprochen (eine sichere Bank im akademischen Betrieb).

Freilich macht Joas anschließend eine Lücke aus, zu deren Schließung sich der Pragmatismus andient: Es ist die unbefriedigende Erklärung gesellschaftlicher Integration. Die nicht-pragmatistische Soziologie erkläre diese mit der bloßen Vernetzung von Nutzenmaximieren oder mit einem normativen Konsens. Vorbildfunktion für die Handlungstheorie besaß dabei der in der Ökonomie gewonnene Typus des rationalen Handelns. "Die Soziologie sollte dagegen zuständig sein für jene Dimensionen der Vergesellschaftung, die von der Ökonomie nicht erfaßt wurden, und sie sollte diese Zuständigkeit mit den Mitteln einer Theorie des Handelns ausüben, welche nichtrationale Formen des Handelns einbezieht" (291). Die Soziologie entwarf so eine Typologie von Handlungen, die vom rationalen Handeln auf verschiedene Arten abweichen (Pareto, Weber), oder führte einen Dualismus von hedonistischem und rationalem Handeln ein (kantianische Lösung).

Aber muß diese "Alternative von Utilitarismus und Kantianismus" (293) so gestellt werden? Die reale Trennung von Handlungssphären, die in der Ökonomie gedacht wird mit dem homo oeconomicus, übernimmt die Soziologie, um ihrerseits eine "gesellschaftliche Ergänzung" beizutragen. Diese Trennungen und ihre theoretische Reflexion werden selbst nicht wieder von Joas

reflektiert. Er akzeptiert dieses "Ordnungsproblem" - und sieht dessen Lösung in der kreativen Problembearbeitung: Von den Handelnden werden "zwischen Impulsen und Handlungsmöglichkeiten experimentell Verknüpfungen hergestellt" (294). In diesem Lern- und Suchprozeß konstituieren sich die Zwecke des Handelnden durch die Reflexion auf den ihm vorgegebenen Handlungskontext - sowohl der Kontext, die Zwecksetzungen und die Lösungen unterliegen dabei ständiger Revision. Daß diese Leistung allen Gesellschaftsgliedern abverlangt wird, begündet die "zentrale Stellung der Kreativität des Handelns" (295).

Die Antinomien der Handlungstheorie scheinen sich aufzulösen: Das vormals utilitaristische Individuum antizipiert immer schon die Intentionen seines Gegenübers und ist auf einen Handlungskontext bezogen; der normative Konsens muß nicht per Appell an übergeordnete Instanzen eingeführt werden, sondern ergibt sich durch die Interaktionsprozesse der Individuen. Die soziale Ordnung findet sich "in der Fähigkeit eines Kollektivs zur erfolgreichen Problemlösung oder Lebensbewältigung" (302).

Wo aber ist der Ort der Konstitution dieser Gesellschaftlichkeit? Dieser Prozeß wird in die Subjektivität der Handelnden verlegt, "die Beziehung zwischen Handlung und Bewußtsein drängt Meads Denken vorwärts" (294). Die objektiven Anforderungen an das Individuum und seine eigenen begrenzten Mittel werden nun zweifellos von diesen reflektiert und in ein Arrange-

ment gebracht. Diese Ordnung im Bewußtsein wird von Mead aber wiederum rückprojiziert als Ordnung des Sozialen - eine innerliche Verbindung zwischen Individuum und Gesellschaft ist so hergestellt: "das Subjekt seiner Theorie war voll sozialisiert, aber die Gesellschaft dafür auch voll subjektiviert"¹.

Die Zwecksetzungen und Aktionen der Individuen sind zwar nurmehr als reflexiv, antizipierend, als Rollenübernahme bezogen auf einen Handlungskontext denkbar. Wie aber konstituiert sich dieser Kontext? Das "Problem sozialer Ordnung" taucht als Herstellung dieses Handlungskontextes wieder auf - und kann von den Pragmatisten nur immer weiter verschoben werden: jede Kreation des Handelns existiert wiederum innerhalb eines Kontextes. Einerseits erscheint die Herstellung eines sozialen Konsenses qua moralischer Instanz (Kantianismus) wieder. Zwar stellt jede individuelle Produktion und Selektion von Handlungsalternativen eine kreative Leistung der Beteiligten dar. Der moralische Konsens aber wird hier als Restriktion durch andere Handelnde präsentiert bzw. ist mit dem Handlungskontext vorausgesetzt. Schaut man sich diesen näher an, existiert dieser Kontext als ein strukturierendes Raster, in dem sich die Individuen noch einmal spezifisch positionieren dürfen. Werden die Restriktionen

des Handelns so vorgestellt, dann laufen sie offensichtlich in dem Fluchtpunkt einer übergesellschaftlichen Moralinstanz zusammen, die nun doch wieder den normativen Konsens der Handelnden garantiert. Die eigene Leistung des Symbolischen Interaktionismus ist es, diese gewöhnliche Kantianische Moralinstanz durch ein Feuerwerk der Handlungstypologien zu überstrahlen. "So treten die Interpretations- und Reflexionsleistungen der Individuen gegenüber dem Aspekt des Sich-Einpassens in die Norm und einer fraglosen Normenexekution in den Vordergrund"². Der Symbolische Interaktionismus erweist sich als eine weitere Theorie mit eingebautem moralischem Konsens - mit den entsprechenden Widersprüchen: Wie kann ein Verhältnis von vorgefundener und individuell gestalteter Moral bestimmt werden, wenn die Theorie das Vorgefundene nur als Stoff der individuellen Aneignung auffaßt? Wie können Freiheitsgrade der Zwecksetzung angegeben werden, wenn die Wahlfreiheit zur absoluten Grundlage erklärt wird, auf der feststehende Zwecke erst thematisiert werden?

Andererseits kehrt das Problem der utilitaristischen Gesellschaftstheorie wieder: Die Zwecksetzungen des Individuums sind hier nicht unmittelbar gegeben, sondern durch die Orientierung an erwar-

¹ Peter Furth, Soziale Rolle, Institution und Freiheit, in: Harald Kerber, Arnold Schmieder (Hg.), Soziologie. Arbeitsfelder, Theorien, Ausbildung. Reinbek bei Hamburg 1991, S. 227.

² Klaus Ottomeyer, Anthropologieproblem und marxistische Handlungstheorie: Kritisches und Systematisches zu Sève, Duhm, Schneider und zur Interaktionstheorie im Kapitalismus, Gießen 1976, S. 255.

teten Handlungen. Die Verschränkung der utilitaristischen Zwecke durch die wechselseitige Verhaltenserwartung wiederholt bloß die Antinomie des Utilitarismus auf einer höheren Ebene: Der harte Gegensatz reine Subjektivität versus vorgegebenen Zweck wird verflüssigt, indem die subjektive Leistung an der Zwecksetzung gewürdigt wird. Die pragmatistische Operation erreicht damit, daß die vorgegebenen der Zwecke so weit in die Zukunft verschoben werden bis sie am Horizont des analytischen Blicks ineinander verschwimmen.

Wird die "Sozialität" als Muster der Wechselseitigkeit von Verhaltenserwartungen gefaßt, dann ist die Frage noch nicht beantwortet, "ob 'Sozialität' ihrerseits aufgeht in dieser Wechselseitigkeit, oder ob sie nicht erst zu fassen ist durch die Annahme eines Verhältnisses von intersubjektiver Konstitution des Sinns und 'subjektfrei' sich bildenden sozialen Strukturen"³. Der Aufgabe, wie eine bestimmte gesellschaftliche Identität als Resultat produziert wird, stellt sich die pragmatistische Handlungstheorie nicht. Hier sind die Subjekte immer schon unmittelbar, durch sich selbst, gesellschaftlich. Das Untersuchungsergebnis wird der Untersuchung vorausgesetzt, weshalb die Spezifik der Gesellschaft nicht sonderlich interessiert. Der historisch-spezifische Charakter von Gesellschaft wird so zur Randbedingung,

³ Johannes Berger, Intersubjektive Sinnkonstitution und Sozialstruktur. Zur Kritik handlungstheoretischer Ansätze der Soziologie, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 7, Heft 4, Oktober 1978, S. 328.

zu einer gespenstisch unnahbaren Interpretationsfolie, vor der die variantenreiche Bewegung der Individuen in Szene gesetzt wird. Das Gesellschaftliche wird zum Requisite und zum Text von Akteuren, die ein Stück jenseits der Gesellschaft aufführen.

Dagegen wäre zu reflektieren, "daß Prozesse des Aushandelns immer in einem Rahmen ablaufen, der bereits vorhanden ist und selbst nur bedingt zur Disposition steht"⁴. Als klassisches Beispiel sind Tarifverhandlungen bekannt, in denen zwar die Höhe der Löhne und die Länge der Arbeitszeit Verhandlungsgegenstand sind, nicht aber die Eigentumsverhältnisse und Beziehungen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgebern, d.h. der soziale Rahmen, in dem Tarifverhandlungen überhaupt ihren Stellenwert erhalten.

Den Output einer sozialen Aktion erklärt der Pragmatismus anhand ihres Verlaufs und weniger über deren Input, als ob die Spezifik eines Arbeitsvorgangs nicht gerade aufgrund der angewandten (und d.h. verfügbaren) Materialien und Mitteln entstünde.

Dieser gesellschaftstheoretische Mangel macht sich ebenfalls geltend, wenn Joas den Pragmatismus als anti-metaphysisches und anti-geschichtsphilosophisches Projekt empfiehlt. Der Geschichtsphilosophie entkommt diese Zentrierung auf Interaktionsprozesse nur deshalb, weil sie offensiv ungeschicht-

⁴ Friedrich Eberler, Herlinde Maindok, Einführung in die soziologische Theorie, München 1984, S. 87.

lich operiert und das gesellschaftliche Gewordensein als metaphysisches Hintergrundrauschen in den Handlungskontext verlegt hat.

Der Pragmatismus begründet seinen Anspruch "einer neuen Form praktischer Philosophie" (305) letztlich über seine methodologische Konsequenz. Die Praxisformen Arbeit - die nurmehr in der ausgedünnten Form des rationalen Handelns auftaucht -, Spiel und Kunst werden dem formalen Kriterium des Suchverfahrens zugeordnet. "Leitende Metapher" ist dabei die "kreative Problemlösung durch experimentierende Intelligenz" (293). Dieses Verfahren konstituiert die Einheit menschlicher Praxisformen: "Wissenschaft und Ethik oder Politik sind nicht scharf voneinander zu trennen", wobei die "kreative Experimentier- und Forschungspraxis und intersubjektive Argumentation in der Wissenschaft" (304) als idealer Standard gilt. Hier wird die Verschränkung von Praxisphären über eine methodische Qualität begründet. Sie werden unter die universelle Anwendbarkeit des "trial-and-error" subsumiert, so daß die Konstitution dieser Sphären und ihr je eigener Gegenstand darunter verschwinden. Die Verabsolutierung eines experimentellen Suchverfahrens zur einheitlichen Methodologie reduziert die Gesellschaftstheorie darauf, Hypothesen über bestimmte Interaktionsprozesse zu prüfen, wo doch gerade soziologisch gehaltvolle Hypothesen sich dadurch auszeichnen, daß ihre Erklärungskraft sich erst in Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen entfaltet. Sie sind

Teile in einem "theoretischen Verweisungszusammenhang"⁵, zu deren Verständnis Prinzipien gesellschaftlicher Synthesis reflektiert werden müssen.

Joas spricht vom "Erfolg der Wissenschaften in der Lösung bestimmter Probleme", ohne sich um deren genauere Bestimmung zu sorgen. Implizit setzt er damit ein Erfolgskriterium voraus, den Erfolg selbst. Der Pragmatismus gerät in eine weitere Antinomie: Entweder wird der Erfolg selbst als Kriterium verstanden. Der Handlungsinhalt bleibt dabei beliebig, das Gelingen schafft sich selbst Legitimation. Wo der Erfolg zum Propagandisten seiner selbst wird, da interessiert die politische oder theoretische task force das Auseinanderlegen der Problemstränge, nicht mehr deren ursprüngliche Verknüpfung.

Oder aber die Fähigkeit von Theorien, in der Wirklichkeit zu orientieren, ist ein Maßstab, der selbst in der Wirklichkeit geeicht werden muß. Dieses Kriterium des Handelns bezöge sich auf Interventionen in einem vorstrukturiertem Feld und könnte nicht jenseits dessen bestimmt werden. Die Spannung zwischen theoretischer Selbstauffassung sozialer Kräfte und ihren praktischen Resultaten müßte damit ausgehalten werden. Eine methodologische Vorentscheidung über Modi der Problembearbeitung kann nicht gefällt werden.

⁵ Jürgen Ritsert, Methodischer Individualismus oder Totalitätsstruktur? in: Jürgen Ritsert (Hg.), Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie, Frankfurt/M. 1976, S. 110.

Der Versuch, "die menschlichen Gemeinschaften eben bei der Verbesserung ihrer kollektiven Handlungsmöglichkeiten (zu) unterstützen" und zu deren "Solidaritätsgefühl" beizutragen, wird als notwendiger und hinreichender Rahmen der Problembewältigung angesehen. Differenziertere Lösungsstrategien, die einbeziehen, daß nicht die "Menschen-Gemeinschaft" (304) an sich zum Adressaten von Verbesserungsvorschlägen gemacht werden kann und erst das Aufbrechen illusionärer Solidaritäten Handlungsmöglichkeiten erweitert, werden so ausgeblendet. In der Perspektive auf strukturelle gesellschaftliche Krisen entpuppt sich der Pragmatismus als wahrhaftiger Köhlerglauben: it's getting better all the time.

Christoph Scheuplein

Kein Grund zu Korrekturen?

Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR 1945 - 1990, Edition Deutschland Archiv, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1995, 287 Seiten, Paperback, 16,80 DM.

(In Z 22, S. 184-187, war die nachfolgende Besprechung infolge eines technischen Fehlers um eine Seite reduziert erschienen. Verbunden mit einer Entschuldigung gegenüber Verfasser und Lesern veröffentlichen wir nachfolgend die vollständige Fassung. - Z-Redaktion)

"Als ich meine im April 1982 abgeschlossene Darstellung wiedergelesen hatte", schreibt Jäger im Vorwort (mit der Datumszeile "Mün-

ster, Oktober 1984"), "war ich überrascht darüber, daß ich sie auch nach dem Untergang der DDR so aufrechterhalten kann. Es besteht kein Grund, sie 'aus heutiger Sicht', wie es so schön naiv heißt, zu korrigieren" (3). Richtig, man soll seine Sichten irgendwelcher Konjunkturen wegen nicht von einem Tag auf den anderen auswechseln. Indes liegen zwischen 1994 und 1982 zwölf lange Jahre. Und könnte es nicht sein, daß jemand, der sich und seinen Sichten treu bleibt, dennoch in einem Dutzend von Jahren etwas dazulernt? Beispielsweise deshalb, weil mittlerweile ganz neue Informationen vorliegen? In wenigstens viererlei Hinsicht wirkt Jägers Monographie über "Kultur und Politik in der DDR" im Frühjahr 1995 ein wenig antiquiert: Erstens bleibt der sowjetische repressive Einfluß auf die DDR-Kultur unterbelichtet. Zweitens wird die DDR-Kulturszene als Tummelplatz konspirativer Apparate kaum erkannt. Drittens wird ein kontinuierlicher Niedergang der DDR-Kulturpolitik unterstellt, den es so nicht gab. Und viertens durchzieht Jägers Abhandlung wie ein Roter Faden die eindimensionale Vorstellung von einer Polarität zwischen Kultur und Politik, die bis 1990 "so schön naiv" politisch verwendbar war, die aber für wissenschaftlich-analytische Zwecke nicht hinreichen kann. Zum ersten Punkt: Im Dezember 1991 erschien bei Rowohlt ein 583 Seiten starkes Taschenbuch mit dem "Stenogramm der geschlossenen Parteiversammlung der deutschen Kommission des Sowjet-Schriftstellerverbandes"

von 1936. Kaum vorstellbar, daß Jäger diese ebenso sensationelle wie beklemmende Neuerscheinung entgangen sein könnte. Dennoch spielt sie bei ihm keine Rolle. Das Taschenbuch mit dem Titel "Die Säuberung" zeigt, welcher bedrohlichen inquisitorischen Repression jene Literaten (von Johannes R. Becher über Alfred Kurella bis Friedrich Wolf) 1936 in Moskau ausgesetzt waren, die dann zu den konstitutiven Kräften der Kultur der SBZ und DDR wurden. Jäger verweist (76) auf den "merkwürdigen Fall" von innerer Zerrissenheit des DDR-Kulturministers Becher - merkwürdig aus der Sicht von 1982, mit dem Wissen von 1991 indes vor allem tragisch! Weiter zum ersten Punkt: Jägers Darstellung erweckt den Eindruck, Alfred Kurella sei ein kulturpolitischer Exponent des dogmatischen Flügels von SED-Funktionären gewesen. Inzwischen weiß man ziemlich genau, daß Kurella bereits 1920 moskowitzischen konspirativen Diensten stärker verpflichtet war als "seiner" deutschen Partei. Damals half er mit den mafiosen Methoden des "parallelen Apparats" der Moskauer "Zentrale", den eigenwilligen Willi Münzberg als Kopf der Kommunistischen Jugendinternationale "auszuschalten" (Originalton Kurella). Und in ähnlicher Weise wurde er 1965 gegen die relativ liberale Kulturpolitik der von Ulbricht zunächst unterstützten, dann aber "geopferten" Jugendkommission beim Politbüro des ZK der SED unter Kurt Turba aktiv. Kurella war 1965 ein Werkzeug Breshnews bei der wirtschafts-, jugend- und kul-

turpolitischen Disziplinierung der SED. Doch bei Jäger tauchen solche Reformer wie Erich Apel und Kurt Turba überhaupt nicht auf. Zum zweiten Punkt: "Kein Außenstehender", schreibt Jäger (4), "konnte 1982 das Ausmaß der Überwachung von Literaten und Künstlern durch das Ministerium für Staatssicherheit kennen oder gar beweisen". Richtig. Doch 1994 konnte man dieses "Ausmaß" kennen und belegen! Wieso hat Jäger die neue Quellenlage kaum genutzt? Weil sie ein komplizierteres Bild bietet, als 1982 allgemein angenommen wurde? Als Andropow KGB-Chef wurde, begann, wie heute bekannt ist, eine verstärkte Hinwendung des sowjetischen Geheimdienstes zur Kulturszene - allerdings nicht nur zum Zwecke der Überwachung "von Literaten und Künstlern", sondern auch zur konspirativen Verwendung "von Literaten und Künstlern", die in wachsendem Maße weltweit als Informanten und Einflußagenten "mit hohem IQ und schöner Legende" eingesetzt wurden. Allzu kühn behauptet Jäger (236), die DDR-Kulturpolitik habe in den achtziger Jahren "fast ausschließlich aus Geheimaktionen" bestanden, "die zwischen der ZK-Kulturabteilung, dem Kulturministerium und der Staatssicherheit abgestimmt waren". Glaubt Jäger wirklich, die KGB-Zentrale habe der SED-Führung eine Liste ihrer "Gewährsleute" in der DDR-Kulturszene gegeben? Meint er im Ernst, Mielke habe Kurt Hager über MfS-"Neuerwerbungen" in Künstlerkreisen auf dem laufenden gehalten? Hätte es nicht

allen konspirativen Regeln widersprochen, die Anwerbung und den Einsatz beispielsweise von Lockspitzeln (Agent provocateur) in der Prenzlauer-Berg-Szene mit "dem Kulturministerium" "abzustimmen"? Bei der Erwähnung Sascha Andersons (233) überfällt Jäger eine Ahnung von "Sponsoring" einer "Dissidentenszene" durch das MfS. Nur eine besonders krude Form von Überwachung? Oder vielleicht auch eine "Szene" zur systematischen "Produktion" von Dissidenten-Legenden für einen Westeinsatz als Einflußagenten des KGB und/oder des MfS? Zum dritten Punkt: In den Nachträgen zu Jägers Literaturverzeichnis taucht (276) auch der 1991 in Ostberlin erschienene Band "Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente" (herausgegeben von Günter Agde) auf. Abgesehen davon, daß dieser Band erstaunliche Lücken hat (z.B. hinsichtlich der Rolle Breshnews und bezüglich der wirtschafts- und jugendpolitischen Restauration), kann man von einem kulturpolitischen Kahlschlag logischerweise nur dann reden, wenn zuvor etwas gewachsen war. Die Wachstumsringe von 1963/64 waren besonders auffällig. Welche Ursachen das hatte, erfährt Jägers Leserschaft kaum. Weder das "Jugendkommunique - Der Jugend Vertrauen und Verantwortung" vom September 1963 noch der reformatorische Aufbruch der Studentenzeitung FORUM von 1961 bis Mitte 1965 werden erwähnt. Ein historiografischer Treppenwitz: Was Breshnew und Honecker ab

dem 11. Plenum Ende 1965 "orwellisieren" ließen, findet auch bei Jäger einfach nicht statt! Zum vierten Punkt: Es war eine Eigenart des gescheiterten realsozialistischen Weltverbesserungsversuchs, daß er mit quasireligiösem Eifer objektive (gesellschaftliche, namentlich wirtschaftliche) selbstregulierende Strukturen durch subjektive, stark ambitionöse Bewußtseinsstrukturen ersetzen zu können glaubte und dabei die Rolle von Kunst und Literatur maßlos überschätzte. Nur 1963/64 blitzte in der DDR einmal der Gedanke auf, daß Künstler so wichtig nicht sind, für wie sie gehalten wurden. Doch die überschätzung der Kultur blieb. Statt sich beispielsweise um günstige Rahmenbedingungen für Innovation und Produktivität in der Wirtschaft oder um Selbstbestimmung im Verhältnis zu Moskau zu kümmern, sah sich das SED-Politbüro stundenlang Filme an, um über ihre Aufführung zu entscheiden. So entstand der Eindruck eines Grundwiderspruchs zwischen vormund-schaftlicher, repressiver Politik einerseits und bevormundeter, liberaler Kunst andererseits. Dieser Eindruck aber ist oberflächlich. Es gab in der DDR-Geschichte verschiedene Kunstprodukte und Künstler von durchaus vormund-schaftlicher und repressionsfördernder Eigenart. Und es gab auch politische Strömungen wie politische Kräfte, die geistige Freiräume schufen, ausbauten, förderten und verteidigten. Jäger täte gut daran, bei künftigen Auflagen seines Buches das Polaritätsmuster von Fall zu Fall zu hinterfragen. Das gilt be-

sonders für sein Kapitel über die "Ära Gorbatschow". Wenn gewisse Medien dem Zauberlehrling Gorbatschow nach wie vor emanzipatorische Entwicklungen gutschreiben, die nachweislich gegen seinen Willen abliefen, dann mag das noch angehen. Eine wissenschaftliche Studie indes kann 1994 Gorbatschows Kulturpolitik nicht derartig unkritisch betrachten wie Manfred Jäger im hier rezensierten Buch. "Glasnost" - das hieß eben im Sommer und Herbst 1987, daß die 1956 von Chruschtschow begonnene, aber ab Ende 1964 von der Breshnew-Bürokratie "stornierte" "Aufarbeitung der Geschichte" bestimmten Künstlern überantwortet wurde, um den Historikern den längst fälligen Zugang zu den Archiven weiter verwehren zu können. Wer, wie Jäger (254) Erich Honeckers SPUTNIK-Verbot mit Recht anprangert, der sollte Gorbatschow nicht wie einen Heiligen behandeln. Nicht "das Politbüro" beschloß das SPUTNIK-Verbot, sondern Honecker "in einsamer Entscheidung". Als "Vorwand" diente der von einem KGB-Mann verfaßte Aufsatz über den Hitler-Stalin-Pakt nicht deshalb, weil dort "Stalin und Hitler in die Reihe der politischen Verbrecher des Jahrhunderts" gestellt wurden (256), sondern weil behauptet wurde, mit dem Pakt hätten "die deutschen Kommunisten" ihren Kampf gegen Hitler eingestellt, was zumindest im Falle Honeckers nicht zutraf. Zu dem Zeitpunkt des SPUTNIK-Verbots (November 1988) kannte Gorbatschow (wie man heute weiß) schon 16 Monate lang die russi-

schen Originale der geheimen Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt, deren Existenz er (Gorbatschow) bis Herbst 1989 leugnete. Noch im Oktober 1989 wurde dem Verfasser dieser Zeilen in Moskau "von höchster Stelle" jeder Zugang zu Willi-Münzenberg-Unterlagen im Komintern-Archiv verwehrt. Kurzum: Gorbatschow war sicher raffinierter und telegener als Honecker, aber stand er geschichtlichen Wahrheiten wirklich näher als der greise SED-Chef?

Harald Wessel

Umweltforschung und Umweltgeschichte

Horst Paucke: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR, 220 S., 36,- DM.

Hermann Behrens, Horst Paucke: Umweltgeschichte. Wissenschaft und Praxis, 236 S., 36,- DM, beide Titel: BdWi-Verlag, Marburg 1994.

Horst Paucke untersucht die programmatischen Aussagen der SED zur Umweltpolitik, analysiert, wie Marx und Engels die Mensch-Natur-Beziehungen theoretisch verarbeiteten, wie ihre Erkenntnisse in der DDR "angewendet" wurden und drittens, welchen Inhalt und welche Struktur die Forschung und Politikentwicklung zu Umweltfragen in der DDR zwischen 1970 und 1990 hatte.

Nach der Darstellung der Rolle der Umweltpolitik in den verschiedenen Phasen der SED-Politik, wendet sich der Autor - und das ist

ein Höhepunkt dieses Buches - den Mensch-Natur-Beziehungen bei den marxistischen Klassikern zu: Paucke ist der sympathischen Meinung, diese könnten heute noch als Quelle von Erkenntnissen dienen. Es habe aber auch Fehler gegeben, z.B. die Annahme, die Mensch-Natur-Beziehungen ließen sich nur im Sozialismus vernünftig regeln, oder daß dieses Verhältnis im Kapitalismus antagonistisch sei und im Sozialismus nicht. Ebenso habe sich die These, der Sozialismus bringe einen neuen Typus an Produktivkräften hervor, als falsch erwiesen, vielmehr wurde - wie im Westen - behauptet, Geld für den Umweltschutz müsse erst durch mehr - umweltschädigendes - Wachstum erwirtschaftet werden.

Danach wird die natur- und gesellschaftswissenschaftliche Umweltforschung in der DDR untersucht. Hier zeigt sich, daß die Beeinflussung der Forschung und die Unterdrückung ihrer Ergebnisse mit den Umweltschäden und ihrer Hinwendung zu stark belasteten Ökosystemen noch zunahm. In der gesellschaftswissenschaftlichen Umweltforschung wurde mit der "Kunst des Zitierens" von Klassikern versucht, kritische Forschungen zu tarnen und zu rechtfertigen. Forschungen, die vielen in Staat und SED nicht genehm waren, da sie sich mit den Verhältnissen in der DDR - statt mit der Umweltzerstörung im Kapitalismus - befaßten und einen über den technischen Umweltschutz hinausgehenden ökologischen Ansatz verfolgten. Dieser technische und biologische Zugang zur Ökologie

war in der DDR bis 1980 vorherrschend, eigentlich wurde erst ab 1986 komplex und vernetzt geforscht. Im letzten Kapitel wird die wirtschaftliche Entwicklung und Krise der DDR-Ökonomie dargestellt. Paucke sieht die Krise in einer zu geringen Arbeitsproduktivität, gleichzeitig wurde die zu teure Sozialpolitik fortgesetzt. Er beleuchtet auch die innerstaatlichen und internationalen Ursachen für das "Hinterherhinken" der DDR-Ökonomie. Dem Zwang zum Wachstum und der Notwendigkeit der Reproduktion der Ökonomie über Exporte hatte sich auch die Umweltpolitik unterzuordnen.

Das Buch ist teilweise zu detailverliebt, die Beschreibung ökonomischer Vorgänge ist andererseits zu schematisch. Einiges leitet Paucke vorrangig aus eigenen Erlebnissen in der Waldschadensforschung ab, was eine zu dürftige Datenbasis sein dürfte. Trotz allem ist das Buch interessant; es dürfte wenig Bücher geben, die dieses Kapitel der DDR-Geschichte behandeln.

Der BdWi-Verlag ist einer der wenigen Verlage, die sich um die Förderung der Umwelt- und Umweltbewegungsgeschichte in einem breiter zugänglichen Rahmen bemühen: Seit 1993 erscheint bei ihm die Buchreihe "Umweltgeschichte und Umweltzukunft".

Das zweite in dieser Reihe erschienene Buch versammelt in den verschiedenen Rubriken unterschiedliche Beiträge: Paul Leidinger gibt einen sehr guten Literaturbericht zur historischen Umweltforschung. In diesem werden - sozusagen im

Nebeneffekt - die unterschiedlichen Schulen und Zugänge in der Umweltgeschichtsforschung deutlich. Die in den 70ern aus der Wirtschafts- und Technikgeschichte entstandene Disziplin der historischen Umweltforschung beschäftigt sich mit den Umweltproblemen vergangener Gesellschaftssysteme und Produktionsweisen. Meist widmet sie sich einzelnen Umweltmedien (Luft, Wasser etc.) oder Bereichen (z.B. Bergbau, Landwirtschaft, Müll), eine Orientierung, die, so Leidinger, in Richtung einer historischen Ökologie erweitert werden sollte, die mehr die "Gesamtheit des Wirkungsgefüges von Naturgegebenheiten und kulturell-zivilatorischer Tätigkeit des Menschen" in den Blick nimmt. Weitere Schwerpunkte des Bandes sind Umweltbewegungs- und Umweltforschungsgeschichte in der DDR und die Arbeit von Umweltgeschichtswerkstätten in den neuen Bundesländern. Das Engagement von oppositionellen Umweltgruppen in der DDR unter dem Deckmantel der evangelischen Kirchen wird ebenso dargestellt wie Entwicklungswege in der Landschaftsgestaltung der DDR. Die Buchreihe unternimmt den Versuch, historische Aufarbeitungen auf verschiedenen Ebenen, wissenschaftliche Diskussion, Umweltschutz-, Geschichtswerkstatt- und Archivpraxis vereint zu dokumentieren. Sie leistet so einen kleinen aber feinen Beitrag zur Behebung des gesellschaftswissenschaftlichen Defizites in der heutigen Ökologiepolitik, und eventuell sogar einen Beitrag

zur dringend notwendigen Rekonstitution einer kritischen Ökologie.

Bernd Hüttner

Prag 1968 aus demokratisch-sozialistischer Retro- und Perspektive heute

Stefan Bollinger, Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance. Schriftenreihe "Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart" des Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V., Berlin, Bd. 1, Trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist (PF 244, 10123 Berlin), Berlin 1994, DIN A4, 152 Seiten, 52,80 DM.

Die vorliegende Publikation eröffnet die Schriftenreihe einer jener Gruppen, in denen sich die abgewickelte sozial- und geisteswissenschaftliche Intelligenz der Ex-DDR zusammengefunden hat und nach Wegen der Produktivität und Publizität sucht. Schon heute ist es schwierig, diese neuen Publikationsforen zu überblicken. Der Text von Stefan Bollinger gehört zu den Titeln, denen man die handlichere Buchform und einen entsprechenden Buchhandelsvertrieb wünschte.

Gegenüber der vorliegenden Literatur zum Prager Frühling von 1968 kann der Autor keine neuen Fakten präsentieren - abgesehen von bisher nicht veröffentlichten Stellungnahmen der SED-Führung zu diesen Prozessen, die als Anhang der Schrift gut ein Drittel ihres Umfangs in Beschlag nehmen -, gleichwohl vermag er mit den Interessen eines Sozialisten und kritischen Po-

litologen der Ex-DDR des Jahres 1994 neue Blickwinkel auf die damaligen Ereignisse und ihre Beurteilung zu eröffnen. Sie betreffen vor allem die Analogien mit dem ebenfalls gescheiterten, freilich dann in Europa in den Abgrund des Sozialismus führenden Prozeß der Perestroika in der UdSSR (Gorbatschow als bis zuletzt dies verleugnender Plagiator des Prager Frühlings) und, was noch wichtiger ist, Überlegungen mit Blick auf Prag 1968 für Neuansätze des Sozialismus heute. Zur Spezifik dieser Publikation gehört auch der Entwicklungsvergleich DDR-CSSR, einschließlich der Führungen, für diese Periode.

Die CSSR und die DDR waren die entwickeltesten Länder des Warschauer Paktes und sein westliches Vorfeld. Das administrative Sowjetmodell des Staatssozialismus stieß hier schon Ende der 50er Jahre an seine Grenzen und löste Reformbemühungen aus. Die CSSR-Führung unter Novotny reagierte 1960 mit dem großen Sprung zum Kommunismus per Totalverstaatlichung. Die DDR unter Ulbricht setzte auf das Neue ökonomische System der Lenkung und Leitung (NÖS). Es gehörte zum Problembewußtsein der Führungsgruppen, daß die Zukunft des Sozialismus an die Fähigkeit zur schnellen Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution gebunden ist. (Gleichfalls hatte sich in den 60er Jahren in der kommunistischen Bewegung und ihren Parteien die Diskussion um die Autonomie der einzelnen Parteien und die Legitimität eines jeweiligen

nationalen Weges zum Sozialismus intensiviert. Dieser Gesichtspunkt spielt bei Bollinger allerdings nur eine Nebenrolle.)

Als sich Anfang 1968 in der Prager Parteiführung eine Richtung zur Korrektur des bisherigen Kurses durchsetzte, fand dies bei der SED-Führung wohlwollendes Verständnis. Dies schlug jedoch in dem Maße in, entschiedene Gegnerschaft um, wie sich der politische Reformansatz in Prag - im Unterschied zum ökonomischen des NÖS - radikalisierte und sich antisozialistische Strömungen regten und verstärkten. Hinzu kam die Ignoranz der Dubcek-Führung gegenüber den Vorhaltungen der Verbündeten wegen der Einmischungsstrategie des Imperialismus. Ließ die Vereinbarung der Verbündeten des Warschauer Paktes und der Prager Führung von Cierna nad Tisou vom 1. August 1968 die Meinung aufkommen - so auch damals beim Verfasser dieser Rezension -, daß nun ein Ausweg aus der Krise der Beziehungen gefunden sei, so wurde dies durch den Einmarsch der Verbündeten am 21.8.1968 in die CSSR dementiert. Damit fand das Prager Experiment sein Ende. Z. Mlynar, einer der maßgeblichen Leute der Prager Führung, kommentierte den Sachverhalt so, daß beide Seiten in der Interpretation von Cierna nad Tisou ihrem jeweiligen Wunschdenken erlegen seien, was auch so interpretiert werden kann, daß sich die Prager Führung daran nicht gebunden fühlte.

Obwohl Stefan Bollinger mit den Intentionen des Prager Frühlings und seiner Protagonisten sympathi-

siert, ist er nicht so blauäugig, ihre Fehler und Schwächen außerhalb der Kritik zu stellen. Er sieht - wie dann auch bei der Perestroika - vor allem das Unvermögen, unter Bedingungen enttäuschter Sozialismuserwartungen und des Drucks des Westens eine Massenbasis für die Reform zu finden. So wurde das Scheitern im damaligen Kontext "zwangsläufig" (23). Die Reformer waren stark als destruktiver Faktor, aber unfähig zur Schaffung neuer tragfähiger Strukturen (41). Und wie dann später Gorbatschow setzten sie außenpolitisch auf die Bindung an die "zivilisierte" Welt, den Abbau der alten Feindbilder, und verzichteten auf einen Konfrontationskurs gegen den Antisozialismus und den Imperialismus. Zum anderen trugen sie den Befürchtungen der Verbündeten kaum Rechnung. Ihre Hauptfront wurde der Kampf gegen die Konservativen oder was sie dafür hielten, womit sie, wie Gorbatschow, den Prozeß der Selbsterstörung in Gang setzten.

Eine Grundintention der Reformer war in den Worten des dann Ende der 80er Jahre zum offenen Sozialdemokraten mutierten Alexander Dubcek ("eher der Träumer einer humaneren Gesellschaft"; 67) die "Vermählung von Sozialismus und Demokratie" (19). Von einem tragfähigen Demokratiekonzept konnte jedoch keine Rede sein. Abgesehen von den Ansätzen einer Produzentendemokratie ging es im Kern um die Wiederherstellung eines parlamentarischen Pluralismus. Dieses Konzept rechnete "radikal mit dem osteuropäischen politischen System

ab" (63). Bei den übrigen Parteiführungen war demgegenüber das Bewußtsein von den eigenen Existenzgrundlagen gerade angesichts der Erfahrungen von Ungarn 1956 noch intakt. So lautete deren Devise: "Lieber voraussichernd für Ordnung sorgen und solcher Gewalt vorbeugen, als ihr Opfer werden." (66) Der Unterschied zwischen 1968 und 1989/91 besteht also in erster Linie in der politisch-ideologischen Konditionierung der Führungsschichten, vor allem in der UdSSR.

Die zusammenfassende Beurteilung durch den Verfasser ist widersprüchlich. Zum einen: "Die Prager Reformer hätten erstmals einen demokratischen Sozialismus praktizieren können." (74) Zum anderen: Die Widerstände von innen und außen und die Sorglosigkeit gegenüber dem Imperialismus seien zu groß gewesen. So ist denn die Entmachtung der Reformer auch die Sicherung des Sozialismus gegenüber seinen inneren und äußeren Gegnern und insofern auch eine Niederlage des Imperialismus. Somit entbehrt also auch die Rechtfertigung des Einmarschs durch Walter Ulbricht, sofern seine Prämissen geteilt werden, nicht einer inneren Logik.

Stefan Bollinger mißt folgenden Grundzügen der damaligen Reformbewegung für alle weiteren Ansätze eines demokratischen Sozialismus einen bleibenden Wert zu (81ff.):

- Demokratisierung als Voraussetzung des Sozialismus. Der Verfasser sieht deshalb in der Orientie-

rung auf einen radikaldemokratischen Wandel der bürgerlichen Gesellschaft den heute einzig gangbaren Weg. Freilich bleibt dabei die Demokratiefrage etwas einseitig beleuchtet, ist diese doch immer auch eine Herrschaftsform kapitalistischer Verhältnisse. Deshalb geht es immer auch darum, welche Art von Demokratie es denn sein soll.

- Produzentendemokratie als Voraussetzung und Komponente der wissenschaftlich-technischen Revolution. Auch hier muß festgehalten werden, daß der Kapitalismus durchaus auch andere Wege zu gehen in der Lage war. Die Diagnosen und Prognosen des Richta-Reports haben sich in dieser Beziehung leider nicht bestätigt. Schließlich gilt für den Metropolenkapitalismus, daß trotz des immer wieder demoskopisch ermittelten wachsenden Partizipationsbedürfnisses der Produzenten die Mitbestimmung nirgends vorangekommen ist, sondern regressiert angesichts von Krise und Deregulierungspolitik. Die von der kapitalistischen Ökonomie ausgehenden Gegentendenzen erweisen sich also als stärker.

- Reformen zu einer sozialistischen Marktwirtschaft, wobei es aus Sicht Bollingers ungeklärt bleibt, wie dabei ein ökologischer und sozialer Minimalstandard gesichert werden kann.

- Insistieren auf dem revolutionären Charakter der Produktivkräfte.

- Orientierung auf das Individuum anstatt auf das Kollektiv. Bleibt man aber bei der Einsicht, daß der wirkliche Mensch das Ensemble

der gesellschaftlichen Verhältnisse ist (Marx), dann ist das atomisierte Individuum Fiktion und Demagogie und nur in der kapitalistischen Konkurrenz Realität.

Auch wenn viele Fragen offen bleiben und manche Feststellungen zur Kritik herausfordern, ist es das Verdienst Stefan Bollingers, daß er unsere Überlegungen gerade in diese Richtung drängt und damit einen Beitrag zu sozialistischem Denken heute leistet.

Heinz Jung

Wende-Analysen

Siegfried Prokop (Hrsg.), *Die kurze Zeit der Utopie. Die "zweite" DDR im vergessenen Jahr 1989/1990*, Elefant Press, Berlin 1994, 240 Seiten, 29, 90 DM.

Der vorliegende Band vereint 14 Beiträge, die unterschiedliche Felder und Prozesse des 41. Jahres der DDR, das formell vom Oktober 1989 bis zum 3. Oktober 1990 reichte, untersuchen. Es ist die Sicht von 1993 auf die Wendeprozesse, die mit der um sich greifenden Vereinigungskrise und Ernüchterung wieder ein realistischeres Bild dessen, was da untergegangen war, ermöglicht. Die Verfasserinnen und Verfasser sind zum einen Wissenschaftler, die die "Alternative Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte" mittragen oder mit ihr kooperieren, darunter auch zwei Ausländer, und zum anderen Zeitzeugen bzw. Repräsentanten der DDR nach der Wende bzw. in der Wende wie Egon

Krenz, Manfred Gerlach, Günther Maleuda, Christa Luft. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei letzterer Gruppe auch eine Selbstrechtfertigungskomponente zum Zug kommt. Alle Beiträge verbindet die kritische Beurteilung der Ergebnisse der Wende.

Freilich reizt schon der Titel zum Widerspruch, wenn man illusionäres Bewußtsein nicht mit Utopie gleichzusetzen bereit ist. Denn der Mangel an "utopischem Überschuß" und die Fixierung der Wünsche an den Realitäten des kapitalistischen Systemantagonisten bzw. an dem, was man dafür hielt, gehören zur Charakteristik der Wendeprozesse im ehemaligen europäischen RGW-Bereich. Gleichwohl hat die Analyse dieses Prozesses besondere Bedeutung auch deshalb, weil unter anderen historischen Rahmenbedingungen und Grundtendenzen die Strukturen eines Zerfallsprozesses die Ansätze einer stabilen sozialistischen Formation darstellen könnten. Man kennt heute die Bedeutung der Übergangsphasen vom Leben zum Tod für die moderne Medizin, etwa die Herzchirurgie. Die genaue Untersuchung der kurzen Zerfallsphasen des Organismus erschließt bekanntlich auch die Mittel, um Leben zu retten und zu verlängern. Insofern enthält das 41. Jahr der DDR auch mehr als Zerfall und Niederlage.

Siegfried Prokop vertritt in der Einleitung die Ansicht, daß sich die agierenden Kräfte in Deutschland, abgesehen von der Bundesregierung, durchgehend der internationalen Bedingungen ihres Handelns,

und hier vor allem des Deals der UdSSR mit den USA, nicht bewußt gewesen seien. So konnte die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer Interessen realistische Maximen entwickeln.

Danach mußten die DDR-Bürger "selbst agieren und es durfte zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen kommen", die Forcierung der Bonner Politik der Destruktion und des Anschlusses der DDR mußte als "Wille und Wunsch von DDR-Bürgern erscheinen" (8). Gerade diese Thesen werden in den nachfolgenden Beiträgen belegt und erhärtet.

Monika Nakath kann zeigen, daß mit dem Scheitern der Perestroika im Herbst 1989 auch die "wesentliche Existenzgarantie für die DDR" entfiel. Michel Aymerich entwickelt, daß Honeckers Mißtrauen gegenüber der Gorbatschow-Politik durch die Tatsachen gedeckt und bestätigt wurde, er aber gleichwohl nicht in der Lage war, einen Ausweg aus der Sachgasse zu entwickeln. Vielmehr entfaltete sich eine "negative Dialektik" zwischen dem "Kapitulationscharakter der Politik der Sowjetregierung" und der "starken Reaktion der DDR-Regierung" (37). Für besonders verhängnisvoll hält er es, daß die SED-Führung schon geraume Zeit auf gesamtdeutsche Optionen in der nationalen Frage verzichtet hatte. Informativ ist auch die Darstellung des deutsch-deutschen Handels durch Detlef Nakath (42ff.), ebenso die des RGW-Handels der DDR und dessen Untergrabung durch die Politik der Bundesregierung und Maßnahmen der Treu-

handanstalt, die Christa Luft mit präzisen und intimen Kenntnissen vornimmt. (111ff.) Beide vertreten die Ansicht, daß im Rahmen der Gesamtentwicklung bessere Alternativen möglich gewesen wären.

Dieter Schulz zeichnet die verschiedenen Phasen der Wiedervereinigungspolitik nach und zeigt, wie mit der Anfang Januar 1990 massiv einsetzenden Delegitimierungskampagne der BRD die Zerstörung des Selbstbewußtseins der DDR-Bürger anvisiert und betrieben wurde. Die Wechselwirkung von Instrumentalisierung der Bewegungen in der DDR und der Aktionen der BRD-Regierung kann eindeutig nachgewiesen werden. Obwohl nach den demoskopischen Befunden zu keinem Zeitpunkt in der DDR eine Mehrheit für den Anschluß nach Art. 23 GG bestand, war die Bundesregierung trotzdem in der Lage, "ihren 1972 aufgegebenen Alleinvertretungsanspruch doch noch" durchzusetzen (69). Die dann folgende Eigentumspolitik (Rückgabe vor Entschädigung) wird als sozialer Hebel gegen die alten Trägerschichten der DDR interpretiert.

Der Beitrag von Egon Krenz konzentriert sich vor allem auf die Interpretation der Grenzöffnung vom 9.11.1989 als einer mit der UdSSR-Führung abgestimmten Maßnahme, die nur durch den Versprecher Schabowskis (der das "sofort" des Kommuniqués für den morgigen Tag schon auf den Abend des 9.11. vorverlegte) die Form einer spontanen Massenbewegung annahm. Sein Text dokumentiert, daß für Politiker wie ihn nicht mehr die

Erhaltung der DDR und des Sozialismus oberste Priorität hatten, sondern sie sich an einer durch das "neue Denken" verschobenen Werteskala orientierten, bei der der Verzicht auf Feindbilder und Gewalt in der Politik ganz oben stand. Dabei liegt es aus der Sicht von heute zweifelsfrei auf der Hand, daß nur bei einem "nichtfriedlichen" Verlauf der Wendeprozesse eine polarisierende Dynamik hätte freigesetzt werden können, mit der sich Chancen zur Verteidigung der DDR und zum Abblocken der faktischen Intervention der BRD hätten eröffnen können. Freilich sieht er sich heute auch als ein durch Gorbatschow getäuschter Mann. Auch er findet, daß der Verzicht der SED auf gesamtdeutsche Optionen ein gravierender Fehler gewesen sei. Die damit verbundene Ansicht, daß dann die Vereinigung unter besseren Bedingungen möglich geworden wäre, entbehrt jedoch angesichts der Kräfteverhältnisse und des Ablaufs der Ereignisse der Plausibilität. Es dürfte ebenfalls zu den Wunschträumen gehören, daß der Macht- und Gewaltverzicht der kommunistischen Führungen in Zukunft als Vorgabe bei ähnlichen Situationen im Kapitalismus wirken würde. In der Tendenz ähnlich argumentieren für ihre Bereiche und Rolle auch Günther Maleuda und Manfred Gerlach.

Der Darstellung der Kräfte und Intentionen des Aufrufs "Für unser Land" vom 28.11.1989, den dann über eine Million Menschen unterschrieben, ist ein Beitrag von Carola Wuttke gewidmet. Andreas P. Hamberger analysiert und bewertet

die Rolle Hans Modrows und seiner Regierung. Er sieht in ihm einen Politiker, der den Untergang der DDR beschleunigt habe ("Totengräber der DDR"; 109) und mit dem Schwenk zu "Deutschland einig Vaterland" von Anfang Februar 1990 den linken Gruppierungen ihre Chancen - auch für die Wahlen - zur Erhaltung der DDR genommen habe. Gabriele Lindner beschäftigt sich mit den Beziehungen von Runden Tisch und Modrow-Regierung. Sie konzentriert sich dabei auf das Scheitern des Regierungsprojektes eines Amtes für nationale Sicherheit in einem "revolutionären Machtkampf". Dies ist sicher zutreffend. Aber es wäre in diesem Zusammenhang auch von Interesse gewesen, welche Zusammenhänge zwischen den Oppositionskräften am Runden Tisch und der Bundesregierung bestanden. "Modrow und andere haben nachträglich dem Runden Tisch ihre Achtung für kritische Begleitung ausgesprochen. Ein Stück Selbstverleugnung aus politischer Opportunismus muß darin stecken." Denn der Machtkampf der Opposition am Runden Tisch zielte ja auf die "Destabilisierung der Regierung" (131). Eine friedliche Lösung der Doppelherrschaft findet insofern statt, als ab Mitte Januar der Runde Tisch "zur zentralen politischen Steuerungsinstanz der DDR" wurde (137). Mit der machtpolitischen Aushebelung der Verfassungsorgane wurde Modrow schon damals zum faktischen Gefangenen seiner Gegner.

Klartext zur Entwicklung sprechen die Texte des inzwischen verstorbe-

nen Wolfgang Harich und von Werner Röhr. Harich markiert die Rolle der de Maiziere-Regierung beim Einigungsvertrag: "zaghaft und schwächlich bis zur Devotion" (169), auch personell der Erpressung oder Bestechung durch die Bundesregierung ausgeliefert. Als erpreßter Vertrag sei dieser aber völkerrechtlich Null und nichtig. Röhr geht der Regression von der DDR im Aufbruch bis zum Anschlußgebiet nach. Er sieht die heutigen Zustände nicht als Ergebnis von Hast und Fehlern, sondern als "Zweck und Konstruktionsprinzip" (176). Für die PDS hält er fest, daß sie in der Regressionsphase "ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht" habe (179) und die Doppelrolle als Prügelknabe und als um loyale Opposition bemühte Partei übernommen habe. Wie für die meisten anderen Autoren, ist auch für ihn der 1.7.1990 das entscheidende Datum, denn mit der Preisgabe der Währungsheute erfolgt "der entscheidende Akt des Systemwechsels" (182). Sein Resümee für diese Phase: "Die entscheidende Rolle darin spielte die Regierung Kohl, die erbärmlichste die Regierung de Maiziere. Damit erstere als Erfüllungsgehilfe erscheinen konnte, mußte letztere Verfassungsbruch und Landesverrat üben." (186)

Ein sehr lesenswerter abschließender Beitrag zum Zwei-plus-Vier-Vertrag stammt aus der Feder von Gregor Schirmer. Trotz der zu schluckenden Kröten (Verzicht auf ein Drittel des Territoriums Deutschlands in den Grenzen von 1937, Verzicht auf Atomwaffen) sei

die BRD "der große Gewinner" geworden. "Sie hat mehr erreicht als sie anfangs zu hoffen wagte." (201) Ebenfalls sei das US-Kalkül (Nato-Mitgliedschaft Deutschlands, Abzug der Russen, weitere Militärpräsenz der USA in D., Schwächung der SU bzw. Rußlands u.a.) "voll aufgegangen". Demgegenüber war die DDR "nur noch Objekt des Geschehens" (202) - späte Realisierung des Alleinvertretungsanspruchs der BRD. Viele Zugeständnisse der UdSSR seien auch unter Beachtung ihrer geschwächten Position nicht notwendig oder zwingend gewesen. "Ein wesentlicher Stimulus für die sowjetische Kapitulation war die Hoffnung, mit dem vereinten Deutschland einen Bündnispartner auf lange Sicht zu gewinnen" (205). "Das Verhalten der Sowjetunion im Zwei-plus-Vier-Prozeß ist wohl nur auf dem Hintergrund Gorbatschowscher Illusionen über die Fähigkeit und Bereitschaft imperialistischer Mächte zu verstehen, auf das 'Neue Denken' einzugehen." So wurde der Vertrag der Liquidierung der DDR auch "ein Nagel am Sarg der Sowjetunion" (206).

Bleibe schließlich noch auf den Anhang mit Auszügen aus einem Geschichtsforum mit den Protagonisten vom 20.11.1993, verschiedene Fassungen des Aufrufs "Für unser Land" und einen Aufruf von Prof. Peters zum Reparationsausgleich von Ende 1989 zu verweisen.

Der tragende Grundtenor des Bandes ist die Überzeugung, daß die Erhaltung der DDR und die Durchsetzung eines reformierten Sozialismus wünschenswert gewe-

sen wären. Die Positionen einer solchen mehr oder weniger ausgeprägten DDR-Identität ermöglichen es, das 41. Jahr der DDR mit einem gerechten Blick ins Visier zu nehmen. Dabei konturieren sich jene Probleme, die auch in den Beiträgen des Bandes unterschiedlichen Bewertungen unterliegen oder die erst kaum thematisiert sind. Dazu gehören u.a.: Die Subjektfrage im Wendeprozess, das Verhältnis von Autonomie und BRD-Steuerung bei den Bürgerbewegungen und der Opposition der DDR, Handeln und Möglichkeiten der Kräfte mit DDR-Identität, die Rolle der Modrow-Regierung als Verhüter von Schlimmerem oder als "Totengräber der DDR" - wobei die Urteile sicher durch die angelegten Maßstäbe bestimmt werden -, die Politikbedingungen zur Erhaltung der DDR, die DDR-Deprivation als notwendige Folge des Anschlusses oder als Ergebnis der Fehler in der Vereinigungspolitik. Damit eröffnet sich ein weites Feld zukünftiger Analysen und Debatten.

Für die Herausbildung eines kritischen Geschichtsbewußtseins kann der Beitrag dieses Bandes nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Heinz Jung

Bucheingänge

Westblock - Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Mit Einlei-

tung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, 1992, GFSA, Hamburg 1992, 460 S., 28,- DM.

Margot Hutzler-Spichtinger/Klaus Schönberger, "Unüberhörbare Wortmeldungen der Bürger ...". DDR-Gesellschaft am Vorabend des Umbruchs - Jena 1988/89, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994, 226 S.

Günter Deckert - Biedermann und geistiger Brandstifter. Eine kleine Materialsammlung - Rassismus, Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim, 3. erweit. Aufl. 1994.

Petra Wlecklik (Hg.), Frauen und Rechtsextremismus, Lamuv Verlag, Göttingen 1995, 171 S., 17,80 DM.

Weißenseer Blätter. Nachdrucke aus den Jahren 1982-1992, Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion, GNN Verlag, Berlin 1994, 256 S., 18,- DM.

Eberhard Panitz, Käte Niederkirchner. Eine biographische Erzählung, GNN Verlag, Berlin 1995, 173 S., 19,80 DM.

Horst Gobrecht, Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden - Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1995, 268 S., 24,80 DM.

Emil Carlebach, Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland - Dachau und Buchenwald 1937-1945, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1995, 300 S., 29,90 DM.

Jacques Donzelot/Denis Meuret/Peter Miller/Nikolas Rose, Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault, Decaton Verlag

(edition bronski, Bd. 4), Mainz 1994, 161 S., 22,80 DM.

Hartwig Schmidt, Das unterwürfige Selbst. Zur Kritik des Ipsismus, Decaton Verlag (edition bronski, Bd. 5), Mainz 1995, 146 S., 22,80 DM.

Ruth Hentig, Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, Decaton Verlag (Grundwissen Geschichte, Bd. 3), Mainz 1995, 65 S., 9,80 DM.

Alan Wood, Stalin und der Stalinismus, Decaton Verlag (Grundwissen Geschichte, Bd. 4), Mainz 1995, 80 S., 12,80 DM.

Dirk Nolte/Ralf Sitte/Alexandra Wagner (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands. Eine Bilanz, Bund-Verlag, Köln 1995, 429 S., 39,90 DM.

Joachim Bruhn/Manfred Dahmann/Clemens Nachtmann (Hg.), Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, ça ira Verlag, Freiburg 1995, 196 S., 30,- DM.

Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, ça ira Verlag, Freiburg 1995, 241 S., 30,- DM.

Thomas Kuczynski, Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Trier 1995, 262 S.

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1995, Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte zum III. Buch des "Kapital", Argument Verlag, Hamburg 1995, 221 S., 27,- DM.

"Reorganisation der Polizei" oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kal-

ISW sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

5 Jahre Neue Bundesländer

Stand - Perspektiven - Alternativen



ISW REPORT NR. 25

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen des isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report

(erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Sackgasse Neoliberalismus
(Nr. 20, August 1994)

Markt, Umweltschutz, Energiesteuer
(Nr. 21, Oktober 1994)

MedienMultis + MultiMedia
(Nr. 22, Januar 1995)

Kerneuropa - Kelm zur Weltmacht
(Nr. 23, April 1995)

Arbeit ohne Zukunft? - Ref. 4. isw-forum
(Nr. 24, Juli 1995)

5 Jahre neue Bundesländer
(Nr. 25, Oktober 1995)

isw-spezial

Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand

**Strategische Waffenbrüderschaft
Deutschland-Türkei**
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Standort D (2. überarbeitete Auflage)
(Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand

Lohn, Preis, Profit '95
Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) 4,- + Versand

Ausbildung & Übernahme
(Nr. 23, September 1995) 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,
Georg-Wopfer-Str. 46, 80939 München,
Tel. u. Fax 089-323 17 80 (notfalls Fax: 168 94 15)
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

ten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, hg. und eingeleitet von Günther Glaser, Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. u.a. 1995, 413 S., 98,- DM.

ami

Wer liest schon hundert Zeitungen? Und wer tut sich Bundeswehrpostillen ebenso an wie Fachblätter der Rüstungswirtschaft und die wissenschaftlichen Studien der Friedensforschung?

Wir.

Die ami berichtet monatlich über Krieg und Frieden, Rüstungswirtschaft, Militärbündnisse, Gewaltapparat, Waffentechnik, Beschaffung, Ideologie, Waffenhandel, Friedensforschung, Friedensbewegung. Und dann sind da unsere

Themenhefte:

- Krisenregion Asien (10/95)
- Medien und Krieg (6/95)
- Non-Proliferation (12/94)

Jahresabo (9 Normal-/3 Themenhefte): DM 43,-
(ab 1996: DM 50,-; Auslandsabo: DM 60,-).

Themenheft: DM 4,50, zzgl. Porto.

Internet: <http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html>

Bezug: Telefon/Fax: (030) 215 10 35
Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

**antimilitarismus
information**

Autorinnen und Autoren

- Dr. Diethard Behrens**, Frankfurt/M., Soziologe
Prof. Dr. Jacques Bidet, Paris, Philosoph
Prof. Dr. Helmut Bleiber, Berlin, Historiker
Dr. Stefan Bollinger, Berlin, Sozial- und Politikwissenschaftler
Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer, Mitglied des Redaktionsbeirates von Z
Dr. Eberhard Dähne, Frankfurt/M., Dipl.-Landwirt, Sozialwissenschaftler
Jonas Dörge-Weidemann, Kassel, Doktorand der Politikwissenschaft
Prof. Dr. Wolfgang Förster, Berlin, Philosophiehistoriker
Dr. Raul Fornet-Betancourt, Aachen, Philosoph
Günter Frech, Hamburg, Journalist
Prof. Dr. Anneliese Griese, Berlin
Begoña Gutiérrez de Dutsch, Frankfurt/M., Magister der Philosophie (Mexico-City), Doktorandin und Altenpflegerin
Prof. Dr. Sebastian Herkommer, Berlin, Soziologe
Bernd Hüttner, Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler
Dr. Heinz Jung, Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Z-Redaktion
Prof. Dr. Jaques Kergoat, Paris, Soziologe
Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., Dipl.-Biologe, Mitglied der Z-Redaktion
Prof. Dr. Ernst Lüdemann, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Dr. Harald Neubert, Berlin, Historiker
Prof. Dr. Werner Röhr, Berlin, Historiker
Christoph Scheuplein, Berlin, Soziologe
Dr. Reinhard Schweicher, Frankfurt/M., Philosoph, Mitglied der Z-Redaktion
Dr. Werner Seppmann, Haltern i.W., Sozialwissenschaftler
Prof. Dr. Malcom Sylver, Venedig, Hochschullehrer für Geschichte der USA
Andreas Wehr, Berlin, Verwaltungsjurist, Mitglied im LV der Berliner SPD
Dr. Harald Wessel, Berlin, Journalist

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem sechsten Erscheinungsjahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

UTOPIE kreativ erscheint seit November 1994 wieder monatlich
 Einzelheft 7,50 DM
 Jahresabonnement
 Inland: 80 DM (incl. Porto)
 Ausland: 98 DM (incl. Porto)
 Förderabonnement: 120 DM
 Information und Bestellungen:
Redaktion UTOPIE kreativ
 Weydingerstr. 14-16
 10178 Berlin
 Tel. 030-28409561

Bestellcoupon

Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin
 Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname: _____
 Ich bezahle
 bargeldlos durch Bankeinzug
 Geldinstitut: _____
 Straße: _____
 Kto-Nr. |_____| |_____| |_____| |_____| |_____| |_____| |_____| |_____| |_____| |_____|
 BLZ: |_____| |_____| |_____| |_____| |_____|
 Plz, Ort: _____
 auf Rechnung

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: _____ Unterschrift: _____